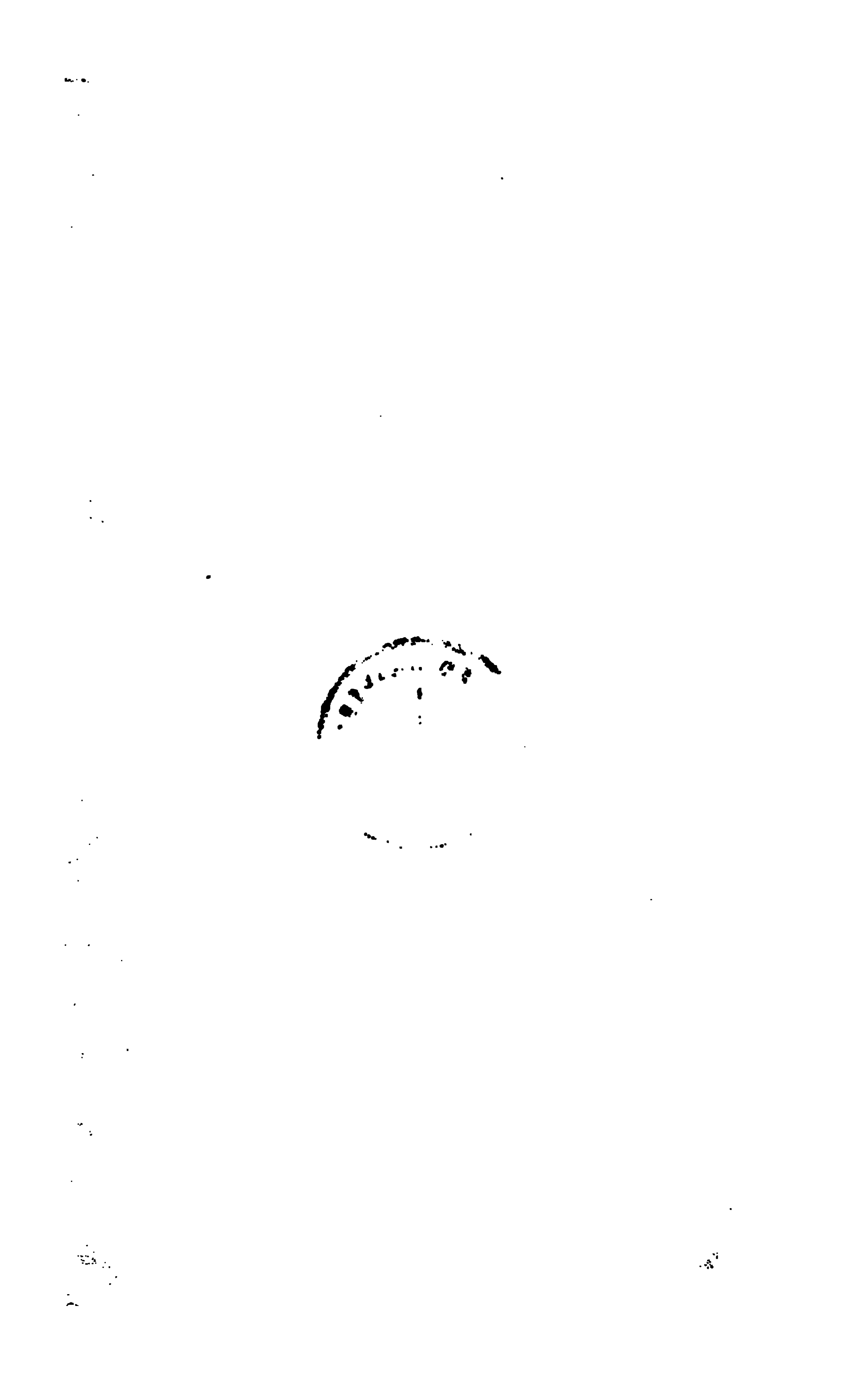
Dr. Hans Blum,

Vorkämpfer der Deutschen Einheit





Vorkämpfer der deutschen Einheit.



Vorkämpfer der deutschen Einheit.

Lebens- und Charakterbilder

von

Dr. Hans Blum.

Mit vierzehn Porträts.



Berlin.
Verlag von Hermann Walther
(Friedrich Bechly)
1899.

Vorwort.

Nichts kann dem treuen Sohne und Bürger des deutschen Vaterlandes das Glück und den Segen seiner nationalen Einheit besser und tiefer einprägen, als ein Rückblick auf die Tage, da die Besten unseres Volkes — auch noch während der größeren Hälfte unseres Jahrhunderts vergebens — um die Einheit und Freiheit rangen, die das junge Geschlecht von heute als köstlichste Gabe schon am Beginn seines Lebens in der deutschen Reichsverfassung vorfand, und daher oftmals — wie mühelos errungene Güter überhaupt — allzu gering zu schätzen geneigt ist.

In der Verworrenheit und Zersplitterung unserer vom Fraktionsgeist und eigensüchtigen Sonderinteressen aller Art überwucherten öffentlichen Zustände und Parteikämpfe thut es noth, die Streitenden immer wieder daran zu mahnen und zu erinnern, daß für deutsche Männer unsere Einheit alle Zeit das höchste Gut ist und bleibt, und nicht minder alle Zeit ihre höchste Pflicht nur die, des deutschen Reiches Macht und Herrlichkeit zu wahren und zu stärken. Wir haben heute noch genau dieselben nationalen Aufgaben vor uns, wie bei Gründung des deutschen Reiches im Jahre 1871, und wir können sie, wie damals, zu bewältigen hoffen nur durch die vereinte Kraft aller staatserhaltenden Parteien.

Am eindringlichsten predigen diese Mahnung die Lebensschicksale der Vorkämpfer unserer Einheit, und in dieser Absicht ist das vorliegende Werk herausgegeben.

Mit Ausnahme meines Vaters Robert Blum, der schon am 9. November 1848 sein Leben für die deutsche Freiheit und Einheit

hingab, sind alle übrigen Männer, deren Lebensschicksal und Wirken diese Sammlung darstellt, in der glücklichen Lage gewesen, das ersehnte Ziel, dem ihr und ihres Volkes Ringen galt, noch zu erreichen. So konnte der Leser unterrichtet werden nicht blos über ihren Antheil an der großen nationalen deutschen Bewegung des Jahres 1848/49, sondern namentlich auch über die unsäglich traurigen Zustände, die Deutschland in dem Jahrzehnt von 1849 bis 1859 bedrückten, und endlich über das Wiedererwachen des nationalen Gedankens in Deutschland von 1859 an bis zu seiner siegreichen Verwirklichung im Jahre 1871.

Dabei galt es, diese Entwickelung thunlichst in allen deutschen Staaten, mindestens in den hauptsächlichen, zu verfolgen. Diese fesselnde Aufgabe war aber am leichtesten dadurch zu lösen, daß das Leben und Wirken bedeutender Vorkämpfer unserer Einheit in den verschiedensten deutschen Einzelstaaten und den verschiedensten Lebensstellungen erzählt wurde. Mit Rücksicht hierauf ist die Auswahl der Lebensbeschreibungen getroffen, die der vorliegende Band vereinigt. Altpreußen ist darin vertreten durch Eduard Albrecht, Eduard Simson, Rudolf Delbrück, Max v. Forckenbeck; Bayern durch Fürst Hohenlohe und Joseph Völk; Sachsen durch Robert Blum und Karl Biedermann; Hannover durch Eduard Albrecht, Johannes v. Miquel und Rudolf v. Bennigsen; Hessen durch August Metz — an dessen Lebensgeschichte sich der interessante Nachtrag „Bismarck und Dalwigk" anschließt — und durch Ludwig Bamberger; Württemberg durch J. Hölder; Baden endlich durch Julius Jolly.

Zu dem Abschnitte „Robert Blums Charakter und Tod" stand dem Verfasser die gesammte handschriftliche Hinterlassenschaft seines Vaters zur Verfügung; zu dem Abschnitte „Bismarck und Dalwigk" das dabei angeführte urkundliche Material. Von den sämmtlichen übrigen dreizehn „Vorkämpfern der deutschen Einheit" aber, deren Lebenswirken und -ringen unser Band darstellt, hat der Verfasser die erforderlichen Mittheilungen persönlich erhalten; von sieben dieser hervorragenden deutschen Männer sogar schriftlich, von den übrigen mündlich. Der Inhalt der mündlichen Mittheilungen wurde vom Verfasser theils während der Unterredung selbst, theils unmittelbar nach derselben stenographirt, so daß für die Treue und Richtigkeit aller in dem

Werke berichteten Thatsachen die denkbar größte Gewähr vorhanden ist.

Die dem Werke beigegebenen Bildnisse sind dem Verfasser meist von den sie darstellenden Männern selbst (in Photographieen) geschenkt worden, so von Albrecht, Simson, Fürst Hohenlohe, Metz, Völk, Miquel, Bamberger, Hölder, Bennigsen, Jolly, Forckenbeck. Robert Blum ist nach dem im Besitze des Verfassers befindlichen lebensgroßen Oelbilde dargestellt.

Leipzig-Plagwitz, im Juni 1898.

Dr. Hans Blum.



Eduard Albrecht.

Wilhelm Eduard Albrecht.

Mit dem ältesten der „Vorkämpfer für die deutsche Einheit“ beginnen wir diese Sammlung: mit dem am 4. März 1800 in Elbing geborenen und am 22. Mai 1876 in Leipzig verstorbenen edlen Gelehrten und Vaterlandsfreund Professor Wilhelm Eduard Albrecht.

Die Bedeutung Albrechts für die deutsche Rechtswissenschaft wird unvergängliche Dauer haben. Tausende von Schülern, die während seines fast fünfzigjährigen akademischen Wirkens zu seinen Füßen gesessen, — angefangen von dem ehrwürdigen ersten Präsidenten des deutschen Reichstags und deutschen Reichsgerichts, Dr. Eduard Simson, bis zu den jüngsten Hörern, die im Jahre 1871 ihren Albrecht vom akademischen Lehrstuhl für immer scheiden sahen — verkünden den Mitlebenden, daß er ihnen der ehrwürdigste eindringlichste Lehrer gewesen. Ihm war beschieden, schon im dritten Jahrzehnt seines Lebens ein für alle Zeiten klassisches Werk hervorzubringen. Damit hatte er allerdings sein literarisches Schaffen in der Hauptsache auch schon wieder abgeschlossen; so wenig fühlte sich diese selbststrenge, vornehme Gelehrtennatur durch den ungeheuren Erfolg jenes ersten Werkes zur Vielschreiberei hingezogen. Unvergleichlich und unerreicht war Albrecht aber weiter auch in der Eigenart seines akademischen Vortrags: in der Klarheit und Größe seiner Beweisführung, in der wunderbaren Kürze und Schärfe der Darstellung, in der Kunst, ein ungewöhnlich großes, vielseitiges Wissen in der knappsten, verständlichsten Weise vorzutragen. Unwillkürlich fühlt man sich gedrängt, Inhalt und Form der akademischen Vorträge und Schriften Albrechts mit den Generalstabsberichten und öffentlichen Aeußerungen Moltkes zu vergleichen;

dieselbe Knappheit des doch im höchsten Grade bildlich-klaren und deutlichen Ausdrucks, dieselbe Gedankenfülle, dieselbe meisterhafte Beherrschung des Stoffes und der Sprache.

Aber wie hoch uns Albrecht als Gelehrter und Lehrer auch steht, so strahlt doch weit heller noch sein Charakter, sein männliches Wirken. Immer wird er als leuchtendes Vorbild für opfermuthige Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes gelten. Männer von ausgezeichneter Gelehrsamkeit und großer Selbständigkeit wissenschaftlicher Forschung hat Deutschland allezeit besessen. Aber nicht immer in großer Zahl Männer von größter Selbständigkeit und Unverzagtheit des Wollens und Handelns, von unbeugsamem Freimuth; nicht immer Männer, welche offen verkündeten, was sie für Recht erkannten, auch wenn Fürst und Regierung das Unrecht wollten; nicht immer Männer, welche mit Einsetzung ihrer ganzen persönlichen Daseinsstellung für Recht und Gesetz eintraten. Zu diesen wenigen Auserwählten aber zählt Albrecht. Ja mehr als das: er war der Ersten einer, welche in Deutschland den kategorischen Imperativ mit erbarmungsloser Wahrheits- und Rechtsliebe praktisch bethätigten.

Wilhelm Eduard Albrecht entstammte einer Familie, die bis dahin noch keinen Gelehrten hervorgebracht hatte, sondern sich seit Geschlechtern fast ausschließlich dem Handel widmete. Voller Freude und Behagen sprach er allezeit vom Elternhause, von dem tapferen Bürgersinn der Vaterstadt, ihrem eigenthümlichen altpreußischen Wesen. Der stillen, sinnenden und anfänglich weichen Natur des körperlich schwächlichen jungen Mannes ist ein gelehrter Beruf wohl schon früh als Lebensziel erschienen. Außerordentlich schwer aber fiel ihm die Wahl der künftigen Berufsart.

Im Sommer 1862, als Albrecht in Begleitung seiner Gattin und seines Neffen zugleich mit mir, seinem Schüler, längere Zeit in Bönigen am Brienzer See (Berner Oberland) weilte, hat er über seine Jugend- und Studienzeit besonders eingehend mit mir gesprochen. Er betonte, wie spät erst ihm gelungen sei, der Rechtswissenschaft Interesse abzugewinnen. „Ich habe alle meine Kollegienhefte mit derselben Gänsefeder geschrieben“, sagte er. „Und diese war noch recht brauchbar, als ich die Universität verließ.“ Er stand schon in hohen Semestern, als er immer noch schwankte, ob er sich als akademischer

Lehrer der Philosophie, Geschichte oder Jurisprudenz zuwenden solle, die er alle studirt hatte. Selbst Eichhorns fesselnder Vortrag ließ Albrecht lange kalt. Ein komisch-ernsthafter Zufall führte den grübelnden Studenten dem gefeierten Meister des Rechts endlich persönlich näher. Albrecht behütete seinen Lehrer nämlich vor der näheren Begegnung mit einem der großen Bullenbeißer, welche von den Herren Studenten damals ungescheut in die geweihten Räume der Wissenschaft mitgenommen wurden. Der Vorgang wurde mir von Albrecht in drastischer Lebendigkeit dargestellt und verschaffte ihm dauernd den herzlichsten Verkehr mit dem größten Germanisten der Zeit, der seinerseits an Albrecht den lebhaftesten Antheil nahm und dem jungen Freunde für die akademische Laufbahn das eigene Spezialfach des Meisters empfahl: deutsches Staatsrecht und Kirchenrecht, deutsche Rechtsgeschichte und deutsches Privatrecht. Darin erkannte Eichhorns durchdringender Blick auch für Albrecht das geeignetste Feld künftigen schriftstellerischen und akademischen Wirkens.

Den Ausschlag aber, diesen Rathschlägen Gehör zu schenken, gab bei Albrecht ein Kolleg über Wechselrecht. „Das Wechselrecht war meine erste Liebe!“ versicherte er mir noch als alter Herr mit fröhlich-jugendlichem Feuer. Und diejenigen, welche das seltene Glück hatten, Albrechts geistvolle Vorträge über Obligationenrecht, über Wechsel, Inhaberpapiere u. s. w. zu hören — er las darüber recht selten — — haben auch noch einen Abglanz jener „ersten Liebe“, jener glücklichen Stunde empfunden, die Albrecht auf den Lehrstuhl des deutschen Rechts führte. Nirgends zeigte sich die reife Frucht der köstlichen Gedankenarbeit, durch die sich Albrecht ebenso sehr auszeichnete, als sie ihm Bedürfniß war, schöner als in diesen Vorträgen. Die seiner Natur entstammende besondere Vorliebe für ein behaglich-elegantes Nachdenken, war gewiß das Haupthinderniß seiner größeren schriftstellerischen Fruchtbarkeit. Seine akademische Wirksamkeit aber wurde durch eben diese Eigenart außerordentlich erfolgreich gemacht, weil seine selbststrenge Natur ihn nöthigte, immer von Neuem, und unter Anlehnung an die neuesten Erscheinungen in der gelehrten Literatur, wie in dem Leben der Nation, die von ihm erkannten Grundwahrheiten des Rechtes durchzuarbeiten und gleichsam in neuem, modernem Gewande erscheinen zu lassen.

Als blutjunger Primaner war Albrecht zur Universität gekommen. Und trotz seines für damalige Gewohnheiten ungewöhnlich langen Studiums in Königsberg, Berlin und Göttingen betrat er doch, als ein für unsere Begriffe noch blutjunger Privatdozent und Doktor der Rechte die akademische Laufbahn. Denn er hatte kaum die Mitte der zwanziger Jahre erreicht. Und siebenundzwanzig Jahre zählte er erst, als seine klassische Schrift, „Die Gewere“ *), in Druck ging und seinen Namen in alle Lande trug. Er war damals schon Professor in Königsberg und sah den jugendlichen Eduard Simson unter seinen ersten Schülern. Im Jahre 1830 folgte er dem ehrenvollen Rufe nach Göttingen, wo er die durch den Abgang seines Lehrers Eichhorn nach Berlin erledigte Professur und einen Sitz im Spruchkollegium übernehmen sollte. Sieben Jahre lang las er hier unter wachsendem Andrang der studirenden Jugend, fern von jeder Theilnahme an den Fragen und Bewegungen der Politik, welche seit 1833 durch die veränderten hannoverschen Verfassungs-Verhältnisse die allgemeine Aufmerksamkeit, selbst in dem damals so stillen Deutschland, auf sich zogen.

In der That gehörte die von den Göttern verhängte Verblendung eines Welfen dazu, um einen Mann wie Albrecht in die Opposition zu drängen, ihn zu öffentlicher, entschiedenster Parteinahme gegen das gesetzlose Treiben der Krone zu nöthigen. Andererseits aber konnte auch Niemand, der Albrecht kannte, daran zweifeln, daß er männlich und entschieden Meineid Meineid und Verfassungsbruch Verfassungsbruch nennen werde, wenn man ihn widerwillig in die hannoverschen Verfassungswirren persönlich hineinzog. Und eben das geschah.

Die Geschichte des hannoverschen Staatsstreiches von 1837, eines der häßlichsten Stücke, welche die Ruchlosigkeit und Frechheit des dynastischen Partikularismus in Deutschland aufgeführt und die feige Thatlosigkeit des Volkes ertragen hat, ist allbekannt und darf daher hier wohl übergangen werden. Bei anderen Staatsstreichen gleicher Art, die von Fürstenwillkür in Szene gesetzt wurden, unterlief doch wohl noch insofern ein bischen Idealismus oder Rechtsflitter, als man hohen Ortes durch die Spielerei mit parlamentarischen Formen oder

*) Die altdeutsche Bezeichnung für Eigenthums-, Besitzerwerb u. s. w.

durch ein näheres Bundesverhältniß mit Preußen und andere „Opfer für die deutsche Sache" die unveräußerliche Majestät der kleinen Krone verringert oder gar nur mit Katzengold vertauscht erklärte. Aber so ideal dachte der König von Hannover nicht, der, — wie der Volksmund ihm nachsagte, — schon als Herzog von Cumberland alle Verbrechen begangen hatte, außer dem Selbstmord. Er hatte als englischer Prinz viele, sehr viele Schulden gemacht und bedurfte zur Befriedigung seiner englischen Gläubiger der reichen hannoverschen Staatsdomänen, welche das Staatsgrundgesetz von 1833 für Eigenthum des Staates und Landes, nicht der Krone, erklärt hatte. Grund genug für diesen Fürsten, die Verfassung umzustoßen!

Der Eid, den der König als Prinz von Cumberland gleich den übrigen welfischen Agnaten auf die Verfassung geleistet, bewegte diese Welfenseele nicht im Geringsten. Die Stände wurden sofort beim Regierungsantritte des Königs außer Wirksamkeit gesetzt. Ein Patent vom 5. Juli 1837 erklärte schlankweg: das Staatsgrundgesetz binde den König in keiner Weise und verfügte die Ernennung einer Kommission zur — Prüfung der Rechtsbeständigkeit der Verfassung. Am 1. November erfolgte die endgültige Aufhebung der Verfassung.

Fast Niemand in Hannover rührte eine Hand zur Wahrung und Rettung des bedrohten Landesrechtes. Als die Krone schon im Juli deutlich ankündigte, was sie vorhabe, widersprach Niemand. Proteste der zweiten Kammer in Dresden, Karlsruhe und München und Rechtsgutachten deutscher Gelehrter und Juristen-Fakultäten, welche sonnenklar bewiesen, daß der König Ernst August ungesetzlich gehandelt, waren Alles, was damals selbst ganz Deutschland diesem ruchlosen Verfassungsbruch in den Weg zu legen vermochte.

Bei dieser Sachlage und der muth- und thatlosen Stimmung der Bevölkerung des Landes tritt das Verhalten der sieben Göttinger Professoren erst in das wahre Licht. Sie allein verlangten, den König an das heilige Recht des Landes zu erinnern, als der Staatsstreich noch nicht geschehen war; dann zu protestiren und Eid und Gehorsam aufzusagen, als die Willkür des Monarchen Eid und Verfassung mit Füßen getreten hatte. Die Namen dieser Edlen sind Albrecht, Dahlmann, Jacob und Wilhelm Grimm, Gervinus, Weber und Ewald. Albrecht, Dahlmann und Jacob Grimm stellten

bereits nach Bekanntwerden des königlichen Julipatentes den Antrag beim Senat der Universität: die Gültigkeit des Patentes zu prüfen. Der Senat freilich zeigte sich nicht mannhafter wie die übrige Bevölkerung Hannovers. Denn er lehnte sogar das Ansinnen ab, über den Antrag der drei Kollegen auch nur zu verhandeln, hauptsächlich aus dem Grunde, weil am 17. und 19. September 1837 das Jubiläum der Georgia Augusta (der Universität Göttingen) bevorstand und man deshalb die gute Laune des Hofes nicht trüben und gar verscherzen wollte.

Daß die sieben Göttinger Professoren hiernach allein stehen würden in der entscheidenden Stunde, durfte Jeder von ihnen ebenso sicher erwarten, als daß der beleidigte König seiner Rache gegen die „ungehorsamen und aufrührerischen königlichen Diener“ sich schrankenlos hingeben werde. Um so ruhmvoller war ihr Widerstand, ihr treues Aushalten. Besonders glänzend hebt sich ihre That ab von dem dunkeln Hintergrunde, den leider die träge und feige Masse der übrigen Professoren bildete. Diese begannen, wie Wilhelm Grimm sagt, sich „zu entblättern, gleich den Bäumen des Herbstes bei einem Nachtfrost; da sah man viele in nackten Reisern, des Laubes beraubt, womit sie sich in dem Umgang des gewöhnlichen Lebens verhüllten.“ Gelehrte von europäischem und unsterblichem Ruhm, wie der Philosoph Herbart, legten sich dem Despoten knechtisch zu Füßen, ja der Rektor der Universität, Bergmann, ließ geschehen, daß das amtliche Blatt der Regierung ihm eine Rede unterschob, die er nach dem Schritte der sieben Göttinger Kollegen an der Spitze einer Abordnung der Universität vor dem Könige in Rothenkirchen gehalten haben sollte, und wobei dem Rektor lügenhafter Weise obendrein noch eine entschiedene Mißbilligung der Sieben in den Mund gelegt wurde!

Die Rache des Königs gegen die ungetreuen königlichen Diener blieb in der That nicht aus. Am 14. Dezember wurden die Sieben ihrer Professuren enthoben, Dahlmann, Gervinus und Jacob Grimm auch des Landes verwiesen. Damit war auch für die Uebrigen, die sich von den tapferen Schicksalsgenossen nicht trennen wollten, das Loos der Verbannung gefallen!

Die Aufregung über den Schritt und das Geschick der Göttinger Sieben, die Begeisterung für „das strahlende Siebengestirn“, das

in der tiefsten Nacht des Bundestages aufgegangen, war in ganz Deutschland ungeheuer. Einträchtiglich arbeiteten Männer wie der alte Buchhändler Reimer in Berlin, der Großindustrielle Gustav Harkort in Leipzig und der jugendliche Radikale Johann Jacoby in Königsberg zusammen, um das Lebensschicksal der sieben Tapferen vor Entbehrung und Sorge sicher zu stellen. Durch Lied, Wort und Beistand wurde noch Jahre lang ihre That gefeiert. Die akademische Jugend hat daran für lange Zeit den Aufschwung zu dem alten, durch den Bundestag, die Karlsbader und Wiener Beschlüsse und durch die Mainzer Zentraluntersuchungskommission verdunkelten und verpönten Idealismus von Neuem gekräftigt.

Albrechts Verhalten bei dieser wichtigsten und ernstesten Katastrophe seines Lebens entsprach durchaus seiner Natur. Ihm erschien der Protest gegen den Verfassungsbruch als einfaches und darum unabweisbares Gebot der Pflicht. Der Gedanke, daß er in seinen Vorlesungen über hannoversches Staatsrecht der akademischen Jugend die Willkür des Königs an Stelle der gebrochenen Verfassung als das Staatsgrundgesetz hinstellen und vorspiegeln könne, war ihm einfach lächerlich und unfaßbar. Ihm war daher auch von Anfang an sonnenklar, daß er seinen Lehrstuhl verlassen müsse, wenn die Verfassung gebrochen würde, und zwar aus eigenem Pflichtgebot. Die vielen und heilig-ernsten Bezugnahmen auf Eide, die bei anderen, mehr pathetisch angelegten Naturen unter seinen Schicksalsgenossen damals eine große Rolle spielten, machten auf Albrecht weniger Eindruck. Ihm stand die Rechtsfrage unerschütterlich fest, und diese schrieb ihm, dem Lehrer des Rechtes, sein Verhalten vor. Ihm war das große Geräusch, das seine That erzeugte, das Bewußtsein, beim gemeinen Manne plötzlich äußerst populär zu sein, sogar einigermaßen verdrießlich. Seine wackeren Mitbürger, die Elbinger, holten sich, als sie für seine Anstellung in Preußen eine Bittschrift nach Berlin richteten, aus der Feder des ergrimmten Ministers Rochow das geflügelte Wort vom „beschränkten Unterthanenverstande."

Albrecht überließ die Wortführung und Vertretung der Sieben in dieser gemeinsamen Angelegenheit willig und bescheiden Dahlmann, und noch 25 Jahre später, am 17. November 1862, als ich Albrecht im Namen und als Sprecher der Leipziger Burschenschaften einen

Lorbeerkranz überreichte, legte er diesen auf das Haupt der sein Studirzimmer schmückenden Marmorbüste Dahlmanns, „da dieser ihm und den andern Genossen damals Führer gewesen." Gleichwohl ist Albrechts maßvolles aber unerschütterlich festes Wesen, sein durchdringendes, in knappster Kürze sich ausprägendes Urtheil nicht nur in allen Schritten und Schriften, welche von den sieben Göttingern gemeinsam ausgingen, unverkennbar; sondern wir danken ihm auch die klarste, ruhigste und überzeugendste Schrift über jene Katastrophe, die einzige zugleich, welche selbst den Argwohn und die Mißgunst der Zensur durchdrang und entwaffnete.

Daß die königlich sächsische Regierung dem abgesetzten Professor Albrecht an der Landesuniversität Leipzig eine Freistätte gewährte, muß immer rühmend anerkannt werden, wenn auch unzweifelhaft der größere Vortheil bei Gewinnung dieser hervorragenden Kraft auf Seite der Regierung war, und Albrecht während der nächsten Jahrzehnte sich nicht gerade besonderer Gunst der Dresdener Staatslenker erfreute. Auf besondere Beliebtheit in Dresden konnte er billiger Weise auch keinen Anspruch machen, da er sich derselben durchaus nicht beflissen zeigte. Denn im Frankfurter Parlament gehörte er 1848/49 zu den bedeutendsten Köpfen der preußischen Erbkaiserpartei. In Leipzig aber zählte er zu den „renitenten" Professoren, die den Staatsstreich des Herrn von Beust im Jahre 1849 mit derselben Offenheit als Verfassungsverletzung erklärten und brandmarkten, wie Albrecht zwölf Jahre zuvor den hannoverschen Rechtsbruch verurtheilt hatte. In seinen Vorlesungen über deutsches Staatsrecht aber ließ Albrecht auch darüber keinen Zweifel bestehen, daß der 1851 „reaktivirte Bundestag" zu Unrecht bestehe. Das Alles konnte in den leitenden Kreisen Dresdens nicht erfreuen. Gleichwohl erhielt Albrecht einmal einen sächsischen Orden, aber er machte keinen Gebrauch davon. „Ich habe ihn da im Tischkasten", sagte er mir mit ironischem Augenblitz.

Die Verfassungsarbeit in Frankfurt a. M., an der Albrecht zuerst als einer der Vertrauensmänner des Bundestages, dann als Mitglied der deutschen Nationalversammlung Theil nahm, begleitete er von Anfang an mit nur geringen Hoffnungen auf glückliches Gelingen. Denn ihm war undenkbar, daß eine große parlamentarische Versammlung, die zudem aus den entgegengesetztesten und über die Hauptfrage,

die nationale Staatsform, uneinigsten und unklarsten Elementen bestand, ein leidliches Verfassungswerk werde schaffen können. Er hielt dann weiter für äußerst unwahrscheinlich, daß die Regierungen dieses Verfassungswerk genehmigen würden, wenn es zu Stande käme. Mit diesen düstern Vorahnungen verließ er schon im Sommer 1848 die Paulskirche, um nur noch in einem regen, häufig für die Entschlüsse der Mehrheit des Frankfurter Parlaments sehr maßgebenden Briefwechsel mit Dahlmann und anderen Führern der Frankfurter Erbkaiserpartei seine patriotische Theilnahme an der großen Aufgabe der deutschen Nationalversammlung zu bethätigen.

Das Beste zu diesem Werke hatte Albrecht freilich schon vor seinem Scheiden aus der Paulskirche dort zurückgelassen. Denn jener Entwurf der deutschen künftigen Reichsverfassung, den die siebenzehn Vertrauensmänner des Bundestages dem Frankfurter Parlament als Grundlage für dessen Verfassungsberathungen ausgearbeitet hatten,*) und der auch später in der That den Grundriß sowohl für die deutsche Reichsverfassung von 1849 als für die von 1871 bildete, rührte von ihm her. Albrechts Verfasserschaft an diesem wichtigen geschichtlichen Werke ist freilich, bei seiner Bescheidenheit, so unbekannt geblieben, daß selbst Heinrich von Sybel in seinem berühmten Werke nur Dahlmann als Verfasser nennt. Mir selbst aber hat Albrecht sich vierzehn Jahre später als den Verfasser jenes denkwürdigen Entwurfes zu erkennen gegeben. Und er war der Letzte, der sich mit fremden Federn geschmückt hätte! Unter den „Vorkämpfern der deutschen Einheit" durfte daher schon aus diesem Grunde Wilhelm Eduard Albrecht nicht vergessen werden!

Nur einmal noch, zwanzig Jahre nach dem „tollen Jahre" 1848, hat Albrecht einer parlamentarischen Versammlung angehört. Als er nämlich 1868 um seine Pensionirung nachsuchte, berief ihn König Johann von Sachsen aus besonderem Vertrauen zum Mitglied der ersten sächsischen Kammer. Hier zeigte sich Albrecht freilich nur in den ersten Wochen nach seiner Ernennung, und nur einmal ergriff er das Wort, bei Berathung eines Gesetzentwurfes über die Patronatsrechte. Das längere Sitzen an einer Stelle war ihm in seinen letzten

---

*) Näheres über den Inhalt und das Schicksal dieses Entwurfes in meinem Werke, „Die deutsche Revolution 1848/49", (Leipzig, E. Diederichs 1898.), S. 257 flg.

Jahren unleidlich, so daß ich als besonderen Beweis seiner väterlichen Güte gegen mich zu schätzen wußte, daß er die Einladung zum Tauffest zweier meiner Kinder annahm, die letzte noch im Frühjahr 1872.

Trotz seiner persönlichen Zurückgezogenheit von allen politischen Geschäften aber folgte Albrecht den deutschen Angelegenheiten alle Zeit aufs Eifrigste und im letzten Jahrzehnt seines Lebens, von 1866 an, mit besonderer Freude. Er war weit entfernt von der Verbitterung und Verknöcherung seiner einstigen Göttinger Kollegen und Schicksalsgenossen, Gervinus und Ewald. Er stand auch hoch über der doktrinären Rechthaberei vieler seiner Kollegen auf dem Katheder des deutschen Staatsrechts und vieler seiner Frankfurter Kampfgenossen, welche die sowohl geschichtlich als aus nationaler Nothwendigkeit natürliche Entwickelung der deutschen Politik und der deutschen Verfassung als unerlaubte Abweichungen von dem in ihren engen Köpfen unfehlbar aufgebauten System verurtheilten.

Allerdings hat auch Albrecht seiner Zeit mit Bismarck schwer gegrollt. So widerwärtig war ihm dieser preußische Junker in den Tagen der preußischen Konfliktszeit, daß er, der maßvolle Mann, eines Tages Bismarck mir gegenüber „eine Bestie“ nannte! Albrecht hat dann aber mit rückhaltloser Freude und stolzester Zuversicht den Wandel der deutschen Macht- und Verfassungsverhältnisse von 1866 an begrüßt und dem gewaltigen eisernen Schmied der deutschen Einheit die gebührende Anerkennung und Bewunderung im vollen Maße gezollt. Namentlich hat er noch bis in seine letzten Lebenstage den deutschen „Kulturkampf“ gegen Rom und die Rechtsgesetzgebung des Reiches mit großer Spannung und Theilnahme verfolgt. Denn Albrecht war ein knorriger Protestant, ein freudiges Gemeindehaupt unserer Reformirten Gemeinde in Leipzig.

Seit dem Anfang der vierziger Jahre war er verheirathet. Er lernte die spätere Gattin kennen, als er — wie er mir erzählte — im Zustande tiefster seelischer Niederdrückung, ja eines schweren Nervenleidens — der natürlichen Rückwirkung auf die Göttinger Erregtheit und Ueberanstrengung mit Kollegienlesen in Leipzig — Marienbad in Böhmen besuchte. Hier traf er in Gesellschaft Savignys, des Freundes ihres Vaters, die spätere überaus gemüthvolle, muntere und liebenswürdige Gefährtin seines Lebens, die wesentlich jünger war,

als er, und der er alle Zeit in rührendster Weise seine herzliche Liebe bezeigte. Als wir 1862 gemeinsam am Brienzer See weilten, hatte ich den verehrten Lehrer auf dem mir vertrauten alten steilen Saumfad über die Breitlauenenalp zur Schynigen Platte emporgeleitet*), auf dem man erst oben am Grat ganz plötzlich die Herrlichkeit der majestätischen Berner Alpenkette erblickt. Die Gattin ließ Albrecht zu Pferd reiten. Sie war noch tief unter uns, als wir den Grat erklommen hatten. Als Albrecht nun aber plötzlich die Herrlichkeit der Alpenkette dicht vor sich erblickte, rief er laut jubelnd hinab: „Puttchen, Puttchen, komm rasch herauf. So was hast Du noch gar nicht gesehen!“

Diese Ehe blieb leider kinderlos. Die Häuslichkeit der Ehegatten aber wird Jedem, der dort Eingang fand, wegen ihrer gemüthlichen herzlichen Natürlichkeit und der vielseitigen geistigen Anregung, die dort geboten wurde, unvergeßlich sein. Sein merkwürdiges Talent für freie musikalische Improvisation ließ Albrecht auch vor Gästen oftmals hören. Sicher war man, sein Urtheil über die neuesten Erscheinungen der Literatur — keineswegs blos der fachwissenschaftlichen — bei ihm zu Hause zu vernehmen. Man kann seinen Schmerz ermessen, als die viel jüngere Gattin, zehn Jahre bevor er selbst das Leben beschloß, am 8. Oktober 1866 plötzlich der Leipziger Choleraepidemie erlag. Seit ihrem Tode lebte er ganz zurückgezogen. Um so rührender war es für mich und die Meinen, daß er unsere freudigen Familienfeste mit seiner Gegenwart beehrte.

Bis zum letzten Tage seines Lebens sah man den sechsundsiebzigjährigen Mann durch Leipzig wandeln. Kaum merkbar war der Rückgang seiner Kraft. Auch am Sonntag des 21. Mai 1876 hatte er den Tag nach seiner Gewohnheit vollbracht, die Abendmahlzeit eingenommen. Dann pflegte er etwa zehn Minuten lang, aufrecht stehend, am Klavier zu phantasiren. Dies Mal aber setzte er sich auf den Klavierstuhl, hob bedeutsam den Zeigefinger der Rechten und rief der treuen Pflegerin zu: „Geben Sie Acht!“ Dann spielte er dreiviertel Stunden lang eine Phantasie, welche die feingebildete Hörerin im höchsten Maße ergriff und durchdrang.

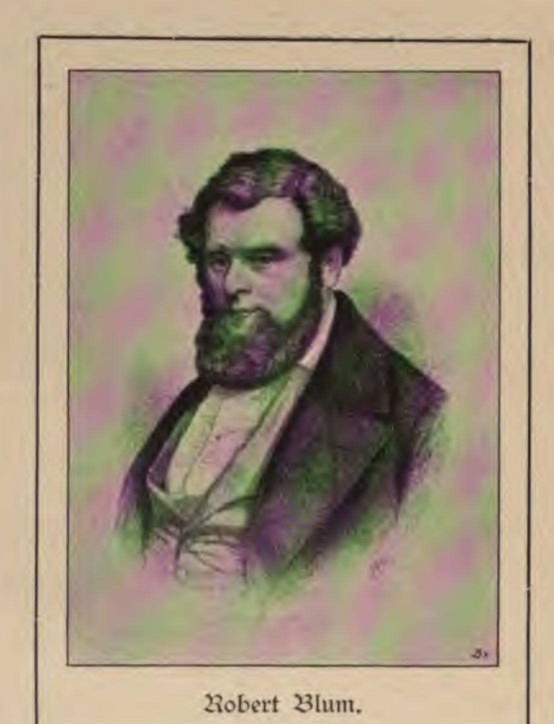
---

*) Ich bin in Bern aufgewachsen. Heute geht ein viel bequemerer Pfad, ja sogar eine Bahn hinauf.

Zum letzten Mal hatte seine edle Seele sich ausgesprochen in jenen Harmonieen, die ihm zu Gebote standen, wie selten Einem. Dann verbrachte er eine kurze Ruhepause auf dem Sopha. Plötzlich aber sprang er auf und rief angstvoll. Ein Gehirnschlag hatte ihn getroffen, an dessen Folgen er am Vormittag des 22. Mai sanft entschlief.

Den hohen Gemeinsinn, den Albrecht sein Leben hindurch bekundet, wird die Universität, Stadt und Kirchengemeinde, denen der edle Verstorbene seit fast vierzig Jahren angehörte, dauernd segnen und rühmen. Denn fast sein gesammtes selbsterworbenes Vermögen — — eine ungewöhnlich große Hinterlassenschaft für einen deutschen Gelehrten — hat Albrecht der Stadt und Universität Leipig und unserer Reformirten Gemeinde letztwillig zugewendet, der Universität namentlich eine sein Zartgefühl kennzeichnende ansehnliche Stiftung für unbemittelte Privatdozenten.





Robert Blum.

Robert Blums Charakter und Tod.

Das hervorragendste Opfer der Wiener Oktober-Revolution war unstreitig Robert Blum,*) der gefeiertste deutsche Volksmann des Jahres 1848, neben Bismarck und Lassalle der begnadetste Redner, den Deutschland hervorgebracht. Er, der aus drückendster Armuth und Erdensorge zu den höchsten Ehren seines Volkes aus eigener Kraft und Begabung emporgestiegen war — oder, wie Ferdinand Freiligrath so schön singt:

> Er, der sich seinen Lebensweg, den steilen und den rauhen,
> Auf bis zu Frankfurts Parlament mit starker Hand gehauen!

er mußte in der Vollkraft der Jahre — im gerade erfüllten 41. Lebensjahre — am 9. November 1848 in der Brigittenau zu Wien unter den Kugeln des Standrechtes enden.

Robert Blum war in Köln am 10. November 1807 geboren, von katholischen Eltern, und hatte eine überaus harte und freudlose Kindheit und Jugend durchlaufen. Seine bittere Armuth nöthigte ihn, trotz seiner von allen Lehrern anerkannten ganz außergewöhnlichen

---

*) Zu dieser Darstellung sind benützt: Alle Familienpapiere, die dem Verfasser, dem ältesten Sohne Robert Blums, zur Verfügung standen; ferner die betreffende diplomatische Korrespondenz zwischen Dresden und Wien und zwischen Frankfurt (deutsche Zentralgewalt) und Wien; die Verhandlungen des Frankfurter Parlaments und der sächsischen Kammern; der Inhalt der Wiener Standgerichtsakten gegen Robert Blum; endlich die wichtigen unfreiwilligen Enthüllungen, welche die Herren A. v. Helfert in seiner „Geschichte der Wiener Oktober-Revolution") und der Graf v. Hübner (in seinem Werke „Ein Jahr meines Lebens 1848/49") machten; daneben zahlreiche Zeitungen und Flugschriften aus dem Jahre 1848. Näheres in meinen Werken: „Robert Blum" (Leipzig, Ernst Keil, 1878) und „Die deutsche Revolution 1848/49", Leipzig, Eugen Diederichs, 1898.

Begabung, der heißen Sehnsucht nach dem Lernen und Wissen zu entsagen und mit siebenzehn Jahren die „traurige Selbständigkeit" eines Lehrlings anzutreten, wie er später selbst, beim Eintritt in die Freimaurerloge sagte. Schon als Knabe hatte er sich übrigens, nach überaus schmerzlichen Erfahrungen — der Beraubung des für ihn und die übrigen Meßdiener bestimmten Opferstockes durch Geistliche, Verrath des Beichtgeheimnisses seiner Zweifel an der Transsubstantiationslehre u. s. w. — mit empörtem Herzen von der katholischen Lehre und Kirche losgesagt und das mit trotziger Wahrhaftigkeit seinen geistlichen Peinigern nicht verborgen. Kein Wunder daher, daß in dem mit Stiftungen und Stipendien trefflich versorgten Köln nicht das Kleinste für den so reich begabten Knaben abfiel, den alle seine Lehrer dafür empfahlen.

Die Lehrzeit verlief für Blum ebenso traurig und trostlos wie seine Kindheit und Schuljahre. Und von seiner Wanderung als ausgelernter Goldschmiedgeselle im Rheinland brachte er zwar die schönsten Erinnerungen aus dem sonnigen Rheinland und ein allerliebst geschriebenes dickes Tagebuch — das ich noch besitze — nach Köln zurück, zugleich aber auch die furchtbare Gewißheit, daß seine schwachen Augen ihn in seinem Handwerk nie weit würden kommen lassen. In diesem Elend, das ihn in der Sorge, der heißgeliebten armen Mutter und den Geschwistern je zur Last fallen zu müssen, doppelt niederbeugte, leuchtete ihm zum ersten Mal ein Glücksstrahl. Ein Kölner Kaufmann Schmitz, der die unerhörte Entdeckung gemacht hatte, Straßenlaternen mit einem von Rüböl gespeisten Licht herzustellen, fand an Blum außerordentliches Gefallen, engagirte ihn mit dem fürstlichen Gehalte von monatlich 5 Thlr. bei völlig freier Station und sandte ihn ins Rheinland, nach Hessen und Baden, München und Berlin. In München hatte Blum ein langes Gespräch mit König Ludwig I. von Bayern und durfte Hochschulvorträge hören; ebenso in Berlin, wo er viele Monate lang verweilte. Von seinem Gehalt gab er dabei immer den größten Theil an die Seinigen ab. Er hatte ja nur eine Leidenschaft: für Bücher, über denen er die Nacht durch saß, um die Lücken seiner Bildung zu ergänzen. Aber diese Herrlichkeit fand ihr Ende durch das ganz gemeine Steinkohlengas, das die Rüböllaternen von Schmitz beseitigte und ihren Erzeuger fast bankerott machte.

Abermals kehrte Blum „brodlos“ nach Köln zurück und fand hier beim Theaterdirektor Ringelhardt 1830 eine Anstellung als — Theaterdiener mit monatlich 10 Thlr. Besoldung. Aber dafür wohnte er jetzt auch bei den Seinigen und verdiente sich, während er des Tags und Abends Helotendienste auf der Bühne verrichtete, Nachts und Frühmorgens Geld und Ruhm daheim durch Beiträge für die gelesensten Zeitungen. Ringelhardt war äußerst überrascht, von dritter Seite zu hören, daß ein Artikel in einer der verbreitetsten Kölner Zeitungen, welcher für den, idealen Kunstzielen zustrebenden Direktor die Befreiung von drückenden Abgaben mit ebenso großem Freimuth als Sachverständniß verlangte, aus der Feder seines — Theaterdieners Blum geflossen sei! Von da an behandelte er Blum liebevoll, stellte ihm namentlich die Theaterbibliothek zu freier Verfügung, in der Blum förmlich schwelgte, und engagirte ihn als Bibliothekar, Kassirer und Theatersekretär — d. h. sozusagen als Mädchen für Alles — mit recht mäßigem Gehalt nach Leipzig, als Ringelhard hier von 1831 an die städtische Bühne übernahm.

In Leipzig fand nun aber Blum, trotz seiner sehr bescheidenen sozialen Stellung, die große Bühne für seine persönliche, literarische und politische Begabung. Seine hier gewonnenen Verbindungen mit den bedeutendsten Schriftstellern, Publizisten und Zeitungsverlegern der Zeit gaben seiner Feder sicheren Ertrag, so daß er 1838 zur Ehe schreiten konnte, die leider schon nach wenigen Monaten, in Folge einer Frühgeburt, durch den Tod gelöst wurde. Am 29. April 1840 aber vermählte er sich dann der edeln Genossin seines Lebens Eugenie geb. Günther. Sein umfangreicher Briefwechsel mit der Freundin und Braut — der mir vollständig vorliegt —, ist ungemein interessant und merkwürdig, oft wie von einer dunkeln Vorahnung seines tragischen Schicksals überschattet; so wenn er schon am 14. Juni 1839 an die Braut schrieb: „Nein, liebe Jenny, erst wenn das letzte Fünkchen von Hoffnung erloschen ist, für die Freiheit und einen besseren Zustand des Vaterlandes wirken zu können, dann wollen wir davon reden, nach Amerika zu gehen, das heißt, wenn wir dann noch können und nicht füsilirt sind.“

Sowie Blum aber in das politische Leben hinaustrat — Sachsen war seit 1831 ein Verfassungsstaat — bemerkten seine Freunde an

ihm zwei Talente, die ihm in einem Maße eigen waren, wie selten einem Menschen, und die ihn bald zum politischen Führer machen mußten. Erstens nämlich eine ganz wunderbare volksthümliche, feurige und doch zugleich maßvolle Beredsamkeit, welche die in athemloser Spannung lauschenden Massen mit willenlenkender Kraft zu sofortiger unwiderstehlicher That fortzureißen vermochte; die aber auch Tausende, die von Anderen schon zu wilden, gewaltsamen Thaten aufgereizt waren, durch die überzeugende Kraft seines, ungeheure Räume beherrschenden Wortes zurückzuführen vermochte auf die Bahn der Ordnung und des Gesetzes, und dadurch unabsehbare verhängnißvolle Folgen zu verhüten — wahrlich, eine bei Weitem seltenere und höhere Begabung, als die bloßer Beredsamkeit. Von dieser Gottesgabe machte Blum oft einen scheinbar ganz wunderthätigen Gebrauch — so namentlich in den furchtbaren Leipziger Augusttagen 1845, da durch eine ganz unnöthige Salve des Militärs zwölf schuldlose Leipziger Bürger todt hingestreckt wurden, und Leipzig ohne Blums zur Bewahrung der Ordnung mahnende und zwingende Beredsamkeit unfehlbar in blutige Anarchie verfallen wäre.

Die andere wunderbare Begabung dieses Mannes aber war sein geniales agitatorisches Talent. Alles wurde unter seiner geschickten unermüdlichen Hand zum Agitationsmittel für die Zwecke deutscher Einheit und Freiheit: scheinbar harmlose Volkskalender und kleine Provinzialblätter, das große Leipziger Buchdruckerfest von 1840, der im nämlichen Jahre von ihm in Leipzig gegründete Schillerverein und Schriftstellerverein, die Redeübungsvereine, die er ins Leben rief, die jährlichen Verfassungsfeiern, ja selbst die Leipziger Maskenbälle; und 1845 nahm auch der Deutschkatholizismus unter seiner Führung ein wesentlich politisches Gepräge an. Schon zu Anfang der vierziger Jahre hatte er zudem in den „Sächsischen Vaterlandsblättern“ seiner politischen Richtung ein schneidiges und weitverbreitetes Organ geschaffen und im März 1848 schuf er auch die über das ganze Land verbreiteten Vaterlandsvereine.

So stieg Blum bald zum anerkannten Führer des radikalen und nationalen Liberalismus im Königreich Sachsen empor, obwohl ihn seine Stellung als Leipziger Theatersekretär — die er bis 1847 beibehielt, um dann Buchhändler zu werden — daran hinderte, sich um ein

Abgeordnetenmandat zu bewerben. Aber weit über Sachsen hinaus reichten sein Einfluß, seine Verbindungen und der geachtete Klang seines Namens. Mit Gleichgesinnten in ganz Deutschland, mit dem ehrwürdigen Führer der badischen Liberalen Adam von Itzstein, wie mit dem jugendlichen Friedrich Hecker in Mannheim, mit Johann Jacoby in Königsberg, mit dem nassauischen liberalen Führer Hergenhahn und dem weimarischen Wydenbrugk, mit den Schlesiern Graf Reichenbach und Heinrich Simon u. s. w. unterhielt Blum stetigen eifrigen Briefwechsel und hatte er jährliche Zusammenkünfte zur Feststellung der gemeinsamen Propaganda in nationalen und freiheitlichen gesammtdeutschen Angelegenheiten. Aus diesem vertrauten Kreise heraus wurde 1847 auch die „Volksbuchhandlung“ begründet, die Robert Blum von den Fesseln seiner Anstellung beim Leipziger Theater befreien und seine mächtige Kraft und Persönlichkeit ganz für die politische Wirksamkeit frei machen sollte. Aber kaum hatte das junge buchhändlerische Unternehmen sein Hauptwerk, Blums „Staatslexikon für das deutsche Volk“, hinausgegeben, so brach die Pariser Februarrevolution von 1848 und die deutsche Märzbewegung aus, welche Robert Blum von Haus und Familie, Geschäft und Heimath hinwegrief auf die größte politische gesammtdeutsche Bühne damaliger Zeit, die des Frankfurter Vorparlamentes und Parlamentes.

Sein maßvolles Wirken in Frankfurt, die Leistungen und Erfolge seiner meisterhaftn Beredsamkeit in der Paulskirche, und der tiefe Eindruck seiner reinen edeln Persönlichkeit, sind ziemlich allgemein bekannt und unvergessen, und auch seine damaligen Gegner haben dem Urtheil seines Mitkämpfers W. Zimmermann beigepflichtet, der Robert Blum „den größten unter den Volksmännern der neueren Zeit“ nennt. Dagegen sind die Beweggründe, welche Robert Blum, den geborenen Kölner, den Führer der gemäßigten Linken des sächsischen Volkes und Frankfurter Parlaments im Oktober 1848 nach Wien führten, die Art und der Umfang seiner Betheiligung an der Wiener Oktober-Revolution, die Ursachen und Umstände, welche zu seinem tragischen Tode führten, noch heute — nach beinahe fünfzig Jahren — trotz des ungeheuren Aufsehens, das sein gewaltsamer Tod erregte, vielfach so unbekannt, daß eine ruhige und streng geschichtliche Prüfung und

Entscheidung dieser Fragen nicht blos in hohem Maße und für weiteste Leserkreise interessant, sondern geradezu als ein Gebot geschichtlicher Pflichterfüllung erscheint, das natürlich dem Verfasser dieser Blätter besonders heilig ist.

Was nun zunächst Robert Blums Beweggründe zu seiner Reise von Frankfurt nach Wien im Oktober 1848 anlangt, so sind diese Beweggründe in seinen Briefen aus Frankfurt an die in Leipzig weilende Gattin und die dortigen Freunde wie gegenüber den Frankfurter Gesinnungs- und Parlamentsgenossen, namentlich gegen Karl Vogt, aufs Klarste ausgesprochen worden. Es sind die folgenden.

Das Verfassungs-Ideal Robert Blums — auch sein Ideal einer gesammtdeutschen Staatsverfassung — war unstreitig die Republik. Aber sein klarer ruhiger Verstand erkannte auch deutlich, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes monarchisch gesinnt sei. Er hatte deßhalb an eine ansehnliche Abordnung aus dem sächsischen Gebirge, die ihn zu Ende März 1848 — vor seiner Abreise von Leipzig zum Frankfurter Vorparlament — aufforderte: „binnen vierzehn Tagen von Frankfurt die deutsche Republik mitzubringen," die verblüffende Frage gerichtet: „ob die Herren denn an allen Orten, von denen sie herkämen, schon Feuerspritzen hätten?" Und als diese Frage allerseits verneint wurde, hatte er gelassen das klassische Wort gesprochen: „Sagen Sie Ihren Auftraggebern, ehe nicht jedes deutsche Dorf seine eigene Feuerspritze habe, könne ich Ihnen die deutsche Republik nicht besorgen." In demselben Sinne sagte er in seiner ersten Rede in Frankfurt vor einer sehr erregten Versammlung, in der alle Redner die Errichtung einer deutschen Republik als selbstverständlich bezeichneten, kühl: „Eine Republik könnte Deutschland schon werden — aber uns fehlen die Republikaner!" Auch die das öffentliche Leben Sachsens leitenden und beherrschenden „Vaterlandsvereine", die Robert Blum geschaffen hatte, standen, trotz ihres radikal-demokratischen Bekenntnisses, dem Wesen und Wort ihres Schöpfers und Führers Robert Blum getreu, bis zum Herbst 1848 durchaus auf gesetzlichem Boden.

Die Unmöglichkeit, sein republikanisches Verfassungsideal in Deutschland — wenigstens zur Zeit — zu verwirklichen, erkannte Robert Blums realpolitischer Verstand nun vollends klar, als er im deutschen Vorparlament und Parlament die republikanisch Gesinnten

einer vier- bis fünffach überlegenen monarchischen Mehrheit gegenübersah — die unzweifelhaft den richtigen Ausdruck der Gesinnungen der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes bildete. Die jacobinischen Geister der großen Versammlung freilich, wie Hecker und Struve, beschlossen angesichts dieser sie bedrückenden monarchischen Mehrheit, den parlamentarischen Kampf aufzugeben und das rothe Banner der bewaffneten Revolution zu erheben. Ganz anders Robert Blum. In seinen Briefen an die Gattin nannte er Hecker und Struve „wahre Viehkerls, die mit ihren Köpfen wie geschlagene Ochsen durch die Wand rennen“ und „Verräther am Vaterlande“. Er seinerseits sammelte vielmehr achtzig bis hundert Abgeordnete des Frankfurter Parlaments als „gemäßigte Linke“ unter seinem Programm: den Kampf für die deutsche Verfassung auf freiester Grundlage nur im Parlament und nur mit gesetzlichen Mitteln zu führen. Deßhalb verdammte er auch den Frankfurter September-Aufstand (1848), der eben diese Linke zwingen wollte, sich als republikanischen Konvent aufzuspielen, ebenso scharf wie die republikanischen Putsche von Hecker und Struve im April und September 1848. Er ging in Frankfurt sogar mit eigener Lebensgefahr den Barrikaden entgegen, um den Kämpfern das Ruchlose und Thörichte ihres Unternehmens vorzustellen.

Man kann sich daher seine Stimmung denken, als einerseits die nach Niederwerfung dieser Putsche wesentlich erstarkte Reaktion Blum und seine Freunde für diese Frevel verantwortlich machte, andererseits aber die sächsischen Vaterlandsvereine, die während der schon seit März andauernden Abwesenheit ihres Führers Robert Blum inzwischen zur Beute eines wüsten revolutionären Demagogenthums geworden waren, Blum und seine Linke „Verräther“ schalten, weil diese sich den Frankfurter Empörern nicht angeschlossen hatten. Alle diese traurigen Verhältnisse schildert Blum der Gattin in einem Briefe vom 11. Oktober und schließt mit den Worten: „Wir von der Linken stehen vereinsamter als jemals und haben vor- wie rückwärts keine Hoffnung. Nie bin ich so lebens- und wirkensmüde gewesen, wie jetzt!“

Da bot sich ihm ein Anlaß, eine Zeit lang aus diesem Jammer herauszukommen, und begierig griff er danach — zu seinem Verderben.

Der Rechtsboden des alten Oesterreich und das „System“ Metternichs waren im März 1848 für immer zusammengebrochen.

Seit der Verkündigung des österreichischen Staatsgrundgesetzes vom 25. April 1848 war der Kaiser von Oesterreich ein konstitutioneller Monarch, Oesterreich ein Verfassungsstaat nach belgischem Muster geworden — aber freilich nur in Folge der Wiener März-Ereignisse. Die Anhänger des alten „Systems" planten daher schon, seitdem Fürst Windischgrätz im Juni den großen Czechenaufstand in Prag blutig niedergeworfen hatte, den Umsturz der Verfassung und die Wiederherstellung des absolutistischen Kaiserthums mit Hilfe des Heeres. Zunächst wurde den Ungarn die feierlich verliehene Selbständigkeit und Freiheit wieder genommen und der den Ungarn verhaßteste Todfeind, der Banus Jellacic von Croatien, zum Vertreter des Kaisers und zum Oberbefehlshaber in Ungarn ernannt. Aber als er mit seinen Kroaten einrücken wollte, wurde er vom ungarischen General Moga gründlich geschlagen. Nun wollten ihm die reaktionären Berather der Wiener Hofburg einen Theil der Wiener Besatzung zu Hilfe schicken. Als dieser aber am 6. Oktober auf dem Bahnhofe eintraf, wurde er von bewaffneten Volkshaufen Wiens zur Umkehr gezwungen, dann der Kriegsminister Latour scheußlich ermordet und das Zeughaus gestürmt. Erschrocken flüchtete der Hof nach Olmütz. In der Nacht wurden auch alle Truppen aus Wien entfernt. Aber schon am 7. Oktober wurde von der Bürgerwehr die Ordnung wieder hergestellt und eine Abordnung an den Kaiser mit der Bitte entsendet: er möge zurückkehren, da Wien ihm treu sei und nur die Aufrechterhaltung der Verfassung und die Entlassung der reaktionären Minister begehre. Der Kaiser versprach auch die Erfüllung aller dieser Wünsche.

Diese Ereignisse veranlaßten nun die Linke in Frankfurt, durch ihr Mitglied, den Abgeordneten Johann Berger von Wien, den späteren österreichischen Minister, am 12. Oktober im Parlament den Antrag einzubringen: der Bürgerschaft Wiens für ihren Verfassungskampf den Dank der deutschen National-Versammlung auszusprechen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, und nun beschloß die Linke noch am nämlichen Abend, vier Abgeordnete nach Wien zu senden, um der dortigen Bürgerschaft den vom deutschen Parlament versagten Dank darzubringen. Rasch einigte man sich über die Wahl der beiden österreichischen Abgeordneten, des Dichters Moriz Hartmann (gewählt

in Leitmeritz) und des harmlosen Albert Trampusch (aus Weidenau in Oesterreich-Schlesien), sowie des Professors Julius Fröbel aus Rudolstadt. Aber bei der Wahl des vierten Abgeordneten ergab sich Stimmengleichheit zwischen Robert Blum und Karl Vogt. Da zog Blum den Freund hinaus und beschwor ihn — wie Karl Vogt später dem Verfasser persönlich erzählte — bei der Stichwahl zurückzutreten, damit Blum fern von Frankfurt Zeit zu fruchtbarer Erholung und Sammlung gewinne, die der Partei zu Gute kommen werde. So trat denn Vogt zurück und Blum wurde gewählt. Trotz aller eindringlichen Warnungen, trat er die gefährliche Reise auch schon am Morgen des 13. Oktober an.

Am Abend des 13. schlief er noch einmal im eigenen Hause in Leipzig, umarmte die Gattin und die vier Kinder — von denen ich, der Aelteste, noch nicht 7½, der Jüngste noch nicht 1 Jahr alt war ahnungslos zum letzten Male und reiste am Morgen des 14. Oktober über Breslau nach Wien — in einem wahren Triumphzuge.

Was nun die Frage anbelangt, welches der Antheil Robert Blums an der Wiener Oktober-Bewegung von 1848 gewesen sei, so ist zunächst in Kürze der eigenthümliche Charakter dieser Bewegung festzustellen. Daß sie nur auf die Erhaltung der Verfassung gerichtet und durchaus monarchisch war, ist bereits dargelegt. Die zweifellos ungesetzlichen und höchst frevelhaften Ausschreitungen vom 6. Oktober waren bereits am 7. Oktober aus der eigenen Kraft der Wiener Bürgerwehr unterdrückt, und damit die Ruhe und Ordnung vollständig wieder hergestellt, so daß selbst der Kaiser seine Rückkehr zusagte. Auch blieb der österreichische Minister Kraus — unter vorläufiger Vereinigung aller Portefeuilles in seiner Hand — in Wien und genehmigte ausdrücklich alle Maßregeln, welche der gleichfalls in Wien forttagende Reichsrath und die gesetzliche Gemeindebehörde Wiens, der Gemeinderath, vom 6. Oktober an trafen, um Wien in Vertheidigungszustand zu setzen: Die Ernennung des k. k. Oberlieutenants Wenzel Messenhauser zum Stadtkommandanten, die Bildung zahlreicher Mobilgarden und deren Besoldung aus Staatsmitteln, neben der gleichfalls rechtmäßig bestehenden Bürgerwehr, Nationalgarde und Studenten-Legion. Minister Kraus erhöhte sogar aus eigenem Entschlusse die Besoldung der Mobilgarden. Zum untrüglichsten Kennzeichen dafür aber, daß auch das

Ausland annahm, die rechtmäßige Regierung Oesterreichs befinde sich nach wie vor in Wien, muß die Thatsache gelten, daß die gesammte fremde Diplomatie während der ganzen Zeit der sogenannten Wiener Oktober-Revolution in Wien verblieb.

An dieser rechtlichen Beurtheilung der Wiener Bewegung konnten die Zeitgenossen am wenigsten irre gemacht werden durch das schon bei Robert Blums Abreise von Frankfurt verbreitete Gerücht: Fürst Windischgrätz habe, mit geheimer kaiserlicher Vollmacht ausgerüstet, alle nicht in Italien kämpfenden kaiserlichen Truppen in der Stärke von 90000 Mann um sich gesammelt und führe sie von Prag aus zur Bezwingung Wiens heran. Hätte Windischgrätz diese geheime kaiserliche Vollmacht wirklich besessen, so wäre sie verfassungsmäßig unzureichend gewesen, da sie der Gegenzeichnung der Minister entbehrte. Aber der beste Geschichtsschreiber und gründliche Kenner Oesterreichs, der obendrein ziemlich konservative, in Oesterreich geborene und aufgewachsene Professor Anton Springer zweifelt entschieden daran, daß Fürst Windischgrätz überhaupt eine solche Vollmacht besessen habe, ist vielmehr der Meinung, daß der Fürst auf eigene Faust den Bürgerkrieg begann.

Unter so verworrenen Verhältnissen kam Robert Blum mit seinen drei Begleitern am 17. Oktober in Wien an, wo die Abgeordneten von den Behörden und dem Volke feierlich empfangen wurden. Sie richteten ihren Frankfurter Auftrag an die Wiener Behörden und den Reichsrath aus und schickten sich bereits am 19. an, in die Heimath zurückzukehren, wo Blum der Gattin seine Ankunft für Sonntag den 22. anzeigte. Denn Blum wie seine Freunde fanden die Wiener Zustände zu längerem Bleiben nicht angethan. Kleinmuth und Zerwürfnisse unter den Behörden und Führern waren ihnen unangenehm bemerkbar.*) So waren sie namentlich erstaunt, daß der Reichsrath und Gemeinderath nur papierene Proteste in die Feldlager des Fürsten Windischgrätz und des bei Rothneusiedel lauernden Banus Jellacic, sowie nach Olmütz entsendeten, statt die sehr erheblichen Wiener Streitkräfte mit denen des wenige Stunden von Wien stehenden ungarischen

*) Nach Blums Briefen an die Gattin und Fröbels Rede im Frankfurter Parlament vom 18. November 1848.

Generals Moga zu vereinigen, den üppigen Banus zu züchtigen und dann das ganze überlegene ungarische Heer dem Fürsten Windischgrätz in die Flanke zu führen.

Als die Frankfurter Abgeordneten nun aber am 19. Oktober Wien verlassen wollten, konnte Fröbel keinen Paß zur Rückreise erlangen, weil seine heimathliche Großmacht Schwarzburg-Rudolstadt in Wien keine diplomatische Vertretung besaß. Die beiden österreichischen Abgeordneten Hartmann und Trampusch brauchten keine Pässe, Blum hatte den seinen erhoben. Diese Drei hätten also reisen können. Sie wollten aber Fröbel nicht allein zurücklassen und blieben daher selbst, bis Fröbel seinen Paß erhalten würde. Diese Zögerung wurde für Blum verhängnißvoll. Denn die von den demokratischen Vereinen und anarchistischen Elementen bedrängten Wiener Behörden suchten nun Blums maßvolle und volksthümliche Persönlichkeit in Wien festzuhalten, indem sie ihm versicherten, Wien sei bereits von Windischgrätz' Truppen umschlossen; von diesen seien schon Abgeordnete mißhandelt worden u. s. w. Blum glaubte leider diesen Versicherungen und blieb in Wien.

An demselben Tage, da er wieder hatte in Leipzig sein wollen, am 22. Oktober, wurde nun Wien von den Truppen des Fürsten Windischgrätz wirklich umschlossen. Am 23. Oktober forderte der Feldherr die Stadt zur Uebergabe auf und verlangte die Auslieferung der Mörder Latours, des polnischen Berufs-Revolutionärs „General" Bem, der die Wiener Streitkräfte und Vertheidigung eigentlich leitete, die Auflösung der Mobilgarde u. s. w. Auf der fürstlichen Liste der Auszuliefernden stand Robert Blum natürlich nicht, da er sich mit den drei Freunden ruhig im Hotel „Zur Stadt London" hielt. Der Wiener Gemeinderath erklärte sich aber außer Stande, jene Forderungen des Fürsten zu erfüllen. So begann denn am 26. Oktober der umfassende Angriff auf die Stadt, die vielfach in Brand geschossen wurde und sich als unhaltbar erwies. Auch alle bewaffneten Abtheilungen Wiens erkannten am Abend des 28. Oktober die Vergeblichkeit ferneren Widerstandes und die Nothwendigkeit der Unterwerfung an. Diese Unterwerfung bot am Sonntag Morgen des 29. Oktober eine Abordnung der Stadt dem Fürsten in dessen Feldlager an, bat aber um Milde und Gnade für alle Kämpfer Wiens, auch für die Deserteure,

die gegen die Truppen gefochten hatten. Da verpfändete Fürst Windischgrätz sein Ehrenwort: er werde sich an Großmuth nicht überbieten lassen. Auf diesen Grundlagen wurde am 30. Oktober die Kapitulation abgeschlossen, und Fürst Windischgrätz hätte nun widerstandslos in die offene Stadt einziehen können. Aber der steife und förmliche Feldherr wollte erst „alle Modalitäten der Entwaffnung“ fein säuberlich auf dem Papier haben — und diese Zögerung ward verhängnißvoll.

Denn am 30. Oktober, Morgens, zog der ungarische General Moga zum Entsatze Wiens heran. Messenhauser, der beim Abschluß der Kapitulation sein Kommando niedergelegt, übernahm es sofort wieder, bestieg den Stephansthurm, um das Gefecht an der Schwechat zu verfolgen, und befahl den Wienern, die schon seit dem 29. abgelegten „Waffen wieder zu ergreifen, wenn sich ein geschlagenes (Windischgrätz') Heer unter den Mauern von Wien zeigen sollte“. Vergebens widerrief Messenhauser diesen unseligen Befehl, sobald er die Niederlage der Ungarn erkannt hatte. Das zuchtlose Proletariat, das wegen des Soldverlustes mit der Kapitulation ohnehin höchst unzufrieden gewesen, gab die Waffen nicht wieder her und verweigerte Gehorsam und Ergebung. Aber schon am folgenden Tage wurde dieser frevelhafte Kapitulationsbruch in Blut erstickt. Als am Nachmittag des 31. in das Burgthor, die letzte Brustwehr der Aufrührer, Bresche geschossen war, löste Alles in wilder Flucht sich auf. Am Abend zog das ganze fürstliche Heer in das bezwungene Wien ein. Am 1. November wehte vom Stephansthurme eine riesige schwarz-gelbe Fahne, Belagerungszustand und Standrecht wurden verkündet.

Begreiflicher Weise hatte Robert Blum nicht entfernt die Absicht gehabt, sich an der Wiener Bewegung persönlich zu betheiligen. Er hatte nur am 23. Oktober, als die Proklamation des Fürsten eine ungeheuere Erbitterung in Wien erzeugte, weil darin unter Anderem gesagt war: „Wien befindet sich in der Gewalt einer Handvoll von Verbrechern“, auf Ersuchen der Wiener Behörden vor Tausenden von Bürgern und Studenten in der Aula eine maßvolle Rede gehalten, in welcher er die allgemeine Erbitterung zu beschwichtigen versuchte durch den Hinweis, daß Oesterreich ein Verfassungsstaat sei, daß die Verfassung durch das Wort des Kaisers verbürgt werde, Fürst Win-

dischgrätz also Gesetz und Verfassung verletze. Im Sinne dieser Rede verfaßte er am 23. noch einen Aufruf und einen Zeitungsartikel für den „Radikalen“.

Der Chef des Generalstabes der Wiener Nationalgarde und k. k. Major a. D., Ernst Haug, hatte dann am 24. Oktober zum Schutze der Ruhe und Ordnung der Stadt zur Bildung eines „Elitekorps“ aufgefordert, dessen Leitung Haug selbst übernahm. Blum, Fröbel und Moriz Hartmann nahmen in diesem Ordnungskorps, das in der Feuerlinie und zum Kampfe nicht verwendet werden sollte, Volontärstellen an und wurden am 26. zu Hauptleuten gewählt. Bei Blum meldete sich damals als Freiwilliger ein kleiner, schmächtiger, achtzehnjähriger Student der Mathematik aus Breslau, Eduard Lasker, der spätere berühmte Abgeordnete.*) Noch am nämlichen Tage (26. Oktober) aber verfügte Messenhauser — in seiner höchsten Noth — bestimmungs- und vertragswidrig über das Elitekorps, indem er es in die Gefechtslinie einrücken ließ, Blums Kompagnie in die gefahrvollste Stellung an der Sophienbrücke den Kroaten gegenüber.

Blum gehorsamte dem Befehl — ebenso Fröbel und Hartmann — obwohl Blum, wenn er korrekt handeln wollte, sich widersetzen konnte und mußte. Er wollte aber lieber einen falschen Schein auf sich nehmen, als den Vorwurf der Feigheit. Mit größter Ruhe und Kaltblütigkeit ist er 36 Stunden lang im Feuer gestanden, obwohl seine Kanonen nicht einmal Geschosse besaßen. Als er und Fröbel die Nutzlosigkeit ferneren Widerstandes erkannten, reichten sie, von der Nachtwache kommend, am 29. Oktober, früh 5 Uhr, ihre Entlassung ein, die angenommen wurde, und von da an hielten sie sich fortwährend in ihrem Gasthofe „Zur Stadt London“ auf, bis sie beim Morgengrauen des 4. November hier in ihren Betten verhaftet wurden — wie noch berichtet werden wird.

Blum hat den Gasthof nur einmal, auf Ersuchen der Wiener Behörden, verlassen, am 29. Oktober Nachmittags, um die zur Berathung über die Kapitulation versammelten Führer der einzelnen bewaffneten Korps ebenso nachdrücklich als erfolgreich zur Unterwerfung

*) Persönliche Mittheilung meiner Reichstags- und Fraktions-Kollegen E. Lasker und Ludwig Bamberger an mich.

unter den siegreichen Belagerer zu mahnen. Blum that das, indem er „jeden weiteren Widerstand für Wahnsinn, ja für ein Verbrechen“ erklärte. Robert Blum hatte also die Waffen bereits niedergelegt, als die Kapitulation vom 29./30. Oktober abgeschlossen wurde, welche, nach des Fürsten Windischgrätz verpfändetem Ehrenworte, allen Kämpfern Wiens, selbst den Deserteuren, Gnade zusicherte. Uebrigens hätte sich eine gesetzliche Bestimmung, wonach die für die österreichische Verfassung bis zum Abschlusse der Kapitulation kämpfenden Männer zur Strafe gezogen werden könnten, auch schwerlich ausfindig machen lassen — und wir werden sehen, daß namentlich auch Fürst Windischgrätz dieser Ansicht war. Daher fehlt denn auch selbst in dem gegen Robert Blum später gefällten Todesurtheile jede Bezugnahme auf ein von ihm verletztes Gesetz.

Der Bezwinger des freien Wien, Fürst Windischgrätz, hatte in seiner Proklamation vom 23. Oktober 1848 u. A. zu bestimmen geruht: „Alle Ausländer in der Residenz sind mit legalen Nachweisungen der Ursache ihres Aufenthaltes namhaft zu machen, die Paßlosen zur sofortigen Ausweisung anzuzeigen!“ Als daher am 2. und 3. November die vier Frankfurter Abgeordneten, die zusammen in „Stadt London“ wohnten, unter Benennung ihrer Heimathstädte die obersten Befehlshaber Wiens um Pässe baten, „um zu ihrem Berufe zurückkehren zu können“, verfügte General Cordon auf der Rückseite der Eingabe der Abgeordneten selbst die Verhaftung der beiden „angeblich in „Stadt London“ wohnhaften Ausländer Blum und Fröbel“ eben lediglich aus dem Grunde, weil diese beiden „paßlosen Ausländer“ nach der fürstlichen Proklamation vom 23. Oktober der „sofortigen Ausweisung“ verfallen waren. Also keineswegs etwa deshalb, weil sie irgend einer Unthat verdächtig waren, namentlich nicht, weil sie am Kampfe Theil genommen hatten. Denn das hatte Moriz Hartmann ja auch gethan! Und wenn sie einer Unthat verdächtig gewesen wären, so würde General Cordon sie längst zu finden gewußt, namentlich auch gewußt haben, daß sie nicht blos „angeblich“, sondern wirklich in „Stadt London“ wohnten. Die Verhaftung fand beim Morgengrauen des 4. November statt, und Hartmann und Trampusch wurden in Freiheit gelassen, weil sie Oesterreicher waren. In der That werden wir sofort erkennen, daß bis zum 8. Abends, wo das

Kriegsgericht über Blum zusammentrat, Niemand, selbst Fürst Windischgrätz nicht, auch nur den Schatten einer Anklage gegen Robert Blum ausfindig zu machen vermocht hatte!

Diese Thatsache wird auch nicht etwa widerlegt, sondern bestätigt durch die seit einem Menschenalter bekannten außerordentlich kurzen und dürftigen Akten des Wiener Standgerichtes gegen Robert Blum. Diese Akten enthalten nämlich eigentlich nur das äußerst kurze Verhör, das am 8. November, Abends, mit Robert Blum vor dem Kriegsgerichte angestellt wurde, und — das Todesurtheil, das ohne Wissen Blums sofort nach dem Verhöre über ihn gefällt wurde. Die einzigen Vorwände aber, welche dieses Urtheil anführt für die über Blum verhängte Todesstrafe durch den Strang, die nur „in Ermangelung eines Freimannes durchs Erschießen mit Pulver und Blei zu vollziehen" gnädig beschlossen wurde, erweisen sich nach den vorstehenden Ausführungen und Thatsachen als völlig haltlos. Denn als solche Vorwände sind in dem Urtheile einzig und allein die unrichtigen Behauptungen zu finden: daß Blum „in der Aula zu Wien am 23. Oktober l. J. durch Reden (!) in einer Versammlung zum Aufruhre (?) aufgeregt und am 26. Oktober an dem bewaffneten Aufruhre in Wien als Kommandant einer Kompagnie des Elite-Korps thätigen Antheil genommen". Wir wissen aus den früheren Darlegungen, daß die erste Unterstellung des Urtheils — mehrerer oder auch nur einer „aufrührerischen" Rede Blums in der Aula zu Wien am 23. Oktober — unwahr ist, nicht minder aber die zweite — daß Blum am 26. Oktober an „bewaffnetem Aufruhr" Theil genommen, da er wie alle Wiener Kämpfer, wie der Reichsrath, der Minister Kraus, der Gemeinderath von Wien u. s. w. diese Bewegung nur für eine gesetzliche hielt, Blum außerdem nur auf Befehl des rechtmäßigen Stadtkommandanten gezwungen in die Feuerlinie einrückte, und sein Antheil am Kampfe endlich durch die von ihm nicht gebrochene Kapitulation vom 30. Oktober auf des Fürsten Windischgrätz Ehrenwort vergeben und vergessen war.

Aus den Standgerichtsakten gegen Robert Blum erhalten wir also keine irgendwie genügenden Aufschlüsse für die Begründung des über diesen Abgeordneten gefällten Todesurtheiles. Dagegen danken wir die Enthüllung der geheimsten Fäden und Beweggründe des Planes, der zur Tödtung Robert Blums führte, wie die Kenntniß der

bei diesem Plane betheiligten Personen zwei ebenso gut „konservativen" wie ultramontanen österreichischen Schriftstellern, die also schon wegen dieser rühmlichen Eigenschaften äußerst glaubhaft sind, außerdem aber auch über die ganze geheime Korrespondenz der fürstlichen beiden Schwäger Alfred Windischgrätz und Felix Schwarzenberg verfügten, als deren Verherrlicher die beiden frommen Schriftsteller auftreten. Diese Enthüller sind A. v. Helfert und der Neugraf A. v. Hübner.*) Wir brauchen also nur dem von ihnen enthüllten geheimen Briefwechsel zwischen den beiden Schwägern Fürsten Windischgrätz und Felix Schwarzenberg zu folgen, um an unser Ziel zu gelangen. Zuvor ist nur noch zu berichten, daß Fürst Felix Schwarzenberg, der sich bis dahin blos durch seine wilden Ausschweifungen und verwegenen Abenteuer bei seinen Liebeshändeln ausgezeichnet hatte, nunmehr „als Retter von Thron und Altar" am 2. November insgeheim zum leitenden Minister Oesterreichs ernannt worden war, wenn auch diese Ernennung erst am 22. November öffentlich bekannt gemacht wurde. Seine Briefe haben daher fast noch mehr Gewicht und Bedeutung wie diejenigen seines Schwagers, des auf eigene Faust Weltgeschichte machenden Fürsten Windischgrätz.

Der geheimen Korrespondenz der beiden fürstlichen Schwäger, zu der wir uns nunmehr wenden, geht nebenher ein gleichfalls ganz geheimes Schreiben des Feldmarschalls Windischgrätz an den Minister v. Wessenberg in Olmütz vom 2. November 1848, welches unwiderleglich beweist, daß Fürst Windischgrätz sich an sein bei Abschluß der Kapitulation vom 30. Oktober feierlich gegebenes Versprechen gebunden glaubte und wußte: gegen alle Kämpfer Wiens Gnade walten zu lassen. Denn in diesem geheimen Schreiben an Wessenberg verlangte der Fürst nur, gegen die Kapitulationsbrecher standrechtlich verfahren zu können — zu denen Robert Blum, wie wir sahen, nicht im Entferntesten gehörte. Wessenberg stimmte denn auch diesem Verlangen zu. Von seinem Schwager Felix scheint aber Fürst Windischgrätz die Erlaubniß zu einer kleinen, sozusagen parlamentarischen Erweiterung dieser standrechtlichen Hinrichtungsbefugniß erwartet zu haben. Denn

---

*) Helfert in seiner 1870 flg. erschienenen dreibändigen „Geschichte Oesterreichs", Hübner in seinem Tagebuch „Ein Jahr meines Lebens, 1848/49". Leipzig, Brockhaus, 1891.

sein geheimer Briefwechsel mit dem in Olmütz weilenden Schwager beginnt Anfangs November mit dem Verlangen: auch gegen alle „schlechtgesinnten" Abgeordneten standrechtlich vorgehen zu dürfen, die er (Windischgrätz) in Wien würde fassen können. Schwarzenberg antwortete jedoch am 3. November sehr bestimmt: das ginge nicht an. Denn „an die geheiligten Leiber der Volksvertreter können wir nur durch juridische Beweise heran; es genügt keineswegs, daß man von der Mitschuld mancher Deputirten an den Schändlichkeiten der letzten Revolution moralisch überzeugt ist".

Unmittelbar nachher, am 4. November, wurden nun — wie berichtet — Robert Blum und Julius Fröbel verhaftet, und zwar nur als „paßlose Ausländer". Am 5. richteten sie aus dem Gefängnisse (dem Stabsstockhause) an den Präsidenten der deutschen National-Versammlung in Frankfurt ein Schreiben, in welchem sie auf Grund des Reichsgesetzes vom 30. September 1848 Schutz und Freiheit verlangten. Dieses Reichsgesetz verbot, irgend einen Abgeordneten des Frankfurter Parlaments „zu verhaften oder in strafrechtliche Untersuchung zu ziehen, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That". Dieses Gesetz hatte auch in Oesterreich unzweifelhaft Geltung, da es am 5. Oktober in der amtlichen Wiener Zeitung mit Gesetzeskraft verkündet worden war.

Das Schreiben vom 5. November aber, in welchem Blum und Fröbel unter Berufung auf dieses Gesetz Schutz und Freiheit verlangten, ist nie nach Frankfurt gelangt. Es fehlt auch bei den Kriegsgerichtsakten gegen Blum und Fröbel. Im höchsten Grade wahrscheinlich ist, daß Fürst Windischgrätz es öffnete und an den Schwager Felix zur Begutachtung nach Olmütz sendete. Jedenfalls zeigte er diesem in einem ganz vertraulichen Briefe vom 6. November „die Absicht" an: „die beiden Deputirten Blum und Fröbel einfach aus Oesterreich ausweisen zu lassen, um Dir etwaige diplomatische Schwierigkeiten zu ersparen", die Windischgrätz angesichts des Reichsgesetzes vom 30. September offenbar befürchtete, zumal, da er nicht die geringsten „juridischen Beweise" hatte, die nach dem Schreiben Schwarzenbergs vom 3. November nothwendig waren, um „an die geheiligten Leiber der Volksvertreter zu gelangen".

Fürst Schwarzenberg hätte nun sicherlich dieser „Absicht" seines

Schwagers Windischgrätz zugestimmt, da Schwarzenbergs Ausschweifungen und Abenteuer ihm bis dahin durchaus keine Zeit gelassen hatten, sich mit Blums Bedeutung und mit dem Reichsgesetze vom 30. September zu beschäftigen. Zu Blums Unglück aber war dessen Todfeind Hübner als verderblicher Ohrenbläser an Schwarzenbergs Seite in Olmütz. Hübner, der erst sechs Jahre später in den Freiherrn- und 1888 in den Grafenstand erhoben wurde, war eigentlich ein Wiener Kleinbürgerssohn Namens Hafenbredl, in Metternichs Kanzlei mit dessen „Geist" und „System" erfüllt und 1844 nach Leipzig als österreichischer General-Konsul versetzt worden.*) Hier hatte er sich in ungebührlichster Weise in die städtischen und politischen Angelegenheiten eingemischt, so daß ihm der Stadtverordnete Robert Blum wiederholt durch die österreichische Regierung unsanft auf Finger und Mund klopfen ließ, bis der geborene Hafenbredl schließlich von Leipzig abberufen wurde. Das hatte der Herr Baron noch an Blum zu rächen. Außerdem aber stand der edle Herr dem Jesuiten-Orden sehr nahe und hielt nun auch die Gelegenheit gekommen, den Führer des „Deutsch-Katholizismus", Robert Blum, „unschädlich" zu machen. Er selbst verheimlicht in seinem „Tagebuche" auch gar nicht, daß das „Verdienst" der Tödtung Robert Blums hauptsächlich ihm (Hübner) zukomme, ja er rühmt sich dessen noch 1891! Für diese Tödtung gewann er nun das Machtgebot des Fürsten Schwarzenberg, indem er diesem die folgenden ungeheuerlichen Unwahrheiten vorgaukelte, die unsere Leser nach dem früher Vorgetragenen als solche ohne Weiteres erkennen:

„Blums Privilegien als Mitglied des Frankfurter Parlaments haben keine gesetzliche Kraft in Oesterreich (!). Die Privilegien des Standrechtes sind die einzigen, welche er hier zu Lande beanspruchen kann. Robert Blum ist der hervorragendste der deutschen Anarchisten (!). Er wurde mit den Waffen in der Hand ergriffen (!!)" — Morgens 5 Uhr in seinem Hotelbett! — „Das Gesetz ahnt (!!) derlei Verbrechen mit dem Tode. Er muß die Folgen seiner Handlungen

*) Der ganze Mann — sit venia verbo! — ist trefflichst gezeichnet von D. Spitzer in dessen „Wiener Spaziergängen" in der „Neuen Freien Presse" vom 1. Februar 1880. („Wiener Spaziergänge" von D. Spitzer. 5. Band, S. 97 ff. Leipzig, Klinkhardt, 1882.)

tragen. Wenn er verurtheilt und hingerichtet wird, so werden seine Genossen" — d. h. das Frankfurter Parlament — „erfahren, daß wir uns nicht vor ihnen fürchten. Daher lasse man der Gerechtigkeit (?!) freien Lauf. Man muß die großen Verbrecher strafen!"

Wörtlich mit diesen Hübnerschen Kraftsätzen — die der Neugraf stolz noch 1891 in seinem Tagebuche wieder abdruckt — und mit dem Zusatze des Fürsten Schwarzenberg: „Ich nehme die Verantwortlichkeit auf mich", wurde der fürstliche Tödtungsbefehl am 7. November durch einen Offizier von Olmütz nach Wien gebracht, wo er am 8. Morgens in die Hände des Feldmarschalls gelangte. Im Laufe dieses Tages lief auch eine förmliche „Verwahrung" von Blum und Fröbel bei Windischgrätz ein, in welcher Beide — unter Berufung auf das Reichsgesetz vom 30. September — ihre Freiheit forderten. Nun zögerte Windischgrätz vollends keinen Augenblick länger, durch Tödtung eines Frankfurter Abgeordneten, welcher sich auf seine Unverletzlichkeit berief, einen deutlichen Beweis der erstarkten Macht des strammen reaktionären Oesterreich zu geben, zumal da ja der Schwager Felix die „ganze Verantwortlichkeit auf sich nahm". Windischgrätz ließ daher, wie schon berichtet, noch am Abend des 8. November das Kriegsgericht über Robert Blum zusammentreten, das diesen bedenkenfrei zum Tode verurtheilte. Die Mehrzahl der Mitglieder dieses Standgerichtes war so gebildet, daß selbst Herr v. Helfert ihre Protokoll-Unterschriften — und zwar aller Mitglieder vom Gemeinen bis zum Rittmeister aufwärts — kaum zu entziffern vermochte!

Indessen auch der unerschrockene Mann, der die „Verantwortung" für dieses tragische Verfahren „auf sich" genommen hatte, auch Fürst Felix Schwarzenberg bebte bei reiflicherer Ueberlegung doch zurück vor den Folgen der Blutthat, die er am 7. November in Folge der Anstiftung seiner „rechten Hand, des treuen Hübner", anbefohlen hatte. Denn inzwischen hatte der im Rechte völlig unbewanderte Fürst bei Leuten, welche etwas vom Rechte verstanden, über das von Blum angerufene Unverletzlichkeitsgesetz sich erkundigt und zu seinem namenlosen Erstaunen und Schrecken erfahren, daß es in Oesterreich mit Gesetzeskraft verkündet sei, während der „treue Hübner" — nach dem Grundsatze seines Ordens, daß der Zweck die Mittel heiligt — mit jesuitischer

Standhaftigkeit Tags zuvor behauptet hatte, es habe „keine gesetzliche Kraft in Oesterreich"! Ungewöhnlich bangen Herzens schrieb Fürst Schwarzenberg daher am 8. November nach Wien an den Schwager Windischgrätz: „Die Reichstags-Abgeordneten sind nicht standrechtlich zu behandeln, wenn sie nicht in **flagranti** (das heißt mit den Waffen in der Hand) ergriffen worden sind. Ein anderes Verfahren würde uns die größten Schwierigkeiten bereiten." Dieses Schreiben Schwarzenbergs übt selbst die schneidendste Kritik an dem gegen Robert Blum beliebten Verfahren. Denn dieses Schreiben hätte Blum, als es am Morgen des 9. November in Wien eintraf, sofort freigemacht — wenn Blum nicht bereits erschossen gewesen wäre!

Der Neugraf Hübner thut aber noch ein Uebriges, um uns die entsprechende Schätzung des gegen Robert Blum beobachteten Verfahrens zu ermöglichen. Nachdem er nämlich die bekannte Thatsache berichtet hat, daß auch Julius Fröbel — der obendrein von noch erheblich radikalerer Gesinnung war als Robert Blum, da Fröbel in Frankfurt der äußersten Linken, dem „Donnersberg", angehörte und er in Wien genau dasselbe „verbrochen" hatte wie Robert Blum — standrechtlich zum Tode verurtheilt worden sei, plaudert Hübner den wahren und einzigen Grund für die seiner Zeit allgemein verblüffende völlige Begnadigung Fröbels aus in den Worten: „Er wurde vollständig begnadigt und einfach als Landstreicher mittelst Schub über die Grenze gebracht, weil sein Name in dem oben besprochenen Schreiben des Fürsten Felix an Windischgrätz" (dem Uriasbrief vom 7. November) „nicht erscheint." Jedes Wort der Kritik an dieser „Gerechtigkeit" ist überflüssig.

Robert Blum hatte natürlich keine Ahnung von diesen geheimen Vorgängen, die über sein Leben entschieden. Er kehrte auch aus dem kurzen Verhör vor dem Kriegsgericht ruhig in seine Zelle zurück. Am 9. November, früh nach 4 Uhr, wurde er aus tiefem Schlafe geweckt und ihm plötzlich — das Todesurtheil verlesen. Er meinte, das sei ein Mißverständniß und berief sich nochmals auf seine Unverletzlichkeit, schickte sich aber muthig in den Opfertod, als ihm versichert wurde, daß es mit dem Urtheil und dessen Vollstreckung voller Ernst sei. Die Tröstungen eines römisch-katholischen Priesters wies er zurück, sprach aber freundlich mit ihm. Dieser wackere Geistliche,

Pater Raimund vom Schottenstift, war aber zugleich der Ueberbringer einer geheimen Botschaft.*)

Als nämlich Blums Freunde in Frankfurt von seiner Verhaftung hörten — was etwa am 6. November geschah, erklärte Karl Vogt mit seinem gesunden realistischen Instinkt den vertrautesten Parteigenossen rund heraus, daß er Blum für verloren halte, wenn dieser nicht in den Besitz einer Geldsumme gesetzt werde, die den muthmaßlichen Durchschnittspreis der Ehrlichkeit seiner Wächter erreiche. Wenige Stunden später stand Karl Vogt an der Spitze einer kleinen Abordnung vor Rothschild und bat ihn, gegen gute Prozente die Summe von etwa 3000 Gulden in Robert Blums Hände nach Wien gelangen zu lassen. Der alte Rothschild schüttelte den Kopf und fand das Geschäft bedenklich. War er doch österreichischer Freiherr. Der Jüngere aber sagte zu. Während die Quittung ausgeschrieben wurde, blieb Vogt allein zurück und fragte, auf welchem Wege denn das Geld an den gefangenen Blum besorgt werden solle? Der Börsenkönig wollte lange nicht heraus mit der Sprache. Endlich flüsterte er: „Durch den Prior des Schottenklosters in Wien.“ Allein auch diese Hilfe kam nun natürlich zu spät. Um den zehnfachen Preis hätte Niemand mehr gewagt, dem Standrecht das Opfer zu entreißen! Auch Robert Blum schickte sich sofort in diese Erkenntniß. Das Geld ist auf demselben Wege nach Frankfurt zurückgelangt und zu den Sammlungen für Blums Wittwe und Waisen gezogen worden.

Dann schrieb der dem Tod Entgegenschauende rührende Abschiedsbriefe, namentlich an Karl Vogt und die Gattin. An Karl Vogt:

„Ein Sterbender empfiehlt sich dir und allen deutschen Freunden meiner armen Familie. Sie hatten nur mich als Ernährer. Tragt eure Liebe für mich auf sie über, dann sterbe ich ruhig. Allen ein tausendfaches Lebewohl!

Wien, den 9. November, Früh 1/26 Uhr. Blum.“

Der letzte Brief Robert Blums an die Gattin, in welchem die ganze Gemüths- und Gefühlstiefe, die ganze Seelengröße und der frohe Unsterblichkeitsglaube des Mannes sich ausprägt, lautet:

„Mein theures gutes liebes Weib, lebe wohl! wohl für die Zeit,

---

*) Das Folgende nach persönlichen Mittheilungen Karl Vogts an mich.

die man ewig nennt, die es aber nicht seyn wird. Erziehe unsere — jetzt nur Deine Kinder zu edeln Menschen, dann werden sie ihrem Vater nimmer Schande machen. Unser kleines Vermögen verkaufe mit Hülfe unserer Freunde. Gott und gute Menschen werden Euch ja helfen. Alles was ich empfinde rinnt in Thränen dahin, daher nur nochmals: leb' wohl, theures Weib! Betrachte unsere Kinder als theures Vermächtniß, mit dem Du wuchern mußt und ehre so Deinen treuen Gatten. Leb' wohl, leb' wohl! Tausend, tausend, die letzten Küsse von Deinem

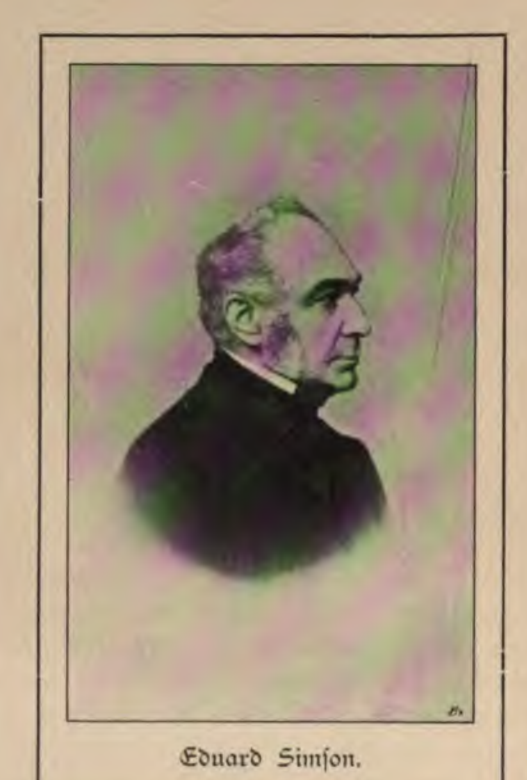
Wien, den 9. Nov. 1848, Morgens 5 Uhr, um 6 Uhr habe ich vollendet. Robert.

Die Ringe hatte ich vergessen; ich drücke dir den letzten Kuß auf den Trauring. Mein Siegelring ist für Hans, die Uhr für Richard, der Diamantknopf für Ida, die Kette für Alfred, als Andenken. Alle sonstigen Andenken vertheile Du nach Deinem Ermessen. Man kommt! Lebe wohl! wohl!"

Nach 6 Uhr Morgens wurde die sehr lange Fahrt nach der Brigittenau angetreten, welche die Todesstunde qualvoll verlängerte. An der Richtstätte angelangt, wollte Blum mit unverbundenen Augen sterben und rief, ehe die drei Schüsse krachten, die letzten Worte: „Ich sterbe für die Freiheit, möge das Vaterland meiner eingedenk sein!" Dann sank der deutsche Mann, Haupt und Herz von Kugeln durchbohrt, als blutende Leiche zurück — früh halb 8 Uhr am 9. November 1848, einen Tag vor seinem zweiundvierzigsten Geburtstage.

Sein letzter Wunsch, daß „das Vaterland seiner eingedenk sein" möge, ist — jedenfalls über alle Erwartungen des bescheidenen Mannes hinaus — in Erfüllung gegangen. Nicht mehr „von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte" — und der große Baumeister des einigen Deutschland, der die Ideale verwirklichte, für die Robert Blum in der Brigittenau blutete, Fürst Bismarck, sagte am 23. Mai 1870 zu mir: „Ich habe Sie zu mir (in das Zimmer des Bundeskanzlers hinter dem Sitzungssaale des Reichstages) bitten lassen, um Ihnen in dieser Stunde, von der ich hoffe, daß sie für ganz Deutschland segensreich sein wird (durch den Abschluß des deutschen Strafgesetzbuches, wobei ich unter dem „Pfui"

der Sozial-Demokraten für die Todesstrafe gestimmt hatte, um das Gesetz zu retten), ein Bündniß anzubieten — nicht ein Bündniß zwischen uns oder zu Gunsten eines Lebenden, sondern ein Bündniß zu Gunsten eines Todten. Ich möchte Sie bitten, daß, wenn jemals wieder Ihr Vater von den Herren, die heute Ihre Abstimmung mit ihrem „Pfui" begleiteten — den Herren Bebel und Hausknecht — dadurch herabgewürdigt werden sollte, daß sie ihn für Einen der Ihrigen erklären, daß Sie dann über alle Macht verfügen wollen, die ich etwa besitze, namentlich in der Presse, um dieses Bild rein zu halten. Ich bin ja damals, 1848 flg., ein scheußlicher Junker gewesen. Ich würde Ihren Vater auch haben erschießen lassen, wenn ich das hätte thun können. Ich würde auch Gottfried Kinkel haben erschießen lassen, obwohl ich mit ihm auf dem Fuße gegenseitiger Hochachtung stand. Aber ich urtheile heute gerechter. Ihr Vater war liberal — sehr liberal — aber auch gut national. Er würde, wenn er heute noch lebte und im Reichstag säße, wohl auf denselben Bänken (unter den Nationalliberalen) Platz genommen haben, wie Sie."



Eduard Simson.

Eduard Simson.

Martin Eduard Simson wurde geboren in Königsberg in Preußen am 10. November 1810, als eine jener beglückten Naturen, deren Kindheit und Knabenjahre von keiner drückenden Sorge verdunkelt wurden; denen behagliche Verhältnisse, hochgebildete Eltern und die öffentlichen Erziehungsanstalten und Anregungen einer bedeutenden Stadt die zeitige und breite Entwickelung seltener Anlagen gestatteten. Unter so günstigen Verhältnissen hat Eduard Simson, überaus früh gereift, die Schul- und Gymnasialklassen seiner Vaterstadt zurückgelegt. Oft hat mir später mein verehrter Universitätslehrer und väterlicher Freund Professor Eduard Albrecht*) erzählt, wie im Jahre 1826 der noch nicht sechszehnjährige Jüngling Simson, an der Spitze der Abiturienten vom Gymnasium scheidend, Lehrer, Schüler und den großen geladenen Kreis der Hörer mit einer vollendeten griechischen Ansprache begrüßte. Die klassische Form und Gedankenrichtung dieser durchaus selbständigen Rede, das klangvolle milde Organ und das schöne griechische Profil des hochgewachsenen jungen Mannes machte auf die Anwesenden tiefen Eindruck.

Simson studirte zunächst in seiner Vaterstadt Königsberg die Rechte, und hier fesselte ihn — wie er mir viel später (1868) mit jugendlicher Frische und Begeisterung erzählte — Albrecht am meisten, obwohl dieser, wie wir wissen, damals selbst erst fünfundzwanzig Jahre zählte. Für beide Männer, namentlich für Simson, ist der damalige Gedankenaustausch, der zweiundzwanzig Jahre später lebhaft erneuert

---

*) Vgl. S. 5 fg. dieses Werkes.

wurde, als Beide Mitglieder des Frankfurter Parlaments waren, von bleibendem Eindruck gewesen. Die eigenthümliche Gedankenschärfe und tiefgründige Kritik Albrechts, seine wunderbare Befähigung zu methodischer Konstruktion von Rechtsideen und Rechtsbegriffen, und dabei die vornehme Ruhe und Milde seines Wesens: das waren vielleicht grade diejenigen Eigenschaften, deren Simson am meisten zur Reife des Mannes und Gelehrten bedurfte, da seine volle warme Natur bis dahin vorwiegend in die Schönheit der Formen und in die Hoheit der Ideen des Alterthums sich vertieft hatte.

Drei Jahre lang oblag Simson dem Rechtsstudium seiner Vaterstadt und promovirte hier zu Ostern 1829 — mit achtzehn Jahren! — zum Doktor beider Rechte. Dann suchte er die berühmtesten Hochschullehrer des damaligen Preußens, Savigny in Berlin und Niebuhr in Bonn, auf. Die beiden Leuchten der Rechts- und Geschichtswissenschaft, an welche der junge Doktor gut empfohlen war, empfingen ihn freundlich, besonders Niebuhr. Und ein sehr merkwürdiges Ereigniß, das Simson mir selbst erzählt hat, sollte ihm Niebuhrs Gunst, ja Dankbarkeit in seltenem Maße zuwenden. Dieses Ereigniß ist zugleich für die Betheiligten so kennzeichnend, daß es hier ausführlich berichtet werden muß.

Simson war im Wintersemester 1829 auf 1830 nach Bonn gekommen, und der Winter trat ungewöhnlich hart auf. Der grimmigen Kälte trotzte Simson, zumal in den langen Nächten, die er häufig bei der Arbeit verbrachte, vornehmlich mit Hülfe von zwei Dingen. Erstens mit gutem heißem Kaffee, den er selbst sich bereitete, und zweitens mit Hülfe eines sehr warmen, bequemen langen Rockes, der ihm zugleich als Ueberzieher, Mantel und Schlafrock diente. Dieses Kleidungsstück besaß zudem die verborgene Tugend einer sehr umfangreichen inneren Brusttasche, in welcher Simsons Kaffeevorrath — beim Einkauf von je mindestens einem Pfund — in gemahlenem Zustande untergebracht zu werden pflegte; und endlich besaß dieses Kleidungsstück auch zwei Seitentaschen, welche als Behälter für das seidene Taschentuch des Besitzers und als Wärmstuben für dessen Hände benutzt wurden.

An einem sehr kalten Februarabend des Jahres 1830 hatte nun Simson wieder ein Pfund Kaffee eingekauft, das noch in der Vor-

rathskammer der besagten inneren Brusttasche ruhte, als er sich die Studirlampe anzündete und über der behaglichen Zimmerwärme und einem ihn fesselnden Buche die Bereitung des Kaffees vergaß. So war es ziemlich spät geworden, als plötzlich ungewöhnlicher Nachtlärm sich in der Straße erhob: eiliges Laufen und wirres, angstvolles Rufen vieler Menschen, der Hufschlag jagender Rosse, das Rasseln schwerer Wagen, endlich der dröhnende, erregende Laut der Sturmglocke.

Simson riß das Fenster auf: über den hellen Himmel hin und zwar nach dem entgegengesetzten Ende der Stadt zu, also weit von dem von Simson bewohnten Hause entfernt, erstreckte sich der blutige Schein einer großen Feuersbrunst. Gerade in jener Gegend aber lag Niebuhrs Haus. Wenn das Brandunglück ihn betroffen hätte! Diese Besorgniß führte Simson sofort unter die hastende Menge, die der unbekannten Brandstätte zuströmte und erst dort sich staute. Als Simson aber angesichts des Feuerheerdes selbst still stand, flog er ungestüm unter die vordersten Helfer der Feuerwehr — denn in der That stand Niebuhrs Haus in hellen Flammen!

Niebuhr, dieser tapfere Gelehrte, hatte noch im siebenunddreißigsten Lebensjahre mannhaft die Freiheitskriege gegen Napoleon mit geschlagen und dann zugleich mit Ernst Moritz Arndt muthig der hereinbrechenden Reaktion und „Demagogenriecherei“ getrotzt. Nun aber war der Greis durch den jähen Schreck der Brandnacht plötzlich förmlich gelähmt worden. Körperlich und geistig gebrochen schien er, als ihn kräftige Männer die Treppe hinabführten. Er schwankte und zitterte, und nur der eine verzweifelte Ausruf drängte sich immer wieder über seine Lippen: „Meine Manuskripte, meine Manuskripte!“ Glücklicher Weise sollte diese Besorgniß sich als unbegründet erweisen.

Simson war von dem erschütternden und jammervollen Anblick seines Lehrers tief ergriffen. Er sah den bejahrten Mann durchschüttelt von der schauerlichen Kälte der Februarnacht und entdeckte unter Allen zuerst, daß die Retter Niebuhrs, in dem eiligen Bestreben, ihn vor dem entfesselten Element zu sichern, nicht darauf geachtet hatten, daß der Unglückliche nur mit einem ganz leichten Röckchen bekleidet sei. Augenblicklich entledigte sich da Simson des eigenen warmen Uebergewandes und hüllte den verehrten Lehrer in dessen

wollige Falten — bei der allgemeinen Bestürzung konnte er die rasche Gutthat auch ausführen, ohne von irgend Jemandem erkannt oder auch nur beachtet zu werden, selbst von Niebuhr nicht. Simson wartete dann nur noch so lange im Hintergrunde, bis er sah, daß Niebuhr in dem gegenüberliegenden gastlichen Hause des ihm befreundeten Pandektisten Bethmann-Hollweg*) Aufnahme fand — dann rannte der junge Doktor, selbst von Frost geschüttelt, nach Hause.

Wenige Tage später las Simson im Bonner Wochenblatt eine Danksagung Niebuhrs, in welcher der gefeierte Forscher seine tiefe Rührung über die allgemeine werkthätige Hülfe der Bonner Bürgerschaft bei dem ihm widerfahrenen Brandunglück aussprach, dann aber, zu Simsons Schrecken, etwa folgendermaßen schloß: „Insbesondere danke ich auch dem mir völlig unbekannten edeln Manne, der mir in der Unglücksnacht seinen eigenen Mantel umwarf. Möge derselbe einen baldigen persönlichen Dank durch Abholung des Mantels ermöglichen; er wird sich als Eigenthümer ausweisen durch Benennung der in den Taschen befindlichen Gegenstände.“ Dem jungen Doktor beider Rechte fiel sein Pfund Kaffee fast mit Centnerlast auf die Seele. Würde es ihn verrathen? Oder das seidene, E. S. gestickte Taschentuch, das in der äußeren Rocktasche steckte? Das war doch erst abzuwarten. Keines Falls wollte Simson sich selbst nennen, seine Gutthat vielmehr im Verborgenen lassen.

So blieb der fremde Mantel denn in der Verwahrung Niebuhrs, und alle Nachforschungen nach dem unbekannten Wohlthäter wären wohl selbst dem großen Ergründer der römischen Geschichte mißlungen, wenn nicht ein heiterer Zufall Simsons Geheimniß verrathen hätte.

Auf einem Spaziergange, den Simson in dem zeitigen und milden rheinischen Frühjahr (1830) mit dem noch sehr jugendlichen Sohn Bethmann-Hollwegs machte, hielt letzterer nämlich mit steigendem Interesse sein forschendes Auge auf den Zipfel eines seidenen Taschentuches geheftet, das aus Simsons hinterer Rocktasche hervorschaute. Ja, plötzlich zog er sogar diesen Gegenstand exakter Beobachtung aus der Tasche Simsons und rief nach flüchtiger Prüfung der eingestickten

*) 1858, zur Zeit der „liberalen Aera“, preußischer Kultusminister.

Buchstaben E. S. mit triumphirender Bestimmtheit: „Ach, endlich sind Sie entlarvt! Sie also sind der Besitzer des Mantels mit dem Pfund Kaffee, der von Niebuhr schmerzlich gesuchte unbekannte Wohlthäter! Freilich, freilich, Alles stimmt ja aufs Vollständigste — wie konnten wir nur gerade an Sie nicht denken! — Und wie wird sich Niebuhr freuen!" Keine Beschwörung Simsons hielt den jungen Mann zurück, die freudige Entdeckung sofort dem Gastfreunde des Vaters zu melden!

Die Innigkeit, mit welcher Niebuhr nun seine Dankbarkeit bewies, war für Simson zwar beschämend und nach seiner Meinung auch viel zu überschwänglich, aber persönlich und wissenschaftlich für ihn doch von höchster Bedeutung. Denn Niebuhr behandelte ihn fortan so herzlich wie einen eigenen Sohn: im häuslichen Kreise, in der Runde der vertrautesten Schüler des gefeierten Gelehrten durfte Simson fortan nicht fehlen. Ja, manche Stunde lang hat er dem trefflichen Manne auch allein gegenüber gesessen und tiefe Weisheit und Wissenschaft von den Lippen vernommen, die schon ein Jahr später für immer verstummen sollten.

Auch für Simsons weitere Studien, die er unmittelbar nach der französischen Juli-Revolution von 1830 in Paris fortsetzte, sind Niebuhrs herzlich empfehlende Briefe an die Pariser Kollegen der Sorbonne und Niebuhrs Briefe an Simson selbst letzterem von segensreichen Folgen gewesen. In Paris hat Simson übrigens die blendenden Scheineffekte des neuen Bürgerkönigthums mit recht geringer Freude und mit durchdringendem Scharfsinn beobachtet, dagegen voll frohen Behagens den damals sehr tüchtigen Lehrern der Sorbonne gelauscht.

Mit dem Jahre 1831 beginnt Simsons praktische Laufbahn als akademischer Lehrer und Beamter. Als ich einem Studienfreunde — der jetzt Richter bei einem preußischen Oberlandesgericht ist — im Jahre 1868, als jüngster Reichstags-Abgeordneter, Simsons eigene mündliche Mittheilungen an mich über seine Karrière ganz frisch in Berlin mittheilte, da sagte der Freund lebhaft: „Ach, wenn heute selbst der heilige Geist herniederstiege und in Preußen Jura studirte, er brächte es auch zu nichts." Unleugbar rückte ja auch das Talent zu Anfang der dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts in Preußen wie überall sonst rascher auf, als heut zu Tage. Gleichwohl aber war

auch jenem Geschlecht Simsons rasches Emporsteigen ungewöhnlich, ja erstaunlich. Uns Heutigen erscheint es fast märchenhaft. Man denke, daß er mit einundzwanzig Jahren Privatdozent in Königsberg, mit dreiundzwanzig (1833) schon außerordentlicher Professor daselbst, im vierundzwanzigsten schon Mitglied des Tribunals für die Provinz Preußen war!

Eigentlich gedachte Simson die Lehrthätigkeit an der Hochschule als Hauptberuf zu ergreifen, das richterliche Amt dagegen nur nebenbei, gewissermaßen als Pflichtleistung gegen den Staat, auszuüben. Aber seine lebhafte Betheiligung an den öffentlichen Angelegenheiten, — von welchen sogleich im Zusammenhang die Rede sein soll, — und die ihn zu langer Abwesenheit von Königsberg nöthigte, zwang die akademische Thätigkeit Simsons zunächst zu großen Pausen. Im Jahre 1847 machte er, um sich und seine Schüler über die englischen Schwur- und Friedensgerichte gründlich zu belehren, — immer noch in der Hoffnung, seinen Lieblingsplan vorwiegender akademischer Wirksamkeit ausführen zu können — eine längere Studienreise nach England. Ja, noch 1852, nach dem Scheitern aller deutschen Einheitsbestrebungen und in der schlimmen wüsten Nacht der deutschen Reaktion, suchte er noch einmal das geliebte Katheder auf als Trost- und Zufluchtsstätte, um von hier aus der Jugend seine eigene unerschütterliche Hoffnung auf die deutsche Zukunft ins Herz zu pflanzen. Aber als er von Königsberg aus 1860 zum Vize-Präsidenten des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. O. berufen wurde, entsagte er dem akademischen Wirken gänzlich. Am 30. Januar 1869 wurde er zum ersten Präsidenten jenes Gerichtshofes ernannt und stieg von hier aus 1871 auf zum Präsidenten des Deutschen Reichstages und 1879 zum Präsidenten des Deutschen Reichsgerichts.

In dem Namen dieser hohen Körperschaften prägt sich aus die unerwartet rasche Erfüllung der heiligsten Hoffnungen und Bestrebungen vieler Geschlechter unseres Volkes, die vor uns lebten, rangen und starben, ohne das hehre Ziel ihres Lebens und Ringens erreichen zu können: die Einheit der Nation in ihrer Volksvertretung und in ihrem höchsten Gericht. Und wir verfolgen nun mit Freude den großen Antheil Eduard Simsons an diesen nationalen Errungenschaften.

Gleich vielen anderen der hervorragendsten Männer der ersten

deutschen Nationalversammlung des Jahres 1848, war Eduard Simson bis dahin nur auf dem engen Schauplatz seiner Vaterstadt in öffentlichen Angelegenheiten thätig gewesen, indem er von 1842 an in Königsberg dem Stadtverordneten-Kollegium angehörte. Aber die Stadtverordneten Königsbergs waren in jener für Preußen parlamentslosen Zeit und unter der Einwirkung so lebhafter und verschieden gerichteter Geister wie Simson und Johann Jacoby sozusagen ein kleiner preußischer Landtag für sich, auch eine gute Vorschule für die Erkenntniß der dringendsten, wie der höchsten gesammtdeutschen Aufgaben und der fruchtbarsten Wirksamkeit in einem künftigen deutschen Parlament. Denn nächst Berlin, Breslau und Köln war Königsberg damals die politisch und geistig regsamste und anregendste Stadt der preußischen Monarchie. Und in Königsberg selbst, in der Stadt seines Werdens und ersten praktisch-politischen Wirkens, wurde Simson im Frühjahr 1848 zum deutschen Parlament gewählt.

Hier, in der Paulskirche zu Frankfurt a. M., trat er jener Fraktion bei, welche in sich wohl die größte Zahl der glänzendsten Namen dieser ersten deutschen „Nationalversammlung" vereinigte: Gagern, Dahlmann, Albrecht, Mathy, Biedermann, Beseler, Soiron, Bassermann, Welcker u. s. w., Anfangs selbst Schmerling, und die sich später zu der großen preußischen Erbkaiserpartei erweiterte. In ihren Reihen schritt Simson an jenem sonnigen 18. Mai des Jahres 1848 vom ehrwürdigen Römer zu Frankfurt in dem feierlichen Zuge, der nach der Paulskirche zur Eröffnung des deutschen verfassunggebenden Parlaments dahinschritt. Alle diese Männer fühlten in jener Stunde, da Glockenklang und Freudensalven und der Jubel unzähliger Tausende ihre Schritte geleiteten, das Herz gehoben von freudigsten Hoffnungen, deren Erfüllung sie nahe und in ihrer eigenen Hand zu halten glaubten, die gleichwohl aber fast erst ein Vierteljahrhundert später verwirklicht werden sollten!

Vereint mit diesen Gesinnungsgenossen hat Simson ein ganzes Jahr lang mit bester Kraft gestritten um die höchsten Güter unseres Volkes. Vereint mit ihnen hat er, — fast genau ein Jahr nach jenem fröhlichen, herzerhebenden Einzug in die Paulskirche, diese verlassen, tief gebeugt an Leib und Seele, der heißen vaterländischen Hoffnung seines Lebens auf unbestimmte Zeit entsagend.

Hier kann nicht eingehend untersucht werden, wie es kam, daß die Partei, welche schon am 24. April 1848 aus Albrechts Feder und unter Dahlmanns und Droysens staatsmännischer Mitwirkung den „Entwurf eines deutschen Reichsgesetzes" veröffentlichte, der bereits die Grundzüge unserer heutigen deutschen Reichsverfassung enthält, nicht größere Erfolge errang. Das Nähere mag der Leser in Sybels und Biedermanns trefflichen Werken verfolgen.*) Sicher ist aber das Eine: daß die Männer, denen Eduard Simson in Frankfurt sich zugesellte und an deren Seite er stritt, überall das Größte und Beste für unser Volk erstrebten, was die bewegte Zeit erreichbar vor Augen stellte.

Als Redner und Parteimann hat Simson keine hervorragende Rolle in der Paulskirche gespielt. Dagegen zog seine seltene Begabung für eine mustergültige, unparteische Handhabung der Geschäftsordnung, trotz der häufig sehr erregten Verhandlungen, von Anfang an die Aufmerksamkeit Aller auf ihn, so daß er schon bei der ersten Bureauwahl zum Sekretär, im September (1848) an v. Soirons Stelle**) zum Vizepräsidenten, nach Gagerns Eintritt in das Reichsministerium aber, Mitte Dezember 1848, zum ersten leitenden Präsidenten der Versammlung gewählt, und dann von vier zu vier Wochen bis Ende Mai 1849 in dieser Würde bestätigt wurde.

In dieser Stellung und Würde war ihm namentlich beschieden, — nachdem mit dem Abschlusse des Reichsverfassungswerkes König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen am 28. März 1849 vom Frankfurter Parlament zum deutschen Kaiser gewählt worden war, — an der Spitze der großen Kaiserdeputation nach Berlin zu ziehen, um dem Könige die deutsche Kaiserkrone anzubieten, die Friedrich Wilhelm bekanntlich ablehnte.

Wenn hierüber, nach dem Wortlaut der Erklärung des Königs an die Kaiserdeputation, noch Zweifel bestehen konnten, so ward dies doch bald völlig klar. Denn in einer Note nach Frankfurt vom 28. April 1849 lehnte Preußen die Reichsverfassung und die Kaiserwürde unzweideutig und endgültig ab. Damit war dem Wirken

*) Und in meinem Werke „Die deutsche Revolution 1848/49".

**) Der der Linken besonders verhaßt war.

Simsons und seiner Partei der Boden fernerer Thätigkeit im Parlament entzogen. Denn entweder mußten sie auf ihre Sitze verzichten, oder nach dem Wunsche der Linken die Reichsverfassung mit bewaffneter Hand gegen die Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen und Hannover zu der unbedingten Anerkennung bringen, welche eben diese Regierungen dem Frankfurter Verfassungswerke versagten.

Nur um die einst so ansehnliche Versammlung — die einzige Hoffnung Deutschlands seit den Märztagen von 1848! — nicht ganz zur Beute der Revolutionäre werden zu lassen, harrten Simson und seine Freunde (Simson immer noch als Präsident) in dem harten Kampfe aus, bis ihnen Preußen die letzte Waffe zerbrach durch die Verordnung vom 14. Mai, welche das Mandat der preußischen Abgeordneten für erloschen erklärte und diese Abgeordneten heimberief. Da erklärten am 21. Mai fünfundsechszig Mitglieder der bisherigen Kaiserpartei ihren Austritt aus der Paulskirche, unter ihnen Simson, Gagern, Dahlmann, E. M. Arndt, Biedermann, Beseler, Mathy, Duncker, überhaupt der Kern der großen preußischen Partei.

Dieser Schritt ward wohl Keinem schwerer als Simson. Als er aber dennoch seinen Namen unter die Erklärung der Streit- und Leidensgenossen setzte, reichte ihm Dahlmann — nach Simsons eigener Mittheilung an mich — die Hand und sprach: „Sie sind mein Freund — denn Sie haben die nöthige Herzenshärtigkeit bewiesen.“

In denselben Tagen, da die treuen Erbkaiserlichen das Frankfurter Parlament mit zerschlagenem Herzen verließen, hatte Preußen bekanntlich das sogenannte „Dreikönigsbündniß“ mit Sachsen und Hannover geschlossen, um unter Preußens Vormacht einen engeren Bund deutscher Staaten zu Stande zu bringen. Im Vergleich zu der Frankfurter Reichsverfassung, die schon 1849 ein in den Rechtsformen dem heutigen sehr ähnliches gesammtdeutsches Reich zu Stande gebracht hätte, war das Dreikönigsbündniß und die gemäß demselben ausgearbeitete „Unionsverfassung“ ein bedeutender Rückschritt.

Aber Simson und die alten Mitglieder der Frankfurter Erbkaiserpartei beschlossen am 28. Juni 1849 auf einer Zusammenkunft in Gotha, gleichwohl auch die Unionsverfassung anzuerkennen. Fortan wurden diese Treuen, die nach dem Scheitern der Reichsverfassung auch die bescheidenen Anfänge der deutschen Einheit in der Form der

preußischen Union nicht zurückwiesen, von ihren Gegnern höhnend „die Gothaer" genannt. Simson nahm, gemäß dem Beschlusse von Gotha, 1850 auch eine Wahl zum „Erfurter Parlament", zum „Volkshause in Erfurt" an, wo die Unionsverfassung von der Volksvertretung genehmigt werden sollte. Auch hier wurde Simson nach der Eröffnung der Versammlung, am 20. März 1850, zum ersten Präsidenten des Volkshauses gewählt.

Einer der Schriftführer dieses Hauses aber war der Deichhauptmann Otto von Bismarck-Schönhausen, der seit dem Vereinigten preußischen Landtag von 1847 als der Wortführer des „preußischen Altjunkerthums" und grimmiger Feind jeder „Volksfreiheit" überall verschrien und den Freunden der Unionsverfassung in Erfurt noch besonders mißliebig und verdächtig war wegen seiner bekannten lebhaften Sympathien für Oesterreich, das natürlich in den Rahmen des engeren Bundes rein deutscher Staaten unter Preußens Führung in der Unionsverfassung keinen Raum hatte finden können. Doch trat wenigstens in keiner Rede Bismarcks zu Erfurt seine damals unzweifelhaft gehegte Ueberzeugung zu Tage, daß Oesterreich das geschichtlich wohlerworbene, legitime Recht besitze, mindestens neben Preußen an der Spitze Deutschlands zu stehen. Wohl aber hielt sich Bismarck als Schriftführer des Volkshauses berechtigt, seiner damaligen Hinneigung zu Oesterreich einen merkwürdigen Ausdruck zu geben.

Zwei Berichterstatter der Journalistentribüne des Erfurter Volkshauses erregten nämlich Bismarcks besonderes Mißfallen durch ihre gegen Oesterreich feindseligen Berichte. Der eine von ihnen war Ludwig von Rochau, der begeisterte deutsche Vaterlandsfreund, spätere Geschichtsschreiber und nationale Reichstagsabgeordnete, der als Jüngling wegen seiner Betheiligung am Frankfurter Wachensturm und wegen seiner sonstigen burschenschaftlichen „Umtriebe" 1834 zu zwanzig Jahren Zuchthaus verurtheilt, aber nach Paris entflohen war. Im „Völkerfrühling" 1848 war er nach Deutschland zurückgekehrt und verdiente hier bis 1851 sein Brod mit Berichten für Zeitungen. Der Name des andern Journalisten ist hier gleichgültig.

An diese beiden Herren nun richtete Bismarck ein Schreiben, unterzeichnet: „Das Schriftführeramt des Volkshauses zu Erfurt, von Bismarck", das den Herren anzeigte, ihre Plätze auf der Journalisten-

tribüne würden ihnen entzogen werden, wenn sie fortführen, in einem Oesterreich feindlichen Sinne zu schreiben. Der von mir Unbenannte der beiden Betroffenen fragte nach Empfang dieses Schreibens einfach beim Präsidenten Simson schriftlich an, ob dieser Ukas mit dessen Wissen ergangen sei. Rochau dagegen erblickte darin sofort nur eine Eigenmächtigkeit des ihm damals besonders widerwärtigen „Junkers“ von Bismarck und schrieb diesem einen scharfen, beleidigenden Brief.

Präsident Simson empfing fast zur nämlichen Stunde die Beschwerde des zweiten Gekränkten über Bismarck und des letzteren persönliches Anliegen, ihm gegen Rochau Genugthuung zu verschaffen. Simson fragte den Schriftführer des Volkshauses zunächst, ob er im Namen des „Schriftführeramtes“ an die beiden Herren geschrieben habe, was Bismarck im Bewußtsein einer guten und gerechten Sache bejahte. Darauf bestellte Simson den Schriftführer zur weiteren Erörterung der Sache auf Abends acht Uhr in seine Präsidentenwohnung. Hier eröffnete Simson dem mit militärischer Pünktlichkeit Erschienenen, daß er bereit sei, Herrn von Bismarck Genugthuung gegen Rochau zu verschaffen, daß aber Bismarck seinerseits dem anderen Journalisten auch Genugthuung geben müsse. Diese aber gerade wollte der Deichhauptmann von Schönhausen dem widerwärtigen Federfuchser unbedingt verweigern. Noch im Frühjahr 1868, als Simson mir diesen Vorgang erzählte, konnte ich in seinen Worten und Mienen die Erregung jener Stunden nachempfinden. Denn er sagte mir damals etwa: „Da saßen wir denn bis Nachts zwei Uhr und tauschten unsere Gedanken aus, daß die Wände dröhnten. Sie müssen sich den gewaltigen Mann um fast zwanzig Jahre jünger denken. Am Ende gab Bismarck dem zweiten Journalisten aber doch Genugthuung, und ich ihm selbst auch, indem ich Herrn von Rochau den Sitz entzog, da er sich zu einer Rücknahme der Beleidigungen nicht verstehen wollte.“

Bekanntlich schlossen die Arbeiten des Erfurter Parlamentes zwar schon am 29. April 1850 mit fast unveränderter Annahme der Unionsverfassung. Aber auch dieser Versuch einer theilweisen Einigung Deutschlands sollte — wie bekannt — vergeblich sein. Im November desselben Jahres demüthigte sich Preußen in Olmütz vor Oesterreich aufs Tiefste, indem es die deutschen Einheitsbestrebungen, Schleswig-

Holstein und das kurhessische Verfassungsrecht preisgab. Und am 14. Mai 1851 schloß der Kreislauf der großen deutschen Erhebung mit der Wiedereinsetzung des Bundestages. Innerhalb dieser traurigen Versammlung sollte dann Bismarck in achtjähriger schwerster Arbeit zu dem großen Staatsmanne heranreifen, der uns die kühnsten Träume der besten Deutschen, die in einem Jahrtausend vor ihm gelebt und gerungen hatten, verwirklichte.

Aber in der unsäglich trübseligen Zeit zu Ende des Jahres 1850 konnte das noch Niemand ahnen. Da durften deutsche Vaterlandsfreunde fast nur noch im preußischen Landtage ihre nationalen Forderungen und Mahnungen freimüthig und mit einer letzten Hoffnung auf Erfolg erheben! So auch Simson, der dem Abgeordnetenhause, von Königsberg gewählt, seit dem August 1849 angehörte. Hier war er 1849/50 Mitglied des Verfassungs-Revisions-Ausschusses und einer der beredesten Wortführer gegen die schwächliche, aber freilich durchaus im Sinne Friedrich Wilhelm IV. betriebene Politik des Ministerpräsidenten Manteuffel. Auch hier sollte er bei der Verfassungsberathung wieder mit dem, damals noch ganz in den alten Anschauungen wurzelnden Abgeordneten von Bismarck hart zusammentreffen, und dabei obendrein die Lacher des ganzen Hauses auf der Seite seines schlagfertigen Gegners sehen.

Simson hatte nämlich Bismarcks Auslegung des bekannten Artikels 99 der preußischen Verfassung — welcher von der einstweiligen Forterhebung der Steuern handelt und später in der preußischen Konfliktszeit eine so große Rolle spielen sollte, — „originell" genannt. Darauf erwiderte Bismarck in derselben Sitzung (vom 24. Februar 1851*)): „Der Abgeordnete für Königsberg (Simson) sagt: Die Auslegung, die der Abgeordnete für Brandenburg (Bismarck selbst) der Verfassung und ihrem Artikel 99 gegeben hat, ist falsch, denn der Abgeordnete für Brandenburg ist ein origineller Mensch (Heiterkeit); ich will ihm diesen Vorwurf nicht zurückgeben (Heiterkeit); oder er sagt: die Verfassung kann nicht so ausgelegt werden wie das Ministerium sie auslegt, denn der Abgeordnete für Brandenburg ist ein

*) Das Nähere in meinem Werke „Fürst Bismarck und seine Zeit", Bd. I, S. 256 fg. (München, Beck, 1894.)

origineller Mensch (Heiterkeit). Ich schließe diese Betrachtungen (Heiterkeit)."

Als aber dann am folgenden Tage der Abgeordnete Beseler (Mansfeld) Bismarcks Ausführungen „scharfsinnig, aber unverständlich" genannt hatte, schloß Bismarck eine längere Erklärung mit den Worten: „daß der verehrte Abgeordnete aber dennoch das, was ihm vollständig unverständlich geblieben, scharfsinnig nennt, das finde ich meinerseits originell, und überlasse ihm, sich über die Bedeutung dieses Ausdrucks mit dem Abgeordneten für Königsberg (Simson) abzufinden."

Mit vielen anderen Parteigenossen von Frankfurt, Gotha und Erfurt hielt Simson, nach dem Scheitern aller Einheitsbestrebungen und dem Abschlusse des preußischen Verfassungswerkes von 1851, fernere Betheiligung an politischer Arbeit für nutzlos, und zog sich daher seit dem Jahre 1852 ganz vom öffentlichen Leben zurück, fortan lediglich seinem Amt und seinen Studenten sich widmend. Erst als mit der Regentschaft des Prinzen von Preußen — des späteren Königs und Kaisers Wilhelm I. — und mit dem Ministerium der „neuen Aera" 1858 die Verheißung einer besseren Zeit für Deutschland wiederkam, erst da nahm Simson auch die Wahl zum Abgeordnetenhause wieder an; und zwar vertrat er hier 1858/1860 Königsberg, 1861 Wetzlar, 1861—1867 Montjoie-Malmedy — von Ostpreußen bis zum Rheinland war er demnach als Abgeordneter den Wählern gleich willkommen. Von 1858—1866 war Simson im Abgeordnetenhause einer der Führer der „Altliberalen", und in derselben bewegten Zeit hat er als Vorsitzender der Justizkommission ganz Hervorragendes geleistet. Das allgemeine Vertrauen übertrug ihm 1860—1861 die Präsidentenwürde des Hauses, und in dieser Würde nahm Simson an dem heilverkündenden Ereignisse der Krönung König Wilhelms I. zu Königsberg am 18. Oktober 1861 Theil, indem er dem Monarchen die Glückwünsche des Abgeordnetenhauses überbrachte.

Nachdem dann im September 1862 Bismarck die Leitung der preußischen Staatsgeschäfte und Politik übernommen hatte, erhoben die lebhafteren Leidenschaften der Mißvergnügten einen weniger gemäßigten Mann als Simson, den Fortschrittler Grabow, auf den Präsidentenstuhl. Von 1867 an lehnte Simson eine Wiederwahl in

das Abgeordnetenhaus gänzlich ab, da ihn seine Reichstagsthätigkeit ohnehin schon allzu lange von seinem Amte abzog.

Im Jahre 1866 nahm Simson, wie die meisten seiner ehemaligen Frankfurter Kampfgenossen, denen beschieden war, die große Zeit noch zu erleben, die dem einst vergeblichen Ringen der Frankfurter Vaterlandsfreunde die Erfüllung und Verwirklichung brachte, an der Gründung der nationalliberalen Partei Theil und blieb ihr allezeit treu. Doch ist er auch im Reichstag eigentlicher Parteithätigkeit entrückt worden, da er schon von dem konstituirenden Reichstage des Norddeutschen Bundes im Frühjahr 1867, dann von den ordentlichen norddeutschen Reichstagen vom Herbst 1867 an bis zum Dezember 1870, desgleichen vom Deutschen Zollparlament 1868 bis 1870, und endlich vom gesammtdeutschen Reichstag 1871 bis 1874 stets zum ersten Präsidenten gewählt wurde.

Den Werth und die Größe der Leistungen Simsons in dieser Stellung schätzt der Geschichtsforscher wie der Vaterlandsfreund mit gleich hoher Anerkennung, ja Bewunderung. Sie werden sogar mit jedem neuen Jahre von den Kennern immer höher gewürdigt. Denn die Weisheit und Gerechtigkeit, mit denen Präsident Simson überall — in einer Reihenfolge außerordentlicher Zeiten und Ereignisse — die oftmals recht wilden Wogen der parlamentarischen Stürme zu ebnen und zu bemeistern verstand, ist nicht blos in Deutschland bisher unübertroffen geblieben. Namentlich hatte auch jede parlamentarische Minderheit gegen jedes etwaige Bedrückungsgelüste der Mehrheit an dem Präsidenten Simson allezeit den besten Schutzpatron. Nicht minder mustergültig aber wird immer bleiben die mächtige Energie und sittliche Würde, mit denen Simson jeder Ausschreitung sofort strafend entgegentrat, um die höchste Kanzel des Reiches, die Tribüne des deutschen Reichstages, den nachfolgenden Geschlechtern rein und unentweiht zu überliefern.

Endlich aber stand ihm in den vielen großen und gewaltigen Stunden, welche unsere vaterländische Geschichte und unser Parlament unter seiner Leitung kommen und gehen sahen, das treffendste Wort in klassisch-vollendeter Form zur Verfügung. So, als er am 3. Oktober 1867 dem Schirmherrn des Norddeutschen Bundes, dem König Wilhelm von Preußen, die Adresse des Reichstages auf der Burg

Hohenzollern überreichte. — So, als er den Reichstag im Juli 1870 nach der frechen französischen Kriegserklärung tief bewegt mit den Worten schloß: „Die Arbeit der Volksvertretung ist somit für dies Mal vollbracht. Nun wird das Werk der Waffen seinen Lauf nehmen! Möge der Segen des allmächtigen Gottes auf unserem Volke ruhen auch in diesem heiligen Kriege!" — So endlich an der Spitze jener anderen — im Vergleich zu der von 1849 unendlich glücklicheren — Kaiserdeputation, die dem siegreichen König Wilhelm, dem Heerführer aller Deutschen, am 18. Dezember 1870 im französischen Königsschlosse zu Versailles die deutsche Kaiserkrone anbot!

Eine merkwürdig ausgleichende Gunst des Schicksals lag doch in der wunderbaren Fügung, daß demselben Manne, der einst mit fast gebrochenem Herzen aus dem preußischen Königsschlosse trat, nachdem König Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Krone von sich gewiesen, nun auch beschieden war, der Sprecher der deutschen Volksvertretung zu sein an der Wiege des neuen deutschen Kaiserthums! Getrost durfte der edle gute Mann auf sein Leben in jeder Beziehung — namentlich nun aber auch auf sein politisches Wirken — das Wort Goethes anwenden: „Was in der Jugend man wünscht, hat man im Alter die Fülle."

Aus Gesundheitsrücksichten legte Simson zu Ausgang der Frühjahrssession 1874 das Präsidentenamt des Reichstages nieder. Aus demselben Grunde — der in diesem Falle nicht blos zum Vorwand diente — zog er sich 1877 vom politischen Leben ganz zurück. Aber wie er selbst in Bismarck, seitdem dieser an die Spitze des preußischen Staatsministeriums getreten war und seine großartige nationale Politik erkennen ließ, mit immer wachsender Anerkennung und Bewunderung den größten Staatsmann des Jahrhunderts verehrte, so bewahrte auch Bismarck seinerseits die nationalen Verdienste Simsons in treuem Gedächtniß und gab dafür den besten Beweis, indem auf seinen Vorschlag Simson bei Eröffnung des deutschen Reichsgerichts am 1. Oktober 1879 vom Kaiser zum Präsidenten dieses höchsten deutschen Gerichtshofes ernannt wurde.

Der Wandel der Anschauungen und Urtheile Bismarcks über Simson wird übrigens auch durch eine hübsche Anekdote veranschaulicht. Als Bismarck nämlich 1850, unter Simsons Präsidium, zum

Schriftführer des Volkshauses zu Erfurt gewählt worden war, sagte er, eben vor der Tribüne stehend, zum Abgeordneten August Reichensperger: „Mein seliger Vater würde sich drei Mal im Grabe herumdrehen, wenn er hörte, daß ich der Schreiber eines jüdischen Gelehrten geworden bin.“ Das Wort war schon damals nicht ganz zutreffend, da bereits Simsons Eltern Christen waren. Am 29. März 1887 aber, auf einer parlamentarischen Soiree, erinnerte Reichensperger den Fürsten Bismarck an jenes Jugendwort mit dem Bemerken: „Diesen jüdischen Gelehrten haben Durchlaucht zum Präsidenten des Reichsgerichts gemacht.“ Darauf rühmte jedoch der Reichskanzler den Präsidenten Simson „als einen der ausgezeichnetsten, von der reinsten Vaterlandsliebe getragenen Vertreter des nationalen Gedankens, als ein edles Gefäß, in dem stets die lautersten Empfindungen zusammengeströmt“ seien.

Dieselbe herzliche Verehrung sprachen Simson und die Ueberlebenden der Erbkaiserpartei der Paulskirche, „die dreißig Letzten von Frankfurt“, dagegen ihrerseits dem Fürsten Bismarck zu dessen siebzigstem Geburtstage, am 1. April 1885, aus. Unter all den fünfundsiebenzig Adressen, welche an diesem Tage eingingen, rührte keine das Herz des großen Staatsmannes tiefer, als diese eine. Denn da sagten die alten Frankfurter u. A.: „Daß wir jene Bahn in stürmischen Tagen betraten, die Fahne erhoben und unentwegt zu ihr gestanden haben, giebt uns ein Anrecht, dem Manne, der unseren Glauben zur That gemacht und uns zum Ziele geführt hat, den Dankeszoll, der in unseren Herzen lebt, heute auszusprechen.“ Und Bismarck antwortete am 20. April: „Ihre wohlwollenden Worte der Anerkennung meiner politischen Thätigkeit sind für mich von um so größerer Bedeutung, als sie aus dem Munde von Männern kommen, welche von Anbeginn unseres parlamentarischen Lebens mit stets gleicher Hingebung für die Einigung unseres Vaterlandes eingetreten sind.“

An der Spitze des Reichsgerichts wirkte Simson elf Jahre, von 1879 bis 1890, d. h. bis der Ehrwürdige sein achtzigstes Lebensjahr erreicht hatte. Bis zur letzten Stunde erfüllte er seine amtliche Pflicht mit freudiger Hingebung, mit fast jugendlicher Frische und Kraft. Daß das deutsche Reichsgericht während dieser elf Jahre seiner

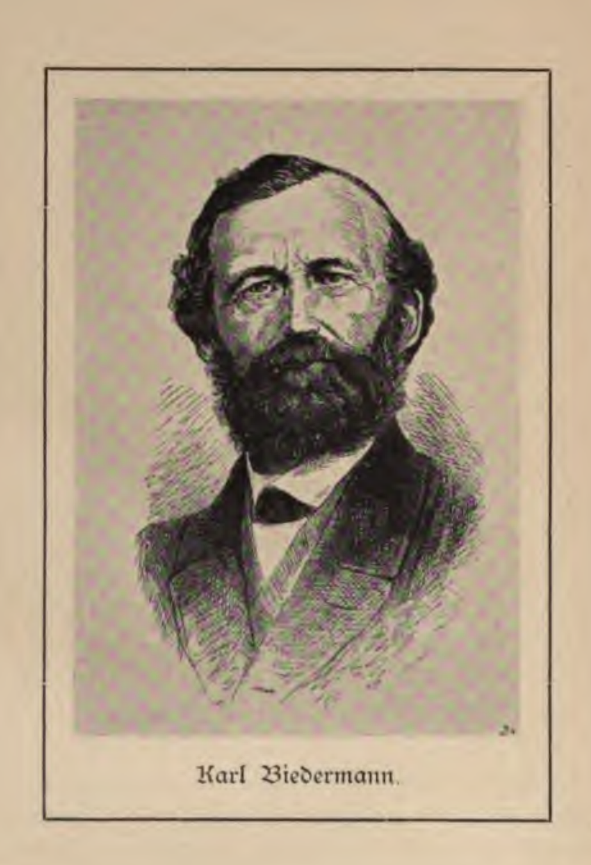
hohen Aufgabe und Bestimmung im vollsten Maße gerecht wurde' war nicht zum wenigsten Simsons Verdienst.

In dieses elfjährige Wirken fällt auch der Heimgang Kaiser Wilhelms I. und die kurze Regierungszeit Kaiser Friedrichs III. Kaiser Friedrich hatte den Präsidenten Simson Zeit seines Lebens immer ganz besonders verehrt und ließ ihm nun im März 1888 durch Verleihung des Schwarzen Adlerordens und des erblichen Adels den unvergänglichsten Beweis seiner Huld zu Theil werden. Am Reformationsfest (31. Oktober) desselben Jahres stand Simson, mit dem Talar des Reichsgerichtspräsidenten und der Kette des Schwarzen Adlerordens geschmückt, vor dem Prunkpavillon Kaiser Wilhelms II. in Leipzig, als dieser in Gegenwart des Königs Albert von Sachsen den Grundstein legte zu dem stolzen Reichsgerichtsbau, der im Oktober 1895 in Gegenwart derselben Monarchen feierlich eingeweiht und eröffnet werden konnte.

Simson war leider durch Unwohlsein verhindert, der kaiserlichen Einladung zur Theilnahme an dieser schönen Feier zu folgen. Aus demselben Grunde vermißten wir alten Abgeordneten doppelt schmerzlich das ehrwürdige Haupt unseres einstigen Reichstagspräsidenten in jenen Weihestunden, da wir als Gäste unseres jungen Kaisers am 18. Januar 1896 in der Schloßkapelle, vor dem Thron im Weißen Saale und Abends beim Kaiserbankett die erhebende Erinnerung der — fünfundzwanzig Jahre zuvor erfolgten — Begründung des deutschen Reiches festlich begingen.

Als aber am 18. Mai 1898 gar der fünfzigste Jahrestag der Eröffnung des ersten deutschen Parlamentes wiederkehrte, da sandte das Häuflein der letzten noch lebenden einstigen Abgeordneten der Paulskirche ihrem hochverehrten Präsidenten Simson ein schwungvolles Glückwunschschreiben, das Simson mit begeisterter Freude erwiderte. Ebenso Fürst Bismarck das Schreiben, das die Allerletzten von Frankfurt aus demselben Anlaß an ihn gerichtet hatten.

Möge unserem unvergeßlichen Präsidenten Simson noch ein langer glücklicher Lebensabend beschieden sein!



Karl Biedermann.

Karl Biedermann.

Schilderungen aus solchen deutschen Staaten, in denen vor 1866 in Regierungskreisen die Ueberzeugung von der eigenen Bedeutung ebenso groß war als die Abneigung gegen irgend welche Zugeständnisse an die nationalen Forderungen Deutschlands, werfen grelle Schlaglichter auf den unermeßlichen Abstand der Zeit vor und nach 1866. Durch seinen engherzigen dynastischen Partikularismus erfreute sich namentlich das Beustsche Sachsen einer Berühmtheit, die durch die damals auf diesem Gebiete wetteifernden Leistungen Bayerns, Württembergs, der beiden Hessen und Hannovers kaum in Schatten gestellt wurde. Auch nachdem Treitschke und Sybel die vollständige quellenmäßige Geschichte des deutschen Bundes von 1815—1866 uns geschrieben haben, bieten uns die persönlichen Erlebnisse bedeutender nationaler Männer aus jenen Jahrzehnten die willkommenste Ergänzung des Gesammtbildes jener Tage. Und ebenso ergreifend als klar redet namentlich eine Lebensgeschichte zu uns: die des nun sechsundachtzigjährigen Nestors und Führers der nationalliberalen Partei Sachsens, des Professors Karl Biedermann.

Karl Biedermann ist am 25. September 1812 in Leipzig geboren. Die Kugeln der großen Völkerschlacht schlugen ein Jahr später in das Dach des Hauses, in dem das Kind krank darniederlag. Den Vater verlor er in der ersten Kindheit. Fortan oblag also der trefflichen Mutter die alleinige Sorge für das Gedeihen ihres einzigen Kindes. Sie siedelte mit ihm zuerst nach Arnsfeld bei Annaberg über, wo sie ihre Mutter in Führung der Wirthschaft des dortigen Predigers unterstützte und den Kleinen schon mit vier Jahren fertig

lesen lehrte. Bald aber nahm sie höher im Erzgebirge, in der Nähe des Städtchens Schwarzenberg, eine Stelle als Wirthschafterin in einem adeligen Hause an. Hier wurde ihr Söhnchen, namentlich auch im Unterricht, den Kindern des Hauses gleich gehalten.

Als die Mutter dann mit dem Beamten eines benachbarten Eisenwerkes eine neue Ehe geschlossen hatte, folgte im Leben des kleinen Karl eine wildromantische Waldidylle auf einer der einsamsten Höhen des Erzgebirges. Denn mitten in dichtem Fichtenholze stand dort oben das Haus der Eltern. Gleich tüchtig gedieh dabei bis zum neunten Jahre die geistige und körperliche Entwicklung des Knaben. Dann aber ward ihm die Trennung von der geliebten Mutter und ein zweijähriger Aufenthalt in einer Dresdener Erziehungskaserne aufgenöthigt, an den noch heute der greise Mann mit Wehmuth und Schauder zurückdenkt. Heimweh, Herzenskälte seitens der Lehrer, brutale Vergewaltigung durch ältere Mitschüler, Alles hatte der arme Knabe in diesen Prüfungsjahren zu erdulden.

Das Anerbieten eines Bekannten der Mutter, des trefflichen Pastors Sturz in Knobelsdorf bei Waldheim: die Erziehung des Knaben für die nächsten Jahre zu übernehmen, wurde daher mit Freuden angenommen und erlöste den armen Jungen aus dem Dresdener Gefängniß. Nach einem kurzen Aufenthalt bei den Seinen ging er an den Ort der neuen Bestimmung über. Auch hier, auf dem einsamen Pfarrhof in einem der einsamsten Dörfer, war die Abgeschiedenheit von der Welt kaum weniger vollständig als in den Dresdener Anstaltsmauern. Menschen sah der Knabe hier sogar noch weniger, als dort. Sein neuer Erzieher, Pastor Sturz, der ein öfters kränklicher, aber überaus gütiger und wohlmeinender alter Junggeselle war, dessen Haushälterin, und der Mitzögling Biedermanns, der junge Sohn des Kirchenpatrons des Pastors Sturz, eines Amtshauptmanns a. D. von Arnstedt, bildeten den einzigen täglichen Umgang des Knaben. Dörfisches Leben kommt in jener fruchtbarsten Pflege Sachsens kaum vor. Und dennoch ging dem Knaben hier reiches geistiges Leben auf unter der väterlich-liebevollen Leitung des wackeren Pfarrherrn, der überall mehr anregte, als unterrichtete. Die alten Klassiker wurden durchstudirt, große Fertigkeit im Lateinischsprechen erworben, von der deutschen Literatur Klopstock, Voß, Matthisson, etwas Schiller und

Körner eifrigst gelesen, eigene poetische Versuche von dem Lehrer lebhaft ermuntert. Realien wurden dagegen fast gar nicht getrieben. Die Entscheidung, daß künftig das Studium der Philologie ergriffen werden müsse, vernahm der Knabe aus dem Munde des verehrten Lehrers mit gläubiger Entschlossenheit.

Aus dieser Abgeschiedenheit kam Karl Biedermann im fünfzehnten Jahre nach Dresden, in die Prima der Kreuzschule. Die ganze Atmosphäre dieses Gymnasiums war eine durch und durch philologische, die Auffassung der alten Welt auch geist- und geschmackvoll — dennoch aber wurde hier die vorgefaßte Absicht, Philologie zu studiren, bei dem Jüngling ernstlich erschüttert. Sicherlich am meisten durch seine plötzliche Versetzung in die ihm ganz neue Welt einer größeren Stadt und ihres vielfach anregenden geselligen Lebens. So fremdartig ihm Alles das erschien, so zog es ihn doch mächtig an. In die gesellschaftlichen Formen und in die Erfahrungen und Kenntnisse, welche den Residenzbewohnern seit Kindestagen vertraut waren, vermochte er sich aber nur mit größter Mühe einzuleben, zumal da gerade damals auch die strengere Methode des Unterrichts seine gesammelte Kraft erforderte.

Bis zum Ende der Schulzeit stand ihm nur soviel für seinen Lebensplan fest, daß er Theologie und Rechtswissenschaft bestimmt nicht studiren werde — Philologie aber nicht mit Freude. Der beste Berather, an den er sich in diesem inneren Kampfe so gern gewandt hätte, Pastor Sturz, war eben jetzt ernstlich erkankt. Und er starb gerade in dem Augenblicke, als sein Schützling an dem entscheidenden Wendepunkte des Lebens stand: die Schule mit der Universität vertauschen sollte. Das letzte Vermächtniß des wackeren Geistlichen an den Jüngling war: der Wissenschaft treu zu bleiben. Aeußerlich ward diese Mahnung liebevoll unterstützt durch Vergabung des ganzen kleinen Nachlasses an den Pflegesohn.

So kam Karl Biedermann zu Ostern 1830 auf die Hochschule nach Leipzig, ohne festen Studien- und Lebensplan. Der Wissenschaft treu zu bleiben, war gewiß seine Absicht. Aber was war Wissenschaft? Diese schwere Frage erhob sich immer quälender in ihm, da alle die Vorlesungen, die er bei Gottfried Hermann, Theile, Hasse, Wachsmuth, selbst Heinroth in Leipzig hörte, ihn nicht befriedigten,

weil Alle ihm nicht den Schlüssel zu den letzten Räthseln des Menschenlebens gewährten, denen er nachsann. In diesen Tagen las er Goethe, namentlich Faust zum ersten Male eingehend, lernte Shakespeares Bedeutung ahnen, obwohl dessen Realismus auf den noch durchaus idealen jugendlichen Leser nicht anmuthend wirkte.

Ohne aus den bisherigen Universitätsstudien eine sichere Ausbeute des Wissens mitzunehmen, vertauschte Biedermann zu Ostern 1833 die heimathliche Universität Leipzig mit Heidelberg. In der Musenstadt am Neckar ließ er Zachariä und Schlosser auf sich wirken den Anthropologen Daub und den Physiker Munke. Als aber auch diese Lehrer ihn nicht befriedigten, ward ihm am eigenen Lernen immer klarer, daß seine höchsten Interessen ihn an das Studium der Philosophie fesselten, und daß in der akademischen Lehrthätigkeit auf diesem Gebiete sein Lebensberuf liege. Als er diese klare Erkenntniß und Ueberzeugung gewonnen hatte, vertiefte er sich eifrigst in Philosophie und Literatur, namentlich auch in italienische und französische, die er in der Ursprache las, und daneben studirte er gründlich und freudig Land und Leute. Er durchstreifte während der Ferien die Pfalz, Frankfurt, die Rheinlande, Holland, Belgien, Württemberg, Baden und die nördliche Schweiz und gewann an dem damals so reichen politischen Leben Badens zum ersten Male ein dauerndes Interesse für das öffentliche Leben.

In Leipzig nämlich hatte die Politik den Studenten Biedermann noch völlig kalt gelassen, obwohl Sachsen gerade während seiner dortigen Studienjahre in die Reihe der Verfassungsstaaten eingetreten war, und Leipzig sogar eine kleine Revolution erlebt hatte. Auch viele andere unserer späteren namhaftesten Abgeordneten und Parteiführer haben noch im beginnenden Mannesalter nicht an Politik gedacht, geschweige denn an eine eigene politische Rolle; so Simson, Bennigsen u. A. Diese Thatsache beweist, wie jung unser politisches Leben eigentlich ist, da — namentlich vor 1848, ja vor 1866 — der Einzelne höchst selten das politische und parlamentarische Leben als den Hauptberuf seines Daseins ins Auge faßte. Dagegen sind unsere parlamentarischen Körperschaften aber auch lange Zeit hindurch ziemlich rein geblieben von der widerwärtigen Gattung der gewerbsmäßigen Parlamentarier, von den unreinen Interessenkämpfen und

eigensüchtigen Programmen der political men. Als der sozialdemokratische Abgeordnete Fritz Mende bei seiner Wahl im Frühjahr 1868 sich öffentlich als ein politischer Charakter dieser Sorte zu erkennen gegeben hatte, sagte Bismarck auf dem ersten aller seiner parlamentarischen Abende zur großen Heiterkeit seiner Gäste aus allen Parteien: „Ich habe einmal einen Abgeordneten gekannt, der, falls er gewählt würde, jedem seiner Wähler einen Ochsen versprochen hatte. Herr Mende wird es wohl bei einer Ziege bewenden lassen."

Auch Biedermann dachte nicht entfernt an eigenes politisches Wirken, als er zu Ostern 1834 Heidelberg verließ, um — nach mehrmonatlichem Aufenthalt im Elternhause — in Leipzig die akademische Laufbahn zu beginnen. Vielmehr setzte er mit großem Eifer die philosophischen Studien fort und habilitirte sich im Herbst 1835 in Leipzig als Privatdozent durch Vertheidigung einer — natürlich lateinischen — Dissertation, in welcher er die philosophischen Systeme Fichtes, Schellings und Hegels entschlossen kritisch ablehnte. Schon im folgenden Jahre fand der junge Dozent den Muth, sich an eine „Fundamental-Philosophie" zu wagen und wenige Jahre später um den von der Pariser Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften ausgeschriebenen Preis für eine „Geschichte der deutschen Philosophie seit Kant" sich zu bewerben. Diesen Preis hat Biedermann zwar nicht gewonnen. Das erste Mal verscherzte ihm der herbe und bedenkliche französische Stil seiner Arbeit den Preis; das zweite Mal aber sein freier religiöser Standpunkt, da inzwischen in Paris das Gegentheil Mode und das Schwarz unseres heutigen Zentrums die Farbe der Regierung und des Hofes geworden war. Doch wurde beide Male seine Arbeit unter allen eingelaufenen Bewerbungen als die bedeutendste bezeichnet.

Sie erschien 1842 und 1843 in deutscher Bearbeitung in zwei Bänden unter dem Titel: „Die deutsche Philosophie von Kant bis auf unsere Zeit, ihre wissenschaftliche Entwickelung und ihre Stellung zu den politischen und sozialen Verhältnissen der Gegenwart." Schon dieser Titel beweist, daß der junge Lehrer der Philosophie in seinem einsamen Studirstübchen im Laufe der wenigen Jahre seit seinem Abschied von Heidelberg dem lebhafter gewordenen deutschen öffentlichen Leben immer regeres Interesse zugewendet hatte. Bereits in

Biedermanns „Fundamental-Philosophie“ war als Schlußergebniß die Forderung einer Wendung nach dem praktischen Leben hin und nach seinen sittlichen und freiheitlichen Bestrebungen aufgestellt worden. Dieselbe Auffassung war 1839 in der vielbesprochenen Schrift Biedermanns: „Wissenschaft und Universität in ihrer Stellung zu den praktischen Interessen der Gegenwart“ hervorgetreten. Vollends ausgeprägt und nachdrücklich verlangte nun seine „Geschichte der deutschen Philosophie“ die Nutzbarmachung philosophischer Erkenntniß für das praktische Leben und die verschiedensten Wissenschaften.

Sicherlich hatte der gewaltige Umschwung in allen Zweigen des öffentlichen und volkswirthschaftlichen Lebens, der sich während Biedermanns erstem akademischen Wirken in Sachsen vollzog, an dieser praktisch-realen Richtung seiner Forschung hauptsächlichen Antheil. Denn im Jahre 1834 war Sachsen dem Zollverein beigetreten. Im nämlichen Jahre war durch die Linie Leipzig-Dresden das erste größere deutsche Eisenbahnunternehmen — und zwar aus Privatmitteln — ausgeführt worden. Bald darauf regten sich in der zweiten sächsischen Kammer auch die ersten Anfänge einer entschiedenen liberalen Opposition. Dann wurde mit ganz Deutschland auch Sachsen ergriffen durch das Geschick der tapferen „Göttinger Sieben“, von denen Albrecht und Weber nach Leipzig kamen.*)

Biedermanns akademisches Wirken war — damals, wie Zeit seines ganzen Lebens — ein treues Abbild seines literarischen Schaffens. Gleich von Anfang an zog er die strebsameren Zuhörer zu näherem persönlichen Gedankenaustausch an sich. In freier Besprechung wurden die wichtigsten Fragen der Wissenschaft wie des Lebens gründlich erörtert; Seitens des Lehrers ohne jede Anmaßung von Schulweisheit oder Unfehlbarkeit und gerade deßhalb um so fruchtbarer für den Charakter, die Wahrhaftigkeit, den Lebensernst der Lernenden. Männer sehr verschiedener Richtung sind aus dieser freien Vereinigung hervorgegangen; aber nicht ein Heuchler, nicht ein Verächter des Höheren, nicht ein flacher Weltmensch. Indessen ein so inniges Verhältniß zwischen Lehrern und Hörern galt in Sachsen damals schon für ein bischen staatsgefährlich, namentlich in der philosophischen Fakultät,

*) S. oben S. 12 dieses Werkes.

in der ja noch heute alle möglichen Wissenszweige untergebracht werden, „die man nicht deklinieren kann". Und gerade die philosophische Fakultät Leipzigs erfreute sich in Dresden bis 1866 einer so eigenthümlichen Gunst und Behandlung, daß in jener Zeit der Leipziger Hochschule Gelehrte wie Mommsen, Otto Jahn, Hartenstein, Treitschke u. s. w. verloren gegangen sind, ohne daß in Dresden auch nur irgend ein ernstlicher Versuch zu ihrer Erhaltung gemacht wurde, und dann wieder lange Zeit verging, ehe man in Dresden einen Versuch machte, Ersatz für sie zu gewinnen.

Von dieser ungünstigen Stimmung sollte auch Biedermann reichliche Beweise erhalten. Solange er von der Freiheit deutscher Philosophen Gebrauch gemacht hatte, über den Urgrund des Seins und einige verwandte Fragen zu schreiben, war man ihm in Dresden wohlgewogen und hatte ihn ungewöhnlich schnell zum außerordentlichen Professor befördert. Nun aber waren seine Vorträge, seine Schriften und ganz besonders seine Gesellschaften „zu wenig positiv". Aus jenem Tempel der Weisheit, der damals den Namen „Sächsisches Kultusministerium" trug, schrieb man ihm: „Er möge sich doch religiöser, rechtlicher und staatlicher Fragen ganz enthalten und sich am besten auf das Gebiet des rein formalen Denkens, der Logik (!) beschränken. Sonst werde er auf Beförderung nicht zu rechnen haben. Und als man Biedermann in Dorpat eine Professur in Aussicht stellte und er diese Thatsache pflichtgemäß an den Kultusminister nach Dresden berichtete, meinte dieser treuherzig: „Man sehe es ganz gern, wenn junge Lehrkräfte sich einmal auswärts versuchten; später könne man sie ja wieder zurückberufen." Ja, später!

So hatte denn Biedermann eine schnelle und glänzende akademische Laufbahn sich schon verscherzt, als er zum ersten Mal seine Wissenschaft für das praktische Leben nutzbar zu machen suchte, und es gehörte sein unbestechlicher Drang nach Wahrheit und Unabhängigkeit dazu, um diesen Lockungen und Einschüchterungen gegenüber standhaft zu bleiben. Denn an die Erhöhung seines Erwerbes und Einkommens stellten seine persönlichen Verhältnisse gerade jetzt größere Anforderungen als je zuvor.

Schon in den Tagen seiner ersten Leipziger Studienzeit hatte er nämlich in der Familie seines Freundes — des späteren Leipziger

Bürgermeisters — Koch einen Kreis gefunden, der ihn vor allen anderen anzog. Mit einer Schwester des Freundes hatte er sich 1836 verlobt und sehnte sich nun danach, mit ihr den eigenen Hausstand zu gründen. Eben jetzt war ihm aber der Stiefvater gestorben und hatte die treue Mutter allein seiner Sorge hinterlassen. In dieser Lage warf sich der zurückgesetzte Dozent kühn und jugendfrisch in die ungewohnte Bahn der Journalistik.

Die Werthschätzung, welche Hitzig den guten Beiträgen schenkte, die Biedermann den „Hallischen Jahrbüchern“ zuwendete, ermuthigte ihn, den bewährten Rath Hitzigs über den Plan anzurufen, eine „Deutsche Monatsschrift für Literatur und öffentliches Leben“ herauszugeben. Hitzig aber warnte: Der Journalist wirke wohl für den Augenblick, aber er gebe auch sein Bestes an solche Einzelwirkung hin und gelange kaum mehr zu gesammelter, auf Großes gerichteter Thätigkeit. Als aber Biedermann trotzdem bei dem Plane beharrte, sorgte Hitzig liebenswürdig für einen Verleger. Das Programm, mit welchem Biedermann als Leiter des Blattes zu Beginn des Jahres 1842 die „Deutsche Monatsschrift“ beim Publikum zuerst einführte, enthält schon die entschiedene Forderung des politischen Anschlusses der deutschen Staaten an Preußen, der Ausbildung des Zollvereins nach der politisch-nationalen Seite, der Klärung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, Zurückführung der letzteren auf ihre ursprüngliche und natürliche Grundlage, die Gemeinde; also lauter durchaus moderne, realpolitische, nationale Forderungen! Die Monatsschrift sammelte bald viele namhafte, gut deutsch gesinnte und gemäßigt liberale Männer Deutschlands als Mitarbeiter um sich, forderte aber eben darum auch den hellen Zorn des politischen und philosophischen Radikalismus heraus. Bald nach Beginn der Monatsschrift gründete Biedermann auch den eigenen Herd. Mehr und mehr trat nun das akademische Wirken in den Hintergrund, füllte die Journalistik seine ganze Thätigkeit.

Im Sommer 1844 unternahm er eine größere Reise durch das westliche Deutschland und durch Belgien nach Paris und kehrte, um eine Fülle persönlicher Bekanntschaften und freundschaftlich-wissenschaftlicher Beziehungen (z. B. mit Cousin, Michel-Chevalier, Carnot, Karl Haase, Bodenstedt, Paul Pfizer, Menzel, Bassermann, Mathy, Nebenius)

bereichert, nach Leipzig zurück. Hier gab er vom Herbst 1844 an auch eine Wochenschrift „für Politik, Literatur und öffentliches Gerichtsverfahren," den „Herold", heraus. Allein um die Mitte der vierziger Jahre war noch keineswegs erlaubt, nationalliberal (in dem heutigen Sinne des Wortes) zu denken und gar zu schreiben. So ward denn schon 1845 sowohl Biedermanns „Monatsschrift" als sein „Herold" in ganz Preußen verboten. Die Monatsschrift wurde nun schnell in eine zensurfreie Vierteljahrsschrift unter dem Titel „Unsere Gegenwart und Zukunft" (1846 bis 1848) verwandelt und dadurch in freies offenes Fahrwasser gebracht. Dagegen konnte Biedermann den „Herold" nur mit großen Opfern (im Selbstverlag) noch eine Zeitlang fortführen und mußte ihn, als Verbot auf Verbot folgte, 1847 ganz aufgeben.

Auch Broschüren schrieb Biedermann in jenen Jahren. Namentlich ist zu nennen: „Ein Wort an Sachsens Stände" — es war der Abdruck einer Rede, die er zum sächsischen Verfassungsfest 1845 gehalten hatte und in der er die Forderungen des Landes aus Anlaß der bekannten Leipziger Augustereignisse*) berührte. Diese Flugschrift zog ihrem Verfasser den ersten Preßprozeß zu. In dritter Instanz wurde er zwar „in Mangel mehreren Verdachts" freigesprochen. Aber das Ministerium untersagte ihm in Folge seiner in dieser Schrift zu Tage geförderten, in Dresden als sehr unliebsam vermerkten Gesinnung das fernere Halten staatsrechtlicher Vorlesungen, welche Biedermann in letzter Zeit an Stelle der rein philosophischen gesetzt hatte.

Dann gaben auch der sächsische und vereinigte preußische Landtag ihm Anlaß zu sehr interessanten politischen Erörterungen und Schilderungen seiner persönlichen Eindrücke, wie der namhaftesten Abgeordneten. Seine „Geschichte des ersten preußischen Reichtags" wurde von der preußischen Regierung streng verfolgt, fand dagegen aber den Beifall des berühmten Schön, und außerdem hatte Biedermann bei seinem längeren Aufenthalt in Berlin während der Sitzungen des ersten Vereinigten Landtages von 1847 die persönliche Bekanntschaft gemacht von Beckerath, Hansemann, W. Beseler, Johann Jacoby, Heinrich Simon u. A.

---

*) Im August 1845 waren durch eine unnütze Militärsalve zahlreiche Leipziger Bürger erschossen worden. S. o. S. 20.

Der eigenen Betheiligung an politischem Wirken war Biedermann durch diese eifrige publizistische Thätigkeit immer näher geführt worden. Er gründete in Leipzig mehrere Gesellschaften, die während der vierziger und fünfziger Jahre den nationalen Bestrebungen Stütze boten. Durch seine Zeitschriften aber galt er immer mehr und in immer weiteren Kreisen — namentlich aber in Leipzig und ganz Sachsen — als der bedeutendste Wortführer des gemäßigten Liberalismus, während die radikalen Elemente und Massen des Landes sich eben damals um die mächtige Agitationskraft und Beredsamkeit Robert Blums*) schaarten. Der Gegensatz der beiden Männer und Parteirichtungen war zuerst in Folge der Leipziger Augustereignisse von 1845 lebhafter hervorgetreten. Biedermann wußte damals die Absicht der Radikalen zu vereiteln, das Verfassungsfest als Todtenfest für die Gefallenen zu feiern. Er und Blum wurden übrigens im Herbst desselben Jahres bei den Neuwahlen gleichzeitig in das Leipziger Stadtverordneten-Kollegium eingeführt, das damals mannhaft an der Spitze des Fortschritts in Sachsen kämpfte.

So kam das Jahr 1848 heran. Als am letzten Februar die Nachricht von der Pariser Februarrevolution nnd dem Sturze des Julikönigthums nach Leipzig drang, besprach Biedermann die nothwendigsten Schritte sofort mit den einflußreichsten Mitgliedern des Stadtverordneten-Kollegiums und entwarf eine Adresse an den König, welche den Zwiespalt zwischen Regierung und Volk zwar freimüthig schilderte, vorläufig jedoch nur größere Freiheit der Presse und die Anbahnung einer Nationalvertretung am Bunde verlangte. Dieser Entwurf wurde zwar von den Radikalen Anfangs als „zu gemäßigt" lebhaft bekämpft, indessen auch von ihnen in der öffentlichen Sitzung des Kollegiums einstimmig angenommen und hierauf von einer Deputation — der Biedermann natürlich mit angehörte — dem König in Dresden persönlich überreicht. Der König, dem die einzelnen Mitglieder der Abordnung nicht vorgestellt wurden, hielt ein anderes, sehr harmloses, aber etwas wild aussehendes Mitglied der Deputation für Biedermann. Denn so war der Leipziger Professor dem Monarchen offenbar von seinen Ministern geschildert worden. Von allen Seiten

---

*) S. oben S. 19 fg. dieses Werkes.

und aus allen Theilen des Landes gingen in Folge dieser politischen That Zustimmungen und Beglückwünschungen an Biedermann ein — auch von Solchen, die ihn später als einen vermeintlichen „Feind der Volkssache" brandmarkten und mit bitterem Haß und Spott verfolgten. Selbst der Radikalissimus Arnold Ruge, damals Leipziger Stadtverordneter, bezeugte Biedermann in einem Billet „seine ganze herzliche Hochachtung für diese folgereiche That."

Die Antwort des Königs auf die Leipziger Adresse war zunächst entschieden abweisend. Ja, zur Dämpfung der Leipziger Gährung wurde der Minister von Carlowitz - der spätere preußische und Reichstagsabgeordnete — mit außerordentlichen Vollmachten nach Leipzig entsendet. In den Dresdener Hofkreisen herrschte zu Anfang März 1848 noch ganz die hochmüthige Verblendung, die nichts lernt und nichts vergißt. Die Leipziger Adresse und die darin behauptete Unzufriedenheit der Leipziger und sächsischen Bürgerschaft mit dem reaktionären Regierungssystem in Sachsen wurde dem königlichen Kommissar von Carlowitz bei seiner Abreise von Dresden sogar als das ausschließliche Werk „einzelner Schreier" bezeichnet. Carlowitz fand dagegen die ganze Bürgerschaft Leipzigs einmüthig und ausnahmslos in sittlicher Empörung über die sächsische Regierungs-Mißwirthschaft entflammt und dieser Wahrnehmung entsprechend erstattete er dem König in Dresden seinen Bericht, den ihm die reaktionäre Partei nie vergeben hat. Entsprechend diesem Berichte erfolgte die sofortige Entlassung der reaktionären Minister, da diese den König über die wahre Stimmung des Landes getäuscht hätten, und die Berufung volksthümlicher Minister, der bisherigen Führer der Opposition in den sächsischen Kammern.

Der König folgte dem trefflichen Rathe des freimüthigen Mannes und berief das Ministerium Braun-Georgi-v. d. Pfordten, das nun an die Stelle „des vormärzlichen Regierungssystems" trat. Die neuen Minister waren sämmtlich gute Freunde und Bekannte Biedermanns und zogen ihn oft in wichtigen Dingen zu Rathe. Vor Oberländers Berufung hatte v. d. Pfordten — der bisher der Kollege Biedermanns an der Leipziger Hochschule gewesen — Biedermann sogar dem Könige für das Portefeuille des Kultus mit genannt. Aber nie hat Biedermann in diesen Tagen oder später, wo doch weit radikaler

gesinnte Männer als er in Aemter, Würden und Staatsversorgungen sich hineinschwangen, aus seiner Vertrautheit mit den Leitern der neuen Regierung Vortheil für sich gezogen. Nicht einmal die Aufhebung des lächerlichen Verbotes seiner staatsrechtlichen Vorlesungen suchte er zu erwirken. Auch den ihm ohne sein Zuthun zuerst angebotenen Posten eines Vertrauensmannes der sächsischen Regierung beim Bundestage überließ er ruhig dem radikalen Führer der bisherigen Kammeropposition, Todt, und später, nach Todts Abberufung, dem Geheimen Rath Kohlschütter — dem man diesen wichtigen Posten anvertraute, „weil er leidend war und sich in Frankfurt weniger anzustrengen brauchte!" Auf Biedermanns Rath geschah es auch, daß v. d. Pfordten das Portefeuille des Innern gegen dasjenige des Kultus mit Oberländer tauschte. Ein anderer dringender Rath Biedermanns an Oberländer, den Biedermann noch in der letzten Stunde vor seiner Abreise zum Vorparlament nach Frankfurt jenem ertheilte, ging dahin: doch ja die wichtige Verständigung über das neue sächsische Wahlgesetz, über welches zwischen Oberländer, Braun und Georgi Meinungsverschiedenheiten bestanden, zur Vorbedingung seines Eintrittes in das Ministerium zu machen. Leider wurde dieser gute Rath nicht befolgt, und der Zwiespalt trat dann zu einer Zeit hervor, wo er verhängnißvoll für die Wirksamkeit des Ministeriums und die ganze neue Ordnung der Dinge wurde.

Einen anderen Dienst leistete Biedermann dem neuen sächsischen Ministerium aber durch Annahme einer vorübergehenden diplomatischen Sendung nach Berlin in Betreff des wichtigen Konferenzprojektes der süddeutschen Regierungen — und es war natürlich nicht Biedermanns Schuld, daß die inzwischen ausgebrochene Berliner Märzrevolution die für die nationale Entwickelung hoffnungsreiche Sendung vereitelte*). Vor Allem war es v. d. Pfordten, der Biedermann zur Annahme dieser Sendung veranlaßte. Der Minister hatte schon wenige Tage zuvor, als Biedermann ihm sein Programm in der deutschen Frage entwickelte, in der Rathlosigkeit des Augenblicks, selbst dem von Biedermann geforderten deutschen Bundesstaat unter

---

*) Das Nähere in meinem Werke „Die deutsche Revolution 1848/49". Leipzig, E. Diederichs. IV. Aufl., 1898, S. 202.

Preußens Vormacht — den v. d. Pfordten später und noch bis 1866 als sächsischer und bayrischer Minister immer bekämpfte — zugestimmt in dem bangen Nothruf: „Jede Verfassung ist uns recht — wenn sie uns nur die Republik vom Leibe hält!“ Von der Pfordten stellte Biedermann kurz vor dessen Abreise nach Berlin auch dem Könige vor, und dabei überzeugte sich der Monarch, daß der wirkliche Biedermann nicht so wüst aussehe, wie der eingebildete. Bei dieser Audienz sagte der König: „Ich glaube, daß Sie ein konservativer Mann sind und es aufrichtig meinen. Ich habe in den letzten vierzehn Tagen Vieles hinter mich werfen müssen, aber ich sehe jetzt ein, daß es so besser ist und werde dabei beharren!“ Als aber Biedermann auf diese Worte erwiderte: er zweifle nicht an einer ruhigen und gedeihlichen Entwickelung Sachsens, sobald nur die deutsche Frage eine baldige befriedigende Lösung finde, da versicherte der König: „Ich bin auch dafür zu jedem Opfer bereit.“ So günstig war damals die Stimmung des Hofes und der Regierung in Dresden für das deutsche Einigungswerk!

Die Sendung Biedermanns nach Berlin fand in Folge der Haltung Friedrich Wilhelms IV. während der Berliner Märztage raschen Abschluß, da die geplante einstweilige Uebertragung der deutschen Zentralgewalt an diesen König nun vorerst ganz unmöglich und undenkbar war. So eilte Biedermann denn, nachdem er in Dresden über den Verlauf seiner Sendung noch schnell Bericht erstattet hatte, zum Frankfurter Vorparlament, wo er zwischen der Rechten und Linken zu vermitteln suchte, namentlich durch seine Verwendung auch Blums Wahl in den Fünfzigerausschuß mit großer Mehrheit zu Stande brachte.

Weit feindseliger stellte sich dagegen die radikale Partei in Sachsen Biedermann gegenüber. Sie drohte: überall, wo er für das deutsche Parlament kandidiren würde, ihm ihren Führer Blum gegenüberzustellen. Diese Drohung war auch keineswegs zu unterschätzen, namentlich nicht in einem Lande, das an den Bezirkswahlzwang gewöhnt war, und daher immer nur Kirchthurmsberühmtheiten oder weithin bekannte Namen auf die Kandidatenliste setzte. Aber gerade hierbei kam der Kandidatur Biedermanns der weithin gedrungene Ruf seines publizistischen Wirkens trefflich zu Statten. Er wurde

in Zwickau mit Zweidrittelmehrheit gewählt und mußte das Angebot von fünf bis sechs Parlamentssitzen ablehnen.

Ueber den Antheil Biedermanns am Frankfurter Parlament giebt den besten Aufschluß seine noch heute hochgeschätzte Schrift „Erinnerungen aus der Paulskirche" (1849), wohl das gründlichste und maßvollste der auf persönlicher Beobachtung und Antheilnahme beruhenden Werke jener Tage*). Seine Parteistellung und sein Wirken in Frankfurt dürfen bei jedem Gebildeten als bekannt vorausgesetzt werden. An Ehrenstellen des Parlaments wurde ihm gleich Anfangs das zweite Schriftführeramt, in den letzten Wochen der Berathungen das Amt des ersten Vizepräsidenten übertragen. In der von ihm mitbegründeten „Erbkaiserpartei", dem „Weidenbuschverein" führte er fast stets den Vorsitz. Anfang April 1849 war er Mitglied der Kaiserdeputation nach Berlin. Das so hoffnungsreich begonnene Jahr der großen Bewegung hatte für ihn persönlich mit dem schmerzlichsten Mißklang geendet: die theure Mutter war ihm gestorben.

In den ersten Tagen des Juni 1849, nach dem kläglichen Scheitern des deutschen Einigungswerkes, kehrte er wieder nach Leipzig zurück. „Mit welchen Gefühlen, wäre schwer zu sagen", schreibt er selbst**) „Ueber ein Jahr lang hatte ich mich mit den höchsten Angelegenheiten der Nation beschäftigt, mit den edelsten und erleuchtetsten, gleich mir für so hohe Ziele aufs Lebhafteste begeisterten Männern verkehrt. Jetzt trat ich wieder ein in die Kreise Solcher, die von dem „Rausche" des Jahres 1848 zu ihren gewohnten Alltagsbeschäftigungen zurückgekehrt waren und an die Hoffnungen und Enttäuschungen der nächsten Vergangenheit, vollends an ihre eigene Betheiligung daran, um keinen Preis erinnert sein mochten. Sie hatten keinerlei sympathisches Verständniß für den ungeheuren Schmerz, der mein ganzes Inneres erfüllte, oder für die hartnäckige Zähigkeit, womit ich noch immer an den Idealen festhielt, welchen die Anderen längst den Rücken gekehrt hatten." Ein wohlmeinender Arzt würde dem edlen Manne, dessen Gemüth so schwer litt, vielleicht eine Luftveränderung verschrieben

*) In sehr interessanter Weise hat Biedermann diese Schrift ergänzt durch zwei größere Aufsätze über das Frankfurter Parlament in der Zeitschrift „Nord und Süd", 1898.

**) In seinem Werke „Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte", I. Bd. S. 392. (Breslau, Schottländer, 1886.)

haben, und die sächsische Regierung übernahm ihrerseits sehr bald die Rolle dieses wohlmeinenden Arztes.

Den Sommer 1849 verlebte Biedermann — mit der kurzen Unterbrechung, welche die bekannte Zusammenkunft in Gotha*) nöthig machte — in stiller ländlicher Zurückgezogenheit. Der Herbst brachte die neuen Landtagswahlen in Sachsen. Für den Mann, dem ein halbes Dutzend Sitze im Frankfurter Parlament angeboten worden waren, konnte nun im Sächsischen Landtage und zwar lediglich durch den aufopfernden Rücktritt eines Frankfurter Parteigenossen, des wackeren Dr. Hallbauer in Meißen, nur ein einziger frei gemacht werden. Und gerade diesem, so zu sagen erst durch eine Hinterthüre mühsam hereingeschlüpften Abgeordneten dankt der Landtag von 1849/50 die echt nationale Farbe, die ihn auszeichnet, namentlich der charakterlosen und preußenbundesfeindlichen Politik des Herrn v. Beust gegenüber. Er war der Verfasser der Adresse an den König, welche entschieden gegen die Absicht Beusts einer Rückkehr zum alten Bundestage protestirte. Da hinter dieser Adresse die große Mehrheit der zweiten Kammer stand, so mußte Herr von Beust sich nicht anders zu helfen, als mit Auflösung der Kammern. Biedermann ließ sich auch in Druckschriften angelegen sein, die traurigen Leistungen dieser Regierung gebührend zu brandmarken. So ließ er in seiner Schrift „Die Wiedereinberufung der alten Stände in Sachsen aus dem Gesichtspunkte des Rechts und der Politik; zugleich eine Rechtfertigung der Kammern von 1849/50 diesem berüchtigen Staatsstreiche des Herrn von Beust, welcher die seligen sächsischen Stände „reaktivirte“ eine gründliche Züchtigung angedeihen. Ebenda geißelte Biedermann auch erbarmungslos die unbeschämte Verlogenheit der damaligen offiziösen sächsischen Presse, die u. A. die Volksvertretung beim Volke wegen Verzögerung derselben Gesetze anschwärzte, welche die Kammern von der Regierung fort und fort vergeblich erbaten!

Gerade jetzt, wo man in Dresden „Ruhe um jeden Preis“ wollte, war dieser Mann in hohem Grade unbequem und mußte also beseitigt werden. In den Mitteln war Herr von Beust ja nie verlegen. Und so benutzte er denn zur Ausführung seines Planes der Vernichtung

*) S. oben S. 49 dieses Werkes.

Biedermanns als willkommenen Anlaß einen Aufsatz, der in dem ersten Hefte einer neuen von Biedermann herausgegebenen Zeitschrift, den „Deutschen Annalen zur Kenntniß der Gegenwart und Erinnerung an die Vergangenheit" erschienen war. Die Herausgabe dieser Zeitschrift stellte nach Biedermanns Rückkehr vom Landtage seinen ganzen noch übrigen Antheil an praktisch-politischem Wirken dar. Der Aufsatz aber, den Herr von Beust als Sprengpatrone gegen Biedermann zu benützen gedachte, war gegen das durch einen sanften Verfassungsbruch auf den Thron gekletterte neue Napoleonische Kaiserthum und dessen Bewunderer in den Deutschen Kabinetten gerichtet. Der Aufsatz war auch nicht einmal von Biedermann selbst, sondern von Ludwig von Rochau*), der freilich ungenannt blieb.

Vierzehn Tage lang hatte dieser Aufsatz unbeanstandet in den Händen des mit der Prüfung etwaiger Preßdelikte pflichtmäßig betrauten Kriminalrichters geruht. Was sollte der Aufsatz auch Sträfliches enthalten, da Napoleons kaiserliche Herrlichkeit noch von keinem deutschen Staate, auch von Sachsen nicht, anerkannt war und deutsche Minister daher, wenn sie den Imperator bewunderten, sich nur als Privatpersonen, nicht von Staatswegen und amtlich blamirten? Herr von Beust aber hatte schon viel schwierigere Verurtheilungen fertig gebracht, als die Biedermanns unter diesem Vorwande. In schlechthin ungesetzlicher Weise mischte er sich in die Strafrechtspflege, indem er in einer amtlichen Verordnung eine Menge angeblich strafbarer Stellen im Aufsatze Rochaus anstrich und die Untersuchung gegen Biedermann verlangte, die — nach der damaligen Gefügigkeit der sächsischen Justiz gegen das Gebot der Minister — „natürlich" auch sofort eingeleitet wurde. Die erste Instanz paßte ihre Anklagepunkte denn in der That auch mit rührender Treue der Verordnung Beusts an. Die zweite Instanz erkannte diese Anklagepunkte großentheils für unhaltbar, fand dagegen wieder in ganz anderen Ausdrücken des Aufsatzes, die selbst der Scharfsinn des Herrn von Beust für harmlos erachtet hatte, arge Vergehen, oder vielmehr „Verbrechen", wie das sächsische Strafgesetzbuch jedes Delikt nannte. Diese Instanz formulirte also die Anklagepunkte durchaus anders, als die Unterinstanz ge-

---

*) S. o. S. 50 flg. dieses Werkes.

gethan hatte, so daß Biedermann schließlich auf eine Anklage hin verurtheilt wurde, gegen welche er sich — bei dem ausschließlich schriftlichen Verfahren, ohne mündliche Hauptverhandlung — gar nicht hatte vertheidigen können; nämlich wegen des wunderbaren „Verbrechens“ der „Beleidigung eines „befreundeten“ ausländischen Staatsoberhauptes“, das von der Krone Sachsen als solches noch gar nicht anerkannt worden war!

Als Biedermann Angesichts aller dieser, selbst in Sachsen bis dahin noch nicht erlebten Ungeheuerlichkeiten seines Prozesses, eine „zweite Vertheidigung“ vor dem Oberappellationsgericht verlangte, wurde ihm diese abgeschlagen und zwar weil — wie ein höherer Beamter des Justizministeriums sich ausdrückte —: „Man doch voraussehe, daß die letzte Entscheidung nicht anders ausfalle werde, als die früheren!“ Das Ministerium sah also voraus, wie das höchste Gericht erkennen werde! Glückliche Voraussicht, bewundernswerther Scharfblick! In Preußen hat diese scharfblickende Voraussicht selbst in den Tagen der Mühler und Eulenburg nie bestanden! Einer der berühmtesten Juristen Sachsens bezeichnete denn auch diesen Prozeß mit einem nicht wiederzugebenden Schmachwort!

Herr von Beust fand sich durch diese richterlichen Leistungen am Ziel seiner Wünsche. Denn schon beim Beginn der Untersuchung war Biedermann von seiner akademischen Thätigkeit „suspendirt“ worden. Jetzt, nachdem er die einmonatliche Gefängnißstrafe verbüßt hatte — auch die sonst bei Preßvergehen allgemein übliche Verwandlung der Freiheits- in Geldstrafe war ihm versagt worden — wurde in Dresden auch seine Entlassung vom Lehramt verfügt. Die philosophische Fakultät Leipzigs hatte bei Biedermanns Suspendirung dem Kultusminister einstimmig erklärt: „Wie sie es sich keineswegs zur Unehre rechne, Biedermann auch fernerhin zum Kollegen zu haben.“ Allein das fruchtete eben so wenig, wie Biedermanns eigener, rechtlich durchaus begründeter Einwand: daß das Staatsdiener-Disziplinargesetz in seinem Fall ganz falsch angewendet bezw. ausgelegt wurde.

Gegen jeden gesetzlich begründeten Einwand hatte man in Dresden damals eben eine scheinbar gesetzlich begründete Ausflucht bereit. Gegenüber diesem Einwand Biedermanns bezog man sich also nicht auf das, gegen ihn allerdings falsch ausgelegte Staats-

diener-Disziplinargesetz, sondern — „auf Bestimmungen des Kirchenrechtes!“ Damit konnte man blos meinen die Kirchenordnung von 1580 (!), welche verfügt: „daß ein wegen Irrlehren“ — offenbar doch nur theologischer Irrlehren, nicht solcher gegen das second empire — „in seinem Amte“ angeschuldigter Universitätslehrer „nicht leichtlich (!) abgesetzt“ — so urtheilte man am Ausgang des sechszehnten Jahrhunderts“ — „sondern zuvor vermahnt, auch gegen einen solchen nicht anders, als nach einem Urtheil des Konsistoriums (!) verfahren“ werden solle.

Herr von Falkenstein, der kurz zuvor an Herrn von Beusts Stelle das Kultusministerium übernommen hatte, konnte sich nicht versagen, Biedermann in einer Privataudienz dessen frühere agitatorische Thätigkeit gegen ihn, den Minister — und zwar als Minister des Innern bis 1848 — vorzuhalten, obwohl doch, wie wir oben sahen, der regierende König selbst im März 1848 gerade mit Bezug auf diese Minister zu Biedermann gesagt hatte: „Ich habe Vieles hinter mich werfen müssen, aber es ist besser so! „Ja, Falkenstein rechnete sich in derselben Audienz als Beweis besonderer Unparteilichkeit an, daß er Biedermann nicht auch noch den Titel als Professor entzogen und ihm das Gehalt noch auf zwei Jahre belassen habe! Auf solche Weise ward Biedermanns Lehrthätigkeit in Leipzig beseitigt. Jede Kritik dieser Rechtspflege und Gesetzeshandhabung ist überflüssig.

Die unfreiwillige Muße, zu welcher der rege Geist des erst vierzigjährigen Mannes sich gezwungen sah, kam der Entstehung und Vorbereitung sehr bedeutender literarischer Pläne zu Statten. Denn durch seine Schrift „Erziehung zur Arbeit“, (dem heutigen Handfertigkeits-Unterricht), regte Biedermann eine seitdem vielerörterte pädagogische und sozialpolitische Frage an. Namentlich aber beschäftigte ihn der Plan einer kulturgeschichtlichen Behandlung der deutschen Vergangenheit, und vornehmlich des (klassischen) achtzehnten Jahrhunderts, jetzt vorzugsweise, da Biedermanns lebhafte Betheiligung an der Tagespolitik diesen Lieblingsplan bisher zurückgedrängt hatte. Er schritt auch sofort zu dessen Ausführung. Schon 1854 erschien der erste Band dieses weitumfassenden Werkes: „die politischen, materiellen und sozialen Zustände Deutschlands im

18. Jahrhundert.“ Zum ersten Male war hier Kulturgeschichte in dem großen Sinne geschrieben, daß ein allseitiges Bild der Gesammtthätigkeit des Volkes, auch der organische Zusammenhang aller Theile nach bestimmten inneren Entwickelungsgesetzen gegeben werden sollte. Schüchtern war Biederman an das große Werk gegangen. Aber Beurtheiler von der Bedeutung eines Arndt, Dahlmann, Wachsmuth, Häusser, R. v. Mohl, Hettner, Brückner u. s. w. begrüßten die Arbeit – und später auch den zweiten Band (1858) — mit dem lebhaftesten Beifall.

Doch so erfreulich dem von aller öffentlichen Lehrthätigkeit schnöde hinweggemaßregelten Gelehrten diese Zustimmung der bedeutendsten Sachverständigen und Strebensgenossen auch sein mochte: die Sehnsucht nach einer bestiumten Berufsstellung blieb für Biedermann doch ein stetes und bis dahin unbefriedigtes inneres Bedürfniß. Schon dachte er daran, sich der jungen polytechnischen Hochschule in Zürich als Lehrer anzubieten. Da erhielt er plötzlich einen Ruf zur Leitung der halboffiziellen Zeitung in Weimar. Selbstverständlich nahm Biedermann diese Stellung nicht an, ohne die volle Gewähr zu fordern, daß er niemals etwas seiner Ueberzeugung Widerstrebendes vertreten müsse, was ihm rückhaltlos zugesagt und mit unverbrüchlicher Aufrichtigkeit gehalten wurde.

Aber weit über Erwarten wohlthuend und freundschaftlich gestaltete sich in Biedermanns neuer Weimarer Wirksamkeit das Verhältniß zu dem leitenden dortigen Staatsminister von Watzdorf. Ja, selbst der Großherzog beehrte den in Sachsen gefangen gesetzten und amtsentlassenen „Verbrecher“ mit den Worten: „Sie sind mir durch Ihre Schriften bestens empfohlen, und ich empfange Sie mit dem vollsten Vertrauen.“ Das entschieden nationale und aufrichtig = liberale Regiment, das der kleine Staat inmitten der allgemeinen Reaktion durchzuführen wagte, erfüllte Biedermann mit wohlthätiger Befriedigung an seiner neuen Thätigkeit. Seine Leitung des halbamtlichen Blattes wiederum verschaffte ihm auch aus den Reihen der weimarischen Kammeropposition manchen Freund fürs Leben, so namentlich in deren Führer Fries. In diesen harmonischen Staatsverhältnissen erblühte ihm ein ganz neues, ungeahntes Leben, und von ganzem Herzen glücklich verlebten er und die Seinen die Tage in der freien thüringischen Bergluft.

Auch für neues literarisches Schaffen der mannigfachsten Art war hier der fruchtbarste Boden: Der Plan einer „Staatengeschichte der neuesten Zeit“ — die berühmte Sammlung des Hirzelschen Verlags — trat ins Leben. Rochau schrieb dazu die „Geschichte Frankreichs“, Reuchlin die „Geschichte Italiens“. Den Drang nach eigener publizistischer Betheiligung an den Fragen der Tagespolitik befriedigte Biedermann durch Fortsetzung seiner Mitarbeiterschaft für die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von Brockhaus in Leipzig, auf die er schon seit 1850 bestimmenden Einfluß gewonnen hatte. Auch schrieb er für die mannigfachen encyklopädischen Unternehmungen des Brockhausschen Verlags: für das Konversations- und Staatslexikon, für „Unsere Zeit“ u. s. w. Endlich ist auch eine Fülle kleinerer Flugschriften und Abhandlungen geschichtlichen, pädagogischen und tagespolitischen Inhaltes in der Weimarer Periode Biedermanns Feder entflossen. Hier sind auch seine mehrfach mit Erfolg aufgeführten Dramen: „Heinrich IV.“, „Otto III.“ und „der letzte Bürgermeister von Straßburg“ entstanden.

Das große politische Wirken aber, in dessen Mitte Biedermann einst gestanden, vermißte er doch in seiner Abgeschiedenheit. Wiederholt ward er aufgefordert, die Leitung von Zeitungen des preußischen Ministeriums der „neuen Aera“ zu übernehmen. Aber die Herren waren selbst in so kleinen Fragen nicht klar und schlüssig genug, und so blieb Biedermann in Weimar. Als aber 1863 die Firma F. A. Brockhaus in Leipzig ihr bereits wiederholt mündlich geäußertes Anerbieten an Biedermann, die oberste Leitung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zu übernehmen, in formellster Weise erneuerte, da sagte Biedermann zu. Denn der Minister von Watzdorf antwortete auf Biedermanns Mittheilung von diesem Anerbieten schriftlich: „Es wird mir recht schwer, Ihnen dazu zu rathen, denn ich verliere in Ihnen einen politischen Freund, und von diesem trennt sich Jeder, namentlich aber ein Minister, ungern; aber ich würde gewissenlos handeln, wollte ich Ihnen abrathen“, da Watzdorf dem Freunde eine dessen Neigungen und Fähigkeiten entsprechende öffentliche Stellung in Weimar doch nicht vermitteln könne.

So übernahm denn Biedermann die Leitung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und siedelte im Herbst 1863 wieder nach Leipzig.

über. Gerade um diese Zeit schien sich auch in Sachsen wieder etwas politisches Leben zu regen. Die Liberalen hatten seit Beusts Staatsstreich grundsätzlich nicht mehr an den Landtagswahlen Theil genommen. Nach Erlaß des neuen Wahlgesetzes von 1861 gaben sie jedoch die Wahlenthaltung auf. Auch mit der Gründung eines politischen Vereins, des Fortschrittvereins, wagten sie sich wieder hervor. Biedermann wurde auch wieder in das Leipziger Stadtverordnetenkollegium gewählt.

Im Jahre 1865 wurde er auch — und zwar auf unmittelbare Verwendung der philosophischen Fakultät — ohne irgend welche eigene Bewerbung — an der Universität Leipzig „wieder angestellt," freilich immer noch nur als außerordentlicher Professor und mit dem früheren Gehalt. Dagegen strömten auch die Hörer dem verehrten Lehrer wieder ebenso freudig und zahlreich zu wie ehedem.

Auch in eine lebhafte, praktische, politische Wirksamkeit trat Biedermann von 1863 an wieder ein. In der schleswig-holsteinschen Frage hielt er — bis im Jahre 1866 Bismarck mit seinem großen Bundesreformprojekt offen hervortrat — streng an der formalen bundesstaatlichen Entwickelung, demgemäß also auch am Erbrecht des Augustenburgers u. s. w. fest. Es war derselbe Standpunkt, den Biedermann seit Frankfurt in den schwersten Tagen treu und unbeugsam festgehalten hatte. Dasselbe Beharren an der bundesstaatlichen Entwickelung Deutschlands trennte Biedermann 1866, in der Frage der Annexion Sachsens an Preußen, von einer großen Zahl seiner Freunde. Gleichwohl aber ist in der Folgezeit Niemand von der partikularistisch-reaktionären Presse Sachsens besser verleumdet und grimmiger angefeindet worden, als Biedermann, — und zwar mit solchem Erfolge, daß die eigene Partei Biedermanns, aus Furcht vor Niederlagen, drei Jahre lang nicht einmal wagte, ihren ersten Führer bei irgend einer Wahl zum Reichstage in irgend einem sächsischen Wahlkreise aufzustellen. Den braven Chemnitzern blieb vorbehalten, die bedeutende parlamentarische Kraft und Erfahrung Biedermanns bei den Landtagswahlen des Jahres 1868 der sächsi- Kammer wieder zuzuführen.

Hier war nun Biedermann seit 1868 der unbestrittene Führer der liberalen Partei, hochgeschätzt und -geehrt auch von den Gegnern.

In den deutschen Reichstag wurde er — als mein Nachfolger — von dem 15. sächsischen Wahlkreis (Mittweida-Frankenberg) 1871 gewählt. Seine Betheiligung an den Arbeiten des Reichstages bestand hauptsächlich in der eifrigen Mitwirkung bei der Berathung des von ihm selbst in Form einer Petition 1869 zuerst angeregten und von mir als Referenten der Petitionskommission des Reichstags schriftlich begutachteten Haftpflichtgesetzes (von 1871). Auch hatte er 1873 verdienstlichen Antheil an dem Zustandekommen des Reichspreßgesetzes, denn dieses von der Regierung vorgelegte Gesetz beruhte vielfach auf dem ursprünglich aus dem Schooße des Reichstags selbst hervorgegangenen Entwurfe eines Reichspreßgesetzes, für welches Biedermann Berichterstatter der Reichtagskommission gewesen war. In Sachsen aber hat er für Wiederbelebung des nationalen und liberalen Gedankens — nach dessen furchtbarer Verwüstung durch das Regiment des Herrn von Beust — unablässig gearbeitet und das Erfolgreichste geleistet.

Im Sächsischen Landtage gelang es Biedermann in den Jahren 1869/70 und 1871/72 sogar, die Fortschrittspartei in den meisten Fragen zum Handinhandgehen mit den Nationalliberalen zu vermögen. Unter seiner Führung wurden die großen sächsischen Reformgesetze jener Jahre: die auf dem Grundsatze der Selbstverwaltung beruhende neue Gemeindegesetzgebung, das sächsische Preßgesetz von 1870, das neue Volksschulgesetz und das Einkommensteuergesetz von den Liberalen der zweiten Kammer durchberathen. Da aber die Fortschrittspartei vom Jahre 1872 an sich lieber mit den Konservativen als mit den Nationalliberalen verständigte, und damit der Schwerpunkt der zweiten Kammer mehr und mehr in die Rechte hinübergerückt wurde, auch Biedermanns Beruf als akademischer Lehrer sowohl wie als Redakteur der „D. Allg. Z." zu sehr unter seiner Landtagsthätigkeit litt, so entsagte er 1876 weiterem Wirken in der Kammer. Mit Rücksicht auf diese Berufspflichten lehnte er 1874 auch eine Wiederwahl in den Reichstag ab.

Mit nichten aber versagte Biedermann sich damit etwa auch der unablässigen Mühewaltung eines Parteiführers. Vielmehr war er ein volles Jahrzehnt hindurch, von 1866 bis 1876, der Leiter und zugleich der unbesoldete, aber unermüdlich pflichteifrige Geschäftsführer

der nationalliberalen Partei Sachsens und daneben immer der oberste Redakteur des großen Hauptblattes der Partei, der „D. Allg. Z.“, die er mit unbeugsamem Freimuth, mit der ganzen Vornehmheit seines Wesens und Wissens und mit der schönen und maßvollen Sicherheit seiner Ueberzeugungen leitete, bis sie Ende 1879 leider der übermächtigen Konkurrenz der Leipziger und sonstigen sächsischen Lokalblätter erlag. In allen Wandlungen der Zeiten, welche unsere Partei berührten und auf manche harte Probe stellten, war Biedermann ihr treuester, bewährtester Berather und Führer, man darf geradezu sagen: ihr gutes Gewissen. So, als die „Sezession“ 1882 auch unter den sächsischen Landsleuten Zwiespalt hervorrief; so, als am 18. Mai 1884 auch die sächsischen Parteigenossen auf der großen Parteiversammlung in Berlin dem neuen Heidelberger Programm freudig beistimmten, und dann am 6. Juli die sächsischen Nationalliberalen auf einer Parteiversammlung in Döbeln den Worten jubelnd lauschten, die ihr greiser, bewährter Führer über die künftigen Aufgaben der Partei hier sprach, vorwiegend zunächst mit Rücksicht auf die im Herbst 1884 bevorstehenden Reichstagswahlen. Einen ähnlichen Vortrag („Vor- und Rückblick“) hielt Biedermann aus Anlaß der Septennatsreichstagswahlen von 1887, die bekanntlich in Sachsen zu dem erfreulichen Ergebnisse führten, daß die nationalen „Kartellparteien“ (Nationalliberale, Konservative und sächsische (nicht Richtersche) Fortschrittspartei) alle 23 sächsischen Wahlkreise, außer einem einzigen deutschfreisinnigen (Zittau), eroberten und alle sozialdemokratischen Wahlbewerber schlugen. In dem schweren Ernst jener Tage war endlich in dem „Kartell“ die von Biedermann schon seit dem ersten gefährlichen Anwachsen der Sozialdemokratie zu Anfang der siebziger Jahre vertretene Nothwendigkeit der Verbindung aller staatserhaltenden und reichstreuen Elemente gegen die Umsturzpartei zur Wahrheit und That geworden und ist auch seither in Sachsen bei den Reichstags- und Landtagswahlen fast ausnahmslos festgehalten worden. Biedermann hat hierfür auch seither durch seine Reden und Preßartikel das Beste gethan, und zwar bis in die allerjüngste Zeit, da ein Theil der Partei sich aus Anlaß des sächsischen Wahlreformgesetzes wieder zu spalten drohte. Dem immer gefährlicheren Anwachsen der Sozialdemokratie im sächsischen Landtage ist durch das neue Wahlgesetz für

immer ein Riegel vorgeschoben, und alle Ordnungsparteien des Landes werden bei den künftigen Wahlen voraussichtlich einträchtig zusammengehen und -wirken.

Ebenso unermüdlich und erfolgreich wie auf dem großen nationalen Gebiete und in der Agitation für eine Partei, die mit berechtigtem Stolze sich rühmen darf, das Vaterland über Alles zu stellen, war Biedermann aber auch thätig auf allen gemeinnützigen Gebieten. So gründete er schon im Oktober 1871 die „Gemeinnützige Gesellschaft" in Leipzig, die bis zum heutigen Tage in allen städtischen, sächsischen und deutschen, ja man darf sagen allgemein menschlichen Angelegenheiten, den Standpunkt des maßvollen Liberalismus gegenüber den Ultras von Rechts und Links, neuerdings auch namentlich gegenüber der verhetzenden Agitation der antisemitischen und „Mittelstands"- („Handwerker-" u. s. w.) Parteien vertritt. Nicht minder war Biedermann einer der Gründer und Leiter des von 1879 an höchst segensreich wirkenden „Vereins für Volkswohl" in Leipzig, der namentlich stets viele Hunderte reichstreuer Arbeiter zu seinen Mitgliedern zählt und die jüngeren davon in Buchführung, Geschäftsaufsätzen, gewerblichem Rechnen, Zeichnen, Englisch, Französisch, Stenographie u. s. w. unterrichtet und ein eigenes schönes Heim und Haus in Leipzig besitzt.

Etwa zur nämlichen Zeit, da dieser Verein ins Leben gerufen wurde, gewann auch die Bewegung für den „Arbeitsunterricht" praktische und bedeutsame Gestalt, eine Bewegung, die Biedermann schon 1852 in seiner Schrift „Erziehung zur Arbeit" angeregt hatte. Bereits zu Beginn der sechsziger Jahre war diese Anregung in Finnland und Skandinavien überhaupt auf fruchtbaren Boden gefallen, indem dort der „Handfertigkeits- oder Arbeitsunterricht" als obligatorischer Unterrichtszweig in den Volksschulen eingeführt wurde. Mitte der siebziger Jahre hatte Dr. A. Lammers in Bremen, durch die in Deutschland gehaltenen Vorträge des dänischen Vorkämpfers dieser Bewegung, Rittmeisters a. D. Clauson von Kaas, begeistert, in Deutschland die Leitung derselben Bewegung in die Hand genommen, an der Biedermann mit Rath und That den lebhaftesten Antheil nahm, namentlich, indem er dem seit 1881 bestehenden „deutschen Zentralkomité für den Handfertigkeitsunterricht" beitrat, an mehreren der jährlichen „Kongresse für den Handfertigkeitsunterricht" (von 1882

an) Theil nahm und 1882 eine „zweite, völlig umgearbeitete Auflage“ seiner „Erziehung zur Arbeit“ (bei H. Matthes in Leipzig) herausgab. Bald gelang es auch, die wirksame Beihülfe der Regierungen, durch Bewilligung etatsmäßiger Geldmittel zur Förderung des Handfertigkeitsunterrichts, zu gewinnen. In Leipzig war von der „Gemeinnützigen Gesellschaft“ schon 1881, nach einem Vortrage von Lammers die „Leipziger Schülerwerkstatt“ für Handfertigkeitsunterricht gegründet worden, zu deren Vorstand Biedermann mit gehörte.

Höchst bedeutend endlich ist auch Biedermanns schriftstellerisches Schaffen nach seinem Rücktritt vom parlamentarischen Leben gewesen. Denn abgesehen davon, daß er bis 1880 sein großes Kulturgeschichtswerk „Deutschland im 18. Jahrhundert“ zu Ende führte, 1881 die „Geschichte der Leipziger Kramerinnung“ (seit ihrem 400jährigen Bestehen) schrieb und die Briefe Heinrich v. Kleists an seine Braut herausgab, erschien im Herbst 1881 auch der erste und zu Ostern 1882 schon der zweite Band seines Werkes „Dreißig Jahre deutscher Geschichte vom Thronwechsel in Preußen bis zur Aufrichtung des neuen deutschen Kaiserthums, 1840—1870, nebst einem Rückblick auf die Zeit von 1815—1840“ (bei Schottländer in Breslau). Wie gewaltig dieses zugleich durchaus wissenschaftliche und doch zugleich im besten Sinne volksthümliche Werk einschlug, bewies die Thatsache, daß schon 1883 eine zweite Auflage nöthig wurde. In den Jahren 1889 bis 1892 ließ Biedermann, zur Ergänzung dieser volksthümlichen Geschichte nach der Vergangenheit hin, im nämlichen Verlage sein zweibändiges Werk „25 Jahre deutscher Geschichte, 1815 bis 1840,“ erscheinen, das gleichfalls den größten Beifall fand. Die vierte Auflage des Werkes „Dreißig Jahre“ erschien 1896 — wesentlich vermehrt durch eine „Uebersicht der ersten 25 Jahre des neuen deutschen Reiches“ und besonders interessant durch einige wohlbegründete Abweichungen Biedermanns von der Darstellung derselben geschichtlichen Vorgänge in Sybels berühmtem Geschichtswerke — als billige zweibändige Volksausgabe, welche die größte Verbreitung und die wärmste Empfehlung verdient. Nicht minder möchten wir dieses allgemeine Interesse auch der zweibändigen, schon früher erwähnten schönen Selbstbiographie zuwenden, die Biedermann 1886/87 unter dem Titel „Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte, 1812—1886“ (bei Schottländer) erschienen ließ,

im Jahre seines siebzigsten Geburtstages. Bis zu seinem achtzigsten Jahre ergänzte Biedermann 1892 das schöne Bild seines muthigen und treuen politischen Wirkens durch die treffliche Schrift: „Fünfzig Jahre im Dienste des nationalen Gedankens,“ welche einige seiner Hauptreden und Aufsätze aus dem Laufe dieses halben Jahrhunderts zusammenstellt. Fürst Bismarck dankte dem greisen Wortführer der deutschen nationalen Sache und Partei bei Empfang dieses Werkes in herzlichen Worten für das Werk wie für das Wirken eines halben Jahrhunderts. Ganz neuerdings — zu Anfang 1898 — hat Biedermann auch in der bekannten Zeitschrift „Nord und Süd“ zwei äußerst interessante Aufsätze: „das erste deutsche Parlament, zu dessen fünfzigjährigem Jubiläum“ erscheinen lassen.

Am glänzendsten aber bethätigte Biedermann wohl sein hervorragendes Talent, die reichen Schätze seines umfassenden Wissens dem ganzen Volke nutzbar zu machen durch die meisterhafte Lösung des „Wagnisses“, wie er selbst es nennt, eine kurze volksthümliche „Deutsche Volks- und Kulturgeschichte für Schule und Haus“ zu schreiben, die er 1885 (bei Bergmann in Wiesbaden) erscheinen ließ. Sie fand den lebhaftesten Beifall der maßgebendsten Pädagogen, der obersten Leiter des deutschen Schulwesens, der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“, der gesammten Presse aller Parteien, namentlich der Fachpresse, wurde vielfach in Schulen eingeführt und erlebte bald eine zweite Auflage. Um die Kulturgeschichte aber auch für den Elementarunterricht in der Volksschule fruchtbar zu machen, gab Biedermann 1895 einen ganz populären kurzen „Leitfaden der deutschen Geschichte für den Schulgebrauch“ heraus. Eine köstliche kleine volksthümliche Schrift (von nur fünf Bogen) ist endlich Biedermanns „Geschichte des Deutschen Einheitsgedankens, ein Abriß deutscher Verfassungsgeschichte von der Urzeit bis zur Errichtung des neuen deutschen Kaiserthums“, die er 1894 bei Bergmann in Wiesbaden erscheinen ließ. Der Kampf der Einheit mit dem Patikularismus, des nationalen mit dem Sondergeiste wird hier durch alle Perioden unserer vaterländischen Geschichte hindurch verfolgt.

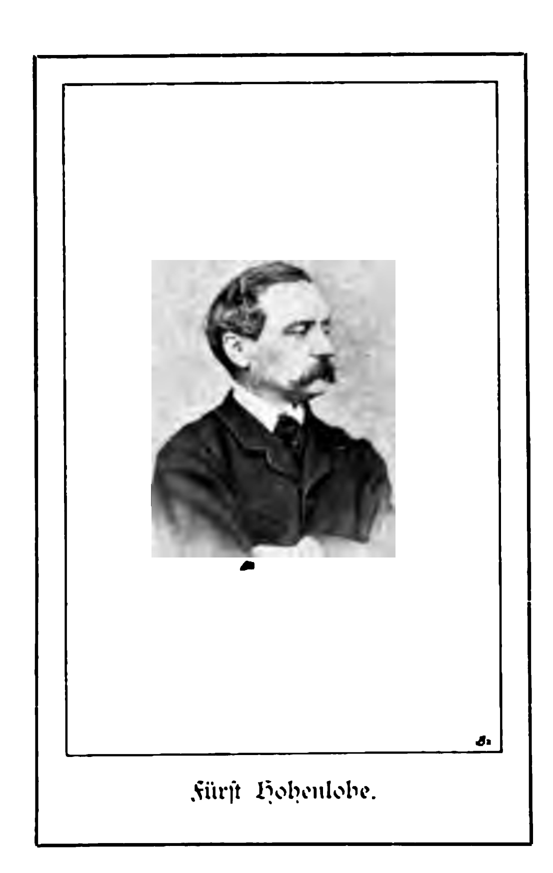
Mit dem Jahre 1885 begann die Zahl der goldenen Jubiläen Biedermanns. Am 31. Mai 1885 feierte die Universität Leipzig den Tag, an dem Biedermann vor fünfzig Jahren den Doktorhut erworben

und alsbald nachher in Leipzig sich als Dozent niedergelassen hatte. Aber die Vorfeier vom 30. Mai im Saale des Kaufm. Vereins in Leipzig ging keineswegs blos von der Universität aus, sondern mit dem Rektor und Dekan derselben verbanden sich die Vertreter der Stadt, der Präsident des Reichsgerichts und ehemalige Präsident des Frankfurter Parlamentes Dr. Simson, die in Leipzig wohnhaften ehemaligen und jetzigen Abgeordneten des Reichstags und Landtags, alle Vereine, denen Biedermann angehörte oder für die er wirkte, die Presse u. s. w. Das Fest war ein erhebendes.

Nicht minder die Feier des 75. Geburtstages Biedermanns, am 25. September 1887. Da überreichten die politischen Freunde ihrem treuen Vorkämpfer, der Zeit seines Lebens nie auf die Sammlung irdischer Schätze hatte bedacht sein können, eine Ehrengabe, zu der auch Fürst Bismarck einen namhaften Beitrag gespendet hatte. Als der Fürst aus seinem langen Urlaub Ende Februar 1888 nach Berlin zurückgekehrt war, schrieb er am 29. an Biedermann: „Gestatten Sie mir, Ihnen meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen für die Treue Ihres, durch keinen Wechsel der politischen Lage beirrten Festhaltens an dem nationalen Gedanken und für die Thätigkeit, welche Sie für die Verwirklichung desselben auch in Zeiten entfaltet haben, wo eine Aussicht auf Erfolg nicht vorlag." Auch den achtzigsten Geburtstag ihres ehrwürdigen Nestors feierten die politischen und persönlichen Freunde desselben mit herzlichen Gaben zur Erinnerung und einem festlichen Mahle. Leider hatte der Gefeierte kurz zuvor die treue Lebensgefährtin verloren, durfte sich aber damit einigermaßen trösten, daß ihr der Tod Erlösung von langem Leiden gebracht hatte. In der Blüthe des Mannesalters, 37 Jahre alt, war ihm schon Jahre zuvor der älteste gelehrte Sohn Richard gestorben. Endlich feierte Biedermann im Frühjahr 1895 sein fünfzigjähriges Jubiläum als Leipziger Bürger und erhielt am Geburtstage des Königs von Sachsen 1896 einen Orden, als Beweis der huldvollen Gnade seines Landesherrn. Am 18. Mai 1898 sandten er und das übrige kleine Häuflein der alten Frankfurter Erbkaiserlichen, zum 50. Jahrestage der Eröffnung des Frankfurter Parlaments, eine Adresse an den Präsidenten Simson und den Fürsten Bismarck und erhielten deren Gegenglückwünsche.

Nur ein flüchtiges Bild dieses reichen und bedeutenden Mannes-lebens kann in so engem Rahmen gezeichnet werden. Eine Fülle von Stoff mußte dabei übergangen werden. Aber auch diese kurze Darstellung zeigt in reiner Größe an diesem edeln Vorkämpfer des nationalen Gedankens das Eine, das kein noch so glänzender Lebenslauf zu ersetzen, kein noch so wechselvoller dem wahren Manne zu entreißen vermag: den unbeugsamen, tapfern deutschen Charakter.





Fürst Hohenlohe.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe.

Niemand mochte dem Fürsten bei seiner Geburt vorhersagen, daß er dereinst, mit Glücksgütern reich gesegnet, ein hervorragendes Haupt deutschen hohen Adels, insbesondere seines alten Geschlechtes, sein würde. Denn als zweiter Sohn wurde Prinz Clodwig am 31. März 1819 dem Fürsten Franz Joseph zu Hohenlohe-Schillingsfürst (Waldenburgische Linie) zu Rothenburg in Hessen geboren; und die sehr zahlreiche Familie hatte, durch Unfälle aller Art in ihrem Vermögen zurückgekommen, keine glänzenden Sekundogenitur-Apanagen zu vergeben. So ward denn Clodwig (Carl Victor) schon früh zum Lernen und Schaffen, zum Schmied des eigenen Glückes bestimmt, während dem älteren Bruder, dem späteren Herzog von Ratibor, die bequemere Aufgabe bevorstand, das Majoratserbe anzutreten.

Als der Vater am 14. Januar 1841 starb, stand Clodwig am Ausgang seiner in Göttingen, Heidelberg und Bonn getriebenen juristischen und geschichtlich-politischen Studien. Ein Jahr später trat er, nach ehrenvoll bestandenem Examen, auf die unterste Staffel des bildungsreichen, aber harten preußischen Justiz- und Verwaltungsdienstes, und zwar als Auskultator beim Justizamt zu Ehrenbreitenstein. Hier, wie in Potsdam, wohin er bald darauf als Regierungs-Referendar versetzt wurde, zeigte er sich als ein sehr fleißiger und tüchtiger Arbeiter. Dennoch aber brachte auch ein Prinz Hohenlohe in vier Jahren sich nicht weiter, als bis zum Referendar. Gleichwohl war er fest entschlossen, sich in Preußen, dem Staate seiner Wahl, den Weg nach oben in geduldiger Ausdauer zu bahnen, als plötzlich unvorhergesehene Ereignisse ihm einen durchaus anderen Wirkungskreis zuwiesen.

Während Hohenlohe nämlich in Preußen ruhig am Aktentische arbeitete, war der Landgraf von Hessen-Rheinfels-Rothenburg gestorben und hatte die fürstliche Familie Hohenlohe-Schillingsfürst als Erbin seines sehr bedeutenden Vermögens, namentlich auch der Herrschaften Ratibor und Corvey, eingesetzt. Durch den Zufluß dieser unerwarteten Reichthümer hatte sich Clodwig in seinem Vorsatz, zunächst preußischer Assessor zu werden, nicht stören lassen. Denn der ältere Bruder übernahm nun die Herrschaften Ratibor und Corvey, mit denen Friedrich Wilhelm IV. den Herzogstitel verknüpfte. Dem jüngeren Bruder Philipp Ernst aber überließen die beiden älteren brüderlich die Standesherrschaft Schillingsfürst im bayerischen Regierungsbezirke Mittelfranken, und Clodwig arbeitete weiter auf den preußischen Assessor zu.

Da starb im Jahre 1845 plötzlich der Bruder Philipp Ernst — und nun allerdings war Clodwigs Pflicht, sich des verwaisten großen Familienbesitzes anzunehmen, der ihm durch Verzicht seines älteren Bruders zugefallen war. Er verließ also den preußischen Staatsdienst und nahm vom 12. Februar 1846 an seinen Wohnsitz dauernd in Bayern.

Als Eigenthümer der Standesherrschaft Schillingsfürst war Hohenlohe zu einem der vornehmsten Standesherren in den Landen der Krone Bayern geworden und noch im Jahre 1846 ward der erst siebenundzwanzigjährige Mann als erbliches Mitglied in die Kammer der Reichsräthe des Königreichs Bayern eingeführt. Die nur mittelgroße, äußerst feine, schlanke Gestalt, der ehrliche, freie, aber prüfende Blick seines Auges, das leise gewinnende Lächeln des gedankenreichen Antlitzes, — namentlich aber seine umfassende, sauer erworbene staatsmännische und juristische Vorbildung, standen in bemerkenswerthem und für Hohenlohe sehr vortheilhaftem Gegensatze zu der Erscheinung und dem Wesen der meisten anderen Mitglieder des damaligen bayerischen Reichsrathes. Auch mit seiner freisinnigen, von den großen Gedanken Steins erfüllten Staatsanschauung stand er ziemlich vereinsamt unter den erlauchten Standesgenossen. Es kam aber die Zeit, da der Spott der edeln bayrischen Pairs über den jungen Heißsporn weichen mußte der durch die bittere Nothwendigkeit erzwungenen Einsicht, daß der junge Hohenlohe den Puls- und Herzschlag der neuen Zeit richtiger gewürdigt habe, als alle übrigen Standesherren Bayerns.

Das Jahr 1848 kam. Es gewährte Alles das, was bis dahin im Kreise der Standesgenossen Hohenlohes auch nur zu nennen verpönt war: die Ablösung aller dinglichen Lasten und Gerechtsame, insonderheit derjenigen des Adels. Bis dieser große Umschwung siegreich sich vollzog, war Fürst Hohenlohe in der Kammer der Reichsräthe fast allein das Echo der berechtigten Wünsche der zweiten Kammer, d. h. der eigentlichen Volksvertretung und der liberalisirenden Regierung; hervorragend unter Allen durch die feste juristische Grundlage seiner Beweisführung. Seine klare, zuverlässige Gesinnung machte ihn in weiteren Kreisen bekannt. Das inzwischen in Frankfurt eingesetzte Reichsministerium sandte ihn als Reichsgesandten nach Athen, Florenz und Rom. In Athen fand er Gelegenheit, die dortigen Deutschen mit einer Rede zu begrüßen, die wegen der Wärme ihrer nationalen Gesinnung und Zuversicht die Runde durch die europäische Presse machte. Von Griechenland sandte ihn die Reichszentralgewalt nach Gaeta zum flüchtigen Papst. Doch schon im Frühjahr 1849 kehrte er nach Frankfurt zurück. Hier lehnte er ein ihm im Ministerium des Fürsten Wittgenstein angebotenes Minister-Portefeuille ab, ließ sich dagegen wiederholt zu höchst schwierigen Aufträgen in London verwenden, die bei der bekannten Voreingenommenheit der Engländer gegen das deutsche Anrecht auf Schleswig-Holstein ebensoviel Takt und Scharfsinn als unerschütterliche Festigkeit erforderten.

Mit der Wiedererneuerung des Bundestages 1851, unter dem vorherrschenden Einfluß Oesterreichs, trat Fürst Hohenlohe ein volles Jahrzehnt hindurch vom politischen Schauplatz gänzlich zurück. Bei dem tiefen patriotischen Schmerz, den er damals, nach dem Scheitern aller deutschen Einheitsbestrebungen, durchzukosten hatte, fand er reichen Trost in dem heiteren Frieden seiner blühenden Familie. Denn fast gleichzeitig mit seinem ersten politischen Wirken im bayerischen Reichsrath hatte er die geistvolle Fürstin von Sayn-Wittgenstein als Gemahlin heimgeführt. Nun erwuchs ihm ein Kreis blühender Kinder am heimischen Herde. Zum ersten Male durfte er jetzt ganz sich selbst und seiner Familie sich widmen und hingeben. Aber auch die Einsässigen und Nachbarn von Schillingsfürst in Mittelfranken zählen noch jetzt jene Jahre zu den gesegnetsten ihres Lebens. Denn

Fürst Hohenlohe diente Allen als Vorbild. Zunächst in der intensiven Bewirthschaftung seiner Güter, wie die modernen Produktionsverhältnisse der Landwirthschaft sie erheischen. Sodann stand er Allen, die ihn darum angingen, zu demselben Zwecke mit Rath und That bei. Rastlos helfend griff er ein in die Verbesserung der Armenpflege seiner Landschaft, gründete ein Asyl für arme Kinder, und bemühte sich erfolgreich für die Hebung der Volksschulen, soweit sein persönlicher Einfluß reichte. Dann folgte er dem Rufe seines Schwiegervaters nach Litthauen, der die Verwaltung seiner eigenen großen Güter Hohenlohes Händen zu übertragen wünschte. Mit langen und wiederholten Reisen nach England, Frankreich und Italien schloß der zehnjährige Zeitraum, in welchem Hohenlohe nur als Privatmann lebte und wirkte.

Als mit dem Frieden von Villafranca (1859) und der Regentschaft des Prinzen von Preußen (von 1858 an) der nationale deutsche Gedanke sich wieder erhob, und Hohenlohe nun auch in der Kammer der Reichsräthe eine fruchtbare Wirksamkeit erhoffen durfte, kehrte er 1860 nach Bayern zurück und trat in die Reichskammer wieder ein. Seine erste bekanntere That war hier sein Antrag vom 4. Mai 1861 zu der damals so brennenden kurhessischen Verfassungsfrage: „Seine Majestät möge geruhen, das Königliche Staatsministerium anzuweisen, auf geeignete Weise zur Herstellung rechtlich geordneter Verfassungszustände in Kurhessen nach Kräften hinzuwirken und gegen den" (die Verfassung verletzenden) „Landesbeschluß" (des Kurfürsten) „vom 27. März 1852 und die ihm zu Grunde liegenden Prinzipien und Motive feierlichst Verwahrung einzulegen." Fast wörtlich denselben Antrag hatte in der zweiten bayerischen Kammer der Abgeordnete Völk*) zur nämlichen Zeit gestellt und begründete ihn hier ebenso volksthümlich lebendig, als Hohenlohe den seinigen staatsmännisch fein und gediegen. Die zweite Kammer nahm den Antrag Völks mit großer Mehrheit an; die Standesherren aber lehnten den Hohenlohes mit 30 gegen 8 Stimmen ab.

Natürlich hätte auch eine Einmischung Bayerns in die Verfassungswirren Kurhessens wenig gefruchtet; indessen jener Antrag und dessen

---

*) S. unten in diesem Werke das Leben Joseph Völks.

Begründung durch den Fürsten Hohenlohe waren doch Kennzeichen für den Mann, an welche noch heute gern erinnert wird. Von diesem Tage an nahm Hohenlohe an den Berathungen der bayrischen ersten Kammer ununterbrochen Theil, und sprach hier namentlich erfolgreich und eindrucksvoll, wenn es sich um die Stellung Bayerns zum übrigen Deutschland und zu den auswärtigen Staaten handelte. Dem österreichisch angehauchten Ministerium von Schrenk und dem großen Triasschwärmer v. d. Pfordten hielt Hohenlohe wiederholt ernste Mahnreden: sie möchten die politischen Interessen Bayerns nicht verkennen, seine Macht nicht überschätzen. Aber diese Mahnworte verhallten an den Ohren der Minister und der meisten hohen Herren der ersten Kammer.

Das starke Geräusch des Donners von Königgrätz gehörte dazu, diese Art von Taubheit zu heilen. Auch die letzten Mahnworte vor Ausbruch des großen Krieges, die Hohenlohe, diesmal erregter und flammenderen Auges als sonst seine Art war, der unglückseligen Politik v. d. Pfortens im Früjahr 1866 entgegenschleuderte: „daß allein ein freundschaftliches Verhältniß mit Preußen den Krieg, und damit Noth, Elend und Demüthigung von Bayern abwenden könne," fanden in der Reichsrathskammer zu München keine Zustimmung. Dagegen erdröhnte der Saal kurz zuvor von lautem Beifall, als von der Pfordten die traurige Nothwendigkeit des Krieges Bayerns gegen Preußen gepredigt hatte.

Nach wenigen Wochen schon waren die Prophezeiungen Hohenlohes im vollsten Maß in Erfüllung gegangen. Die Abtretung eines reichen bayerischen Landstriches mit einer Bevölkerung von 30000 Seelen und außerdem eine Kriegsentschädigung von 30 Millionen Gulden forderte Preußen anfänglich als Preis des Friedens. Schmerzlicher noch war, daß, bei der durchaus ungenügenden militärischen Führung der bayerischen Truppen, das Blut der Landeskinder nutzlos in Stömen geflossen war. Das Ministerium v. d. Pfordten war nun unmöglich geworden — aber gerade dieses Ministerium selbst vermochte sich hiervon nicht zu überzeugen. Vielmehr forderte derselbe Minister, der durch seine verkehrte Politik die auch noch nach vielen Milderungen immer noch harten preußischen Friedensbedingungen dem Lande aufgehalst hatte, nun mit erhabener Selbstzufriedenheit die Genehmigung

dieser Friedensbedingungen von den bayerischen Kammern. Viele der erlauchten Kollegen Hohenlohes suchten an diesen Bedingungen zu feilschen und zu mäkeln. Er that das nicht, aber er forderte laut und unbedingt, und unter nachhaltigem beifälligen Widerhall in der zweiten Kammer und in ganz Bayern: „daß die Ratifikation dieses Friedens der letzte politische Akt des Ministeriums von der Pfordten sein müsse; daß nur bei sofortigem Rücktritt dieses Ministeriums das Land von seinen schweren Prüfungen sich erholen könne."

So sprach Hohenlohe am 23. August 1866. Und von da ab war sein Name derjenige, welchen die gesammte nationale Presse des Landes unablässig nannte, wenn sie das leitende Haupt für das neue Ministerium in der neuen Zeit forderte. Der jugendliche König würde wohl auch diesen Stimmen bald Gehör geschenkt haben, wenn er nicht gezaudert hätte, einen der ersten Standesherren Bayerns, dem an Höhe und Sicherheit der sozialen Stellung wenige gleichkamen, zum ersten Rathgeber der Krone zu machen. Doch schwanden diese Bedenken bald vor der Thatsache, daß Hohenlohe der Mehrheit des bayerischen Volkes wie dem neuen Bundesgenossen Preußen weitaus der willkommenste Leiter der bayerischen Staatsangelegenheiten sei, und daß er den klarsten Blick und den redlichsten Willen dafür besitze, Bayern im neuen Deutschland auch gut deutsch zu führen. Gegen Ende des Jahres 1866 forderte der König daher Hohenlohe auf, ihm ein Programm derjenigen Grundsätze vorzulegen, die dem Fürsten als bayerischem Ministerpräsidenten zur Richtschnur dienen würden. Diesen Auftrag vollzog Hohenlohe zur Zufriedenheit des Königs. So trat denn am 1. Januar 1867 Fürst Hohenlohe an v. d. Pfordtens Stelle.

Bald erfuhr ganz Deutschland die Grundzüge des Hohenlohe-schen Regierungsprogramms aus den Thaten dieser Regierung. Sehr klar auch aus den Worten der Rede des Fürsten vom 9. Oktober 1867 in der bayerischen Kammer der Abgeordneten. Diese Rede wurde gehalten in jener wichtigen Krisis, da es sich um Annahme oder Ablehnung des neuen Zollvereinsvertrages vom 8. Juli 1867 durch die bayerischen Kammern handelte. Dieser neue Vertrag beseitigte für immer die Einstimmigkeit der im Zollverein verbundenen deutschen Staaten, also das absolute Veto jedes einzelnen Vereinsgliedes,

überwies vielmehr die Entscheidung über alle Angelegenheiten des Zollvereins der einfachen Mehrheit des Zollbundesrathes und Zollparlaments. Damals aber zeichnete Fürst Hohenlohe in wenigen kraftvollen Linien die goldene Mittelstraße vor, die jeder Leiter der bayerischen Politik fortan zu verfolgen habe: Volle, rückhaltlose Anerkennung der neuen Zustände in Deutschland, aufrichtiger Anschluß an Norddeutschlands leitende Militärmacht; dabei aber auch Wahrung der bayerischen Selbständigkeit und Erstrebung eines engeren Anschlusses an Oesterreich. Erst die kommenden Jahre sollten zeigen, daß Fürst Hohenlohe in allen diesen Hauptpunkten seines Programms sich der vollständigen Uebereinstimmung mit den Ansichten und der Politik des Bundeskanzlers Grafen Bismarck erfreute.

Damals aber, im Herbst 1867, wurde der Fürst von rechts und links her wegen eben dieser staatsmännischen Rede der Halbheit bezichtigt, d. h. eben so sehr von den trotzigen und grollenden Altbayern und den heimathlosen Ultramontanen, wie von den liberalen Heißspornen der Linken, die — im Vergleiche zu dem raschen Sturmlauf des Jahres 1866 — die seitherige Entwickelung der deutschen Einheit als eine zu langsame oder gar rückläufige ansahen. Die Altbayern und Römlinge erklärten, Hohenlohe opfere den letzten Schimmer bayerischer Selbständigkeit seinen preußischen Sympathien. Die liberalen Heißsporne aber ließen sich zu dem Ausspruche hinreißen: „Lieber ein ultramontanes Ministerium ganz nach dem Herzen des bayerischen Reichsrathes, das den Staat an den Rand des Verderbens brächte, als diese kaltblütig-gemessene Haltung des Ministers gegenüber dem deutschen Einheitsdrang!" Und doch hatte Fürst Hohenlohe bereits einige Wochen vor seiner Rede vom 9. Oktober 1867 den glänzendsten Beweis für seine rein deutsche Gesinnung gegeben.

Zu Anfang des Jahres 1867 war nämlich der französische Chauvinismus so leidenschaftlich gegen uns erregt, daß wegen des preußischen Besatzungsrechtes in Luxemburg beinahe der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland entbrannt wäre. Diese Gefahr war kaum abgewendet, als geheime Boten zwischen Paris und Wien hin- und herreisten, und dann die zur Schau getragene Busenfreundschaft der beiden Staaten in der geheimnißvollen Zusammenkunft des Kaisers Napoleon mit dem Grafen Beust in Salzburg ihre Weihe fand. Wieder begannen nun

die Chauvinisten Frankreichs und Oesterreichs mit dem Säbel zu rasseln, die Reize eines deutschen Südbundes gar anziehend und verlockend auszumalen und die süddeutschen Staaten für den Kriegsfall zu einer „selbständigen" Politik aufzumuntern. Dabei wurde ausdrücklich betont, daß diese „selbständige" Politik der Südstaaten in der Bundesgenossenschaft mit Preußen gar nicht gedeihen könne. Daneben fehlte natürlich auch nicht der Wau-Wau der preußischen Annexion, mit dem man den lieben süddeutschen Kindern bange zu machen suchte.

Diese klägliche Verschwörung wider die Ehre des deutschen Namens, an der sich namentlich die württembergische sogenannte Volkspartei in hellen Haufen betheiligte, konnte nicht gründlicher abgestraft, geächtet und lächerlich gemacht werden, als dadurch, daß die bisher streng geheim gehaltenen Bündnisse aller süddeutschen Staaten mit Preußen vom August 1866 plötzlich veröffentlicht wurden, was Fürst Hohenlohe veranlaßte. Die Ernüchterung der Schwelger in Rheinbündelei war nun plötzlich um so katzenjämmerlicher und vollständiger, je besser das Geheimniß jener Verträge bis dahin behütet worden war. Fürst Hohenlohe wählte aber auch den ganz richtigen Zeitpunkt für diese Veröffentlichung, die Tage, da in Bayern der große Streit um die Erneuerung des Zollvereinsvertrages entbrannt war. Er bewies durch diese Veröffentlichung selbst dem blödesten Gegner, daß auch in Bayern die Rheinbündelei durchaus keinen Wirkungskreis, keine Hoffnung mehr habe, und damit ebensowenig die geradezu selbstmörderische Sonderbündelei in Zoll- und Handelssachen. Auch die Schöpfung eines Südbundes wies Hohenlohe in allen Formen und Verhüllungen, in denen sie ihm angeboten wurde, entschieden zurück.

Nun aber erließ auch Bismarck, gleichsam als Gegendienst für diese nationale That Hohenlohes, seine berühmte Zirkulardepesche vom September 1867, in welcher er auf das Bestimmteste erklärte, daß Preußen niemals auf den Beitritt irgend eines der Südstaaten zum Norddeutschen Bunde auch nur den geringsten Druck ausüben werde. Dieses Rundschreiben des eisernen Kanzlers hätte sich jeder bayerische „Patriot" in das Gedächtniß rufen sollen, wenn er annahm, Fürst Hohenlohe werde auch wider seinen Willen den Beitritt Bayerns zum Norddeutschen Bunde erklären müssen. Denn die Depesche war nicht nur für Paris und Wien als kalter Wasserstrahl bestimmt, sie war

ganz wesentlich auch zur Beruhigung der bayerischen Gemüther geschrieben. In Hessen und Baden wenigstens fühlten sich gerade die besten Deutschen und Freunde Preußens durch diese zurückhaltende Erklärung Bismarcks bedrückt und keineswegs befriedigt, so namentlich der wackere Minister Karl Mathy in Baden und die nationalen Gegner des undeutsch-ultramontanen Ministers Dalwigk in Hessen.*)

Aber auch nach seiner Rede vom 9. Oktober 1867 entkräftete Fürst Hohenlohe den unbedachten Vorwurf, der ihn der „Halbheit“ bei Verfolgung seiner nationalen Ziele bezichtigte, durch neue bedeutsame nationale Thaten. Die zweite bayrische Kammer genehmigte nach jener Rede Hohenlohes nämlich mit Einstimmigkeit die Erneuerung des Zollvereinsvertrages und später ebenso das Schutz- und Trutzbündniß mit dem Norddeutschen Bund. Die Kammer der Reichsräthe aber war in ihrer übergroßen Mehrheit so fest entschlossen, beide Verträge zu verwerfen, und diese Verwerfung eine so kritische Kabinetsfrage für den Fürsten Hohenlohe, daß die Feinheit, mit welcher er schließlich auch die ganze erste bayerische Kammer zur einstimmigen Genehmigung jener Verträge zu bewegen verstand, geradezu meisterhaft zu nennen ist.

Für alle diejenigen nämlich, welche mit der bisherigen Verfassung und mit der Geschichte des Zollvereins vertraut waren, lag klar auf der Hand, daß der neue Zollvereinsvertrag vom 8. Juli 1867 stand und fiel mit der in ihm durchgeführten Abschaffung des absoluten Veto jedes Zollvereinsmitgliedes. Diese Errungenschaft war eine der wichtigsten des Jahres 1866, und sicher war, daß Preußen sie unter keinen Umständen preisgeben würde und durfte. Gleichwohl aber brachte Fürst Löwenstein-Rosenburg — neben dem unbedingten Verwerfungsvorschlag der Mehrheit — den Antrag ein: der Reichsrath wolle den Zollvereinsvertrag zwar genehmigen, aber nur unter der Bedingung, daß es hinsichtlich des Veto für Bayern beim Alten bleibe. Zur großen Ueberraschung seiner Standesgenossen empfahl nun Fürst Hohenlohe diesen Antrag zur Annahme, ja er versprach sogar, falls der Antrag angenommen wurde, denselben in Berlin zu befürworten. Natürlich nahm darauf die hohe Kammer den Antrag an.

*) S. weiter unten das Leben von August Metz mit dem Anhang Bismarck und Dalwigk.

Fürst Hohenlohe ging aber in seiner scheinbaren Nachgiebigkeit gegen seine Widersacher noch weiter. Er lud den sehr gewandten Führer seiner Gegner, den Freiherrn von Thüngen, freundlichst ein, den Fürsten zum Bundeskanzler Grafen Bismarck zu begleiten, damit Thüngen Zeuge ihres Gespräches sei und seine Ueberzeugung dort auch selbst beredt vertreten könne. Voller Hoffnung machte sich Freiherr von Thüngen mit Hohenlohe auf den Weg nach Berlin. Bismarck empfing die Herren mit gewohnter Freundlichkeit und Höflichkeit, namentlich auch Herrn von Thüngen. Aber

> Was er allda gesehen und erfahren,
> Hat seine Zunge nie bekannt. Auf ewig
> War seines Lebens Heiterkeit dahin,

hätte man mit Schiller im „verschleierten Bild von Sais“ sagen können, wenn es sich um einen Andern, als den jovialen und ganz realpolitisch angelegten Freiherrn von Thüngen gehandelt hätte. Diesem aber erging es unter dem zauberhaften Eindruck von Bismarcks Persönlichkeit nicht anders, als es dem Preußenhasser und Triasschwärmer v. d. Pfordten ein Jahr zuvor in Berlin ergangen war. Denn dieser war, mit Thränen im Auge, Bismarck plötzlich in die Arme gestürzt und mit dem Rufe: „Jetzt erkenne ich erst, daß Sie ein deutscher Mann sind!“ Und der Freiherr von Thüngen kam von Bismarck und von Berlin völlig verwandelt zurück. Er empfahl nun in München plötzlich der ersten bayerischen Kammer die einstimmige Annahme der beanstandeten Verträge. Demgemäß wurde auch beschlossen.

Fürst Hohenlohe hat diesen entscheidenden Sieg, den er damals über seine Gegner davontrug, so klug und ergiebig ausgenützt, als möglich. Namentlich gebührt ihm das Verdienst, mit Hilfe des wackeren Kriegsministers den sprüchwörtlichen bisherigen Schlendrian der bayerischen Armee ausgerottet und Bayerns Heerwesen noch vor dem Kriege von 1870 nahezu auf den strengen Fuß und die zuchtvolle Tüchtigkeit der preußisch-norddeutschen Heereskörper gebracht zu haben. Diese Leistung war natürlich besonders schwierig in einem Lande, in dem bis 1868 jeder nur halbwegs bemittelte und anständige Mensch sich vom Militär loskaufen konnte und für die beschränkteren Söhne wohlhabender Eltern der landesübliche Trost galt: Zum Leut'nant

ist er no immer g'scheit gnua. Größer noch wird des Fürsten Hohenlohe Verdienst aber dadurch, daß ihm zugleich auch gelang, die übrigen süddeutschen Regierungen, sogar das damals durchaus „zentrifugale“ Württemberg, zu einer gewissen Einmüthigkeit und Gleichförmigkeit mit Bayern in der militärischen Reorganisation zu veranlassen, und daß er 1869 schon so weit gelangte, eine süddeutsche Festungskommission ins Leben zu rufen, welche die süddeutschen Festungen im Interesse des gesammtdeutschen Vaterlandes auf ihre Kriegstüchtigkeit untersuchte und diese zu unterhalten trachtete.

So ließen denn auch die Einrichtungen, die der Fürst scheinbar nur für die Staaten und Stämme jenseits der Mainlinie ins Leben rief, die bedeutende Beziehung zum Gesammtvaterlande und das Gegentheil von sonderbündlerischer Arbeit deutlich erkennen. Und gewiß nicht am geringsten ist ihm anzurechnen seine Zirkulardepesche an die deutschen Regierungen und bayerischen Gesandtschaften vom 9. April 1869 über das vatikanische Konzil und die geplante Unfehlbarkeit des Papstes, in welcher das Unheil der bösen Saat, die bald nachher überall aufschoß, ganz Europa klar prophezeit wurde. Doppelt hoch war der Muth zu solcher That anzuschlagen in einem Lande, in dem seit Menschengedenken nur Rheinbündler, Satrapen der österreichischen Hauspolitik oder Ultramontane die Zügel der Regierung in den Händen gehabt hatten, in demselben Staate, der in allen deutschen Glaubenskriegen die Vormacht der spanischen Liga gewesen war.

Doch alle diese wohlmeinenden Bestrebungen und theilweise sehr kühnen Entschlüsse waren nur unter einer Bedingung des Sieges gewiß: wenn nämlich Fürst Hohenlohe in den Tagen seiner unbestrittensten Volksthümlichkeit und seines erfolgreichsten Einflusses für eine Gesammterneuerung des bayerischen Ministeriums im nationalen Sinne gesorgt hätte. Rudolph Gneist hatte einst der weltläufigen Phrase: das Jahr 1848 sei gescheitert, weil es vor den Thronen stehen geblieben, den Hals gebrochen durch die kühle Betrachtung: daß vornehmlich das Bestehenlassen der vormärzlichen Bureaukratie die Errungenschaften des deutschen Völkerfrühlings geknickt habe. Leider sollte Fürst Hohenlohe dieselbe Erfahrung in Bayern machen. Er ließ im bayerischen Ministerium eine Anzahl von Männern mit

unzuverlässig nationaler Gesinnung neben sich im Amte, die auf dem Oberwasser mit ihm schwammen, so lange es gut ging, die ihn aber muthlos im Stiche ließen, sobald es zum Sinken kam. Bei der heimathlosen, mit allen Todfeinden der deutschen Einheit und Selbstständigkeit wider uns verschworenen Naturanlage der Römlinge, hätte er spätestens seit Erlaß seiner oben erwähnten Zirkulardepesche gegen das vatikanische Konzil nur die Treuesten der Treuen um sich versammeln und die zweifelhaften, doppelzüngigen Kollegen aus dem Ministerium abstoßen müssen. Denn damals schon stand der Fürst im bayerischen Ministerium mit seiner nationalen Politik fast allein und mußte der Unhaltbarkeit seiner Stellung gewiß sein, sobald die Ultramontanen die Mehrheit bei den Neuwahlen zu den Kammern erlangten. Zur Auflösung dieser neu zu wählenden Kammer aber hätte nach konstitutionellem Staatsrecht nur ein in sich selbst solidarisch verbundenes Ministerium verschreiten dürfen.

Die sinnige Bescheerung einer ultramontanen Mehrheit wurde nun aber im Winter 1869 der zweiten bayerischen Kammer zu Theil. Die Wahlen im Sommer 1869 hatten nämlich das überraschende Ergebniß geliefert, daß die beiden Parteien des Landes sich in völlig gleicher Zahl gegenüber standen. Das Unleidliche dieses Verhältnisses trat schon bei der Präsidentenwahl zu Tage: sie wurde einfach unmöglich, da jeder neue Wahlgang gleichviel Stimmen für die Kandidaten beider Parteien einbrachte, und keine Partei nachgeben wollte. Die Versuche des Fürsten Hohenlohe, ein Kompromiß zu Stande zu bringen, scheiterten daran, daß beide Parteien sich mit der Hoffnung schmeichelten, bei irgend einer einzelnen Neuwahl zum Abgeordnetenhause die Mehrheit — wenn auch nur von einer einzigen Stimme — zu erlangen.

Unter so unerträglichen Verhältnissen riethen, in derselben Hoffnung auf die künftige Mehrheit, die Führer beider Parteien zur Auflösung. Das Ministerium willfahrte diesem Vorschlage, löste die Kammer auf und erließ vor den abermaligen Wahlen eine neue Eintheilung der Wahlkreise, die der liberalen Partei zum Siege verhelfen sollte. Aber nur in den Städten siegten die Liberalen, unterlagen aber auf dem Lande, so daß nur 74 Liberale 80 „Patrioten“ gegenüber standen. Ich danke persönlichen Mittheilungen des Fürsten

Hohenlohe an mich die Enthüllung des Geheimnisses, daß dieses den ultramontanen „Patrioten" so günstige Ergebniß in nicht unwesentlichem Maße französischer Agitation und französischem Gelde zu danken war. Denn die Napoleons wurden von der französischen Gesandtschaft in München durch ganz Bayern für die Zwecke des „heiligen Glaubens und gegen die Verpreußung" mit vollen Händen ausgestreut. Selbst die Namen der undeutschen Buben, die damals in französischem Solde das Land gegen die „Preußen" aufwiegelten, sind mir genannt worden. Und wenige Monate später, als während der Tagung des deutschen Zollparlamentes im Frühjahr 1870 noch Alles dem tiefsten Friedenstraum sich hingab, erklärte Fürst Hohenlohe, der selbst Mitglied des Zollparlamentes war, auf einer Soiree des Kronprinzen in Berlin: der Krieg mit Frankreich stehe nahe bevor, und sei unvermeidlich, da die nach Paris gerichteten Depeschen des famosen Dr. Sigl vom bayerischen „Vaterland" dem Erbfeind Deutschlands die süße Gewißheit gegeben hätten: daß der von der neuen „patriotischen" bayerischen Mehrheit mit allen Mitteln zu betreibende Sturz Hohenlohes gleichbedeutend sei mit der Neutralität Bayerns im Kriegsfall, und man in Paris hieran ernstlich glaube.

So überaus ehrenvoll auch diese Zeugnisse aus dem Munde der Verräther und Feinde Deutschlands dem Fürsten Hohenlohe für das Urtheil der deutschen Geschichte allezeit bleiben wird, und so elend auch im Sommer 1870 der Vaterlandsverrath der Schwarzen zu Schanden wurde an der deutschen Treue der braven Bayern — dennoch reichte die winzige Mehrheit der „Patrioten" der bayerischen Kammer aus, den Fürsten Hohenlohe damals zu stürzen. Schon alsbald, nachdem das Wahlergebniß bekannt war, reichte das Ministerium seine Entlassung ein. Doch genehmigte der König fürerst nur das Ausscheiden von Hörmanns nnd Gressers. Hohenlohe trat mit den übrigen auf ihren Posten verbliebenen Ministern (Schlör, Lutz und Pfretzschner) der äußerst erbitterten Kammer gegenüber. Freilich war das geistige Kapital, über welches die winzige Mehrheit der Gegner verfügte, womöglich noch unbedeutender als letztere. Der weitaus beste Theil ihres Rüstzeuges wird im Vatikan geschmiedet und dabei zufällig auch in das dort bisweilen vorräthige Gift getaucht worden sein. Dafür giebt es mannigfache Beweise, auch

dafür, was diese „Patrioten“ sich an „loyaler“ Gesinnung erlaubten. Sehr hübsch ist z. B. das Folgende.

Als der König, fest zu Hohenlohe stehend, die Annahme der Reichsrathsdeputation verweigerte, welche ihm die wider das gesammte Ministerium beschlossene Mißtrauensadresse überreichen wollte, als er die Prinzen, welche an diesem Beschlusse Theil genommen, vom Besuch des Hofes „dispensirte“, und dagegen die zwölf Herren der Minderheit des Reichsrathes nebst den Ministern am 30. Januar 1870 zur Königlichen Tafel zog, da schrieb das bayerische „Vaterland“ des prächtigen „Patrioten“ Dr. Sigl: „König Ludwig II. heißt nicht Ludwig XIV. Das Land ist konstitutionell, die Regierung jedoch will Unruhen im Lande erzeugen und dann die Preußen als ‚Retter‘ ins Land rufen. Aber sobald ein Preuße die Grenzen Bayerns überschreitet, setzen sich 600 000 Franzosen und 400 000 Oesterreicher in Bewegung, den Preußen wieder hinauszuwerfen . . . und Jeder muß als Freund willkommen sein, der Bayern den Bayern erhält.“

In dem halbamtlichen Blatte des Vatikans, der „Unità cattolica“, war aber um dieselbe Zeit zu lesen: „Der König“ (Ludwig II.) „hat mit seinem Betragen (!) das Land ungemein aufgeregt, und wenn er nicht zu klügeren Rathschlägen zurückkehrt, so setzt er seine Krone aufs Spiel, die ohnehin für sein leichtes Haupt viel zu schwer ist (!!). Dem Fürsten Hohenlohe, welcher den König bat, die Reichsrathsadresse und seine Entlassung anzunehmen, hat derselbe verneinend geantwortet und hinzugefügt: daß er noch Soldaten genug habe, auf die er zählen könne. Wenn das wahr ist, so ist augenscheinlich, daß der gute Ludwig (!!) aufgehört hat, König zu sein.“ Und das „Giornale di Roma“, das Organ des päpstlichen Kardinal-Staatssekretärs Antonelli, erklärte: „Wenn das“ (bayerische) „Ministerium nach dem Mißtrauensvotum noch im Amte bleibt, so werden die Kammern durch Verweigerung der Steuern es zum Rücktritt zwingen.“

Auch bei dieser Gelegenheit offenbarte sich die wunderbare Harmonie französischer und ultramontaner Interessen. Denn damals scheuten sich die „Patrioten“ der zweiten bayerischen Kammer nicht, das Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen als den Hauptgegenstand des Aergernisses gegen den Fürsten Hohenlohe zu bezeichnen. „Die Verträge mit Preußen sind erfahrungsgemäß der Deutung (!) fähig“, —

hieß es in dem Adreßentwurf der „Patrioten", der nach zwölftägigen Sitzungen und Debatten endlich am 13. Februar 1870 mit 78 gegen 62 Stimmen Annahme fand — „und die möglichen Deutungen verbreiten Beängstigung im Volke. Daraus entspringt unwillkürlich das Verlangen nach einem Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, dem das Vertrauen des Volkes entgegengetragen würde."

Fürst Hohenlohe erklärte darauf rund heraus: es gebe eine zweifache Art des Vertragsbruches: eine offene und eine versteckte; zu beiden sei er unfähig. Dann gab er deutlich zu verstehen, welche Partei den offenen Vertragsbruch nicht wage, den versteckten beabsichtige. Gegenüber dieser mannhaften Sprache, die durch die Abg. Völk, v. Stauffenberg, Marquard Barth u. A. wacker unterstützt wurde, nahm sich die Beredtsamkeit und Taktik der Gegner des Fürsten recht armselig aus. Der Militärkurat Lukas führte den „Sauhieb" in den parlamentarischen Paukkomment Bayerns ein. Der Abg. Greil debutirte schon damals mit der ultima ratio des späteren schwarzen Zentrums: „Es giebt Gesetze, die man nicht befolgen darf, denn der göttliche Wille steht über dem menschlichen". Und Dr. Jörg, der Referent der Mehrheit und Redakteur der gelben Blätter der Familie Görres, wußte seine durch zwölf Tage verhaltene Begründung der Adresse nicht besser zu beschließen, als mit den Worten: „Es sei ein gar schlimmes Gerücht im Lande verbreitet, das habe man ihm, während er immer abgewehrt, gar oft in die Ohren geflüstert: in Beziehung auf den Fürsten Hohenlohe nämlich seien Sr. Majestät dem Könige die Hände gebunden; er könne und dürfe den Fürsten nicht entlassen, weil Preußen nicht wolle."

Solchen Phrasen, Unterstellungen und Umtrieben ist der Minister Fürst Hohenlohe nach der Abstimmung vom 13. Februar 1870 erlegen. In dem ganzen Gift und Klatsch, Schmutz und Unrath, welchen die Patrioten während zwölf Tagen aufgerührt hatten, war nicht eine kompromittirende Thatsache gegen Hohenlohe zum Vorschein gekommen. Denn selbst die Behauptung Greils, daß der Fürst einen großen Theil seiner Güter in Preußen, und daher an diesem Lande ein größeres Interesse wie an Bayern habe, wies Hohenlohe mit den Worten zurück: „Ich bin dem Herrn Vorredner sehr dankbar, wenn er mir diese Vergrößerung meines Vermögens wünscht; ich muß aber erklären,

daß ich zur Zeit in Preußen keine Güter besitze." Indessen vor und in dieser Kammer gab es für diesen Minister in der That kein Wirken mehr. So genehmigte denn der König das Gesuch des Fürsten um seine Entlassung.

Schon die Ereignisse des Jahres 1870 brachten der Politik des Ministers Hohenlohe in Bayern eine Rechtfertigung, wie er sie schneller und glänzender nie hatte erhoffen dürfen!

Der Fürst selbst gedachte sich seit seinem Rücktritt als Minister auf die bescheidene Wirksamkeit im bayerischen Reichsrath zurückzuziehen. Aber das gewaltige Jahr 1870 schon wies seinem Wirken viel höhere Bahnen. Das Vertrauen seines Königs war ihm seit seinem Rücktritt im gleichen Maße geblieben, wie das Vertrauen des Bundeskanzlers Grafen Bismarck, des großen Werkmeisters der deutschen Einheit. Dieses doppelte und doppelt ehrenvolle Vertrauen berief und führte den Fürsten nach Versailles in jenen Novembertagen 1870, da große Kreise Deutschlands die Losung ausgaben: der Norddeutsche Reichstag möge die Versailler Verträge mit Bayern und Württemberg lieber verwerfen, als die künftige deutsche Reichseinheit durch „Reservatrechte" einzelner größerer Bundesstaaten durchbrechen lassen. Fürst Hohenlohe war mit Bismarck durchaus derselben Meinung, daß sich mehr als was Bismarck durchgesetzt, nicht erreichen lasse, und daß die deutsche Reichseinheit bei den Paar „Reservatrechten" Bayerns und Württembergs auch recht wohl bestehen könne, und reiste daher aus Versailles sofort nach Berlin, um die Abgeordneten des Norddeutschen Reichstags zu möglichst einstimmiger Annahme der Versailler Verträge zu bewegen. Ich war wenige Wochen zuvor aus Versailles zurückgekehrt und traf, im Begriff meine Pflicht im Reichstag zu erfüllen, den Fürsten Hohenlohe, der seit 1868 gleich mir Mitglied des deutschen Zollparlaments gewesen und mir immer überaus freundlich begegnet war, auf dem Berliner Bahnhof zu Leipzig. Freifahrkarten für Abgeordnete gab es damals noch nicht; ich fuhr also bescheiden zweiter Klasse. Der Fürst setzte sich aber sogleich, die erste Klasse preisgebend, an meine Seite und erläuterte mir bis Berlin eindringlich die Nothwendigkeit einmüthiger Genehmigung der neuen deutschen Einheit auf der Grundlage der Versailler Verträge. Dabei ließ er manche der intimen Mittheilungen einfließen, die in den vorstehenden Blättern

enthalten sind und jetzt, nach länger als einem Vierteljahrhundert, ihm auch zugeschrieben werden dürfen. Einige politisch sehr unterrichtete Wein- oder Wollreisende in der andern Ecke des Wagenabtheils erörterten die Lage des Vaterlandes in durchaus entgegengesetztem Sinne und wollten sogar wissen, daß Fürst Hohenlohe mit demselben Zuge reise, während ich dem Fürsten in die still lächelnden Züge blickte.

Auch nachdem die große Arbeit in Berlin trefflich gelungen war und Kaiser und Reich wieder erstand in Glanz und Macht, größer und herrlicher als je zuvor, auch da beschränkte sich der ganze Ehrgeiz des Fürsten Hohenlohe für seine Person nur darauf, ein Reichstagsmandat für den Kreis Forchheim in Oberfranken anzunehmen. Das deutsche Zollparlament hatte ihn in den drei Tagungen von 1868 bis 1870 zum Vizepräsidenten erwählt. Der erste deutsche Reichstag erwies ihm dieselbe reich verdiente Ehre. Der neue Reichskanzler Fürst Bismarck aber hatte dieser reichen Kraft und Erfahrung eine höhere Ehre und Verwendung zugedacht. Als Graf Arnim sich als deutscher Botschafter in Paris durchaus ungenügend und unzuverlässig erwies, wurde Fürst Hohenlohe auf diesen schwierigsten und verantwortlichsten diplomatischen Posten des Deutschen Reiches gestellt und verwaltete sein Amt mit ausgezeichnetem Geschick und Erfolg. Zeitweise übernahm er auch die aufreibende Vertretung des Reichskanzlers im Auswärtigen Amt.

Zum dritten Male wurde Hohenlohe weiter — nachdem er in Bayern 1866 und in Paris 1874 die von seinen Vorgängern v. d. Pfordten und Graf Arnim so gründlich verfahrenen Verhältnisse mit Meisterhand entwirrt und geordnet hatte, Mitte 1885 auf einen ebenso schwierigen Posten berufen, als Nachfolger des mit den Franzosen und Ultramontanen liebäugelnden, in Karlsbad verstorbenen Generalfeldmarschalls v. Manteuffel, als Reichsstatthalter von Elsaß-Lothringen. Neun Jahre lang hat Fürst Hohenlohe auch dieses schwere Amt zur größten Zufriedenheit ganz Deutschlands bekleidet, Land und Volk der Verdeutschung wesentlich näher gebracht und alle Versuche französischer und ultramontaner Verhetzung mit schneidiger Thatkraft abgewiesen.

Nach solchen Leistungen konnte er zu Ende Oktober 1894 auch dem höchsten Rufe, der Ernennung zum deutschen Reichskanzler, sich

nicht versagen, obwohl Graf Caprivi inzwischen unendlich mehr verdorben hatte, als v. d. Pfordten, Arnim und Manteuffel in ihrem amtlichen Wirken zusammen genommen. Wem das ganze Leben und Wirken Hohenlohes so offen liegt, wie es durch diese Blätter ausgebreitet wird, der darf in unseren jetzigen Reichskanzler, trotz seiner hohen Jahre, weit größeres Vertrauen hegen, als die meisten Organe der Tagespresse ihm bekunden. Er besitzt eine politische und diplomatische Erfahrung und Reife, wie sie nur seinem ersten großen Vorgänger eigen war. Er blieb mit diesem bis zuletzt in herzlichster Freundschaft verbunden. Und auch sein Alter ist nur ein mächtiger Antrieb zu großer nationaler Politik. Denn Fürst Hohenlohe hat mit schwerster persönlicher Sorge, Kümmerniß und Mühe die deutsche Einheit aus verzweifelten Verhältnissen rühmlich wachsen und zur Vollendung reifen sehen. Sein Athem wird stille stehen, wenn sie niedergehen sollte! Möge dem wackeren, herrlichen Manne in seinem redlichen Streben alle Zeit das ganze deutsche Volk zur Seite stehen!



August Metz.

August Metz.

Mit dem Nachtrag: Bismarck und Dalwigk.

Am 23. Februar 1874 brachte der Telegraph den deutschen Vaterlandsfreunden die völlig überraschende traurige Kunde, daß **August Metz**, der Führer der nationalen Fortschrittspartei im Großherzogthum Hessen, plötzlich, auf dem Wege zum Darmstädter Bahnhof, im Begriffe nach Frankfurt zu reisen, vom Schlage getroffen, aus dem Leben geschieden sei. Die nachfolgenden Zeilen versuchen, dem treuen deutschen Manne einen bescheidenen Denkstein in dem Herzen seines Volkes zu setzen, da August Metz so viele Jahre hindurch unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen, mit großer eigener Aufopferung, die Maingrenze für den nationalen Gedanken zu verwischen, die Nothwendigkeit der Unterordnung unter die preußische Vormacht seinen süddeutschen Brüdern vertraut zu machen und die heillose Wirthschaft des Systems Dalwigk auf religiösem und politischem Gebiete zu bekämpfen suchte. Das Interesse der Leser wird der kurzen biographischen Skizze vielleicht um so bereitwilliger folgen, als das gesammte nachstehende Material auf eigenhändigen Aufzeichnungen des wackren Kämpfers beruht, die er dem Verfasser in den Tagen der zweiten Session des deutschen Zollparlaments niederschrieb und zum Zwecke der Veröffentlichung übergab und überließ.

August Joseph Metz wurde am 20. April 1818 geboren als der Sohn eines Dr. med. Metz in Dreieichenhain, einem damals Fürstlich Isenburg-Birsteinischen Flecken zwischen Darmstadt und Frankfurt. Dreieichenhain, im früher berühmten Reichsforste Dreinitz gelegen, und den Herren von Hagen früher gehörig, besitzt eine alte Schloß-

ruine, in welcher die deutschen Kaiser nach ihrer Krönung in Frankfurt sich zum Jagen aufhielten. Der verklungene Traum der alten Kaiserherrlichkeit umspielte droben in dem morschen Gemäuer die ersten Jahre des Knaben, bis zu denen die Erinnerung des Mannes zurückreichte. In Buchen, einem Amtsstädtchen des badischen Odenwaldes, verblieb er vom achten bis zum elften Jahre. Dann siedelte er mit den Eltern nach Darmstadt über, wo sein Vater als praktischer Arzt sich mit angestrengter Thätigkeit ernährte. August Metz mußte schon als Junge von dreizehn Jahren Privatstunden an zehn- und elfjährige jüngere Mitschüler geben und wurde schon im siebzehnten Jahre Hauslehrer bei einem Pfarrer Lindenborn am Fuße des Odenwälder Felsberges. Der für Metz' Verhältnisse außerordentlich willkommene Plan, die Lindenbornschen Söhne auf die Universität Heidelberg als Mentor zu begleiten, scheiterte daran, daß die hessische Regierung (Du Thil-Linde) im Herbste 1836 das Verbot des Besuchs der freisinnigen Heidelberger Hochschule durch Hessen-Darmstädter auch Metz gegenüber zur Anwendung brachte, und ihn zum Umzug nach Gießen nöthigte. So konnte er nur ein halbes Jahr lang die damaligen Größen der Heidelberger Rechtslehrer Thibaut, Zachariä (Vater und Sohn) und Mittermaier, im Sommer 1836 hören. Dann riß ihn die kleinstaatliche Fürsorge seines angestammten Ministeriums Du Thil-Linde für die politische Jungfräulichkeit der hessen-darmstädtischen Landeskinder nnd für den ausgiebigeren Besuch der Landesuniversität Gießen von den Füßen der Heidelberger Größen und aus den ökonomisch sorgenfreiesten und angenehmsten Verhältnissen hinweg. Er durfte wohl den Trost sein nennen, socios habuisse malorum! Denn gleich ihm hätte manches andere Landeskind auch der Hochschule von Heidelberg vor Gießen den Vorzug gegeben. Und nicht leicht nahm die badische Regierung die taktlose und schimpfliche Verordnung der darmhessischen Minister; sie entschloß sich sogar zum Aeußersten, dessen der Deutsche jener Tage fähig war: sie wandte sich beschwerdeführend an die durchlauchtigste Bundesversammlung zu Frankfurt am Main. Aber Hessen-Darmstadt war auch hierauf vorbereitet; es befolgte den alten Spruch: **si fecisti nega**, und leugnete hartnäckig das Bestehen irgend eines Verbotes, welches die Landeskinder am Besuche der Heidelberger Hochschule hinderte. Als der

Studiosus Metz das vernahm, that er ein Uebriges, löste hochherzig das Ministerialreskript, das ihm die Hörsäle Heidelbergs verschlossen und in das er seine Stiefel gewickelt hatte, von diesen los, und sandte es als Beleg und corpus delicti an die hohe Bundesversammlung nach Frankfurt.

In Gießen waren dem jungen Manne nicht minder unangenehme Verwickelungen mit dem patriarchalischen Regiment seines engeren Vaterlandes beschieden. Das Verbindungsleben war damals mit aller Macht unterdrückt und verpönt. Gleichwohl stiftete Metz 1838 eine nach kurzer Dauer mit dem consilium abeundi aller Mitglieder gestrafte Verbindung Starkenburgia, und 1839, nach Ablauf des consilium, sofort zum zweiten Male dieselbe Verbindung. Als das Universitätsgericht gegen alles Gesetz die Angeschuldigten zur Aussage auf Ehrenwort, daß sie keiner Verbindung angehören, anhalten wollte, setzte Metz durch seinen Einfluß als Senior durch, daß alle Angeschuldigten sich ehrenwörtlich verpflichteten, jede Auskunft zu verweigern und die etwa verhaftet werdenden Genossen gewaltsam zu befreien, um auf diese Weise eine Katastrophe und den Fall des verhaßten Kanzlers Linde herbeizuführen. Metz wurde dann auch richtig mit fünf anderen Genossen verhaftet, indessen nach einigen Tagen durch Sturm des Karzers befreit, worauf die gesammte Studentenschaft, wie einst die Plebejer in Montem sacrum, auf das benachbarte preußische Gebiet auszog. Volkstribunen erstritten sich die Gießener Musensöhne durch diese secessio zwar nicht, wohl aber wurde Metz abermals mit einem Jahr Relegation angesehen. Dagegen machte doch das ganze Ereigniß einen so tiefen Eindruck in Darmstadt, daß man den bisherigen landesväterlichen Zwang gegen die Studenten als völlig unhaltbar aufgab und die Relegirten nach einem halben Jahre schon in Gnaden in das akademische Bürgerrecht wieder einsetzte. Metz erkannte freiwillig, daß er die Häßigkeiten mit dem „Biergericht“ sich eigentlich doch nicht zum Lebensberuf erwählen könne, warf sich eifrig auf sein Jus, machte 1840 sein Universitätsexamen, einige Jahre später das Staatsexamen und betrat die praktische Laufbahn als „Stagiär“ bei hessischen Anwälten.

Durch einen für seine Entwickelung wichtigen Zufall wurde Metz dazu ausersehen, in den Jahren von 1845 bis 1848 und später noch

in Mühlheim a. d. Ruhr eigenthümliche Rechtsverhältnisse (Erbpacht, Leibgewinnsgüter, Steinkohlenzehnten, Schleusenrechte u. s. w.) an Ort und Stelle zu untersuchen und zugleich im Archiv zu Broich (dem längeren Aufenthalte der Königin Luise von Preußen in ihrer Kindheit) im Interesse eines großen Prozesses nach sehr wichtigen Urkunden aus den Jahren 1446 und 1459 Nachforschungen anzustellen. Metz fand hierbei sehr interessante altdeutsche Pergamente und Aktenstücke und gewann für seinen Lebensberuf ein höheres Interesse, als er wohl anfangs selbst ihm entgegenbringen mochte. Aber für den künftigen Politiker Metz war von weit größerer Wichtigkeit die Anknüpfung vielfacher Bekanntschaften mit Industriellen und Kaufleuten der betriebsamen Gegend, die Bereicherung seiner politischen, sozialen und allgemeinen Kenntnisse und Anschauungen durch ein ihm bisher fernliegendes Leben und Treiben. Namentlich gewann er dabei die Ueberzeugung, daß über die Verwirklichung der allerseits heiß ersehnten deutschen Einheit hier genau so verschiedene Meinungen umliefen, wie in seiner Heimath. Diese Ueberzeugung entwickelte und kräftigte in ihm den obersten Grundsatz seines ganzen politischen Strebens und Wirkens, die ich in seine eigenen an mich gerichteten Worte fasse: „ich wurde hierdurch bestimmt, stets gegen die Anmaßung einzelner Versammlungen oder Gegenden, ihre Anschauung durchsetzen zu wollen, zu kämpfen und für die Geltung des Gesammtwillens der deutschen Nation, vertreten durch ein deutsches Parlament zu streiten."

Dieser Grundanschauung gemäß trat er im März 1848 energisch und mit Erfolg auf gegen die Versuche der hessischen und namentlich badischen Radikalen, auf einer Heidelberger Volksversammlung einseitig die deutsche Republik zu dekretiren. Ebenso entschieden aber nahm er bei den Parlamentswahlen Stellung gegen die vormärzliche Reaktion, indem er sogar in dem Wahlkreise Darmstadt-Großgerau, der bis dahin als unangreifbares Bollwerk der Regierung gegolten, die Wahl eines entschiedenen deutschen Patrioten durchsetzte. Das zog ihm natürlich die tödtliche, und bis ans Ende der Dalwigkischen Aera ihm treulich bewahrte, seinerseits aber auch immer von Neuem angefrischte Feindschaft der Hofpartei zu. Metz selbst lehnte als kaum ernannter, gänzlich vermögensloser Advokat für seine Person jede Wahl in das Parlament ab.

Dagegen wurde er 1850 von der Stadt Offenbach zum Landtagsabgeordneten gewählt und trat in dieser Eigenschaft von der ersten Stunde seines ständischen Wirkens an in einen ebenso nachhaltigen wie rühmlichen Kampf mit Dalwigk und dem berüchtigten Regierungssystem ein, das sich mit diesem Namen deckt. Dieser Kampf hat über zwanzig Jahre gedauert und ist von Metz stets mit derselben Unerschrockenheit und Siegeszuversicht geführt worden. Mit demselben Muthe und Vertrauen trat er schon in den ärgsten Reaktionsjahren dem allgewaltigen Minister fast allein gegenüber, wie später, als er in immer wachsendem Maße die Unterstützung der hessischen Bevölkerung auf seiner Seite hatte. Naturgemäß drehte sich dieser Kampf in den fünfziger Jahren vornehmlich um innere hessische Freiheitsfragen, auf welche hier nicht näher eingegangen werden kann. Aber unzweifelhaft trug jeder derartige Kampf seine guten Früchte für das ganze Vaterland, indem er Leben brachte in die Kirchhofsstille, welche das Ziel des durch Oesterreich reaktivirten Bundestages war, und indem er die Allmacht der kleinstaatlichen Minister leugnete, deren Hauptstärke ihr von Frankfurt und Wien aus begünstigter deutschfeindlicher böser Wille war. In demselben Sinne haben die späteren Führer der deutschen nationalen Partei, jeder in seinem engeren Vaterlande, in jenen Jahren den Kampf gegen die partikularistische Reaktion unternommen, Bennigsen und Miquel in Hannover, Völk in Bayern, Karl Braun in Nassau, Friedrich Oetker in Kurhessen u. s. w. Selbst die Anwaltspraxis jener Jahre trug bei August Metz einen starken politischen Beigeschmack. Er war der Vertheidiger beinahe in allen politischen Prozessen der Provinz Starkenburg und in sehr vielen von Oberhessen, namentlich auch in dem bekannten Hoch- und Landesverrathsprozesse gegen die Hanauer Turner. Auch diese Thätigkeit war fast ausnahmslos vom besten Erfolg gekrönt.

Hatten nun schon die Verhandlungen der hessischen Kammern im Jahre 1853 über die Intriguen der damaligen hessischen Regierung bei Erneuerung der Zollvereinsverträge Metz und seinen Gesinnungsgenossen die willkommene Gelegenheit geboten, ihren Standpunkt in der deutschen Frage zu lebendigem Ausdruck zu bringen, und, wie bekannt, durch die treffliche Handelspolitik Preußens unterstützt, den hochfahrenden Plänen der Minister der deutschen Mittelstaaten dabei

eine entschiedene Niederlage bereitet: so war Metz auch im Jahre 1859, beim Wiedererwachen des deutschen Nationalgeistes, einer der ersten und verdienstvollsten Förderer und Begründer des deutschen Nationalvereins.

Länger als das übrige Deutschland hat die gute Stadt Frankfurt a. M. und ihre Gaugenossenschaft die trennenden Schlagwörter der Frankfurter Parlamentszeit sich als politische Richtschnur bewahrt. Im Jahre 1859 namentlich waren längs der Mainlinie bis tief in die Pfalz, nach Baden, Nassau, Bayern, Schwaben und Oberhessen hinein noch ernstliche Schwierigkeiten zu überwinden, um einen einigermaßen nennenswerthen Theil der Bevölkerung für die „Preußische Spitze" zu gewinnen, die doch im Programm der neuen nationalen Einheitsbewegung unbedingt das A und O bilden mußte. Um so größer ist das Verdienst von August Metz, daß er von Anfang an in den vorbereitenden Versammlungen zum deutschen Nationalverein die Formel fand und durchsetzte, welche auch im Süden dem neuen politischen Verein zahlreichen Beitritt verhieß. Die in Frankfurt zu vertraulicher Berathung versammelten Gaugenossen entsendeten Metz an der Spitze ihrer Delegirten nach Eisenach. Hier ward die „Eisenacher Erklärung" mit der sogenannten Metzischen Motivirung von fast allen Theilnehmern unterschrieben, in Hessen-Darmstadt freudig aufgenommen, und dadurch der Weg gebahnt zu den Versammlungen von Frankfurt a. M., wo am 16. September 1859 der Deutsche Nationalverein gegründet wurde.

Nun folgte, nach der Konstituirung des Vereins, die bei Weitem schwierigere Aufgabe der Einführung desselben ins Volk, die Verbreitung desselben gegen den Argwohn und Haß des Dalwigkschen Regiments. Kein Mittel ließ diese Regierung unversucht, um die neue Bewegung im Keime zu ersticken, ihre Führer einzuschüchtern. Metz, der sofort in Frankfurt zum Mitglied des Ausschusses des Nationalvereins gewählt worden war, und in dieser Stellung bis zur Auflösung des Vereins bei jeder Neuwahl bestätigt ward, wurde nun für jede Versammlung des Vereins oder des Ausschusses, der er beiwohnte, in eine neue Untersuchung gezogen, zu drei verschiedenen Malen mit Gefängnißstrafe belegt und gleichzeitig disziplinarisch prozessirt und verurtheilt und endlich in eine fünfte Kriminaluntersuchung verwickelt

wegen „Aufforderung zum Ungehorsam“, weil er die damals viel genannten „109 Offenbacher“ zum Eintritt in den Nationalverein und zur öffentlichen Anzeige ihrer Mitgliedschaft in den Zeitungen veranlaßt hatte. Seine Absetzung als Anwalt und eine längere Korrektionshausstrafe erschienen schon unausbleiblich, als plötzlich etwa 1000 der angesehensten Bürger aus allen Theilen des Großherzogthums sich öffentlich dem Nationalverein anschlossen und dadurch das Ministerium Dalwigk zur Aufhebung seines Verbots und zum kläglichen Rückzug hinter den Bundestag zwangen. Der Bundestag seinerseits aber erklärte sich wie gewöhnlich — diesmal zum Vortheil der nationalen Sache und Dank der neuen Aera in Preußen — für unzuständig. Diese monatelangen Konflikte zwischen Metz und der hessischen Justiz fanden ihr Seitenstück in einigen sehr spaßhaften Konflikten zwischen Metz und der hessischen Polizei. So rettete er sich mit seinen Gesinnungsgenossen in Alzey, nach Auflösung einer sehr zahlreich besuchten Volksversammlung über die rheinbayerische Grenze und ließ die Freunde drüben in der fröhlichen Pfalz weiter tagen, Angesichts des Aergers der großhessischen Gensdarmerie, die ihrerseits die blauweißen Grenzpfähle nicht überschreiten durfte, ohne einen internationalen Konflikt mit der Krone Bayern heraufzubeschwören. Ein andermal verfügte sich Metz, als ihn die Häscher nach Auflösung einer Volksversammlung in Oppenheim greifen wollten, mit allen seinen Zuhörern auf den „freien Rhein“ und hielt auf den Fluthen des deutschen Stroms die zu Lande gestörte Versammlung ab, während kein Schiffer der am Ufer rathlos dastehenden Gensdarmerie einen Nachen zur Verfügung stellte. Solche Szenen erregten die Heiterkeit von ganz Deutschland und vermehrten in gewaltigem Maße die Theilnahme an dem verfolgten deutschen Nationalverein. Metz selbst hatte bei jedem Anlasse, wo er öffentlich sprach, eine so ungewöhnliche, namentlich auf große Volksmassen so mächtig wirkende Beredtsamkeit offenbart, daß der Nationalverein ihn von nun an bis 1865 vorzugsweise als Apostel und Reiseprediger in allen deutschen Gauen verwendete. Metz hat sich dieser mühseligen, und für einen Anwalt ökonomisch wenig lohnenden Thätigkeit ein halbes Jahrzehnt hindurch mit unermüdlicher Ausdauer und mit dem glänzendsten Erfolg hingegeben. Er hat unzählige Volksversammlungen überall in deutschen

Landen, von Eßlingen und Baden bis Leipzig, Dresden, Glauchau u. s. w. abgehalten und die seit 1862 in Sachsen, Schwaben, Frankfurt u. s. w. sich regende k. k. privilegirte großdeutsche Volkspartei häufig in ihren Hauptquartieren aufgesucht und geschlagen, so z. B. im Jahre 1862 in Eßlingen, wo 700 gegen 70 Stimmen sich für Metz und den Nationalverein entschieden. Diese eifrige und erfolgreiche Agitation, daneben seine rückhaltlose Offenheit gegen die deutschfeindlichen Parteien und namentlich gegen die unklare Gefühlspolitik der Großdeutschen — denen er z. B. auf dem Frankfurter Schützenfeste das bekannte Wort von den drei Schmerzenskindern der deutschen Nation entgegenrief, das seinem dortigen Gegner Herrn Prof. Wildauer zum k. k. Adel, zu Orden und Titeln aller Art verhalf — alles das machte ihn bei den Feinden Preußens und der deutschnationalen Bewegung bald zum bestgehaßten Manne unter den Führern des Nationalvereins. Mit der Bezeichnung „commis voyageur“ und anderen gehässigen persönlichen Anwürfen gegen Metz glaubten die Herren Großdeutschen und Demokraten seiner agitatorischen Kraft sich erwehren zu können.

Sie verrechneten sich dabei aber in demselben Maße, wie die Regierung seines engeren Vaterlandes sich nach der obigen Darstellung getäuscht hatte, wenn sie dachte, Metz durch Verfolgung und Drohungen einzuschüchtern. Diese Künste hatten vielmehr den gerade gegentheiligen Erfolg, nämlich eine mächtige, durch ganz Hessen gehende Steigerung des politischen Lebens. Das offenbarte sich zuerst bei den im Nachsommer 1862 stattfindenden Landtagswahlen durch den glänzenden Sieg der nationalen und (in Hessen nach dem Muster der damaligen Parteinamen des Preußischen Abgeordnetenhauses gleichfalls „deutsche Fortschrittspartei“ genannten) freisinnigen Partei. Denn außer den sechs Landtagsabgeordneten des hessischen Grundadels, die von nur 24 adligen Familien gewählt wurden, blieben nur 3—4 Dalwigkianer auf ihren Sitzen, während die übrigen 40 Plätze überwiegend von entschiedenen Oppositionsmännern (31) oder wenigstens von gemäßigten Gegnern des herrschenden Systems (9) eingenommen wurden. Metz selbst wurde in vier Bezirken zugleich gewählt, nachdem er eine fünfte, ihm einstimmig angebotene Wiederwahl in seinem alten Wahlkreis Offenbach abgelehnt hatte. Er nahm die Wahl für die erste Stadt

des Landes, für Mainz an, nachdem ihn die 82 Wahlmänner einstimmig gewählt hatten. Er entwickelte nun in der hessischen Kammer eine eifrige Thätigkeit gegen das Ministerium Dalwigk und für die deutsche Sache. Als Berichterstatter über die Adresse an den Großherzog verurtheilte er auf das Schärfste die Politik des Ministeriums und forderte ehrliche Unterstützung des deutschen Bundesstaates unter Preußen, unter Mitwirkung eines deutschen Parlaments. Ebenso energisch bekämpfte er die Intriguen des Herrn von Dalwigk gegen Erneuerung des Zollvereins aus Anlaß des preußisch-französischen Handelsvertrags, und zwar mit solchem Erfolg, daß die zweite Kammer beinahe einstimmig der anti-nationalen Handelspolitik des Ministeriums entgegentrat. Auch erhob Metz eine von der Mehrheit der Kammer gebilligte Anklage gegen das Ministerium Dalwigk wegen Verfassungsbruches. Aber freilich ohne dadurch den Rücktritt des Verhaßten zu erzwingen. Dazu gehörten stärkere Gewalten, als diejenigen der Ministeranklage Seitens der hessischen Landesvertretung.

Neben den Fragen der großen Politik waren es vornehmlich die der Finanzen und inneren Staatswirthschaft, in welchen Metz sich als leitender Kopf im hessischen Landtage auszeichnete. Als ständiger Präsident des Finanzausschusses bearbeitete er theilweise in gedruckten, theilweise in geheimen Berichten die delikatesten Theile des Budgets, wie die Zivilliste und deren Schulden, die Apanagen, Gesandtschaften u. s. w. und drang, freilich nur theilweise mit Erfolg, auf finanzielle Ersparnisse und volkswirthschaftliche Verbesserungen. Als die besten Früchte auf diesem Gebiete seiner Thätigkeit vor 1866 sind zu nennen: die Abschaffung des Chausseegeldes sowie die Erhöhung der Gehälter der Volksschullehrer. Selbstverständlich suchte Metz in seiner parlamentarischen Thätigkeit lebhaft die Fühlung mit den Kollegen der andern deutschen Landtage, welche seit 1862 in dem in Weimar begründeten Abgeordnetentage und dessen permanentem Ausschusse eine gemeinsame Vertretung hatten. Metz wurde in diesen Ausschuß und ebenso in die geschäftsleitende Kommission der gesammten deutschen Volksvertretungen (den sog. Sechsunddreißiger-Ausschuß) gewählt und war in beiden Stellungen jahrelang sehr thätig; namentlich vertrat er den Sechsunddreißiger-Ausschuß in Elmshorn und in Altona.

Beim Herannahen der Katastrophe von 1866 kämpfte Metz in

Wort und Schrift für Neutralität Hessens und für Annahme des Bismarckschen Bundesreformvorschlages auf der Grundlage eines Deutschen Parlaments. Auf seinen Bericht hin wurde, trotz der schärfsten Angriffe Dalwigks gegen Preußen, die Anforderung der x Millionen für den Krieg mit 28 gegen 21 Stimmen von der zweiten Kammer verworfen, in der ersten Kammer dagegen einstimmig angenommen. Erst nachdem die Preußen von Wetzlar aus nach Gießen über die hessische Grenze eingerückt waren, und nachdem das Ministerium, angeblich nur zum Schutz gegen etwaige Eventualitäten und lediglich zur Ausrüstung und Vorbereitung der Schlagfertigkeit der hessischen Division, jetzt nur die Hälfte der früheren Forderung verlangte, und zwar ohne, seiner Betheuerung nach, sich damit für eine oder die andere der beiden Großmächte zu entscheiden: erst da bewilligte die zweite Kammer die geforderte Summe einstimmig, jedoch mit dem bestimmten Zusatz: daß die Regierung vor einer Parteinahme zwischen Oesterreich und Preußen die Zustimmung der Stände einholen müsse. Metz aber sagte hierbei voraus, daß Dalwigk nach Bewilligung des Geldes die Kammer nicht mehr fragen, sondern leichten Herzens sich Oesterreich in die Arme werfen und damit das Großherzogthum Hessen in schwere Nachtheile stürzen werde. Er verlangte warnend, daß Hessen das Anerbieten, wonach die hessische Division Mainz besetzen sollte, annehme, um das Blut der Landeskinder zu schonen und größere Kosten dem Lande zu ersparen. Allein Dalwigk entgegnete, „daß die hessische Division auf die Ehre, mitzuschlagen, nicht verzichten könne". Metz führte nun aus, daß der Fall wohl eintreten könne, daß Oesterreich und Preußen über die Köpfe der Kleinstaaten hinweg sich verständigen und Frieden schließen könnten. Da warf Dalwigk ein: „Hessen solle gerade deshalb mitschlagen, um hinterdrein bei dem Friedensschlusse mitsprechen zu können."

Der Erfolg zeigte viel schneller, als Herrn v. Dalwigk lieb sein mochte, wer Recht hatte, und wessen Schwert die Wagschale zum Sinken brachte. Der Großherzog und sein Minister verließen beim Herannahen der Preußen das Land und flüchteten nach München, während monatelange Einquartierung das Land und namentlich die Residenz drückte, bis der Frieden mit Abtretung von etwa dreißigtausend Seelen und durch Zahlung von drei Millionen Gulden

Kriegskosten erkauft war. Herr v. Dalwigk, der Urheber des ganzen Unglücks, zog triumphirend in Darmstadt wieder ein — und blieb, obgleich Hunderte von Gemeinderäthen seine Entlassung gefordert hatten. Ja, es gelang ihm mit Hilfe der sogenannten Volkspartei, der Ultramontanen, und der von Preußenhaß überfließenden Frankfurter Presse, bei den im Herbst 1866 stattfindenden Landtagswahlen unter dem gemeinsamen Losungswort „hessisch oder preußisch" den Wahlsieg davonzutragen. Der fanatisirten – namentlich der katholischen — Landbevölkerung wurde weisgemacht, daß Metz die Preußen gerufen habe, daß er und sein Nationalverein am Kriege schuld seien. Die amtlichen Kreisblätter des Herrn v. Dalwigk hetzten in nichtswürdigster Weise gegen Preußen, gegen seine „volksfeindliche Regierung" u. s. w. und priesen dem norddeutschen Militarismus und Cäsarismus gegenüber die — Republik. Trotz dieses Wahlsieges aber entschied sich die zweite Kammer, in welcher Metz nur etwa ein Dutzend entschieden nationaler Männer zur Seite hatte, mit 31 gegen 15 Stimmen für den Eintritt Hessens in den Norddeutschen Bund und verurtheilte mit derselben Mehrheit die ultramontanen Bestrebungen des Ministers.

Die natürliche Koalition der staatsfeindlichen und antinationalen Elemente, deren sich das Ministerium Dalwigk zum Siege bei den Landtagswahlen bedient hatte, wurde bereits Ende 1867 bei den hessischen Zollparlamentswahlen vollständig zu Paaren getrieben. Abermals übernahm bei dieser Wahlbewegung Metz, wie schon seit 1862, das schwierige Amt des Vorsitzenden im Zentralwahlkomitee und arbeitete mit solchem Erfolge, daß in Hessen nur Anhänger des Nordbundes zum Zollparlament gewählt wurden, obwohl die antinationalen Parteien selbst das Bündniß mit der Sozialdemokratie nicht verschmähten, und Herr Bebel z. B. landauf landab seine eine Rede hielt, um den ultramontanen Kandidaten zu Siege zum verhelfen. Metz selbst wurde in einem höchst lebhaften Wahlkampfe, in welchem die Regierungspartei und die Ultramontanen sich sogar für einen Gesinnungs- und Parteigenossen von Metz, welcher in dem Wahlkreis selbst großes Ansehen genoß, also gegen ihr eigenes Programm bemühten, nur um die Wahl des verhaßten Metz zu hintertreiben, mit mehr als zwei Dritteln der Wahlstimmen gewählt. In einzelnen

Wahlorten stimmten bei dieser Wahl sämmtliche Wahlberechtigte; im ganzen Wahlkreis über 90 Prozent der Wähler!

Die Rolle, welche Metz im deutschen Zollparlament spielte, war der Eigenthümlichkeit seiner Natur und dem Wesen dieser parlamentarischen Körperschaft ganz entsprechend. Solange sich an das Zollparlament die stille Hoffnung knüpfte, es lasse sich aus demselben ein deutscher Reichstag improvisiren, treffen wir ihn immer im Vordergrund der Redner und Kämpfer. Von Metz wird im Frühjahr 1868 der Antrag auf eine Adresse eingebracht, von ihm selbst ist diese Adresse verfaßt, welche durch die Koalition der Konservativen mit den Einheitsfeinden zu Fall gebracht wird. Metz wieder, in Verbindung mit Bamberger, dem Abgeordneten für Mainz, führt durch seinen Antrag auf Beseitigung der Tranksteuer und Zapfgebühr in Hessen die große politische Debatte des 18 Mai 1868 herauf, den größten Tag, dessen das deutsche Zollparlament überhaupt in den drei Jahren seines Bestehens sich zu rühmen hatte, jenen Tag, an dem Völk seine „Frühlingsrede“ hielt und Bismarck das geflügelte Wort sprach: daß der Appell an die Furcht in deutschen Herzen keinen Widerhall finde! Aber sowie das Zollparlament sich thatsächlich nur erwies als „simples einfältiges Zollparlament“ — wie Bamberger es nannte — da fand die unermüdlich vorwärtsdrängende Agitationskraft, die Metz beseelte, keine Verwendung, und unmuthig schweigend sah der tapfere Mann die Hoffnung in Trümmer gehen, die er auf die erste gesammtdeutsche Vertretung seit 1848 gesetzt hatte.

Aber weit rascher als Metz, als wir alle ahnten, sollte ja trotz alledem das Streben und die Hoffnung seines Lebens in Erfüllung gehen, mit Gründung des deutschen Reiches und der Einsetzung des deutschen Reichstags. Metz vertrat in der Session von 1871 bis 1873 abermals den hessischen Wahlkreis Bingen-Alzey, der von 1874 an Bamberger in den Reichstag wählte. Auch im ersten deutschen Reichstag ist Metz' Thätigkeit in den öffentlichen Sitzungen wenig hervorgetreten. Sie galt vornehmlich den Kommissionen, denen er angehörte und den Fraktionsberathungen seiner nationalliberalen Parteigenossen. Ein von Jahr zu Jahr sich steigerndes asthmatisches Leiden machte ihm längere Reden im offenen Parlamente zur schmerzhaften körperlichen Beschwerde. Dagegen ließ sich Metz durch nichts

abhalten, im hessischen Landtage mit der alten Unermüdlichkeit in den Ausschüssen wie in der offenen Sitzung thätig zu sein. Hier, in seinem engeren Vaterlande strebte er dem Ziel seines Lebens, Hessen zu einem in seiner Gesetzgebung und Wirthschaft den vorgeschrittensten Staaten des deutschen Reiches ebenbürtigen Gliede zu machen, mit einem Eifer und einer Zähigkeit entgegen, welche selbst die der jüngeren Genossen weit übertrafen. Es war, als ob er ahnte, daß ihm nur noch eine kurze Spanne des Wirkens gegeben sei. In hervorragender Weise wurde Metz in diesem Streben unterstützt durch das treffliche Ministerium Hofmann, das nach dem von Berlin aus durchgesetzten Rücktritte Dalwigks seit 1871 die faulen Stellen der öffentlichen Verhältnisse Hessens, an deren Erkenntniß und Heilung Metz sein Leben lang sich abgemüht hatte, mit Energie und wahrem Freisinne zu beseitigen strebte. Es war charakteristisch für den alten parlamentarischen Oppositionsmann Metz, daß er auch diesem Ministerium gegenüber, namentlich in den Berathungen des neuen hessischen Volksschulgesetzes, seinen alten Grundsatz zur Geltung brachte: „Alles zu fordern, um das Gewünschte zu erreichen.“ Dazu bekannte er sich noch in der milden Julinacht des Jahres 1873, als wir in Darmstadt uns zum letzten Mal die Hand reichten. Sein letztes Werk ist wohl das treffliche hessische Volksschulgesetz gewesen; an seiner Berathung, seiner freisinnigen Gestaltung und seinem Zustandekommen hat er mit ganzer Kraft und ganzer Seele gearbeitet. Wenn das heranwachsende Geschlecht in Hessen nach den Männern fragt, denen es dieses musterhafte Gesetz und so manche andere Errungenschaft der Neuzeit verdankt, so soll ihm der gute Name August Metz immer unvergessen sein.

Die hessischen Zustände vor 1871 unter dem Ministerium Dalwigk sind in den vorstehenden Blättern genau nach den eigenhändigen Niederschriften von August Metz dargestellt. Der Leser wird vielleicht den heißblütigen Führer der darmhessischen Opposition dabei für einigermaßen befangen erachten. So wird denn die nachstehende kleine Enthüllung, die jetzt nach 27 Jahren zum ersten Mal erfolgt, und die am besten

Bismarck und Dalwigk

überschrieben wird, in den weitesten Kreisen Interesse erregen.

Wie Bismarck über Dalwigk urtheilte — mindestens so scharf und

ungünstig, als mein verewigter Freund Metz — das erfuhr die Oeffentlichkeit erst, als Heinrich von Poschinger, mit Genehmigung des deutschen Reichskanzlers Fürsten Bismarck, das klassische Werk „Preußen am Bundestage" herausgab und hier alle die Denkschriften, Depeschen und Briefe im Wortlaut mittheilte, welche der preußische Bundestagsgesandte v. Bismarck über und gegen den leitenden hessischen Minister Dalwigk geschrieben hatte.

Mir aber wurde zu Theil, um viele Jahre früher, ehe dieses Werk Poschingers erschien, darüber unterrichtet zu werden, wie Bismarck über Dalwigk denke und urtheile. Ich war nämlich, nach glücklicher Erledigung eines in Berlin Ende August 1870 übernommenen amtlichen Auftrages des Großen Generalstabes an das auf dem französischen Kriegsschauplatz weilende Große Hauptquartier des Königs (und späteren Kaisers) Wilhelm I. in Reims*) von meinem Reichstagskollegen, dem Generalfeldmarschall Moltke — der mich auch im Felde freundlich immer „Herr Kollege" nannte — eingeladen worden, beim Großen Hauptquartier zu bleiben, und nahm dieses die interessantesten Beobachtungen und Studien verheißende Anerbieten um so freudiger an, als ich Dank meiner Berner Erziehung der französischen Sprache vollkommen mächtig war und mir vom Großen Generalstab die amtliche Einquartierung und Verpflegung für mich und ein Pferd, die ein „Officier du Grand Quartier de Sa Majesté" in dem entvölkerten und ausgesogenen Feindesland bedurfte, bereitwilligst zugesagt und geleistet wurde. So begleitete ich denn das Große Hauptquartier auf seinen weiteren Etappen Château Thierry, Meaux, Lagny, Versailles. In Reims schon hatte mich der Herr „Kollege" Moltke äußerst vornehm und angenehm im Hause der Veuve Cliquot einquartiert, und schon früh 5 Uhr stellte mir die Haushälterin des entflohenen Besitzers zum Kaffee eine Flasche Champagner echtester Cliquot-Marke auf. Diese wurde aber natürlich erst später getrunken.

Im Rothschildschen Schlosse Ferrières bei Lagny, wo die „erste Staffel" des Großen Hauptquartiers: König Wilhelm selbst, der Bundeskanzler Graf Bismarck, der Kriegsminister Graf Roon, Moltke

*) Das Nähere in meinem Werke „Auf dem Wege zur Deutschen Einheit" Bd. II S. 175/358. Jena, Costenoble, 1892.

mit dem Großen Generalstab u. s. w. Quartier genommen hatten, waren mir in Folge einer Einladung Bismarcks äußerst interessante Verhandlungen beschieden.*) In Versailles vollends verweilte ich über vier Wochen und kehrte von dort nur deshalb schon in der ersten Novemberwoche nach Leipzig zurück, weil mir während der letzten Wochen meines Versailler Aufenthaltes die Leitung der bekannten Leipziger politisch-literarischen Wochenschrift „Die Grenzboten" angetragen und von mir angenommen worden war, und es nun galt, mich auf diese am 1. Januar 1871 beginnende Thätigkeit vorzubereiten und neue ständige Mitarbeiter für sehr wichtige Gebiete und Stoffe, die im Bereich der Zeitschrift lagen, zu gewinnen.

Nun hatte ich schon in Ferrières und dann wieder in Versailles mit einem damals vom Kanzler geschätzten Mitarbeiter Bismarcks viel verkehrt, den ich seit Jahren gut kannte. Er wußte auch, wie herzlich ich Bismarck verehrte, und es war daher natürlich, daß ich diesem vertrauten Mitarbeiter des großen edeln Schmiedes der deutschen Einheit erklärte: ich würde mich glücklich schätzen, dem deutschen Kanzler „Die Grenzboten" zur Verfügung zu stellen, wenn derselbe sich jemals ihrer bedienen wolle, um in diesem durchaus unabhängigen Blatte seine Ansichten oder Mahnungen außerhalb der „offiziösen" Presse zum Ausdeuck zu bringen. Mein Bekannter sagte mir zu, seinem „Chef" mein Anerbieten zu melden. Und schon gegen Ende Januar 1871 erhielt ich von des Kanzlers Mitarbeiter aus Versailles einen Artikel, den ich persönlich umzuschreiben, „Aus Hessen" zu datiren und wegen seiner dringenden Wichtigkeit in die nächste Nummer der „Grenzboten" aufzunehmen eingeladen wurde. Ich gebe den noch heute sehr interessanten Inhalt dieses Artikels**) nachstehend fast unverkürzt wieder, da sich nur wenig daran kürzen läßt. Wie dringlich und wichtig dieser Artikel in Versailles erscheinen mußte, erhellte übrigens schon daraus, daß er mitten aus den aufregenden Verhandlungen bezüglich der Uebergabe aller Pariser Forts an die Deutschen (die am 28. Januar erfolgte) geschrieben war.

„Wie anderwärts in Deutschland," begann der Artikel, „hat der nationale Krieg auch im Großherzogthum Hessen auf viele Gegner des

*) Ebenda, S. 252/57.

**) „Grenzboten" 1871, I. Bd. S. 322/24.

nationalen Gedankens heilsam gewirkt und eine nicht geringe Zahl derselben ist zu warmen Freunden der deutschen Einheit geworden. Trotzdem kann man sich hier" — der Artikel trug die gewünschte Ueberschrift „Aus Hessen" — „der Besorgniß nicht völlig entschlagen" - - wir werden mit Vergnügen verfolgen, in wie kräftiger und kunstgeübter Weise diese Anfangs so bescheiden auftretende „Besorgniß" im Laufe des Artikels gesteigert wird — „daß nach Beendigung des Krieges die alten Gegensätze wieder erwachen und sich geltend zu machen versuchen werden, wenn nicht mit dem alten Regierungssystem gründlich gebrochen, wenn nicht — um deutlicher zu reden — der Großherzog bewogen wird, das Ministerium des allgemeinen Mißtrauens mit einem solchen zu vertauschen, welches aufrichtig national gesinnt ist."

„Die Haltung des Freiherrn v. Dalwigk in den letzten beiden Jahrzehnten vor dem Kriege ist bekannt" — sein Sündenregister war aber in dieser Vollständigkeit und bis in die geheimsten Herzensfalten des Sünders hinein im Januar 1871 in Versailles, ohne Nachschlagewerke und ohne Herbeiziehung amtlicher Quellen, gewiß nur Einem so geläufig, wie in der nachstehenden Schilderung dargethan ist. Nur Einer in Versailles besaß zudem das erstaunliche Gedächtniß, diese Sündenfälle noch zwanzig Jahre später nach Jahr und Tag herzählen zu können. Denn da hieß es: „Die schroffste, weitgehendste Reaktion in der inneren Regierung, die preußenfeindlichste Politik in allen Verhältnissen des Großherzogthums nach außen, bezeichnet das System Dalwigk von dem Moment an, wo er 1850 aufhörte, Territorialkommissar in Rheinhessen zu sein, um Ministerpräsident von Hessen zu werden. Sein erster Schritt war 1850 der Rücktritt vom Dreikönigsbündniß, dann am 4. Oktober desselben Jahres die verfassungswidrige Forterhebung der Steuern ohne landständische Genehmigung, die Aufhebung des Vereins- und Versammlungsrechts. Dann folgten die noch heute den Frieden des unglücklichen Landes schwer gefährdenden heimlichen Unterhandlungen mit dem Bischof von Mainz, die frivole Ausantwortung der Glaubensfreiheit des Landes an die Prätensionen der Jesuiten und Ultramontanen, mit einem Worte: die Mainz-Darmstädter Konvention. Gleichzeitig wurde in zwölf Jahren, bis

zum „Oppositionslandtag“ von 1862, das Menschenmögliche versucht, um durch Denunziationen und Beförderungen, Maßregelung und Spionage das tüchtige Beamtenthum von Grund aus zu verderben und zu feiler Sklaverei herabzuwürdigen.“

„Noch in unvergessener Erinnerung steht, was das Ministerium Dalwigk in den zwei Jahrzehnten seines Bestehens auf dem Gebiete der „Deutschen Politik“ geleistet hat“ — die Anführungszeichen bei Dalwigks „deutscher Politik“ verrathen abermals die Klaue des Löwen. — „Auf den Dresdener Konferenzen widersetzt sich Dalwigk, unter russischem Einfluß, der dualistischen Spitze“ — d. h. der Gleichberechtigung Preußens mit Oesterreich; „er bringt unter Allen der Erste dem Kaiser Napoleon nach dem Staatsstreich seinen ehrfurchtsvollen Glückwunsch dar“ — Dasselbe berichtete Bismarck als preußischer Bundestagsgesandter aus Frankfurt im Dezember 1851 nach Berlin; das war aber 1871 noch unbekannt. „Im Jahre 1859 ist Dalwigk enthusiastischer Theilnehmer der Würzburger Konferenzen“ — d. h. unter den Satrapen Oesterreichs und der Preußenfeinde — „nachdem er 1853 unter den ‚Bambergern‘“ — Leuten des gleichen Schlages — „nach seiner schwachen Kraft die Sprengung des Zollvereins versucht hat. Auf dem Fürstentag in Frankfurt (1863), am Bundestag von 1851 bis 1866, in der schleswig-holsteinischen Frage, in all den Fragen, welche das Jahr 1866 herbeiführten, und natürlich im Krieg von 1866 selbst, steht das Ministerium Dalwigk auf österreichischer Seite, unter den Feinden Preußens, unter den erbittertsten Widersachern der deutschen Einheit.“

„Man hätte glauben sollen, ein so ausdauernder Feind aller nationalen Wünsche und Bestrebungen der Deutschen würde schon durch eine gewisse Selbstachtung dazu getrieben werden, von seinem Posten zurückzutreten, nachdem das blutige Urtheil des Jahres 1866 über seine Thorheit gesprochen war. Dieser Glaube ist bisher getäuscht worden. Mit derselben Unverzagtheit, mit welcher Herr v. Dalwigk bis 1866 undeutsche Politik trieb, muthete er uns zu, von 1866 ab an seine „Bundestreue“, an seinen aufrichtigen Eifer für das gemeinsame Vaterland und die Ausbildung der deutschen Verfassung zu glauben.“ Nun folgt die Aufzählung aller der Hemmnisse, die Dalwigk in Wirklichkeit von

1866 bis 1870 dem Fortschreiten des deutschen Einigungswerkes in den Weg gelegt hatte. Dann fährt der Artikel, abermals unter Enthüllung von Thatsachen fort, die im Januar 1871 kaum allgemein bekannt sein konnten:

„Bei Ausbruch des Krieges (von 1871) wich man lediglich der Noth und dem Drang der Umstände, nachdem man kurz zuvor noch auf zwei Achseln zu tragen versucht hatte und gegen den französischen Gesandten übergefällig gewesen war. Auch die Versailler Verträge waren hessischerseits rein der Ausfluß der bitter empfundenen Ueberzeugung, daß man nur so und nicht anders weiter existiren konnte. Nichts in der Haltung unseres Premiers läßt darauf schließen, daß er sich bekehrt hat, wie patriotisch auch die Versicherungen klingen mögen, die man gelegentlich von ihm zu hören bekommt. Er ist zu alt geworden, partikularistische Auffassung der Verhältnisse und Ereignisse ist ihm zu sehr zur andern Natur geworden, als daß ein nüchtern denkender und nicht gar zu gutmüthiger Beurtheiler hoffen könnte, von ihm Förderung der Institutionen, die 1866 und 1870 für Deutschland geschaffen wurden, ehrliches und rückhaltloses Mitarbeiten am Ausbau unserer Reichsverfassung im nationalen Sinne zu erleben. Nichts deutet wenigstens bis jetzt darauf hin."

„Allerdings ist geschehen, wozu man sich in Versailles anheischig gemacht. Aber der Geist der (hessischen) Verwaltung ist durchaus derselbe wie früher geblieben; alle einflußreichen Stellen sind nach wie vor mit Trägern des alten Systems, mit Ultramontanen und anderen Preußenfeinden besetzt; auch die letzten Ernennungen erfolgten in dieser Richtung, und sicher wird die hessische Politik auch künftig nur dem Gebot des Augenblicks gehorchen" — d. h. wenn Herr v. Dalwigk Minister bleibt. Das Folgende konnte nun vollends nur aus intimster Kenntniß der geheimen Darmstädter Machenschaften geschrieben werden, die übrigens Bismarck — wie erst viel später, 1888, von ihm enthüllt wurde — um so widerwärtiger waren, als in Darmstadt auch der ganze englische Einfluß durch den dortigen deutschfeindlichen englischen Gesandten, Sir Robert Morier, einsetzte und Bismarcks deutsche Politik lahm zu legen suchte. Unser Artikel fährt nämlich fort:

„Viele Beispiele ließen sich hierfür" (für die Fortdauer des ancien régime Dalwigk in Hessen) „anführen. Wir begnügen uns aber für diesmal mit einigen wenigen, indem wir die Hoffnung haben, die Sache von anderer Feder ausführlicher besprochen zu sehen" — das ließ entweder auf eine Fortsetzung der Schnitzeljagd auf den Fuchs Dalwigk in offiziösen Zeitungen, oder aber vielleicht auch auf einige recht kräftige Noten Bismarcks nach Darmstadt schließen, von denen ich nur bedauerte, daß ich sie nicht auch sehen und abdrucken konnte — „und nur Anregung zur Beseitigung eines Mißstandes geben wollen, der gefährlich werden kann." Die intime Kenntniß der hessischen Zustände tritt aber namentlich aus den folgenden Abschnitten unseres Artikels klar hervor:

„Die oberste Leitung der Justiz in Hessen ist noch jetzt, wie seit Jahren, in der Hand eines Ultramontanen vom reinsten Wasser. Der Geheime Rath Frank vereinigt mit der Eigenschaft (!) eines Justizministers zugleich die des Mittelpunktes für alle antipreußischen Wünsche, Versuche und Bestrebungen innerhalb des Großherzogthums wie nach außen hin; und so lange hier nicht Wandel geschafft wird, so lange Anstellung und Beförderung aller unserer Rechtsgelehrten, soweit sie vom Staate abhängen, unter dem Einfluß dieser Persönlichkeit stehen, kann man sich darauf verlassen, daß die Gerichte, vorzüglich die, welche mit politischen und Preßprozessen zu thun haben, weniger im Hinblick auf Würdigkeit und Nützlichkeit, als mit Rücksicht auf die politischen Velleitäten besetzt werden, die in den Kreisen, zu denen der Geheime Rath gehört, Glaubensbekenntniß sind. Eine zukünftige gemeinsame Gesetzgebung" (der deutschen Justizgesetze von 1876) „wird dem Uebel nicht genügend abhelfen können. Es kommt immer zugleich auf die Richter an, welche die Gesetze zu deuten und anzuwenden haben" — ein Satz voll von ursprünglicher Bismarckischer Weisheit.*)

„Und wie auf dem Gebiete der Justiz ist es auch auf dem der Verwaltung. Soweit hier die Hand der Regierung reicht, werden auch hier die Anhänger des Alten auf ihren Stühlen erhalten

*) Zu vgl. mein Werk, „Bismarck und seine Zeit", Bd. I S. 226/27 u. a. a. O.

oder bei Ernennungen und Beförderungen bevorzugt. Ein Beispiel hatten wir ganz vor Kurzem. Bekanntlich ernennt in Hessen die Regierung die Bürgermeister, und zwar aus der Mitte des Gemeinderathes. Nun war in Mainz, der größten Stadt des Landes, der Posten des Bürgermeisters erledigt, und beinahe allgemein war man der Ansicht, daß die Stelle durch keinen geeigneteren Mann ausgefüllt werden könne und darnach besetzt werden würde, als durch den Beigeordneten Racké, der sich in dieser seiner Stellung seit langen Jahren durch Geschäftskenntniß, Eifer und Umsicht ausgezeichnet hatte. Diese Hoffnung wurde aber getäuscht. Racké wurde von der Regierung nicht gewählt, und zwar — eine entschuldigende Darstellung der Sache in der „Kölnischen Zeitung" war sehr lahm — lediglich deshalb nicht, weil derselbe ein Vertreter der nationalen Idee, ein Freund Preußens, ein Nationalliberaler ist und mit diesen Eigenschaften der Regierung früher wiederholt entgegenzutreten in der Lage war!"

Nun folgen die unvergleichlich markigen Schlußsätze unseres Artikels:

„Wir können mit diesem Ministerium unmöglich im neuen Reich bestehen! Die Minister der neuen deutschen Staatseinheit müssen noch andere Eigenschaften haben als diejenige der Katze, aus noch so großer Höhe immer gesund auf die vier Pfoten zu fallen. Das ganze Deutschland, nicht nur unser Hessen, leidet unter diesem Mann und seinem Helfershelfer. Denn eher ist nicht Verlaß auf die hessische Politik, eher ist der Schritt der deutschen Gesetzgebung und Verfassungsentwickelung kein gleichmäßiger, ehe nicht dieser Minister und sein Franck zu gehen gezwungen wurde, da die Pflichten der Ehre und des Gewissens gewöhnlicher Sterblicher für diese Männer zu freiwilligem Rücktritt nicht ausreichen. Pflicht der gesammten nationalen Presse ist, die Beseitigung dieses Ministers und seines Anhanges fort und fort zu verlangen. Der Erfolg dieses energischen und allgemeinen Verlangens ist ja um so unzweifelhafter, als unser Großherzog in aufrichtigem Sinne auf dem Boden der neuen Thatsachen zu stehen und ernstlich gewillt scheint, genau zu halten, wozu er sich verpflichtet hat."

Dieser Artikel war mit x unterzeichnet und ging natürlich durch alle Blätter, aber das x vermochte Niemand algebraisch oder sonstwie zu lösen, auch Herr von Dalwigk nicht. Er glaubte einen einfacheren Weg einzuschlagen, um dem Verräther seiner Herzensgeheimnisse auf die Spur zu kommen, den er, wegen der peinlich-intimen Mittheilung derselben, offenbar unter seinen nächsten Räthen vermuthete: er belangte mich, zwar nicht als x, aber als „verantwortlichen Redakteur" der „Grenzboten" wegen „öffentlicher verleumderischer Beleidigung", und zwar vor seinem ganz zuverlässigen Gericht in Darmstadt, weil die armen „Grenzboten" sich unterfangen hatten, auch an den Gestaden der Darm öffentlich auszuliegen, also dort „verbreitet" wurden. Aus der Anklageschrift waren die Sellen zu ersehen, durch die der hessische Premier sich, trotz seiner ungemein dichten Umhüllung, bis auf die Haut und sogar noch etwas tiefer verletzt fühlte. Namentlich war ihm das Bild von der Katze, die aus jeder Höhe gesund auf die vier Pfoten fällt, äußerst widerwärtig. Bei genauerer Ueberlegung hätte der Minister sich sagen müssen, daß er durch Erhebung dieser Anklage sich selbst nur schaden könne, da während der ganzen Dauer des Prozesses die gesammte nationale Presse Deutschlands natürlich den Inhalt des dem hessischen Premier so mißfälligen Artikels immer von Neuem wiederholen werde; vor Allem aber, weil nach dem damaligen Stande der Rechtshülfe-Gesetzgebung unter den einzelnen deutschen Bundesstaaten im höchsten Maße zweifelhaft war, daß mein Heimathstaat Sachsen jemals eine Strafe gegen mich vollstrecken werde, die von einem an sich unzuständigen Darmstädter Gericht gegen den „verantwortlichen Redakteur" der „Grenzboten" nur auf die Thatsache der „Verbreitung" dieses Blattes in Darmstadt hätte gestützt werden können, an welcher der verantwortliche Redakteur doch in keiner Weise betheiligt war.

Ich sagte aber mit dem alten Molière: „Tu l'as voulu, Georges Dandin!" und bereitete dem verdrießlichen Minister in dem thörichter Weise gegen mich unternommenen Prozesse wenig Freude. Ich bestritt jede formelle Beleidigung und trat für den gesammten Inhalt des angeklagten Artikels den so beliebten Beweis der Wahrheit an, den ich namentlich auf das Zeugniß und die hessen-darmstädtischen Erfahrungen meines Freundes und Kollegen August Metz stützte. Aus

diesem Grunde, sowie um ihm bei seiner Zeugenvernehmung Gelegenheit zu geben, den Verdacht, als ob der x-Artikel von ihm sein könne, von sich abzuweisen, ernannte ich aber vor dem Darmstädter Gericht nicht ihn, August Metz, sondern den Anwalt Dr. Dernburg — den späteren langjährigen Chefredakteur der Berliner „National-Zeitung" — zu meinem Vertheidiger. Dernburg löste seine Aufgabe auch vortrefflich, so daß der unglückliche hessische Minister durch diesen leidigen Prozeß täglich mehr verärgert wurde. Zur ganz wesentlichen Erhöhung dieser Mißstimmung aber trugen die offiziösen Blätter, oder richtiger diejenigen bei, die dem neuen deutschen Reichskanzler Fürsten Bismarck „weißes Papier zur Verfügung stellten". Denn in diesen Blättern wurde jede, auch die geringste Begebenheit und Phase meines Prozesses telegraphisch der Welt verkündet.

Nur ein einziges Mal leuchtete dem armen ministeriellen Opferlamm der „Grenzboten" in diesem Prozesse ein kurzer Freudenstrahl — als nämlich das Darmstädter Gericht in dem Endurtheil erster Instanz mich zu 600 Mark Strafe verurtheilte. Aber dieser Genuß war für Dalwigk „Senf nach dem Essen", denn auch seine Standhaftigkeit hatte schon am 6. April 1871 den hessisch-darmstädtischen Ministersessel verlassen müssen. Auch erlebte das Darmstädter Urtheil in der dem Fürsten Bismarck zugänglichen, ja in der gesammten nationalen Presse Deutschlands eine so vernichtende Kritik, daß dem verabschiedeten hessischen Premier damals wohl kein Wort näher stehen mochte, als das alte weise: „O si tacuisses!"

Die Sache nahm nun aber vollends eine humoristische Wendung an, als ich gegen das Darmstädter Urtheil Berufung einlegte und in der zweiten Instanz, vor dem Mainzer Obergericht durch meinen Anwalt Dr. Dernburg namentlich die Erhebung des mir in erster Instanz abgeschnittenen Wahrheitsbeweises verlangte. Denn inzwischen hatte am 13. September 1872 der bisherige Vertreter Hessens im Bundesrathe, der liberale und gut nationale Hofmann — der mich aus dem Zollparlament und Reichstag auch persönlich kannte — die Leitung der hessischen Staatsgeschäfte übernommen, und ihm war die Erbschaft meines Prozesses aus der Aera Dalwigk einer der ärgerlichsten Bestandtheile dieses traurigen Erbschafts-Inventars. Er ließ also meinen Anwalt Dr. Dernburg zu sich kommen und sagte ihm: er möge mir

zur Wahl stellen: entweder sofortige Niederschlagung des Prozesses im Gnadenwege oder Freisprechung in zweiter Instanz. Ich wählte natürlich das letztere, und in der That erfolgte die verheißene Freisprechung ganz glatt, wegen Unzuständigkeit des von dem verflossenen Minister Dalwigk angerufenen Darmstädter Gerichts. Sic transit gloria mundi! Selbst mein Vertheidiger wurde aus der öffentlichen Kasse bezahlt. Gewiß ein interessantes Bild aus der deutschen politischen und Kulturgeschichte zu Anfang der siebziger Jahre!







Rudolf von Delbrück.

Minister Rudolf von Delbrück.

Wir Aelteren unter den heute lebenden Deutschen sind Zeugen der größten Ereignisse gewesen, die je ein Geschlecht in dem Zeitraum von kaum sieben Jahren über die Bühne der Weltgeschichte schreiten sah. Die „heiligen" Verträge, welche die beiden Geschlechter vor dem Werden unserer Einheit für die Grundlage der europäischen Ordnung hielten, wurden 1864, 1866 und 1870 zerrissen. Die Götzen, vor denen die Welt kniete, an deren Laune — mindestens für die Hälfte unseres Erdballs Krieg und Frieden hing, wurden zertrümmert und zerschlagen durch das schneidige deutsche Schwert. Inmitten des alten Europas, dem die Bewohner Amerikas schon bescheiden den Altentheil zuwiesen, erhob sich das deutsche Reich, kraftvoll und jugendfrisch, waffengewaltig und dennoch friedenverheißend, wie kaum eine zweite Großmacht der Erde.

Gleichwohl soll Deutschland — nach der Meinung Vieler — zu Beginn des achten Jahrzehnts des Jahrhunderts in einem Punkte nicht nur nicht fortgeschritten, sondern hinter das schon zu Beginn des siebenten Jahrzehnts Erstrebte und Erreichte weit zurückgegangen sein. Denn unleugbar nahm Deutschland zu Beginn der sechsziger Jahre lebhaften Antheil an dem Streben, das damals diesseits und jenseits des Ozeans dahin drängte, die Freiheit des Handels und Verkehrs unter allen Völkern durchzuführen. Etwa von 1870 an gewahren wir dagegen in Europa die fast entgegengesetzte Erscheinung. Denn gerade Frankreich, welches seit 1861 an der Spitze der frei- händlerischen Bewegung marschirte, löste jetzt, nach 1871, einen der freisinnigen Handelsverträge nach dem andern und suchte sogar die

veraltete Thorheit der Ausfuhrprämien und ähnlichen Tand einer kindischen Volkswirthschaft hervor, die es bei der drückenden Milliardenschuld des Landes als Heil seiner Zukunft pries. Und bald fand Frankreichs Schutzzollpolitik diesseits und jenseits des Ozeans eifrige Nachahmung.

Auch in der Geschichte nationaler wirthschaftlicher Entwickelung gilt der Satz, daß das erste Tausend schwerer gewonnen wird, als die zweite Million. Die Prüfung ihrer wirthschaftlichen Reife legten die modernen Völker Europas ab, als sie daheim bei sich selbst mit den fiskalischen Ueberlieferungen der guten alten Zeit brachen: als sie die Privilegien, Schlagbäume, Binnen- und Flußzölle und hundert andere Schranken des freien Verkehrs und Handels aus dem Wege räumten, und dadurch endlich große, natürliche, einheitliche Handelsgebiete gewannen. Keinem der europäischen Völker sind diese Prüfungsjahre härter gewesen, ist die Erreichung dieses nächsten Zieles der nationalen Verkehrs- und Handelsfreiheit und -Einheit saurer geworden, als dem deutschen Volke.

Wenige der Männer, die in ihrer Jugend die immer erneute Auflehnung des dynastischen deutschen Partikularismus gegen die Einheit der deutschen Zoll- und Handelspolitik niederschlagen halfen, leben noch unter uns. Kaum Einer unter ihnen Allen aber hat an dieser guten Arbeit reicheren und ruhmvolleren Antheil, als der vormalige Präsident des deutschen Reichskanzleramtes und preußische Staatsminister Rudolf Delbrück. Heute, wo wir längst am Ziele unserer Einheitsbestrebungen in politischer und wirthschaftlicher Hinsicht stehen, ziemt wohl, jene bescheidene und mühevolle stille Arbeit zu würdigen, die lange, ehe das neue Deutschland aus den französischen Schlachtfeldern emporstieg, unter den zahllosen Hindernissen, welche das polnische Veto aller Zollvereinsglieder den Einheitsbestrebungen Preußens nicht bloß auf wirthschaftlichem Gebiete in den Weg warf, dennoch immer größere Stücke deutschen Landes in den Zollverein hineinzog; dann zu Anfang des siebenten Jahrzehnts des Jahrhunderts den tiefen Widerwillen unseres Südens gegen unsern Anschluß an die Freihandelspolitik der westeuropäischen Staaten brach; endlich in leitender Stellung im Norddeutschen Bunde wie im neuen deutschen Reiche mit aller Kraft bemüht war, die wirthschaftlichen Freiheiten

im Innern durch die Bundes- und Reichsgesetzgebung, zugleich aber auch die Freiheit des Verkehrs mit allen Völkern der Erde zu fördern.

Wenig von dem, was sonst die Person eines bedeutenden Mannes dem Herzen der Leser nahe führt, ist aus dem Leben Rudolf Delbrücks zu berichten. Vielmehr nur die Geschichte einer langen, gewaltigen, unverdrossenen und unermüdlichen Arbeit erzählt dieses Leben! Selbst die milden Segnungen der Familie hat das Schicksal ihm früh geraubt und es hat ihm erst sehr spät die Freuden eigener Häuslichkeit gewährt.

Der Vater unseres Delbrück, Johann Friedrich Gottlob, geboren den 22. April 1768 zu Magdeburg, war der älteste Sohn einer Magistratswittwe, die fast mittellos acht Kinder, darunter drei berühmte gelehrte Söhne, trefflich erzog. Johann Friedrich Gottlieb Delbrück war 1792 zum Rektor des „Klosters" (Pädagogium) unserer lieben Frauen zu Magdeburg ernannt worden, als ihn plötzlich im Juli des Jahres 1800 der Minister und Generalkontroleur der Finanzen, Graf v. d. Schulenburg-Kehnert, im Auftrage Friedrich Wilhelms III., als Erzieher des fünfjährigen Kronprinzen (des späteren Friedrich Wilhelm IV.) und des Prinzen Wilhelm (des späteren Kaisers) nach Berlin berief. In dieser Stellung wirkte der gediegene, ehrenfeste Mann vollkommen frei in seinen erzieherischen Plänen, getragen von dem vollen Vertrauen der königlichen Eltern, neun Jahre lang, und trat 1809 mit dem Titel eines Geheimen Regierungsrathes und bedeutender Pension in das Privatleben zurück, unter wiederholter Ablehnung ihm angebotener ansehnlicher Staatsstellen, dagegen eifrig bemüht in der Gründung von Vereinen, welche die damals auf Deutschland lastende schwere Noth zu lindern bestrebt waren.

Er vermählte sich 1815 mit einer Erzieherin an der Luisenstiftung in Berlin, Emilie Meklenburg, die ihm 1817 einen Sohn gebar, der M a r t i n F r i e d r i c h R u d o l f genannt ward, den späteren preußischen Staatsminister und Präsidenten des Reichskanzleramtes. Er blieb, außer einer Tochter, das einzige Kind dieser Ehe. Kurze Zeit nach der Geburt des Sohnes nahm Delbrück der Vater das ihm angebotene Pastorat an der Michaeliskirche in Zeitz an, mit welcher die Superintendentur der dortigen Diözese verbunden ist, und übersiedelte schon im Juli 1817 dorthin.

Nicht lange war den Eltern vergönnt, die Entwickelung der ungewöhnlichen Anlagen ihres Söhnchens liebevoll zu verfolgen und zu leiten. Denn schon 1823 raffte der Tod die Mutter hinweg, und am 4. Juli 1830 starb auch der Vater, dem eine seltene Verehrung seiner Gemeinde ins Grab folgte. Seinem Sohne gegenüber hatte er die Vaterpflichten im edelsten Sinne geübt, namentlich die bestmöglichen Lehrkräfte der Stadt für den Knaben gewonnen, und ihm so stets eine, unter der väterlichen eigenen vorzüglichen erzieherischen Leitung, in wissenschaftlicher wie in sittlicher Hinsicht ausgezeichnete Grundbildung angedeihen lassen.

Mit dem dreizehnten Jahre elternlos, kam der junge Delbrück von 1830 bis 1831 nach Magdeburg in dasselbe Pädagogium, an dem sein Vater vormals Rektor gewesen war und vollendete dann im Herbst 1833 seine Gymnasialstudien in Halle im Hause seines Onkels Gottlieb Delbrück, eines ängstlich pflichttreuen preußischen Beamten, der 1831 Kurator der Universität Halle geworden war. — Nachdem Delbrück hier mit kaum 16 Jahren das Maturitätszeugniß erlangt hatte, bezog er als Student der Rechte im Herbste 1833 die Universität Bonn. Mehr indessen als das Studium der Jurisprudenz fesselte ihn fürs Erste dasjenige der Geschichte; er wurde eifriges Mitglied des Rheinischen Seminars. Bald aber wandte er sich der Rechtswissenschaft selbst fleißig zu und studirte, außer in Bonn, noch in Göttingen und Berlin, im Ganzen 3½ Jahre. In Berlin diente er bei der Gardeartillerie zu Fuß sein Jahr als Einjährig-Freiwilliger ab, zugleich mit dem späteren Generalpostdirektor von Philipsborn, mit dem er schon damals sich eng befreundete. Die beiden jungen Leute, der kleine schmächtige Delbrück und sein hochgewachsener, behäbiger Kamerad, wurden immer zusammen gesehen und hießen im Volksmunde daher „die beiden freiwilligen Artilleristen“.

Im Frühjahr 1837 machte Delbrück sein erstes juristisches Examen und begann nun seine amtliche Laufbahn beim Land- und Stadtgericht in Halle, auf jener berühmten Stufenleiter unbesoldeter Aemter vom Auskultator an aufwärts. Er wurde, nachdem er in Halle in allen Zweigen des Justizdienstes gearbeitet, im Herbst 1839 an die Regierung zu Merseburg versetzt. Hier verblieb er bis 1841 und bereitete sich dann bis 1842 in stillem Fleiße auf sein drittes Examen

vor, das er bei der Verwaltung in vorzüglicher Weise bestand. Er legte eine solche Tiefe des Wissens und so große Klarheit des Denkens — vornehmlich in finanziellen und wirthschaftlichen Fragen — an den Tag, daß er unmittelbar, nachdem er sein Examen bestanden hatte, als Hilfsarbeiter bei der Generalverwaltung der Steuern im Finanzministerium angestellt wurde, wo der tüchtige Kühne Generaldirektor war. Noch jetzt weiß Delbrück zu rühmen, daß er diesem trefflichen Manne die befruchtendste Anregung auf allen Gebieten seiner reichen amtlichen Thätigkeit verdankte. Aber andererseits wurde auch Delbrück seinem verehrten Chef ein Hilfsarbeiter im edelsten Sinne des Wortes, fast eben so viel gebend, als von jenem empfangend. Und weit über die Beziehungen des amtlichen Verkehrs hinaus, begründete sich unter den beiden Männern, trotz des Unterschiedes im Alter, die achtungsvollste Freundschaft, die bis zu Kühnes Tode ungetrübt fortdauerte.

Von nun an führten wenige Jahre den jungen Delbrück in die höchsten Aemter der preußischen Verwaltung, und zu dieser ungewöhnlich raschen Beförderung wirkte neben den außerordentlichen Leistungen des Beförderten gewiß auch die pietätvolle Dankbarkeit an ihrem Theile mit, die König Friedrich Wilhelm IV. seinem liebsten Erzieher, dem Vater Delbrück, nun in dem Sohne erzeigte. So sehen wir denn Delbrück schon etwa nach einem Jahre (1843) aus der Steuerverwaltung nach der „vierten Abtheilung des Finanzministeriums“ versetzt, aus der später das Handelsministerium hervorging.

Der Chef dieser Abtheilung war Beuth, der recht eigentlich als der Vater und Pionier der modernen preußischen Handelspolitik und jener freisinnigen Wirthschafts- und Gewerbepolitik betrachtet werden muß, deren Erbschaft später das Reichskanzleramt würdig angetreten hat. Beuth verfolgte schon damals mit Beharrlichkeit den für seine Zeit wahrlich kühnen Gedanken: daß es grundfalsch sei, ein Gewerbe auf Kosten des andern durch Zoll- oder Steuerschutz oder durch gewerbliche Beschränkungen zu begünstigen, und daß auch die Beaufsichtigung der Gewerbe durch den Staat nur insoweit erfolgen dürfe, als durch Ungeschicklichkeit dem Gemeinwohl Gefahr drohe. Jedenfalls aber hat Beuth niemals einen Beamten in seinem Departement angestellt und in Thätigkeit gesehen, der in diese An-

schauungen des Chefs eifriger und freudiger eingedrungen wäre und sie erfolgreicher zur Geltung gebracht hätte, als Delbrück.

Als im Jahre 1844 das Handelsamt unter Rönnes Leitung errichtet wurde, ward Delbrück dorthin berufen. Dieser Rönne, ein Bruder des berühmten preußischen Staatsrechtslehrers, war längere Zeit Gesandter Preußens bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika gewesen und galt mit Recht für einen sehr vielseitig erfahrenen Beamten. Eine glückliche Fügung war jedenfalls, daß Delbrück in dieser Weise nach und nach unter den hervorragendsten und würdigsten Spitzen des preußischen Beamtenthums, lauter Männern von größter Klarheit und Weite des Blickes, arbeitete, ehe er selbst an die Spitze eines Theiles der Regierungsgeschäfte berufen wurde.

Dieser ehrenvolle Ruf aber erging an ihn, den kaum 31jährigen Mann, in einer Zeit, da die Throne ins Wanken geriethen und panischer Schrecken die Gemüther Vieler ergriff, die bis dahin von sich gerühmt hatten, sie seien die treuesten Stützen der Krone — im Frühjahr 1848. Nach Auflösung des Handelsamtes wurde nämlich Delbrück um diese Zeit als Ministerialdirektor in das preußische Märzministerium berufen, trat aber, bei dem bald erfolgenden Umschwung der Dinge, sammt seinen Kollegen zurück und übernahm von Errichtung des Handelsministeriums an dessen Direktorium mit dem Titel eines Wirklichen Geheimen Rathes. Sofort mit der Uebernahme dieser Stellung beginnen nun diejenigen Leistungen Delbrücks für Preußen und Deutschland, die ihm für immer die dankbare Anerkennung unseres Volkes sichern werden. Er handelt fortan aus eigener Machtbefugniß, auf eigene Verantwortung, aber immer zur Ehre und zum Heil des Ganzen.

Selten wohl ist die Erbschaft großer handelspolitischer Ueberlieferungen in einer trüberen Zeit angetreten worden, als von Delbrück die Leitung der auswärtigen Handelspolitik Preußens und der preußischen Tarifpolitik im Zollverein unter den damaligen Ministerien Preußens. Daß Delbrück in jenen Tagen mit Selbstverleugnung, mit Unterordnung seiner besseren — aber vorläufig unausführbaren — Ueber-
unter das Machtgebot des Ministerpräsidenten v. Manteuffel
Posten ausharrte, um die preußische Handelspolitik durch
ang in ungeschicktere Hände nicht ganz verderben zu lassen,

das ist ihm besonders hoch anzurechnen. Seine Ausdauer wurde aber auch vom schönsten Erfolge gekrönt. Denn während die politische Machtstellung Preußens am Tage von Olmütz (im November 1850) hingeopfert und für Jahre gelähmt wurde, wußte die preußische Handelspolitik sich nicht nur aller österreichisch-mittelstaatlichen Anmaßungen zu erwehren, sondern erlangte gerade im entscheidenden Augenblicke für den deutschen Zollverein ein wesentlich erweitertes Gebiet, das bis dahin für unerreichbar gegolten hatte.

Das Frankfurter Parlament hatte nämlich ein Reichszollgesetz nicht zu Stande gebracht. Es entsprach dem schwärmerischen, den Machtfragen vielfach verschlossenen Geiste jener Tage, daß die Mehrheit des Parlamentes in der Paulskirche das deutsche Zollreich ebenso wie den deutschen Staat viele Monate des Jahres 1848 hindurch unter Einschluß Oesterreichs für möglich und ausführbar hielt. In Folge dessen hatten auch österreichische Beamte im Jahre 1848/49 an den Berathungen des Reichszollausschusses Theil genommen. Sobald aber die Reaktion in Oesterreich ausreichend erstarkt war, rief sie die österreichischen Bevollmächtigten von Frankfurt ab. Preußen und alle Welt glaubten, Oesterreich sei jetzt zu der vernünftigen Einsicht gelangt, daß es im Zollverein nichts zu suchen habe. Da verlangte jedoch plötzlich ein offiziöser Artikel in der amtlichen Wiener Zeitung vom 26. Oktober 1849 ganz dreist die Zolleinigung Oesterreichs mit Deutschland. Oesterreich werde seine Ausfuhrverbote aufheben und seine Einfuhrverbote in „kräftige Schutzzölle“ verwandeln. Deutschland aber müsse unbedingt „eine gemeinsame neue Grundlage der Volkswirthschaft mit Oesterreich“ anerkennen. Schon am 7. November 1849 ließ der „Preußische Staatsanzeiger“ dieser Anmaßung die verdiente Abfertigung widerfahren. Hier wurde die später so geläufige Wahrheit schon ausgesprochen: daß die k. k. Hannaken und Raizen und andere subkulturelle Völker Oesterreichs keine sehr beträchtlichen Konsumenten zollpflichtiger Artikel seien, und daher die im Zollverein grundsätzlich übliche Vertheilung der jährlichen Einnahme-Ueberschüsse nach Köpfen Oesterreich gegenüber sich gar nicht anwenden und ausführen lasse.

Ich habe die besten Gründe für die Annahme, daß dieser berühmte Artikel aus Delbrücks Feder geflossen ist, nämlich die Mittheilung des

Ministers an mich selbst. Aber Oesterreich hatte damals Bruck als Finanzminister, der recht wohl erkannte, wie hübsch es wäre, wenn der wohlhabende Zollverein mit dem österreichischen Defizit zusammengespannt würde, und zur Erreichung dieses Zieles begann er in einer Reihe von Denkschriften eine nachhaltige Schwärmerei für ein austrodeutsches Zollreich von 70 Millionen Seelen zu erregen. So schleppte sich der Streit durch die Staats-Archive von Frankfurt, Wien und Berlin fort, wurde auf den Dresdener Konferenzen (Vorfrühjahr 1851) ebenso wenig ausgetragen, als die deutsche Frage, hatte aber immerhin für Oesterreich den großen Segen, daß Bruck einstweilen mit den österreichischen Einfuhr-, Ausfuhrverboten und Zwischenzöllen gründlich aufräumte. Sobald aber Bruck mit diesen tüchtigen innerösterreichischen Reformen zu Ende war (1. Februar 1852) und die Hände nach außen frei hatte, trat er mit einem kühnen, neuen Plane hervor.

Preußen hatte von jeher erklärt, so unausführbar es auch eine Zolleinigung mit Oesterreich halte, so gern sei es bereit, einen Handelsvertrag zu schließen. Bruck nahm Preußen nun beim Wort. Er bot die allergrößten Verkehrserleichterungen zwischen den beiden Handelsgebieten an — viel größere z. B., als sie siebzehn Jahre später der deutsch-österreichische Handelsvertrag gewährte — und verlangte dagegen nur die scheinbare Kleinigkeit, daß ohne Einwilligung Oesterreichs hinfort Tarifveränderungen im Zollvereine nicht stattfinden dürften. Dieser Vertrag sollte am 1. Januar 1854 in Kraft treten und allmählich in eine vollkommene Zolleinigung mit Oesterreich überführen, die am 1. Januar 1859 beginnen sollte.

Delbrück erkannte sofort die arge Doppelzüngigkeit dieses Vorschlages. Mit dem Danaergeschenk von Verkehrsfreiheiten wollte Oesterreich im Zollvereine sich einnisten, dagegen aber mit einem absoluten Veto gegen jede selbständige und namentlich gegen jede freihändlerische Handelspolitik Preußens. Delbrück lehnte daher die österreichischen Vorschläge rundweg ab. Bruck aber hatte seine Rechnung auf dem Preußenhaß der deutschen Mittelstaaten und auf den schutzzöllnerischen Liebhabereien Süddeutschlands aufgebaut, — und diese Rechnung erwies sich als richtig. Auf der Vereinszoll-Konferenz in Wiesbaden am 7. Juni 1851 verlangten Bayern, Sachsen, Württem-

berg und die beiden Hessen, daß Preußen auf die österreichischen Vorschläge unbedingt eingehen müsse, sonst würden die genannten Staaten die Zollvereins-Verträge für den 1. Januar 1854 kündigen.

Inzwischen aber hatte Delbrück ganz in der Stille einen Gegenzug vorbereitet und fertig gebracht, der alle diese Pläne durchkreuzte, und der dem jungen Leiter der preußischen Handelspolitik — ohne daß er damals eine Ahnung davon hatte — den lebhaftesten Beifall des größten Staatsmannes des Jahrhunderts eintrug, — des damaligen preußischen Bundestags-Gesandten Otto von Bismarck, in dessen geheimen Berichten an den Minister von Manteuffel, an den General von Gerlach und an den König selbst.

Bis dahin hatten nämlich die Neider und Gegner Preußens mit sichtbarlichem Behagen darauf hingewiesen, daß Hannover, Oldenburg nnd Lippe ein besonderes Zollgebiet (unter dem Namen Steuerverein) bildeten, welches die östlichen und westlichen Provinzen Preußens vollständig von einander trennte. Für Preußen wäre daher die Kündigung der Zollvereins-Verträge für den 1. Januar 1854 in der That ein Ereigniß von bedenklichster Tragweite gewesen. Denn dann wurde das preußische Staatsgebiet in zwei Theile zerrissen, an deren Grenzen überall Zollschranken starrten. Während aber nun Preußens Gegner dieses Unheil frohlockend voraussahen, veröffentlichte Preußen plötzlich den von Delbrück im tiefsten Geheimniß verhandelten und abgeschlossenen Vertrag zwischen Preußen und Hannover vom 7. September 1851, wonach Hannover, unter Annahme der Grundsätze der bisherigen Zollvereinsverträge, vom 1. Januar 1854 ab Preußen und den alsdann mit Preußen zollverbündeten Staaten beitrat. Noch im September 1851 schloß sich Lippe, am 1. März 1852 auch Oldenburg diesem Vertrage an.

Damit hatte sich die Lage mit einem Male von Grund aus verwandelt. Denn Preußen gewann ein trefflich abgerundetes einheitliches Zollgebiet und freihändlerische Vereinsgenossen, anstatt der alten schutzzöllnerischen. Mit kühlem Blute konnte es nun dem Treiben seiner Gegner zuschauen; denn eine Kündigung der Zollvereinsverträge bedeutete jetzt für diese die völlige Abschneidung vom Meer — ganz abgesehen von dem sehr großen Ausfall der einzelstaatlichen Einkünfte, welche die Mitglieder des Zollvereins alljährlich aus den auf sie ent-

fallenden Antheilen an dem Reingewinn des Zollvereins bezogen. Gleichwohl tobten die stürmischen Wogen der Leidenschaften in den Mittel- und Südstaaten noch zwei weitere Jahre lang um den Fortbestand oder die Auflösung des Zollvereins. Der meisterhafte Zug Delbrücks aber hatte zweifellos das Hauptverdienst an der endlich doch wieder zu Stande kommenden Versöhnung der Hadernden. Am 4. April 1853 schon war der auf zwölf Jahre – bis Ende 1865 — erneute Zollverein in Berlin allseitig angenommen, der Steuerverein war ein festes Glied des Zollvereins geworden, für den inländischen Verkehr manche Erleichterung gewonnen — und der Mann, der zumeist Deutschland damals vor heilloser Verwirrung bewahrt, ihm Ruhe und Frieden bewahrt, mindestens wiedergegeben hat, war Rudolf Delbrück.*)

Indessen verbarg sich auch Niemand weniger als Delbrück, daß mit dieser Ordnung der Dinge die Vollendung des Zollvereins noch lange nicht erreicht sei. Nur die innere Einheit hatte man mit schwerer Mühe errungen, und auch diese nur um den Preis einer innigen Verkehrsgemeinschaft mit Oesterreich, da man in einem neuen Handelsvertrag vom 19. Februar 1853 Oesterreich im Voraus jedes Vorrecht zugestanden hatte, welches der Zollverein dritten Personen künftig gewähren würde. Bald aber bedurfte man des ganzen, mühsam wiedergewonnenen inneren Zusammenhaltes, um den westeuropäischen Völkern auf den Bahnen freien Handels und Verkehrs — und zwar gegen Oesterreichs dieser Freiheit widerstreitende Interessen — rechtzeitig zu folgen.

Am 23. Januar 1860 hatte nämlich Frankreich mit Großbritannien jenen Handelsvertrag geschlossen, in welchem Frankreich — unter Bruch mit seiner ganzen bisherigen Handelspolitik — durch die neuen mit England vereinbarten Zolltarife und durch Gleichstellung der englischen Schiffe mit den französischen, entschlossen die Bahn des Freihandels beschritt. Bald nach Abschluß dieses Vertrages strebte Belgien danach, auf gleicher Grundlage mit Frankreich zu unterhandeln. Und Preußen erhielt auf Anfrage die amtliche Antwort aus Paris, daß Frankreich

*) Bismarcks großer Antheil an diesem preußischen Siege ist erst aus Poschingers klassischem Werke „Preußen am Bundestage" bekannt geworden. Z. vgl. mein Werk „Bismarck [illegible] Zeit" Bd. I S. 351—400. (München, Beck 1894/95).

gern bereit sei, auch mit dem Zollverein einen Handels- und Schifffahrtsvertrag und ein Abkommen zum Schutze des literarischen Urheberrechts beider Gebiete abzuschließen.

Wieder ward Delbrück mit dem vertrauensvollen Auftrag beehrt, diese Verhandlungen zu leiten. So rasch als möglich sie zum Ziele zu führen, war er bemüht. Denn für den Zollverein war Gefahr im Verzug, wenn dieser sich von der hochentwickelten Kraft der Industrie und des Handels der westeuropäischen Völker auf dem Markte des westlichen Europa nicht ganz überflügeln lassen wollte.

Andererseits waren der deutsche Gewerbefleiß und die deutsche Fabrikation so erstarkt, daß Delbrück kein Bedenken trug, eine Reihe von deutschen Eingangszöllen herabzusetzen, die vor zwanzig Jahren noch für das Emporblühen der deutschen Industrie nothwendig gewesen waren. So allgemein theilte man im Zollverein diese Anschauungen Delbrücks, daß schon im September 1860 Preußen die Zustimmung aller Vereinsgenossen zum Beginne der Verhandlungen nach Paris melden konnte. Nachdem diese am 15. Januar 1861 begonnen hatten, ward am 29. März 1862 der Entwurf eines Handels- und Schifffahrtsvertrages und einer Nachdrucks-Konvention zwischen Preußen und Frankreich festgestellt und schon am 3. April den übrigen Zollvereinsregierungen mitgetheilt.

Preußen hatte in diesen Verträgen dieselben Vergünstigungen erlangt, wie England und Belgien zuvor; seinerseits auch annähernd dieselben Zolltarifermäßigungen zugestanden, wie jene Staaten. Vom wirthschaftlichen Standpunkt aus war also dem Vertrage wenig einzuhalten. Um so mehr vom politischen aus. Denn der stillen Hoffnung der süddeutschen Staaten auf eine endliche dauernde Zolleinigung mit Oesterreich ward durch diesen Vertrag ein gründliches Ende bereitet. Oesterreich hatte nämlich aus dem Vertrage von 1853 das Recht gewonnen, alle Zwischenzölle zwischen sich und dem Zollverein um so viel zu erhöhen, als der Zollverein gegen das Ausland Zollermäßigungen eintreten ließ. Gegen diese klaren und unausbleiblichen Folgen des Anschlusses an die westeuropäische Handelspolitik sträubten sich deshalb Oesterreich, Bayern, Württemberg, Nassau u. s. w. auf das Aeußerste, während Sachsen, in der richtigen Erkenntniß der Bedürfnisse seines blühenden Handels und Gewerbfleißes, von Anfang

an nothgedrungen an Preußens Seite geführt wurde. Diesmal war Preußens endlicher Sieg ungleich sicherer, als in der Zollvereinskrisis der fünfziger Jahre. Denn die klaren wirthschaftlichen Vortheile und Segnungen des französischen Handelsvertrages für den Zollverein wurden diesmal auch von Preußens Gegnern anerkannt.

Die letzten Noten Preußens in dieser Krisis tragen schon Bismarcks kräftige Unterschrift, da dieser im September 1862 die Leitung des preußischen Ministeriums übernommen hatte. In ihm hatte Delbrück den sympathischen Meister diplomatischer Staatskunst gefunden, der diese Kunst aufs Kräftigste und Erfolgreichste für Delbrücks deutsche Handelspolitik einsetzte. Am 12. Oktober 1864 endlich — nach dreijähriger nutzloser Aufregung aller wirthschaftlichen Kreise Deutschlands, traten alle Zollvereinsstaaten dem französischen Handelsvertrage bei. Der Zollverein war wieder für zwölf Jahre gesichert. Mit Oesterreich vereinbarte Delbrück noch im nämlichen Jahre einen neuen Handelsvertrag. Sein kühner Geist hatte sich schon während der eben glücklich überwundenen Krisis an Verhandlungen mit England und Belgien gewagt, die fast gleichzeitig mit dem französischen Vertrage bei den Zollvereinsstaaten Annahme fanden. Denselben Erfolg hatten seine Verhandlungen mit Italien, die am 31. Dezember 1865 zum Abschluß führten. Auch dieser Vertrag ward bei den Vereinsgenossen durchgesetzt, obwohl sich dabei das stolze Legitimitätsgefühl manches alten deutschen Fürstenhauses aufbäumte gegen die mit dem Vertrage verbundene Anerkennung des emporgekommenen Königreichs jenseits der Alpen.

Damit war Alles erreicht, was bei dem polnischen Veto jeder einzelnen Stimme im alten Zollverein — bei jeder Aenderung der inneren und äußeren Zollvereinsverhältnisse — hatte gewonnen werden können. Kein „moralischer Einfluß" in der ganzen Welt aber vermochte die deutschen Souveräne, auf ihr Veto zu verzichten, sich freiwillig und ein- für allemal der Mehrheit der Zollvereinsstimmen unterzuordnen, oder gar einer Vertretung des deutschen Volkes neben den Bevollmächtigten der Regierungen berathende und vollends beschließende Stimme in Zollvereinssachen zu gewähren. Ein ganzes Jahrzent lang hatte die preußische Regierung, unterstützt durch die thüringischen Staaten, durch Baden und namentlich durch den volks-

wirthschaftlichen Kongreß, beide Forderungen gestellt und immer wieder mahnend in Erinnerung gebracht. Gewaltigere Zeiten und die Macht zwingender Ereignisse mußten über Deutschland kommen, um dieses Opfer von den Mittel- und Kleinstaaten zu erstreiten. Sie kamen mit dem Jahre 1866. Der deutsche Zollverein dankt diesem Jahre die bedeutsamste, bis dahin unerreichbare Umgestaltung.

Sobald nämlich die norddeutsche Bundesverfassung gegründet war, schon am 8. Juli 1867, ward in Berlin unter Delbrücks Vorsitz und unter dessen wesentlichster Mitwirkung der neue Zollvereinsvertrag geschlossen, der alle Angelegenheiten des Vereins hinfort an die Entscheidung der einfachen Mehrheit des Zollbundesrathes und des Zollparlamentes band. Auch diese beiden Körperschaften, an welche bei deren Entstehung Millionen von Deutschen schon die Hoffnungen und Ansprüche eines Vollparlamentes knüpften, gehören nun schon längst der deutschen Geschichte an. Ihre Befugnisse sind auf den deutschen Reichstag und Bundesrath übergegangen. Aber ihre tüchtige, segensreiche Arbeit sollte unvergessen bleiben. Denn in dem kurzen Zeitraum dreier Jahre sind von ihnen Handelsverträge mit Oesterreich, Spanien, dem Kirchenstaat (!), der Schweiz, Japan, Hawaï, Mexiko geschlossen, die Zollgesetzgebung und Zollordnung neu gefaßt, die Gesetze über die Besteuerung des Zuckers, Tabaks und Kaffees erlassen, und vor Allem zu Beginn des Jahres 1870 eine gesunde Tarifreform angebahnt worden. Wie Delbrück aber an der Verhandlung und Ausarbeitung aller dieser Reformen des Zollvereins den hervorragendsten Antheil hatte, so war auch er hauptsächlich der Sprecher des Zollbundesrathes vor dem Zollparlament. Und seine Reden über alle diese schwierigen volkswirthschaftlichen Fragen: z. B. über den österreichischen Handelsvertrag 1868, über die Zollordnung und die Nothwendigkeit der Tarifreform 1869 und 1870 werden gewiß immer zu Mustern parlamentarischer Beredtsamkeit gerechnet werden. Denn ihre klare, ruhige, überzeugende Gründlichkeit ist wirklich kaum je übertroffen worden.

In seinem amtlichen Fache war Delbrück weitaus der Unterrichtetste und Sachkundigste unter allen seinen gelehrten, trefflichen Räthen. Ebenso überragte er auch die auf volkswirthschaftlichem Gebiete bedeutendsten Parlamentarier. Und wie umfassend war Delbrücks

amtliches Fach! Seine vielseitige Thätigkeit bei der Erneuerung, Läuterung und steten Fortentwickelung des deutschen Zollvereins, die soeben in flüchtigen Strichen gezeichnet wurde, erschöpfte bei Weitem noch nicht die Pflichten seines Amtes. Denn als am 12. August 1867 das Bundeskanzleramt (spätere Reichskanzleramt) errichtet wurde, mußte Delbrück — zum Präsidenten dieser Bundes- (bezw. Reichs-) Zentralbehörde ernannt — auch die Vorbereitung jener zahlreichen wirthschaftlichen Reformgesetze leiten, welche alle Zeit, namentlich aber in jenen Jahren, einen Hauptbestandtheil der deutschen Reichsgesetzgebung ausmachten. Heute, wo das grasgrüne, „allermodernste“ Deutschland, mit der schönen Unbefangenheit des Nichtswissens und Allverurtheilens, jene Gesetzgebung als eine für Deutschland unheilvolle brandmarkt, erscheint doppelt angemessen, wenigstens einmal nur den Gegenstand dieser ganz Deutschland von dem Jammer der todten Hand des Bundestages befreienden und einigenden Gesetze aufzuzählen, damit die Herren Ostrazisten ihre Forschernasen auch einmal in die großen Denkschriften versenken, die jenen Gesetzentwürfen unter dem bescheidenen Titel von „Motiven“ vorausgingen, und aus denen die Herren dann die Zustände kennen lernen werden, welche bis 1867 in Deutschland bestanden und geduldet wurden, ehe diese Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes und Deutschen Reiches anhub.

Sie begann im Herbst 1867 mit dem Gesetz über die Freizügigkeit und die Aufhebung des Paßzwanges; fügte im Jahre 1868 die Aufhebung der Schuldhaft, die Beseitigung der polizeilichen Beschränkung der Eheschließung und das Genossenschaftsgesetz hinzu; brachte in der Reichstagssession von 1869 die Gewerbeordnung, das Verbot der Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnes und die Einsetzung des obersten Bundesgerichtes zu Stande, und schloß im Jahre 1870 mit der Beseitigung der Doppelbesteuerung, mit dem Heimaths- und Unterstützungwohnsitz-Gesetze die erfolgreiche Thätigkeit der ersten und letzten Legislaturperiode des Norddeutschen Bundes.

Die Gesetze, welche das neue Deutsche Reich auf diesem Gebiete der Aera des Norddeutschen Bundes hinzufügte bis zum Rücktritte Delbrücks: das Haftpflichtgesetz, das Postgesetz, das Münz- und Bankgesetz u. s. w., sie alle beweisen, daß die rege schaffende und immer vorwärts, immer weiter strebende Kraft des damaligen Präsidenten

des deutschen Reichskanzleramtes um nichts sich verringert hatte. Mitten aus dieser gewaltigen gesetzgeberischen Arbeit und dem harten Kampfe, den während dieser Jahre, welche die einheitliche und freisinnige Gestaltung der deutschen Gesetzgebung entschieden — die liberalen und nationalen Parteien Deutschlands gegen die Vorurtheile der preußischen Altkonservativen und gegen die Ansprüche des kleinstaatlichen Patikularismus führten, tritt das Bild wie die Thätigkeit Delbrücks am reinsten und größten hervor. Ihm gebührt ganz in erster Linie das Verdienst, daß die bedeutendsten und wichtigsten Gesetzentwürfe aus diesen parlamentarischen Kämpfen und Arbeiten alle verbessert und geklärt hervorgegangen und als Bundesgesetze dann wirklich zu Stande gekommen sind.

Er hat bei allen wesentlichen Fragen stets die nationale Aufgabe des Bundes über die einzelstaatlichen Liebhabereien oder die Vorurtheile seiner Glieder, die freien Lebensbedingungen moderner Volkswirthschaft über die abgelebten Vorrechte gewisser Stände und Kasten gestellt. Von diesem erhabenen Standpunkt aus hat er nicht selten freigesinnte Anträge, die aus dem Schooß des Reiches hervorgingen, gegen die büreaukratische Eigenrichtigkeit seiner eigenen Räthe befürwortet und vertheidigt, so namentlich bei den Verhandlungen über den Entwurf der Gewerbeordnung im Frühjahr 1869. Mit derselben Entschiedenheit hat er gegen übertriebene Forderungen der Zünftler und die damals unnöthige Privilegirung des landwirthschaftlichen Kredites u. s. w. sich gekehrt, wenn die altkonservative Partei sich zur Sprecherin dieser Begehren machte. Endlich hat er im Frühjahr 1870, im Bunde mit der großen Mehrheit des Reichstags, erfolgreich die Gefahr von uns abgewendet, daß wir den von den „Kleinen“ im Bundesrathe durchgesetzten, und deshalb dem Reichstag anfänglich vorgelegten ganz partikularistischen Entwurf eines Gesetzes über das Bundesheimathsrecht (Unterstützungswohnsitz) als Bundesgesetz aufgehalst erhielten.

In allen diesen mannigfachen Verhandlungen hat Delbrück sich als ein streng offener, durchaus redlicher Charakter erwiesen. Niemals ist ihm beigekommen, durch verstecktes Spiel die häufig nicht geringen Schwierigkeiten der Lage zu ebnen, wie der damalige preußische Finanzminister v. d. Heydt, „der Goldonkel“, dies mehr als einmal

gethan hat, indem er z. B. für die Bewilligung der Petroleumsteuer den Freihändlern des Zollparlamentes Tarifermäßigungen und zugleich den Schutzzöllnern Erhöhung der Tarife auf ganz dieselben Artikel als Gegengeschenk anbot. Jene ersten Jahre des norddeutschen Bundes, da „die todte Hand des Herrn Justizministers" (des Grafen zur Lippe) die Entwickelung der nationalen Gesetzgebung, und zwar nicht blos auf dem Gebiete des Rechtes, lähmte, und die Doppelzüngigkeit des Herrn v. d. Heydt das gute Vertrauen zwischen der leitenden Bundesregierung und der Volksvertretung erschütterte, zugleich aber auch alle finanzpolitischen Gesetze und die Zolltarifreform für Jahre verzögerte, diese Jahre brachten dem ehrlichen Delbrück die bis dahin schwersten Tage seines Amtes. Zu meinem Erstaunen hörte und sah ich, wie Delbrück damals — allerdings contre coeur — im Reichstag eintrat für die berüchtigte v. d. Heydtsche Steuerrazzia (das sog. „Steuerbouquet") und im deutschen Zollparlament von 1868 und 1869 für die verfehlten Tarifvorlagen desselben Ministers.

Diese falsche und Delbrück selbst höchst peinliche Stellung entsprang aus dem unnatürlichen Verhältnisse, daß der Präsident des Bundeskanzleramtes an letzter Stelle aus dem preußischen Staatsministerium seine Weisungen empfing, ohne selbst in diesem Sitz und Stimme zu haben. Bekanntlich ist dies bald nachher anders geworden. Die Verleihung der Würde eines preußischen Staatsministers an Delbrück war also keineswegs eine bloße Form. Indessen auch in jener peinlichen Lage, da ihm zugemuthet war, die Roßkastanien des Herrn v. d. Heydt aus dem parlamentarischen Feuer zu holen, hat er seine Würde und Ehrlichkeit vollkommen behauptet. Wer Delbrück damals zum Parlament reden hörte, dem mußte er erscheinen wie ein anderer Mann. Sonst nämlich war seine Rede immer von hervorragender Klarheit, Gediegenheit und Schärfe, schmucklos und schlicht und doch im höchsten Grade wirkungsvoll. Wenn der kaum mittelgroße Mann sich vom Sitze der Bundesräthe erhob und mit halblauter Stimme zu reden begann: „Meine Herren!" — dann war das nächste Wort schon in den entferntesten Winkeln des Sitzungssaales hörbar. Aber damals, als Delbrück das „Steuerbouquet" des Herrn v. d. Heydt — der gleich sieben Steuern im Belaufe von unzähligen Millionen forderte — und eine Tarifreform zu vertheidigen hatte,

welche den Grundsätzen und Idealen seines ganzen Lebens und Wirkens zuwiderlief, da hüstelte Delbrück viel, stockte manchmal, suchte die schwächeren Stellen seiner Rede durch witzige Einfälle zu decken, sprach anscheinend im Wesentlichen zu seiner Tabaksdose, die ihm auch sonst während seiner Reden die Hände zu beschäftigen pflegte, und zeigte sich gegen die Angriffe aus dem „hohen Hause" reizbarer als sonst. So wenig war er der Verstellung fähig. Vielleicht gewährte er die Erfüllung meiner Bitte, mir gütig ein Bild seines Lebens und Wirkens behufs späterer Veröffentlichung zu geben, gerade damals mit einiger Freude.

Delbrück erholte sich in jenen Tagen wie auch sonst meist Spätnachmittags, nachdem die parlamentarische Tagesordnung erschöpft war, in Gesellschaft eines Reichstags- und Zollparlamentsabgeordneten, mit dem er seit vielen Jahren vertraut war, ein Stündchen an den Freuden der Tafel in einer der guten Weinstuben der Behren- oder Jägerstraße. Wenn die beiden älteren Junggesellen hier bei einander saßen, der Wein im Glase perlte, ein trefflicher Einfall den anderen jagte und sie zu lauter Heiterkeit hinriß, da hätte man nicht glauben mögen, soeben erst sei wieder eine Szene in dem heißen Kampfe um Petroleum- oder Börsensteuer abgespielt worden. Aber in diesem Freunde Delbrücks steckte freilich auch etwas von einem Minister, eine seltene politisch-staatsmännische wie volkswirthschaftliche Erfahrung; in seinem Haupte regten sich auch große und fruchtbare Gedanken und Pläne neben einer wahrhaft naiv-freudigen und rheinländisch-heiteren Lebensanschauung. Und dieser Abgeordnete hatte eigentlich ebensowenig Grund, über den täglich sichereren Niedergang des Finanzministers v. d. Heydt verstimmt zu sein, als der Freund Delbrück, der damals ohne Erfolg vor Reichstag und Zollparlament für mildernde Umstände zu Gunsten seines Klienten v. d. Heydt plaidirte.

Denn dieser langjährige Tischgenosse Delbrücks war kein Anderer als Otto Camphausen; seit 1854 Präsident der Seehandlung, seit 1867 nebenbei Abgeordneter für Reuß, und wenige Monate schon nach dem Fall der letzten Steuerpläne des Herrn v. d. Heydt dessen Nachfolger im preußischen Finanzministerium. Wie fruchtbar und segensreich dann die innige Freundschaft und das harmonische Zusammenwirken dieser beiden Männer für die Entwickelung der Finanz-,

Steuer- und Zolltarifreform Preußens und Deutschlands wurde, davon geben die ersten Jahre des neuen deutschen Reiches Zeugniß.

Auch an dem großen deutschen Kriege sollte Delbrück Theil nehmen in seiner Weise; nicht im Kriegskleide, das er einst als „freiwilliger Artillerist" getragen — nannten ihn doch damals schon die Kameraden wegen der unnachahmlichen Zurückhaltung und diplomatischen Feinheit seines Wesens den „Minister" — sondern als Vermittler der deutschen Einheit, als Unterhändler zwischen dem königlichen Schirmherrn des Norddeutschen Bundes, seinem Kanzler, und den süddeutschen Staaten. Auch körperlich war der Dienst zur Lösung dieser hohen Aufgabe hart und anstrengend. Denn viele Wochen lang reiste Delbrück unablässig und fast ohne Ruhetag hin und her zwischen Berlin, dem fast täglich gegen Paris weiter vorgeschobenen Großen Hauptquartier des Königs in Frankreich, und zwischen Stuttgart und München; und zwar gerade in den ersten Wochen nach Sedan, wo die Eisenbahn nur bis Pont-à-Mousson an der Mosel zu benutzen war, von da ab jedoch der Minister nur die mehr ursprünglichen als bequemen Fuhrwerke und Relais unserer Feldetappen durch Requisition sich dienstbar machen konnte. Gleichwohl legte Delbrück, auch so befahren, im Interesse der großen Dringlichkeit und Wichtigkeit seiner Sendungen, verhältnißmäßig immer kolossale Strecken eiligst zurück. Jedenfalls kann niemals ein Kurier des Königs mit weniger Rücksicht auf sein Wirbelknochensystem gereist sein, als der Präsident des damaligen Bundeskanzleramtes.

Eine Szene aus jenen Tagen wird mir unvergeßlich sein. Wir zogen in dem ehrsamen Schritt von Begleitern werthvoller Liebesgaben — ich außerdem als Geleiter und Ueberbringer einer Sendung von etwa dreißig wichtigen Kisten, die mir der Große Generalstab in Berlin zur Beförderung an das Große Hauptquartier des Königs anvertraut hatte — auf der Landstraße („Departements-Straße") zwischen Pont-à-Mousson und St. Mihiel. Zwölf Stunden lang begleitete uns strömender Regen. Die Argonnen lagen im Nebeltanze vor uns. Auf derselben Straße kamen an diesem Tage, in einzelnen Trupps, zwanzigtausend gefangene Franzosen von Sedan, in ihrer stumpfen oder gleichgiltig-schwätzenden Art, an uns vorüber. Zwischen ihnen füllten die Straßen immer lange Züge „evakuirter" leichter deutscher Verwundeter. Auf der Höhe hielt jetzt unsere Kolonne,

ebenso machten die uns entgegen kommenden Wagen der Verwundeten hier Halt. Die Freiwilligen von einem der preußischen Garderegimenter, die unsere Bedeckung bildeten, verkehrten freundlich mit den verwundeten Freiwilligen, die auf einem der ruchlosen zweirädrigen französischen Karren zusammengepackt lagen.

Für einige Augenblicke war der Schmerz vergessen. Denn die Fragen flogen der deutschen Heimath zu, sie suchten die Gerüchte über Friedensaussichten und die Hoffnungen für die Verwirklichung der deutschen Einheit festzustellen. Man sagte den armen, lieben Verwundeten, was man wußte. Die letzte Nachricht aus Berlin lautete: Minister Delbrück sei in das königliche Feldlager entboten, um mit den süddeutschen Staaten in einer gesammtdeutschen Reichsverfassung jene deutsche Einheit für immer aufzurichten, die im Donner der Schlachten und im theuren Blute der Krieger aller deutschen Stämme so herrlich sich bewährt hatte.

Da kam ein geschlossener Wagen unserer Höhe zu, dem Regen und Wind entgegen. Beim Vorüberfahren zeigte sich am Fenster Delbrücks Antlitz. Ich erkannte und grüßte ihn, dann flog sein Name durch unsere Reihen. „Delbrück, Hurrah!“ rief ein Freiwilliger auf seinem Strohlager, mit der einen gesunden Hand den Helm schwingend. „Delbrück, Hurrah!“ hallte es wieder aus wohl fünfzig Kehlen. Wahrscheinlich hat der Sturm damals den freudigen Gruß nicht an das Ohr des Ministers dringen lassen. Vielleicht aber vermitteln ihn nach vielen Jahren diese Zeilen. Dieser Ruf „Delbrück, Hurrah!“ erschien uns damals sehr bezeichnend. Die jungen Krieger, die hier auf ihrem Schmerzenslager Delbrück begrüßten, hatten zuletzt Hurrah gerufen auf dem Schlachtfelde von Sedan, als nach der Gefangennahme des Kaisers Napoleon die ehrwürdige Weise des „Nun danket alle Gott!“ von Berg zu Thal über die meilenweite Wahlstatt gebraust war. Nun galt das nächste Hurrah der jungen Helden dem Sendboten der deutschen Einheit.

Delbrück war übrigens, auch Zeit seines Amtes, einer der wenigen Minister, die sich selbst in Berlin allgemeiner Volksthümlichkeit erfreuten — außer etwa bei jenem Kaliber von Politikern, welche auch den Freiherrn von Stein einen Reaktionär schelten. Bei einer so kritischen und oppositionellen Bevölkerung, wie diejenige

Berlins ist, verdient diese Thatsache Erwähnung. Als Delbrück um das Jahr 1870, nach Zeitungsberichten, wieder einmal die Erhebung in den Adelstand angenommen haben sollte, da schrieb ein bekanntes Witzblatt der Hauptstadt sehr ernst: „Deutschland hat einen seiner besten Bürger verloren.“ Mit der späteren Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Delbrück war aber dessen Erhebung in den Adelstand von selbst verbunden.

Delbrücks kolossale Arbeitskraft und sein unermüdlicher Pflichteifer werden prächtig gezeichnet durch eine Mittheilung des Volkswirthes Michaelis an mich, der 1867 im Reichstag mein Fraktionsgenosse war und bald darauf als Geheimer Rath in das Bundeskanzleramt berufen wurde. Michaelis war auch ein tüchtiger, unverdrossener Arbeiter. Aber als ihm Delbrück im Frühling 1869 sagte, er möge die Motive zur Gewerbeordnung binnen vierzehn Tagen fertigstellen, da machte sich Michaelis von früh 8 Uhr bis Mitternacht täglich an die Arbeit und erklärte dann Delbrück, daß er trotz dieser sechszehnstündigen täglichen Arbeitszeit die gestellte Frist unmöglich einhalten könne. Delbrück entgegnete nur: „Ja, was fangen Sie denn mit Ihren schönen Morgenstunden an?“ — mit den Morgenstunden zwischen Mitternacht und acht Uhr! Und Delbrück stellte, wie Michaelis mir gegenüber betonte, sicherlich keine Anforderung an einen Mitarbeiter, die er nicht selbst sich auferlegte.

Auch Bismarck rühmte von ihm, am 26. April 1876 nach Delbrücks Rücktritt, im Abgeordnetenhause: „Delbrück hatte, mit der ungewöhnlichsten Arbeitskraft, man kann sagen, mit der mehrerer begabter Männer ausgerüstet, bei dem Uebermaß von Arbeit, das er zehn Jahre auf sich genommen hat, auch die solideste und elastischste Arbeitskraft verbraucht.“ In der That hatte er seinen Rücktritt mit „Gesundheitsrücksichten“ begründet.

Aber aus Poschingers ausgezeichnetem Werke „Bismarck als Volkswirth“ kennen wir heute die tieferen Gründe dieses Abschiedsgesuches. Im Jahre 1876 that Bismarck die ersten Schritte zu der selbständigen großen Wirthschaftsreform, die 1879 gelang. Bis dahin hatte er sich Delbrücks Führung vertrauensvoll überlassen. Aber daß Delbrück die neuen Bahnen des Reichskanzlers nicht mitmachen werde und könne, wußte dieser. Das Gesammtergebniß eingehender Unter-

suchung über die Beweggründe Delbrücks zum Rücktritt faßt Poschinger in die Worte zusammen: „Delbrück trennte sich von Bismarck, weil er voraussah, daß es mit ihm aus Anlaß der handelspolitischen und wirthschaftlichen Fragen unvermeidlich zum Bruch kommen werde, und weil er die Anzeichen einer neuen Aera, die ihn später doch gleich Camphausen hinweggespült hätte, täglich beobachten konnte. Für Delbrück war jetzt (1876) die Frage: die ruhmreiche Stellung mit Ehren verlassen oder in heißen Kämpfen mit dem Kanzler und dem Parlament noch kurze Zeit im Amte bleiben, um dann, sicherlich nicht ohne geschwächtes Ansehen, der Macht der Verhältnisse doch weichen zu müssen. Als weitblickender Mann wählte Delbrück das Erstere."

Warum sollte der Nimmermüde, der seinem Vaterland so viel geleistet, nicht auch einmal, am Abend seines Lebens, die Freuden des Daseins in Ruhe genießen? Die Gnade seines Königs und Kaisers, die dankbare Anerkennung seines Chefs, des Fürsten Bismarck, und die volle Würdigung seiner unvergänglichen Verdienste durch den deutschen Reichstag hatten ihm 1871 aus der französischen Kriegsbuße eine Dotation von 600 000 Mark zugewendet. Bald darauf hatte der jugendfrische Fünfziger auch eine sein Herz und Leben beglückende Ehe geschlossen. Und ohne jede Trübung des herzlichen Einvernehmens mit Bismarck vollzog Delbrück seinen Rücktritt.

Ueber manchen der vormaligen Mitkämpfer hat der Fürst nach deren Fall später herbe Worte gesprochen. Ueber Delbrück niemals, auch nicht, als dieser sich 1879 von den Nationalliberalen Jenas in den Reichstag wählen ließ, um der Zoll- und Wirthschaftsreform Bismarcks Opposition zu machen, und er nun von Eugen Richter und Genossen als „Generalstabschef der Freihandelspartei" auf den Schild erhoben wurde. Während der zornige Grimm über Bismarcks Wirthschaftsreform die Fortschrittspartei und den linken Flügel der Nationalliberalen manchmal zu leidenschaftlichen Schmähungen der Gegner hinriß, sprach Bismarck gegen Eugen Richter am 21. Februar 1879 im Reichstag — obwohl auch Delbrück hier zur Opposition gehörte — die bedeutsamen Worte: „Wenn ich für eine Aufgabe, wie die Befestigung des deutschen Reiches, um die Mitwirkung eines Staatsmannes von der Bedeutung Delbrücks mich bewarb, so liegt

doch klar, daß ich damit nicht den anmaßlichen Anspruch verbinden konnte, daß Delbrück die wirthschaftlichen Geschäfte, in denen er die erste Autorität in ganz Deutschland war, nach meiner Leitung und meiner Anweisung führen sollte. Vielmehr überließ ich mich vertrauensvoll seiner Führung und bin auch weit entfernt zu sagen, daß ich dieses Vertrauen bereue. Die mächtige Hilfe, welche die Mitwirkung einer Kraft wie die des Herrn Delbrück, der ersten Einrichtung des Reiches gewährt hat, war durch nichts Anderes zu ersetzen. Wir hatten keinen Mann von seiner Bedeutung." Ja, auch nachdem Delbrück 1880 im Reichstage einem der großen nationalen Lieblingspläne Bismarcks, dem Zollanschluß der Hansestädte, gegenübergetreten war, sagte der Reichskanzler am 1. Dezember 1881 im Reichstag: „Meine Anerkennung der Autorität Delbrücks war so groß, daß die wesentlichen Zweifel, welche mir zu keimen begannen, ob wir auf dem richtigen Wege wären, von mir unterdrückt wurden gegenüber der Bedeutung und technischen Ueberlegenheit dieses Mitarbeiters, auf den ich nicht gern verzichten wollte."

Solches Lob aus diesem Munde zeigt Delbrücks unvergängliches geschichtliches Verdienst im glänzendsten Lichte!



Joseph Völk.

Dr. Joseph Völk.

Das Leben Joseph Völks war ein treues Abbild des schweren, selbstgebahnten Entwickelungsganges unseres Volkes: aus Armuth und Erniedrigung zu fröhlichem Gedeihen und bedeutendem Einfluß; aus den Banden verkümmernden Kleinlebens zu dem freien Sonnenlicht gesammtdeutscher Staatsgemeinschaft.

Herzlich erfreut auch, daß Völk, der katholische bayerische Schwabe, aus eigener Kraft und Einsicht sich hoch über die Vorurtheile vieler seiner Stammes- und Glaubensgenossen zu erheben vermochte. Ganz besonders aber gewinnt sein Streben und Wirken deshalb unsere wärmste Theilnahme, weil er lange vor den Jahren 1866 und 1870 den Weg zeigte in das gelobte deutsche Reich und für die von Roms Bannstrahlen unerreichbare Glaubensfreiheit des reinen Katholizismus kämpfte. Die nachstehenden Blätter wollen das Andenken an einen der treuesten Vorkämpfer des deutschen Volkes von Neuem beleben. Der Verfasser folgt dabei eigenen biographischen Aufzeichnungen Völks, sowie eigenen parlamentarischen Erinnerungen an ihn.

Joseph Völk ist geboren am 9. Mai 1819 in Mittelstetten, einem kleinen Dorfe des bayerischen Schwaben bei Augsburg. Sein Vater war damals noch Besitzer eines der bedeutendsten Meierhöfe der Gegend und durfte, trotz seiner starken Familie von acht Kindern, hoffen, diesen eine gute Erziehung gewähren und dereinst ein hübsches Vermögen hinterlassen zu können. Aber so plötzlich wie die Mißernte des Jahres 1817 die geringen Kornvorräthe des Landmannes zu Goldeswerth gesteigert hatte, so jäh drückten die überreichen Ernten der kommenden Jahre den Kornpreis unglaublich tief hinunter. Nur mit

schweren Opfern konnte der Vater Völks sein Gut bewirthschaften und erhalten. Am Ende aber erging es ihm wie hundert Anderen seines Standes zu derselben Zeit. Der Mangel an ausreichenden Verkehrsmitteln und Straßen, die Schwerfälligkeit des ganzen damaligen Verkehrs überhaupt, die Zersplitterung Deutschlands, die hermetische Abschließung jedes deutschen Zollstaates vom andern, die Verschärfung dieser Nothlage durch unverständige Einfuhr- und Ausfuhrverbote, alles das führte jene Katastrophe für den bayerischen Bauernstand herbei. Denn alles das verhinderte jetzt den natürlichen Abfluß der überreichen Getreidevorräthe und ihren Umsatz in Geld ebenso gründlich, als es einige Jahre zuvor die rechtzeitige Milderung der Mißernte und Hungersnoth erschwert hatte.

So kam Völks Vater von Haus und Hof, und in bitterster Armuth ging nun dem kleinen Joseph und seinen sieben Geschwistern die trübe Kindheit dahin. Tiefer aber als der Kummer über den raschen Sturz in Elend und Dürftigkeit und über das harte Loos der Seinen, ging dem wackeren Vater das Leid zu Herzen, daß sein reichbegabter kleiner Joseph nun mit der verzweifelt niedrigen Bildung einer bayerischen Dorfschule sich sollte genügen lassen, um dann nach den Schuljahren Knechtsdienste bei den Bauern zu verrichten oder den „goldenen Boden" eines Handwerks zu ergründen.

Dieses Verhängniß aber wendete ein geistlicher „Vetter" nach Kräften ab. Der klare, vielversprechende Geist des Knaben gemahnte ihn, jener edelsten Pflicht seines Standes zu gedenken, welche die christliche Kirche durch Jahrhunderte mittelalterlicher Barbarei geübt hat: die Erziehung und Bildung zu übernehmen, welche die eigenen Eltern dem Kinde nicht gewähren konnten. Dieser edle geistliche „Vetter" bereitete Joseph vor für die Lateinschule und damit für das Gymnasium zu Augsburg, und mit Auszeichnung durchlief der Bauerssohn die Gymnasial-Klassen. Aber auch mit treuer Dankbarkeit hat Joseph Völk dieses Werk christlicher und verwandtschaftlicher Liebe vergolten. Denn noch in einer großen Rede beim ersten Anbruch des „Kulturkampfes" im Jahre 1871, auf der höchsten Kanzel des deutschen Reiches — der Tribüne des Deutschen Reichstags, — hat der Abgeordnete Völk ein rührendes Zeugniß dieser Dankbarkeit gegeben und auf das Grab des längst heimgegangenen „geistlichen

Vetters" Angesichts des ganzen deutschen Volkes einen Immortellenkranz niedergelegt, um den wohl mancher selige Kirchenfürst den schlichten bayerischen Dorfgeistlichen beneiden könnte.

„Ich weiß mich bei Gott frei von jedem Hasse gegen die Kirche", sagte Völk damals. „Ich hätte auch keine Ursache dazu; ich bin als Katholik aufgewachsen und die ersten Gebete, welche mich meine Mutter gelehrt hat, und welche ich noch kenne, waren Gebete der katholischen Kirche. Und die ersten Wohlthaten, welche der arme Bauernbube bekommen hat, hat er von einem geistlichen Herrn Vetter bekommen — und das Alles ist noch in mein Herz deutlich eingeschrieben (Beifall)."

Aber mit der fleißig und rasch erklommenen Staffel des akademischen Bürgerrechts in München, die Völk schon im 19. Jahre erreichte, begannen erst recht die Kümmernisse seiner ärmlichen Lage, denn der süße Begriff des „Wechsels", auf welchen seine Kommilitonen ihr akademisches Dasein gründeten, war ihm unbekannt, fast märchenhaft. Durch Privatstunden mußte er seinen Lebensunterhalt, die Mittel zu seinen Rechtsstudien, verdienen. Aber ein unverwüstlicher Humor und innige Freundschaft mit vier, finanziell ihm gleichgestellten, auch gleich arbeitsamen Studenten hob ihn über alles irdische Leid hoch hinaus und verlieh den fünf Jahren seines akademischen Studiums einen Reiz von studentischer Poesie, wie sie heutzutage noch selten gefunden werden mag.

Die fünf Freunde hießen in ganz München nicht anders als die „Familie", und mit Recht, denn sie lebten in völliger Haus- (d. h. richtiger blos Zimmer-) und Gütergemeinschaft. Die „Aktiven" bestanden in dem brüderlich getheilten „Honorar" für die Privatstunden, die jeder ertheilte, den wenigen Büchern und den sauberen Kollegienheften — und drei ganzen Paar Stiefeln für fünf Mann. Dagegen summten sich die „Passiven" an aus dem sehr kräftigen jugendlichen Appetit und Durst; ferner rührten sie her von den Ausgaben, welche die Heizung im Wintersemester — nach dem hartnäckigsten Widerstande der fünf Schicksalsgenossen gegen das Frostgefühl — schließlich doch immer erheischte; endlich aber gehörten zu diesen „Passiven" die wenigen „Familien-Schulden", welche der mißtrauische Kredit der bajuvarischen Hauptstadt den fünf Musensöhnen etwa auf ungetheilte Hand gewährt hatte.

Schwere Heimsuchungen kamen über die „Familie", wenn einmal die Woche zu Ende ging und einer der „reichen" Gönner, welcher die Kultivirung eines oder mehrerer seiner bildungsbedürftigen Kinder einem der „Familienglieder" anvertraut hatte, im Drange der Geschäfte das Zahlen vergaß und man ihn anstandshalber, d. h. zur Erhaltung seiner Gunst, doch nicht mahnen durfte. Dann löste sich die während der ganzen Woche gehegte schöne Hoffnung auf einen warmen Sonntagsbraten in Nichts auf.

Aber noch schlimmer war der Kampf mit der Kälte im Winter, und Völk, als der älteste und vorgeschrittenste unter den Genossen, er, der am meisten und längsten am Schreibtisch sitzen mußte, hatte am härtesten darunter zu leiden. Unter solchen Entbehrungen führte er wahrhaft heldenmüthig das einmal übernommene Vorhaben durch, die juristische Preisaufgabe über „die Handlöhne in Bayern" zu lösen. Und er löste sie, im heftigen Kampfe mit den unerfüllbaren Vorurtheilen, die sein warmes Blut gegen die Eigenthümlichkeiten eines im Winter ungeheizten Zimmers hegte. Da wurden zwei Zeilen geschrieben, und dann die erstarrten Finger am Rande des Arbeitstisches warm geklopft.

Völks Arbeit über die Handlöhne erfüllte die höchsten Anforderungen der juristischen Fakultät der Universität München. Sie trug ihrem Verfasser honoris causa den Titel eines Doktors beider Rechte ein (1843). Sie wurde auch preisgekrönt und — viele Jahre später, als Völk der Fakultät das Geld hierfür einsenden konnte — auch gedruckt und nun mit seinem Doktordiplom ihm übersendet.

Nach dieser ruhmreichen Beendigung seiner Universitätsstudien begann Völk die praktische Laufbahn bei bayerischen Gerichten und Anwälten. Im Jahre 1848 war Völk „Anwaltskonzipient", also immer noch in einer nicht völlig selbständigen Stellung in Landsberg in Oberbayern. Aber das „tolle Jahr" fand einen ganzen Mann, einen klaren, deutschdenkenden Politiker in ihm. Wie viele der Jünglinge und Männer, die damals mit Völk am 6. März 1848, unter der wallenden schwarz-roth-goldenen Fahne, in Landsberg die große Kunde von dem Heidelberger Manifest der Preußenfreunde und von der Pariser Februarrevolution feierten und den Anbruch einer neuen Zeit für alle Welt, voll Freiheit und Glückseligkeit in begeisterten Worten begrüßten,

sind in den Wogen der stürmischen Bewegung vom richtigen Wege verschlagen, verdorben und verkommen, oder standen später gar in jenem Lager, in dem sich unter dem Feldgeschrei der Unfehlbarkeit des Papstes die geschworensten Feinde der deutschen Nation sammelten.

Nicht so Völk. Er hat von jenem 6. März 1848 an, der seinen Eintritt in die praktische deutsche Politik bezeichnet, dasselbe Banner erhoben, das er bis an sein Ende hochhielt. Er hat schon damals mit dem ganzen Feuer seiner volksthümlichen Beredsamkeit und ohne alle Rücksicht auf die Gunst oder Ungunst der Regierung, mitten unter seinen oberbayerischen Nachbarn für das sogenannte Gagernsche Programm agitirt, welches später in der deutschen Reichsverfassung von 1849 (und 1871) Ausdruck fand, d. h. für einen gesammtdeutschen Bundesstaat unter Preußens Führung. In diesem Sinne wurde schon im Frühjahr 1848 ein „deutscher Verein" von Völk gegründet. Außerdem rief er 1848 und 1849 landauf, landab Volksversammlungen für die Reichsverfassung zusammen und brachte die trägen Massen gegen die undeutschen Pläne der hereinbrechenden Reaktion in Fluß.

Daneben besorgte er die Geschäfte des Abgeordneten Paur zu Augsburg als „Anwalts-Substitut" und erlangte namentlich als beredter und erfolgreicher Vertheidiger schnell durch ganz Bayern großen Ruf und Zuspruch. Aber immer zögerte die bayerische Regierung, die bekanntlich sehr schnell von ihren liberalen und nationalen 1848er März-Anwandlungen zurückgekommen war und schon 1849 im geheimen Einverständniß mit Oesterreich auf die „Reaktivirung" des Bundestags hinstrebte, den jungen Rechtsgelehrten zum bayerischen Anwalt zu ernennen. Hatte dieser doch zum ersten Male in Bayern in den Naturlauten der Volkssprache von der Führerrolle Preußens mit dem Volk geredet und unvergessenen Eindruck hinterlassen. Die Regierung fürchtete aber mit vollem Rechte, daß der junge Volksredner, wenn er einmal zu voller bürgerlicher und ökonomischer Selbständigkeit gelangt sei, auch bald in die bayerische Kammer sich den Weg bahnen werde.

Der Politiker und Jurist Völk hätte nun wohl mit heiterer Neidlosigkeit der Seele zugesehen, wie einer der jüngeren Kollegen nach dem andern ihm bei Besetzung der erledigten Anwaltsstellen vor-

gezogen wurde. Aber weniger gleichgiltig war diese Ungerechtigkeit dem Bräutigam Völk. Als jedoch auch das Jahr 1854 ins Land ging, ohne ihm die erwartete Ernennung zum Anwalt zu bringen, da freite er am 3. Juni die Langumworbene in der festen Zuversicht, daß sein Fleiß und seine Talente — auch der zähesten Mißgunst des Leiters der bayerischen Politik, Herrn v. d. Pfordten, zu Trotze, — den jungen Hausstand sicher und sorgenfrei ihm gründen und erhalten würden. Da erfolgte am 24. April 1855 — fast gleichzeitig mit der Geburt des Völkschen Stammhalters — endlich auch die Ernennung Völks zum königlich bayerischen Anwalt in Friedberg bei Augsburg. Schon einen Monat später, am 24. Mai 1855, ward Völk in der Stadt Günzburg im Kreise Schwaben und Neuburg zum Abgeordneten der zweiten bayerischen Kammer gewählt. Im Laufe des nächsten Jahrzehnts haben ihm dann noch Memmingen, Immenstadt, Kempten und Augsburg die Ehre der Wahl ins bayerische Abgeordnetenhaus erwiesen.

Mit jener Wahl in Günzburg begann 1855 die große politische Thätigkeit Völks, die seinen Namen in ganz Bayern bald zu dem gefeiertsten unter den bayerischen Volksvertretern machte. Die Freunde nannten ihn „den Mann mit dem besten Herzen"; die Feinde aber fügten hinzu: „und mit der bösesten Zunge". Beides verdiente er reichlich, wie er mir — bezüglich des Zweiten — selbst niederschrieb. So schonungslos war dem Ministerium v. Steyerberg-v. d. Pfordten-Ringelmann noch von keinem Zeitgenossen die Wahrheit gesagt worden über jene undeutsch-reaktionäre Politik, welche im Jahre 1851 das gute Recht Kurhessens niederwarf und die deutsche Sprache um den Begriff der „Strafbayern" bereicherte. So hatte namentlich auch noch kein Abgeordneter gezürnt und gerichtet über jenen Stillstand und Rückschritt der inneren bayerischen Gesetzgebung, welcher auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, der Staatsverwaltung, Rechtspflege und Volkswirthschaft gleich unerfreuliche Früchte zeigte; endlich über jene intrigante und frivole Zollvereinspolitik des Jahres 1853, durch welche Pfordten — als einfacher Vasall der dynastischen Interessen Oesterreichs — ohne die unvergleichlich geschickte Haltung Preußens, den Zollverein geradezu gesprengt hätte*), um dann durch die klägliche Unterwerfung unter

*) S. o. S. 137 fg.

Preußens Ultimatum das öffentliche Ansehen der Krone Bayern schwer zu schädigen.

Aber während alle diese Gährungsstoffe aus der Kammer und von der Presse ins bayerische Land getragen wurden und hier jenen nachhaltigen Unmuth erzeugten, der vier Jahre später den milden gradsinnigen König Max zur Verabschiedung der verhaßten Minister und zu dem königlichen Worte veranlaßten: „Ich will Frieden mit meinem Volke!“ — während dessen zeigte sich Völk in der Kammer wie in der politischen Agitation keineswegs bloß als unerschrockener Oppositionsmann, sondern als praktischer Realpolitiker und als zweifellos bedeutendes gesetzgeberisches Talent. Er ward eines der geschätztesten Mitglieder der Ausschüsse für die neuen großen bayerischen Gesetzentwürfe über Strafrecht und Zivilprozeß und regte vielfach selbst gesetzgeberische Entwürfe an. Vor Allem aber sorgte er für die Neubildung einer deutschen Partei in Bayern, nachdem die Reaktionsjahre einen ebenso gedankenlosen wie selbstsüchtigen Partikularismus herangezogen und alle nationalen Regungen mit den brutalsten Machtmitteln des Staates erdrückt hatten!

Diese neue Parteibildung beschränkte sich lange auf die Häupter Weniger. Jahre hindurch gehörten Völk, Marquard-Barth, Crämer-Doos, Brater, Buhl von Deidesheim und wenige Andere allein zu der stillen bayerischen Gemeinde, die insgeheim an ein deutsches Reich unter Preußens Führung glaubte. Das Jahr 1859 nach dem Sturze v. d. Pfordtens, oder genauer die Reden und Anträge Völks in der kurhessischen und deutschen Frage, schieden dann das kleine nationale Häuflein der bayrischen Kammer für immer auch von den partikularistischen oder demokratischen Liberalen, mit denen Völk nur während der Tage der Reaktion zusammen gegangen war. Dieser damals hoffähige blauweiße Treibhausliberalismus ist heute verschollen oder trieb nur noch hier und da in den Milizhallucinationen des Vater Kolb ein schemenhaftes Wesen. Die kleine nationale Partei des Jahres 1859 aber wuchs zu der kräftigsten des Bayerlandes empor und wirkte um so bedeutungsvoller, als ihre Führer, die Völk, Schauß, Stauffenberg u. s. w. zugleich die politischen Führer und Parlamentsredner der altkatholischen Bewegung wurden, welche die wackere Regierung der Minister des Königs Ludwig II. gegen die Sturmfluth des Ultramontanismus schützten.

Indessen auch draußen im Reich fand Völk Ersatz für die gelockerten alten Freundschaftsbande an der Isar. Denn von 1859 an folgten nacheinander die bekannten politischen Zusammenkünfte der hervorragendsten deutschgesinnten Abgeordneten in Mannheim und Frankfurt a. M. (sog. Pfingstversammlung) bei Gründung des deutschen Abgeordnetentages und dessen ständiger Vollziehungsbehörde: des Sechsunddreißiger-Ausschusses. Wer in jenen Tagen bereits politisch thätig war, wird ihrer gedenken, wie milder Frühlingstage nach langem Winter. Das Eis des schlechten partikularistischen Eigennutzes, der materiellen Sonderinteressen, das die Reaktionsjahre um unser Herz gelegt hatten, schmolz dahin für immer, als zum ersten Mal wieder seit einem halben Menschenalter deutsche Männer aus allen Gauen des Vaterlandes über die Zukunft Deutschlands beriethen, und Tausende Gleichgesinnter zu den jährlichen Wanderversammlungen herzuströmten, welche der deutsche Abgeordnetentag nach einander in Frankfurt, Weimar und Leipzig, und dann noch zweimal in Frankfurt (1865 und 1866) abhielt.

Allerdings erfüllten ja auch diese Versammlungen durch ihre naturgemäß immer etwas aufreizenden und immer blos papierenen Beschlüsse, noch mehr aber in Folge ihrer Haltung während der preußischen Konfliktszeit (von 1862 an) und in der schleswig-holsteinisch-augustenburgischen Frage mindestens nicht alle Ideale einer praktisch-nationalen Politik, drohten sogar theilweise den Idealismus unseres Volkes in Phrasen zu verflüchtigen. Aber daß sie überhaupt stattfanden, war doch ein großer Gewinn, der lange noch nachwirkte. Dort haben die Führer der liberalen Parteien aus ganz Deutschland zuerst persönliche Berührung gewonnen. Dort erkannten die klarsten Köpfe auch schon, daß jene Trennung unter den liberalen Parteien förderlich, ja nothwendig sei, welche das Jahr 1866 im Norden Deutschlands dann überall vollzog.

Vor Allem aber ist nicht zu vergessen, daß gerade die letzte dieser Versammlungen, welche am Vorabend des großen Krieges, am 30. Mai 1866, zu Frankfurt tagte, überaus vernünftige Beschlüsse faßte. Völks Beredsamkeit aber hat an diesem guten Ende hauptsächlichen Antheil. Er vertrat als Mitglied und Berichterstatter des Ausschusses des deutschen Abgeordnetentages die Anträge desselben, welche

der Bundesreform Bismarcks freudige Zustimmung ertheilten. Hinreißend und überzeugend, namentlich für die süddeutschen Landsleute, welche die größte Mehrheit im Saale bildeten, waren die Worte, die der bayerische Schwabe zu Gunsten der preußischen Bundesreformvorschläge sprach in eben jenen Stunden, da sein Heimathland Bayern schon die Hand am Schwerte bereit stand, Oesterreich Heerfolge zu leisten in dem freventlich heraufbeschworenen Bruderkriege. Immer lauter begleitete stürmischer Beifall zahlreiche Stellen von Völks Rede. Da griff der radikale Pöbel Frankfurts, der die Gallerien füllte und an die Eingänge des Saales sich gedrängt hatte, zu jenem Mittel, das seiner eben so würdig war, als die landesverrätherische Rede des kläglichen Frese an demselben Tage.

Als der Beifall bei Völks Rede nämlich immer mächtiger anwuchs, erdröhnten plötzlich mehrere Kanonenschläge im Saale, die unter dem wiehernden Beifallsjubel der Gallerien verpufften. Die furchtbare Aufregung, die nun folgte, uud das klägliche Scheitern dieser schmachvollen Anschläge sind bekannt. Völk fuhr nach kurzer Pause fort, als ob nichts vorgefallen wäre. Nur beim ersten Kanonenschlag trat er einen Schritt von der Rednerbühne zurück, was bei den Zuschauern einige Sekunden lang den Eindruck machte, als sei er von einem Geschosse getroffen, und die allgemeine Entrüstung über die Buben auf den Gipfel brachte.

An demselben Abend noch begab sich Völk, um Erholung zu suchen, mit Freunden nach Rüdesheim. Aus dem offenen Fenster seines Gasthofes am Rhein blickte er hinaus in die milde, helle Mainacht und auf den wundervollen glänzenden Strom und gedachte schmerzlich bewegt der Tage, die nun wohl über die reiche Kultur unseres Volkes unabwendbar hereinbrechen müßten. Denn daß auch bei ihm daheim in Bayern die Stimme der nationalen Kammerminderheit ungehört verhallen würde in dem Kriegsgeheul der durch fanatische Pfaffen, Demokraten und Großdeutsche bethörten Massen, schien ihm leider zweifellos. Da plötzlich verstummte das wirre Stimmengebraus der dicht besetzten Weinstube unter ihm und die Stimme eines Erzählers drang an sein Ohr. Wort für Wort der Rede, die der Mann hielt, war deutlich vernehmbar. Der Unbekannte erzählte vom Abgeordnetentage, mengte Wahres und Falsches kühn

durcheinander und setzte seinen Räubergeschichten die Krone auf durch die blutige Mär: Joseph Völk sei im Saalbau zu Frankfurt erschossen worden.

Der Sturm der Entrüstung über diese Blutthat hatte sich bei den Gästen noch nicht gelegt, als Völk — von der ängstlichen Sorge beflügelt, daß sein Weib und seine Kinder daheim diese Tatarenbotschaft gleichfalls vernehmen könnten — sich in dem unteren Stockwerk vor den Erzähler hinstellte und ihm zum Gehör aller Gäste versicherte, daß er sich irre. Er kenne Völk sehr gut und könne deshalb bestimmt behaupten, daß dieser im gegenwärtigen Augenblick sich sehr wohl befinde. Der Fremde beging nun die Thorheit, sich auf sein Augenzeugniß zu berufen, worauf Völk sich zu dessen tiefster Beschämung und zur begeisterten Freude der Gäste zu erkennen gab. Die Nacht ging dann bei Becherklang und manchem guten deutschen Wort vorüber, zumal da Alle bezeugten, daß auch in Nassau die Hoffnungen aller Einsichtigen dem stolzen Fluge der preußischen Banner folgten.

Um so trübseliger fand Völk, als er Tags darauf nach München zurückkehrte, die Stimmung seiner Landsleute. Wenn es damals nach dem Sinne der fanatisirten Massen gegangen wäre, so hätte man Völk nach dem Gebrauche der guten alten Zeit, als einem Landesverräther, einfach das Haupt abgeschlagen. Denn selbst die Thorheit, daß er im geheimen Bunde mit Bismarck auf die Neutralitätserklärung Bayerns in dem bevorstehenden Kriege hinarbeite, fand gern Glauben. So verhallten denn auch die Warnungsrnfe, die Völk an v. d. Pfordten in der Kammer richtete, obwohl gerade diese Rede Völks eine eminent staatsmännische Auffassung der damaligen Lage bekundete. „Warum gedenkt denn das Ministerium nicht der Bundesreform, ehe es in den Krieg zieht?“ fragte er. „Preußen hat vortrefflich verstanden, die heißesten Wünsche des deutschen Volkes mit seiner Sache zu vereinigen. Bayern dagegen greift an das Schwert, um das allen Stämmen gleich verhaßte Bundesrecht zu stützen. Worin besteht denn da der rühmliche Preis des Sieges, wenn der Sieg an die bayerischen Waffen sich heftet?“

Ein Vierteljahr später stand Völk an derselben Stelle, um mit seinen nationalen Freunden die schweren — aber nach solchen Siegen Preußens

immerhin maßvollen — Bedingungen des preußisch-bayerischen Friedensvertrages zu genehmigen, welche der unbelehrbare Dünkel der nun so kleinlauten Feinde der deutschen Sache über das Land gebracht hatte. Völk durfte ohne Selbstüberhebung auf seine Rede vor dem Kriege verweisen, deren Voraussagungen der blutige Sommer schrecklich für Bayern erfüllt hatte. Er verlangte nun in der zweiten Kammern — ebenso entschieden wie Fürst Hohenlohe in der ersten*) — v. d. Pfordtens Rücktritt. Und Pfordten fiel.

Eine neue Zeit kam nun über Bayern, über Deutschland. In Bayern wurde sie bezeichnet durch die Berufung des Fürsten Hohenlohe an die Spitze des bayerischen Ministeriums, im Norden durch das Zustandekommen der Bundesverfassung. Die geheimen Schutz- und Trutzbündnisse, welche Bayern wie die übrigen süddeutschen Staaten gleichzeitig mit dem Friedensvertrage mit Preußen abgeschlossen hatte, und welche jeden Rückfall in die alte Schmach der Rheinbunds- und Bundestagsepoche unmöglich machten, wurden erst veröffentlicht, als 1867 die Zusammenkunft zwischen dem Kaiser Napoleon und Beust in Salzburg den Frieden Deutschlands abermals bedrohte. Da fuhren die feudalen, ultramontanen und republikanisch-ochlokratischen Elemente in Bayern, Schwaben und Baden mit höchster Gereiztheit auf diese ungeahnten Bündnißverträge los. Diese liebliche Gesellschaft war namentlich in Bayern zwar gern bereit, die Millionen, welche die am 8. Juli 1867 erfolgte Erneuerung des Zollvereinsvertrages mit dem Norden jährlich abwarf, in die Tasche zu stecken, dagegen fest entschlossen, die Bündnißverträge mit Preußen zu verwerfen. Sie wollten mit Norddeutschland zusammensitzen auf Gedeih, aber nicht auf Verderb. Und doch war der Reichsrathskammer in München kein Geheimniß, daß Bayern noch unter dem Ministerium v. d. Pfordten den Bündnißvertrag geschlossen und damit — durch Bismarcks Entgegenkommen selbst — die Annexion des rechtsmainischen Franken an Preußen abgewendet hatte.

In der bayerischen Zweiten Kammer befürwortete Völk lebhaft die Genehmigung des Schutz- und Trutzbündnisses mit Preußen, und zwar mit so gutem Erfolge, daß die Kammer mit 100 gegen 17 Stimmen

*) S. o. S. 92.

dem Vertrage beitrat. Diesen Beschluß nannte ein niederbayrisches Blatt in seinem eigenthümlichen Deutsch: „den Begräbnißakt des bayerischen Selbststandes und Lebenswohls“ — und die erste bayerische Kammer dachte ebenso und widerstrebte dem Bündnißvertrag aufs Hartnäckigste. Wie dieser Widerstand gebrochen wurde, ist schon früher erzählt*) und kann daher hier übergangen werden. Ende Oktober war die Unterwerfung der bayerischen wie württembergischen Reichsrathskammer vollzogen, und der Weg zum deutschen Zollparlament lag offen.

Joseph Völk wurde vom Wahlkreise Immenstadt-Kempten ins Zollparlament gewählt. Er gehörte nicht zu den heißblütigen Naturen, die von dem Zollparlament sofort ein „Vollparlament“ erwarteten, wie damals der landläufige Ausdruck lautete. Aber mehr als in Berlin während der ersten Wochen des Zollparlaments geleistet wurde, hatte er auch in seinen allerbescheidensten Hoffnungen allerdings erwartet. Er trat mit seinen näheren Freunden keiner der Fraktionen bei, welche die Mitglieder des norddeutschen Reichstages, die schon als solche dem Zollparlameut ohne Weiteres angehörten, unter den Zöllnern aufrichteten. Wortkarg und verdrossen nahm er einen der Ehrenplätze des Hauses neben Ludwig Bamberger ein. Nur so oft einer der geschworenen Feinde der deutschen Entwickelung aus Bayern, Württemberg oder Baden auf die Tribüne trat und hochtrabend etwa sprach: „Wir Süddeutsche, wir widerstreben alle dem, was man nationale Entwickelung und Politik nennt“ — da zuckte es über Völks gutes schwäbisches Gesicht, und er meldete sich wohl insgeheim auch zum Wort.

Dennoch aber hatte Völk geschwiegen bis zum 18. Mai 1868, jenem schönsten Tage des deutschen Zollparlaments, als der nationale Gedanke aus dem unscheinbaren Bambergerschen Antrag über die hessische Weinbesteuerung plötzlich so mächtig im ganzen Hause empor loderte, daß die besten Redner aller Parteien auf die Tribüne eilten und selbst Bismarck wiederholt in die Debatte eingriff, um den Hochmuth des Partikularismus abzustrafen und um die Warnungen des ultramontanen Demokraten Probst aus Württemberg vor dem mächtigen

*) S. o. S. 96 dieses Werkes.

Auslande (Frankreich) niederzuschmettern mit jenem unsterblichen Worte: „Ein Appell an die Furcht findet in deutschen Herzen niemals Widerhall!“

Plötzlich, auch Völks nächsten Freunden unerwartet, hatte Präsident Simson den Namen Dr. Völk aufgerufen. Rasch stand dieser Abgeordnete auf der Tribüne — ich sehe ihn noch vor mir — den mächtigen Kopf abwechselnd nach allen Seiten des Hauses energisch wendend, bald gegen die linke, bald gegen die rechte seiner breiten Schultern ihn neigend. Das war ein echt schwäbischer Kopf, wie man sie auf den alten Bildnissen gewahrt, welche uns die reisigen Krieger des schwäbischen Bundes oder die heimathlichen Stammesgenossen im Kaiserlichen Gefolge der Hohenstaufen vorführen: ungekünstelt-leichtgelocktes, dunkelblondes Haar, eine mächtige durchgearbeitete Stirn, kleine blitzende, von dichten Brauen beschattete Augen, ein sprechender Mund, ein ansehnlicher, dunkelblonder, schon stark mit Grau durchschossener Vollbart. Ueber dem ganzen Antlitz das Gepräge unverwüstlicher Kraft und Gesundheit, zugleich aber ein so zu sagen kleindiabolischer Zug um Auge und Mund, der dem echten Schwaben, nach Völks eigener Versicherung an mich, auch nie fehlen darf. Als er zu reden anfing, trat Dr. Löwe-Calbe, der Kampfgenosse meines Vaters Robert Blum im Frankfurter Parlament, an mich heran und flüsterte mir leise zu: „Wissen Sie, wem dieser Redner ähnlich sieht?“ Ich bejahte. Löwe meinte: meinem Vater. Die Rede Völks stellte sich auch den besten an die Seite, die Robert Blum einst in der Paulskirche gehalten hatte.

Seine ersten Worte galten der Anmaßung seiner antinationalen süddeutschen Landsleute, die bisher immer als „Wir Süddeutsche“ hier gesprochen hatten. „Das ist es, was mich auf diese Stelle führt, daß ich immer wieder seit mehreren Tagen stumm und still mit anhören mußte, daß unter dem Namen „Wir Süddeutschen“ Reden gehalten worden sind, mit denen nicht alle Süddeutschen einverstanden waren, Gefühle ausgedrückt worden sind, bezüglich deren ich Ihnen sagen kann, daß sie vielen Süddeutschen widerstreben.“ Nicht einmal die anwesenden Schwaben könnten sagen, daß bei ihnen Alle dem Anschluß an den deutschen Staat widerstreben*) — „nicht einmal sie

*) Württemberg hatte nur einheitsfeindliche Männer zum Zollparlament gewählt, Dank einer seltsamen Wahlkoalition der Regierung mit den Ultramontanen und Demokraten. S. u. in diesem Werke den Lebensgang von Hölder.

können hier im Namen „Wir Schwaben" reden — denn wir Schwaben in Bayern sind auch noch da. (Große Heiterkeit.) Wir Schwaben können immerhin von 30—40000 Schwaben meiner politischen Richtung sprechen — und nicht das ist ausschließlich schwäbisch, was hier nach einigen Exemplaren so genannt wird. (Große anhaltende Heiterkeit.) Indessen thut man, meine ich, auch diesen Schwaben Unrecht, wenn man sagt, sie hingen nicht gerade so am deutschen Vaterlande wie die anderen; sie thun das, sie thun das Alle; sie thun's nur zur Zeit auf eine etwas andere Weise als wir (Heiterkeit); sie suchen zur Zeit etwas andere Wege, als diejenigen sind, welche wir zur Zeit für die richtigen und gangbaren halten (Beifall)."

Fein und tiefblickend mahnte Völk dann die deutschen Einzelstaaten, um ihrer eigenen Selbsterhaltung willen dem deutschen Staate sich eng anzuschließen. „Man hat dann ein Schirmdach gewonnen, über das der Starke seine Hand hält. Wenn der Starke aber findet, daß ewige Unsicherheit und Schwanken bei uns herrscht, möchte er sich vielleicht veranlaßt fühlen, mit dieser Wirthschaft bei gelegener Zeit ein Ende zu machen. Das ist die Gefahr für uns Kleinstaaten; deshalb nenne ich es konservativ, in das deutsche Staatswesen einzutreten. Denn sind wir erst dort, haben wir erst durch vertragsmäßige Bande das, was von unserer Selbständigkeit berechtigt ist, erhalten und gerettet, so muß dem großen Staate die Ehre verbieten, daß er dem kleinen Staate seiner Zeit den Garaus macht. (Lebhafter Beifall.)"

Völk schloß: „Was die Aussichten auf unsere Zukunft sind, ich weiß es nicht; wie weit das Zollparlament mit seiner Kompetenz sich noch auswachsen wird, ich weiß es nicht. Sei dem, wie ihm wolle, wir haben dafür zu sorgen, daß das deutsche Einigungswerk nicht stocke. Die Anschauung im Volke zu verbreiten, es sei nunmehr Alles abgethan, war gewiß in keiner Weise das Zollparlament berufen; ja, schon seine Existenz hat gezeigt, daß man in Deutschland vorwärts kommt, vorwärts will. Ich bin der Ueberzeugung, daß die deutsche Nation, und zwar in allen ihren Bestandtheilen, eine so entwickelungsfähige, eine so große, edle, zukunftsreiche ist, daß sie ihrer Größe entgegengeht, und deshalb hat mich das Wort eines geistreichen Mitgliedes dieses Hauses, das er letzthin zu mir

sprach, außerordentlich gefreut, um so mehr, als er meiner Parteirichtung nicht angehört. Er sagte: „Jetzt ist Frühling geworden in Deutschland," und wenn auch noch Einzelne sich mit Schneeballen werfen, das wird nicht mehr lange dauern; der fortschreitende Frühling wird dafür sorgen, daß zum Schneeballen bald das Material ausgeht. (Beifall.) Auch ich will schließen, meine Herren, mit den Worten: Jetzt ist Frühling geworden in Deutschland! (Lebhafter Beifall.)"

Vom Standpunkt der heutigen deutschen Staatsverhältnisse aus läßt sich kaum ahnen, welchen Segen diese Rede Völks, von der hier nur einige Sätze mitgetheilt werden konnten, damals gestiftet hat. Wenn jemals eine Rede eine That war, so war es diese. Das ward dem Redner sowohl diesseits als jenseits des Main von dem freudig erregten Volke erwiesen: bei dem Dejeuner des Zollparlaments in der Berliner Börse, auf der Festfahrt des Parlaments nach Kiel und Hamburg (zur Besichtigung der jungen deutschen Flotte), dann nach Schluß des Parlaments auf zahlreichen, erhebenden Festen seiner schwäbischen Landsleute, war Völk der gefeiertste Volksvertreter jener Tage. Wie ein König zog er mit seinem „Buben" (seinem Aeltesten) durch das gastliche Land, überallhin als Volksredner freundlich eingeladen und festlich empfangen. Von Abgötterei sprachen die Pfaffenblätter und verglichen Völk mit Gustav Adolph vor Lützen; nur die Bescheidenheit des Schwedenkönigs vermißten sie schmerzlich an ihm. Und der Zollparlaments-Kollege Völks, Schäffle — später österreichischer Minister im Kabinet Hohenwart, damals aber noch ganz simpler Professor der Volkswirthschaft in Tübingen — griff zur Feder und schrieb zur Beruhigung seiner „Süddeutschen", daß Völks Rede nur ganz „windiges Gerede" gewesen, das keinen Hund vom Ofen locke. Jedenfalls hatte Völks Haltung im Zollarlament und die seiner Freunde die Gegensätze der süddeutschen Parteien zugleich sehr geklärt und verschärft. In Völks Wahlkreis namentlich, im Algäu, setzten die Schwarzen Himmel und Hölle gegen ihn in Bewegung, um ihn bei der nächsten Landtagswahl aus dem Felde zu schlagen.

Auch Völks Landtagsthätigkeit bot freilich denjenigen seiner Feinde, die über den religiösen Fanatismus der Massen verfügten,

in der That eine breite Zielscheibe. Denn schon zehn bis zwölf Jahre vor seiner Frühlings-Rede im deutschen Zollparlament, im tiefsten Winter der deutschen Reaktion, als die Thätigkeit der Regierung und der politischen Parteien in Bayern wie anderwärts gegenüber der Rührigkeit der Ultramontanen eigentlich nur in einem dolce far niente bestand, da hatte Völk bereits lebhaft angekämpft gegen die Knabenpriester-Seminare mit ihrer bedrohlichen und gefährlichen jesuitischen Erziehung und gegen die rein jesuitische Agitation der bayerischen Bischöfe. Er hatte damals schon die Saat keimen sehen und die Früchte geweissagt, die seitdem im bayerischen Jesuitengarten emporgewachsen und gereift waren. Er hatte dann in den letzten Jahren lebhaften Antheil genommen an dem Zustandekommen des kühnsten Gesetzes, welches das Ministerium Hohenlohe zu erlassen wagte, des bayerischen Schulgesetzes, und hatte von der Tribüne der Kammer herab vornehmlich die Herrschsucht des römischen Klerus dabei gegeißelt.

Alle diese ruchlosen Thaten Völks wurden den Bewohnern des Algäus von der Kanzel herab verkündet und gebührend gebrandmarkt. Von den bezahlten Agenten der französischen Gesandtschaft in München wurde das Landvolk gegen die nationalen Abgeordneten aufgehetzt*); und als im Frühjahr 1869 wiederum in Bayern gewählt ward, stiegen die Pfarrer mit der Monstranz, an der Spitze ihrer fanatischen Haufen, von ihren Bergen, um gegen Völk zu stimmen. In der That wurde er nun in seinem alten Wahlkreis geschlagen; freilich fehlten ihm nur ganz wenige Stimmen an der Mehrheit. Aber Augsburg wählte ihn diesmal in die Kammer. Und wieder ward Völk der Schrecken der schwarzen Bänke, deren Insassen diesmal knapp an die Mehrheit in der Kammer herangerückt waren.

Am 3. April 1869 standen auf der Tagesordnung der zweiten bayerischen Kammer die Anträge der „Fortschrittspartei" so nannte sich damals die deutsche Partei Bayerns), auf Verbesserung des bayerischen Heerwesens, namentlich auf die Einführung einer allgemeinen deutschen Schußwaffe. „Als Gegner der Bündnißverträge mit Preußen", erklärte der ultramontane Abgeordnete Ruland sich „gegen jede Verbesserung

*) S. oben S. 99 dieses Werkes.

des Heerwesens" — wunderbare Logik — und schwang sich in seiner „patriotischen" Gesinnung sogar zu dem Satze auf: „Wenn unser Herrgott seinen Schutz versagt, dann helfen alle Hinterlader auch nichts." Die landesverrätherische Blasphemie dieser Worte liegt heute in ihrer ganzen ekeln Blöße vor uns, da wir wissen, daß der geheime Macher und Lenker dieser Partei, der Redakteur des „Vaterland", Dr. Sigl, unmittelbar nach dem Wahlsieg der Ultramontanen 1870 zu Händen des Kaisers Louis Napoleon nach Paris telepraphirte, der Sturz Hohenlohes sei gekommen, und dann werde die ultramontane Mehrheit Bayern für neutral erklären, wenn die Franzosen über unsere Grenzen hereinbrächen*). Da aber das dunkle Gelichter der tapferen Bayern doch nicht sicher war und ahnen mochte, daß die zornige deutsche Kampflust, der furor Teutonicus, gegen den Erbfeind auch in dem gläubigsten Katholiken Bayerns himmelhoch auflodern werde, wenn Frankreich gegen Deutschland ans Schwert schlüge, so wollten jene „Patrioten" — wie sie sich freilich nur selbst nannten — ihr Land und dessen Söhne, soviel an jenen „Patrioten" war, mit gebundenen Händen dem Feinde überliefern.

Um so höher ist anzuerkennen, daß Völk, der von diesem landesverrätherischen Ränkespiel in jener Stunde noch keine Ahnung haben konnte, in seiner Antwort an den Abg. Ruland ganz den richtigen Punkt traf, als er sagte: „Die deutsche Nation ist älter als alle Dynastien, und wird auch älter werden als Alle, die der deutschen Einheit sich widersetzen. In der bayerischen Armee, der Regierung und dem Volke findet der Gedanke an einen Bruch der Verträge keinen Anklang, und deren Bruch predigt nur ein ehrloses Gesindel, das vom Absolutismus sich abspeisen läßt."

Ebenso klug sorgte Völk in der zweiten Tagung des deutschen Zollparlaments, im Frühjahr 1869 für die Förderung der nationalen Bestrebungen, indem er die ihm geistesverwandten Abgeordneten aus dem Süden, die bis dahin im Zollparlament „wild" geblieben waren, den anmaßlichen antinationalen „Wir Süddeutschen" zum Trotze, unter dem bezeichnenden Namen „Zur Mainbrücke" als Fraktion um sich vereinigte. Bismarck war der Erste, der mit Völk auf das

*) S. oben S. 99 dieses Werkes.

Wohl dieser heilvollen Parteigründung anstieß. Und obwohl Württemberg, wie bereits bemerkt, damals nicht einen einzigen nationalen Abgeordneten ins Parlament gewählt hatte, folgten doch 32 Abgeordnete aus Bayern, Südhessen und Baden Völks Sammelruf.

Im Zollparlament von 1870 war Völk einer derjenigen, die sich um das endliche Zustandekommen der in den Vorjahren vom Zollparlament zweimal verworfenen Tarifreform besonders verdient machten.*) Diese auf dem Kaffeezoll beruhende Vorlage Camphausens war aus nationalen wie wirthschaftlichen Gründen dringend geboten. Das hinderte aber die radikale und fortschrittliche Presse nicht, diejenigen im Voraus beim Volke als sträfliche Verräther an dem allgemeinen Vertrauen zu brandmarken, welche „die Getränke des armen Mannes" vertheuern würden. Völks Name stand nicht unter dem Kompromißantrag, welcher in der letzten Stunde zur Rettung der Vorlage der Regierung „Kaffee gegen Eisen", d. h. die geforderte Erhöhung des Kaffeezolles gegen die Ermäßigung der Eisenzölle auf die Hälfte, anbot.

Als Völk die Tribüne bestieg, meinte daher die „Linke", d. h. die sogenannte deutsche Fortschrittspartei, einen Freund ihres terroristischen Widerspruches auf die Tribüne steigen zu sehen und begrüßte ihn mit dem üblichen lärmenden Beifall. Als aber Völk offen erklärte, daß er Miturheber des Kompromisses sei, denn es gälte, „diejenigen zu Schanden zu machen, die es darauf abgesehen haben, zu zeigen, daß in dem Zollparlamente nur eine gesetzgeberische Impotenz liege", als er dann bedauerte: „daß Freunde von dieser linken Seite in der Gesellschaft sind, wo diese Probe geführt werden soll", und rief: „Bleiben Sie doch etwas stehen und sehen Sie sich noch einmal um, ob Sie in der Gesellschaft recht gehen", da tönte das Zischen und der höhnische Ruf „Sehr richtig!" von der Linken her in den lebhaften Beifall des ganzen Hauses. „Günstige Erfolge und gesunde Entwickelung dieses Parlaments", führte Völk weiter aus, „werden auch eine Art Mainbrücke bilden. Die heutige Uebereinkunft wird und soll ein Stein zu dieser Ueberbrückung sein (Beifall). Hat man das Vertrauen, daß wir friedlich in den uns nöthigen

*) S. oben S. 144 fg. dieses Werkes.

nationalen Staat hinüberschiffen, dann ist auch der Kaffeetopf des armen Mannes besser gestellt, als wenn vermieden wird, einige Pfennige mehr oder weniger per Jahr auf seinen Kaffeetopf zu schlagen. Sorgen Sie daher durch Ihr Votum dafür, daß wir dem Hafen, in den wir einschiffen wollen, dem nationalen Staat, ein Stück näher treten."

Aus dem Zollparlamente eilte Völk, nach ganz kurzer Erholung, wieder in den bayerischen Landtag. Hier war, Mitte Juli 1870, Vater Kolb eben im Begriffe, seine fixen Ideen über Milizen in bestimmte Anträge zu fassen, und die ultramontane Mehrheit der Kammer — das dankbarste Publikum, das Vater Kolb je besessen — wäre wohl im Stande gewesen, diese Scheinbewaffnung zu beschließen. Da schallte plötzlich der Kriegsruf Frankreichs in diese thörichten Anschläge und Verhandlungen hinein. Mit größerer Erregung, als irgendwo in Deutschland, wurden in Bayern die rasch wechselnden Ereignisse verfolgt: von der ersten Erklärung an, welche der französische Minister Gramont im gesetzgebenden Körper zu Paris abgab, bis zu dem Wuth- und Blutgeheul, welches diese erlauchte Versammlung ausstieß, als sie aus dem Lügenmunde Olliviers eine gefälschte Darstellung der Vorgänge in Ems erlangte. Diese hochgradige Erregung des Bayernlandes war begreiflich. Denn das brave Volk, das so laut und waffenmuthig wie irgend ein anderer deutscher Stamm gegen den Feind geführt zu werden begehrte, und außerdem ein Stück vom eigenen Leibe, die gesegnete Rheinpfalz, in erster Linie vom Feinde bedroht sah, war in dieser Bedrängniß des Vaterlandes nicht einmal seiner Abgeordneten sicher.

In der That brachten erst die Pariser Szenen vom 15. Juli einen Theil der Ultramontanen, vor Allem den warmblütigen Sepp, zur Erkenntniß darüber, in welchen Abgrund von Schmach und Gemeinheit die ultramontanen Führer das Land zu stürzen mit heiterer Seele bereit standen. Am 19. Juli, an dem nämlichen Tage, an welchem in Berlin die Kriegserklärung übergeben und der Norddeutsche Reichstag vom König eröffnet wurde, trat die zweite bayerische Kammer in die Entscheidung über die Theilnahme am deutschen Krieg — oder die schimpfliche Neutralität, welche der Berichterstatter des Ausschusses, Dr. Jörg, beantragte. Da stieg Völk auf die Tribüne und sprach u. A.:

„Es handelt sich nicht um einen Krieg zwischen Preußen und Frankreich, sondern zwischen dem Norddeutschen Bund und Frankreich, denn wir sind so glücklich, jetzt im Norddeutschen Bunde eine Macht zu besitzen, welche 30 Millionen Deutsche nicht blos äußerlich, sondern diplomatisch und staatlich repräsentirt. Der Allianzvertrag (mit Preußen) soll die Souveränetät des bayerischen Königs dadurch beschädigen, daß der Präsident des Norddeutschen Bundes (König Wilhelm) zugleich der Kommandant der deutschen Armee ist. Ich möchte nur einen kleinen Rückblick auf Das werfen, was man bei uns immer die volle Souveränetät und Unabhängigkeit Bayerns geheißen hat.“ Völk entwickelt nun, wie Bayern im alten Reich dem Kaiser, im Rheinbund Napoleon, im Deutschen Bund dem Bundesfeldherrn, nach den Bündnißverträgen endlich dem Könige von Preußen als Oberfeldherrn Heerfolge zu leisten hatte. „Jetzt, im Bündnißfall, wo es darauf ankommt, die Verträge zu erproben, hinterher zu sagen, sie gelten nichts, das scheint mir nicht anzugehen.“

Sodann legte Völk den Kriegsfall dar und berief sich auf die einmüthige Entrüstung der gesammten europäischen Presse über Frankreich. Darauf fuhr er fort: „Wenn uns gesagt worden ist, es handle sich eigentlich nicht um eine deutsche, sondern lediglich um eine preußische Sache, so möchte ich an das untrügliche Gefühl appelliren, welches in diesen Tagen überall, wo Deutsche sind, und namentlich auch im Auslande sich kund gibt. Von London bis Kalkutta, und bald auch wohl von Amerika und weiter herüber ruft man uns zu: „Wahrt den deutschen Namen und die deutsche Ehre!“ Hinein bis in die welfischen Kreise, hinein bis in die Kreise der vorgeschrittensten Demokratie im Norden geht nur der eine Ruf: „In dieser Frage keine Parteien, sondern in dieser Frage vorwärts zur Wahrung der Ehre des deutschen Namens!“ Man hat davon gesprochen, daß man von Seiten Frankreichs uns ja nichts anhaben wolle. Die Pfalz garantire man uns. Hat der Deutsche aus seinem Gedächtniß verloren, was seit dem Laufe der Jahrhunderte am Rhein diesseits und jenseits desselben geschehen ist? Wissen wir nicht, daß immer und immer wieder alle Störungen deutschen Friedens, alle Abtrennungen deutschen Gebietes immer und immer wieder von Frankreich ausgegangen sind? Die Pfalz und die Rheinlande kann uns aber nur

Eins garantiren: das ist die vereinte Macht der deutschen Nation, das ist die Begeisterung, mit der wir an den Rhein, über den Rhein zu gehen haben!“

Die stärksten Gründe für die Heerfolge Bayerns schöpfte Völk aber aus den herrlichen Worten der Thronrede König Wilhelms, deren Wortlaut während der Sitzung durch den Telegraphen eingetroffen war. Völk verlas daraus namentlich die Stelle: „Deutschland trägt jetzt in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat,“ wobei auf die Einheit der ganzen Nation, des Südens wie des Nordens, und die Heldenthaten der Väter hingewiesen wurde. Daran anknüpfend rief Völk: „Des Südens wie des Nordens — wollen Sie aus dieser Kammer heraus das vom Throne herab gesprochene Wort zur Unwahrheit werden lassen? Ueberall, auch von Oesterreich her, erschallt es: „In Deutschland weht über Berg und Thal der Geist des Jahres 1813“. Ja, er weht mit kräftigem, mächtigem Hauch durch alle deutschen Gaue, und Sie werden nicht das Schauspiel bieten, daß der Hauch sich in den Mauern des bayerischen Ständehauses breche und hier eine Isolirung entstehe, die nimmermehr zum Heile Bayerns, die nimmermehr zum Heile Deutschlands gereichen könnte!“ (Stürmischer Beifall.) — Noch an demselben Abende verkündete der Telegraph aller Welt den patriotischen Beschluß der Münchener Kammer, den Völk gefordert hatte, und die Niederlage der Römlinge.

Sehr häufig ist auf den merkwürdigen — sagen wir: Zufall — hingewiesen worden, daß an demselben Tage Frankreich an Deutschland den Krieg erklärte, an welchem das Dogma der Unfehlbarkeit des Papstes vom Vatikanischen Konzil angenommen wurde. In dem größten Theile von Deutschland verhallte diese Nachricht einstweilen in dem Gebrause der Sturmeswogen nationaler Erregung über den Erbfeind. Anders in Bayern. Und wieder war es Völk, der dem Gedächtnisse des Volkes den merkwürdigen — sagen wir auch hier Zufall! — einprägte, daß ganz dieselben Männer die Denk- und Glaubensfreiheit des Volkes unter das unfehlbare Gebot des römischen Papstes gebeugt hätten, die uns mit gebundenen Händen waffenlos dem Erbfeind überliefern wollten.

In den ersten Kriegswochen war es, in jenen Tagen, wo

Tausende die großen öffentlichen Wirthschaften Münchens füllten, um hier die neuesten Depeschen vom Kriegsschauplatze vereint zu vernehmen, zu bejubeln, als Völk hier von der Menge erkannt und zum Reden genöthigt wurde. Die Rede ist in ihrem Wortlaut nicht erhalten, aber gewiß, daß den festen Männern die Thränen über die Wangen liefen, als er von dem Heldenmuth und der brüderlichen Eintracht aller deutschen Krieger erzählte. Und sicher ist, daß das alte feste Gewölbe des Baues erdröhnte, als Tausende das Losungswort Völks wiederholten: „Freiheit und Frieden im Innern — Gewissens- und Gedankenfreiheit, keinen sterblichen Menschen als unfehlbaren Gott über uns — Lossagung von Rom, Erhaltung einer reinen katholischen Lehre und Kirche!“ Etwa ein Jahr später erfüllten sich diese Gedanken zum Unheil der Infallibilisten, als wieder Tausende in München unter Döllingers, Friedrichs und Schultes Führung dem Altkatholizismus beitraten.

Dem Kampfe mit den Ultramontanen, als der ansehnlichsten Macht, welche damals der neuen Ordnung in Deutschland widerstrebte, war Völks Thätigkeit in den ersten Jahren des neuen Reiches vornehmlich gewidmet. In seinem alten Wahlkreise Immenstadt hatte er sie bald vollständig überwunden. Denn hier siegte er schon bei der ersten Wahl zum deutschen Reichstag (1871) mit mehr als 11000 Stimmen. Aber auch im Reichstag ist er dafür eingetreten, daß der Staat endlich einmal Ernst zeige gegen den schmählichen Mißbrauch, den der infallible Klerus damals mit der Kanzel trieb. Am 28. November 1871 sprach er zu Berlin am Schlusse einer meisterhaften Rede, welche ein langes Sündenregister solcher Prediger aufführte, Folgendes zum Reichstage: „Nicht Haß gegen diese Kirche, nein, die Betrübniß darüber — wie soll ich sagen — daß sie das Beste, was am Menschen ist, seine Religion, nicht in der Weise zur Entfaltung kommen läßt, wie sie zur Entfaltung kommen soll, das allein hat mir das Wort in den Mund gegeben und wird es mir in den Mund geben, solange ich leben werde.

„Wenn von Freiheit gesprochen wird, von „deutscher Freiheit“, so habe ich die Ansicht, die beste Seite des Menschen, seine vorzüglichste, die, wo er am meisten Mensch ist, das ist seine religiöse Seite und die Entfaltung seines religiösen Lebens. Aber von Freiheit muß

der nicht sprechen, der diese beste Seite, die Entfaltung des religiösen Lebens, unter den starrsten Absolutismus eines einzelnen Menschen setzt. (Beifall.) Alle anderen Staatsbürger, meine Herren, und seien sie noch so niedere, haben ihr Recht zu nehmen vor den Gerichten des Landes. In einer bestimmten Form werden sie prozessirt. Wie ist das aber in der Beziehung mit den Gliedern des niederen Klerus ihren Obern gegenüber? Rechtlos, der Gewalt anheimgegeben sind sie. (Widerspruch im Zentrum.) Und wenn Sie leugnen, so rufe ich Ihnen entgegen, Sie wagen gar nicht einmal, es zu bekennen, weil Sie sonst verloren sind.

„Wohl wird das vorliegende Gesetz allerdings nicht ein durchgreifendes Remedium sein, aber ein Anfang, denn auch ich bin der Ansicht, es liege darin ein Anfang von jenen Maßregeln, welche dem Staate Schutz gegen die hereinbrechende Macht des Wälschthums, des Romanenthums in der Kirche abgeben müssen. Wir, meine Herren, haben den Kampf nicht hervorgerufen (Zustimmung rechts und links), wir nehmen ihn aber auf, und der germanische Geist, welcher uns durch die Jahrhunderte hindurch geführt hat, welcher Deutschland groß gemacht und uns hier in diesem Hause vereinigt hat, dieser germanische Geist wird auch den Kampf gegen das Wälschthum und gegen das Romanenthum, welches jetzt so heftig gegen uns auftritt, siegreich bestehen. Wir aber wollen in diesem Kampfe ausharren unverändert und unveränderlich, und der germanische Geist wird den Sieg über das Wälschthum erringen.“

Auch in den Jahren von 1871 bis 1878 ist Joseph Völk im deutschen Reichstag wie im bayerischen Landtag einer der besten Vorkämpfer der nationalen Idee gewesen. Alle großen Errungenschaften dieser glücklichen Jahre sind ihm mit zu danken.

Im bayerischen Landtag stellte er 1872 seine breite Brust dem Anprall der Ultramontanen gegen den vom Reichstag beschlossenen Kanzelparagraphen entgegen. Völk wies überzeugend nach, daß die Klagen der Römlinge über eine verfassungswidrige Vergewaltigung der bayerischen Reservatrechte durch das Reich nach den Versailler Verträgen (vom November 1870) durchaus unbegründet seien, und wurde dabei von den Ministern kräftig unterstützt. Mit großem Scharfsinn deckte er in der nämlichen Tagung die geheimsten Herzensfalten der

Jesuitenpartei auf, als diese den verhaßten bayerischen Minister-präsidenten, den Grafen von Hegnenberg-Dux, durch den Antrag auf Abschaffung aller bayerischen Gesandtschaftsposten zu stürzen suchte. Noch größere Erfolge erreichte er im folgenden Jahre dadurch, daß er seinen Antrag in beiden bayerischen Kammern durchsetzte: die bayerische Regierung solle im Bundesrathe für den Antrag Lasker auf Erlaß eines allgemeinen deutschen bürgerlichen Gesetzbuches stimmen. Auch die folgenden Jahre zeigen ihn als schneidigsten Vorkämpfer der Sache des liberalen Katholizismus, und damit zugleich der bayerischen Regierung, namentlich das Jahr 1874, bei dem plötzlichen und perfiden Angriffe der Ultramontanen auf das Budget der wissenschaftlichen Bildungsanstalten Bayerns.

Damals standen sich die beiden Parteien in der bayerischen zweiten Kammer fast in vollständiger Gleichheit der Stimmen gegenüber, und gerade deshalb war die Drohung Völks besonders eindrucksvoll: „Wenn die Ultramontanen an Stelle der Hochschulen und des Polytechnikums die Lycealinstitute und die Lycealdressur einführen wollen, indem sie mit Stimmengleichheit die erforderlichen Mittel für erstere ablehnen, so könnten auch die Liberalen in Versuchung kommen, diesen „Dressuranstalten“ die Mittel zu versagen, in denen nicht die Wissenschaft gepflegt, sondern nur technische Abrichterei getrieben und fanatische Menschen herangezogen werden.“ Die Folge war die Genehmigung des Etats für die bedrohten wissenschaftlichen Hochschulen Bayerns mit einer Mehrheit von einer bis fünf Stimmen!

Völks Beredsamkeit vornehmlich dankte in der nämlichen Tagung der Kriegsminister von Pranckh die Bewilligung der Kriegsbedürfnisse noch über die Wahldauer der bayerischen Kammern hinaus, bis mit 1875, indem Völk darauf hinwies, daß schon 1870 das jetzt abermals zur Schau getragene Friedensvertrauen der Gegner gar plötzlich getäuscht worden sei, und daß gegen allen Neid und Haß der Feinde Deutschlands die Kriegsbereitschaft immer die beste Abwehr biete. Doch es würde viel zu weit führen, diesen glänzenden rednerischen Leistungen und Erfolgen Völks im bayerischen Landtage weiter nachzugehen. Meisterhaft verstand er — wie s. Z. beim Kanzelparagraphen — so auch in der Frage der Zivilstandsgesetzgebung,

dann bei Erreichung seines Jugendideals, der deutschen Rechtseinheit, bei der gesetzlichen Feststellung der Bedürfnisse des deutschen Heeres, bei der verfassungsmäßigen Anerkennung des Altkatholizismus u. s. w. den festen Ring und das starre non possumus der Ultramontanen Bayerns zu durchbrechen, indem er den Kampfplatz auf den damals ungleich günstigeren Boden der Reichsgesetzgebung übertrug und durch einsichtsvolle Vorarbeit und warmblütige Beredsamkeit hier alle diese wichtige Angelegenheiten zum Siege führte.

Doch ehe Völks Verdienste auf diesem Gebiete in Erinnerung gerufen werden, muß mit einem Worte wenigstens sein Antheil an der praktischen Organisation des Altkatholizismus erwähnt werden. Völk war von kindlich-reiner Frömmigkeit erfüllt; allem Theologengezänk, das ja auch die junge Geschichte des Altkatholizismus in Fülle aufzuweisen hat, war seine Seele abhold. Seine durch und durch praktische Natur strebte nach einer raschen, klaren Gestaltung des Rechtsbodens der Altkatholiken, sowohl für diese selbst, als den anderen Konfessionen und dem Staate gegenüber. Zudem drängte ihn sein großer persönlicher Muth, mit seinem ganzen Wesen und Sein einzustehen für seine religiöse Ueberzeugung, so daß er selbst in der stimmengleichen bayerischen zweiten Kammer eine staatliche Dotation für den altkatholischen Bischof Reinkens beantragte. Auf den Konzilen der Altkatholiken, namentlich in Konstanz, waren seine Reden die hinreißendsten und überzeugendsten, denn jede derselben offenbarte die Herzenslaute des schlichten deutschen Gewissens, das seit dem Unfehlbarkeitsdogma für immer mit Rom gebrochen hatte. Ihn trifft keine Schuld für die Hemmnisse, die dem Altkatholizismus die Aussicht auf große Verbreitung benahmen. Am betrübtesten war seine starke Seele über jene Gleichgültigkeit und Zaghaftigkeit, die am meisten daran schuld ist, daß der Altkatholizismus in solcher Minderheit geblieben ist, und der Ultramontanismus es zur stärksten Partei im Reichstage gebracht hat.

Viele Bogen könnten auch angefüllt werden mit der hervorragenden Thätigkeit Völks im Deutschen Reichstage während der ersten acht Jahre des neuen Deutschen Reiches. Doch gebietet sich uns von selbst die Beschränkung auf die unvergänglichsten seiner Leistungen. Wie eine Mahnung an die Gewissen unserer heutigen Reichstags-

Abgeordneten klingt da zunächst seine Rede bei Berathung des Jesuitengesetzes zu uns herüber, in der er die „große romanisch-jesuitisch-reaktionäre Verbindung“ schilderte, die sich über ganz Europa verbreite, Freiheit für sich wolle, allen Anderen aber Zwang und Knechtschaft bringe. Und auch seine frohe Siegesprophezeiung von damals klingt uns noch in den Ohren als die Weissagung einer besseren Zukunft. „So gewiß das deutsche Volk die Wälschen über den Rhein geschlagen hat,“ rief er, „so gewiß wird es auch die Wälschen über die Alpen zu schlagen verstehen.“ Alle diese herzbewegenden Worte, die aus der gesunden, warmen Empfindung des altbewährten Volksvertreters heraufstiegen, sind aber nur die Boten seiner Thaten, seines energischen parlamentarischen Wirkens für seine innerste Ueberzeugung.

So stellte er denn schon 1872 im Reichstage den Antrag auf Erlaß eines Gesetzes über die obligatorische Zivilehe und Zivilstandsregister. Damals begründete er seinen Antrag mit dem Nothstande der Altkatholiken gegenüber den Anhängern der Unfehlbarkeit, die von Brautleuten sogar die Anerkennung des neuen Dogmas verlangten, wenn sie getraut sein wollten, auch den Kindern der Altkatholiken die Eintragung in die Taufregister verweigerten. Mit jedem Jahre nimmt aber die Kraft der Gründe für diesen von ihm immer erneuerten Antrag zu. Im Jahre 1874 spricht er das auch für uns Protestanten entscheidende Wort: „daß die religiösen Ueberzeugungen mit einem Zivilstandsehegesetz viel besser gewahrt seien, als ohne dasselbe.“ Endlich wurde sein Antrag zum Gesetz, das trotz aller Gegenstürme den Namen Völk für immer lebendig erhalten würde, auch wenn der Urheber dieses Gesetzes sonst nichts geschaffen hätte.

Von gleich hervorragender Bedeutung war Völks Wirken im Reichstage für das Zustandekommen des sog. eisernen Militärbudgets im Jahre 1874 und vor Allem sein Antheil an dem Abschlusse der großen deutschen Justizgesetze, die Ende 1876 aus den Berathungen des Reichstages vollendet hervorgingen. Ihm namentlich ist die Erhaltung des Institus der Geschworenen im deutschen Strafprozesse und in Bayern die Bewahrung der Aburtheilung von Preßvergehen durch Geschworene zu danken; ihm die energische Inangriffnahme der Vorarbeiten für ein allgemeines deutsches Bürgerliches Gesetzbuch.

In den letzten Jahren seines parlamentarischen Wirkens krönte

er sein Lebenswerk durch die lebhaftesten und erfolgreichsten Bemühungen für das Zustandekommen der großen nationalen Wirthschaftsreform (1878 und 1879). Auch hier folgte er nur seiner innersten Ueberzeugung, und zwar ohne das so verlockende Bündniß mit dem gleichfalls schutzzöllnerischen Zentrum zu suchen oder anzunehmen, das leider selbst Fürst Bismarck nicht verschmähte.

Wüthend dagegen fiel die fortschrittliche Freihandelspresse über den „abtrünnigen" Völk her. In der nationalliberalen Fraktion, der Völk seit 1871 angehörte, beantragte der überaus vorlaute linke Flügel, der bald darauf selbst ausschied, ein förmliches Ketzergericht über Völk, worauf dieser stolz seinen Austritt erklärte und die Anhänger seiner volkswirthschaftlich-handelspolitischen Ansichten, die alten Freunde Schauß, Hölder*), Löwe-Calbe, als besondere kleine Parteigruppe um sich sammelte. Unter Verhöhnung der Namen Schauß und Völk nannte die feindliche Presse diese neue kleine Fraktion „die schaußliche Völkergruppe". Auch ließen die Gegner der Wirthschaftsreform Bismarcks und die Ultramontanen den hochverdienten Mann ihren Unmuth durch Nichtwiederwahl bitter empfinden. Alle die großen unvergänglichen Leistungen Völks waren im heißen Parteistreit der Gegenwart beinahe vergessen.

Joseph Völk aber überwand auch das bittere Gefühl über diesen Undank, über diese Gehässigkeit. Hatte er doch auch diesmal, wie sein ganzes Leben hindurch, nur seiner Ueberzeugung, dem kategorischen Imperativ der Pflicht gehorsam, gehandelt und gestimmt. Auf Vortheil und Ehren hatte er dabei niemals gerechnet, im Gegentheil von jeher seiner Ueberzeugung die schwersten Opfer gebracht. Nicht blos in jenen Jugendtagen, da seine politische Gesinnung und Agitation ihm hinderlich war, eine Anwaltsstelle zu erlangen und das eigene Heim zu gründen. Vielmehr brachte er mit jeder Landtags- und Reichstagssession die größten persönlichen Opfer: Monate lange Abwesenheit von seinem Anwaltsberufe. Nur seinem großen Talent und seiner unverwüstlichen Arbeitskraft dankte er, daß seine Praxis, trotz der langen parlamentarischen Pausen in ihrer Ausübung, immer noch blühte.

*) S. u. in diesem Werke seinen Lebenslauf.

Die bayerischen Freunde und Landsleute aber erfüllten nur eine Schuld der Dankbarkeit, als sie ihrem Völk zum 25 jährigen Jubiläum seines Wirkens im Landtage seiner Heimath (24. Mai 1880), inmitten der herrlichen Gebirgswelt des Algäu, ein vollständig eingerichtetes Landhaus zum Geschenk machten. Hoch und Niedrig hatte zu dieser Ehrengabe insgeheim beigetragen.

Der glückliche Besitzer dieser schönen Heimstätte sollte sich ihrer aber nicht lange mehr erfreuen im Kreise seiner herzlich geliebten Gattin und Kinder, von denen der Aelteste als jüngster (15 jähriger) deutscher Soldat den Krieg gegen Frankreich mitgemacht hatte. Vielmehr starb Joseph Völk schon am 22. Januar 1882 und ruhte für immer aus von seinem reichen Wirken. Um sein Bild, das kaum in einer bayerischen Hütte fehlte, hing der Landmann, mit der tiefen Wehmuth der Familientrauer, schwarzen Flor, und ganz Deutschland erkannte mittrauernd, daß es einen seiner besten Söhne verloren habe. Auch die alten Kampfgenossen gemahnte sein Tod an die Ehrenschuld, die der gesammte nationale Liberalismus Deutschlands dem Andenken und Wirken Joseph Völks schuldete. Im Namen der drei liberalen Fraktionen des Reichstages — ja, man darf wohl sagen, im Namen des ganzen Vaterlandes — legte der langjährige Kamfgenosse des Entschlafenen, Abg. Buhl aus Deidesheim, den Lorbeerkranz der Freunde auf Völks Sarg nieder.

Unter den zahlreichen Trostschreiben aber, die den Hinterlassenen des Heimgegangenen zuflossen, war Eines, das sie mit Recht höher schätzten als alle anderen. Es war ein Schreiben des Fürsten Bismarck vom 4. Februar 1882 an die Wittwe und lautete: „Ich betraure mit Ihnen und mit Allen, welche politische oder persönliche Beziehungen zu dem Verstorbenen gehabt, in ihm einen von reiner Begeisterung getragenen und dabei von großer persönlicher Liebenswürdigkeit unterstützten Mitarbeiter der nationalen Wiedergeburt Deutschlands.“ Die Verwaisten mochten dabei getrost des Dichterwortes gedenken:

Nur wer den Besten seiner Zeit genug gelebt,
Der hat gelebt für alle Zeiten!



Johannes von Miquel.

Johannes von Miquel.

Johannes von Miquel wurde am 21. Februar 1828 in dem kleinen Städtchen Neuenhaus in der Grafschaft Bentheim unweit der holländischen Grenze geboren, wo sein Vater Hofmedikus war. Er stammt aus einer alten französischen Familie. Sein Großvater war fürbischöflich Münsterscher Offizier, sehr gebildet und gelehrt, ein Freund Forsters und des Vaters von Varnhagen v. Ense, der Fürstin Gallizin u. s. w.

Johannes Miquel war der Jüngste von fünf Söhnen, welche sämmtlich gelehrten Studien sich hingaben. In dem kleinen Orte fehlte es an einer guten Schule, und da Johannes nach der Meinung seiner Eltern wenig Fähigkeiten zeigte und deßhalb nach der damaligen Sitte für die Landwirthschaft bestimmt wurde, so blieb seine Ausbildung lange Zeit sehr zurück. Bis nach vollendetem dreizehnten Lebensjahre lernte er wenig mehr, als die nothdürftigsten elementaren Kenntnisse, trieb sich in Luft und Feld umher, ritt die Pferde des Vaters und führte als anerkannter Häuptling die Stadtjugend zu allerlei tollen Knabenstreichen.

Allmählich aber erwachte in dem von den Eltern verkannten Knaben die Lust zum Lernen. Das Beispiel der älteren Brüder, der wissenschaftliche Sinn des Vaters, die Fortschritte der Altersgenossen erweckten in ihm lebhaften Lerntrieb und jugendlichen Ehrgeiz. Auf seine dringenden Bitten wurde er der Obhut eines Privatlehrers übergeben. Da dieser sich aber seiner Aufgabe wenig gewachsen zeigte, übernahm der eigene Vater, der sich bis in sein höchstes Alter außer mit Medizin und Naturwissenschaften auch mit klassischen

Studien beschäftigte, selbst die weitere Ausbildung seines jüngsten Sohnes. Bald kannte des Letzteren Lernbegierde keine Grenzen mehr. Der sehr beschäftigte Vater konnte ihm nur wenige Stunden geben. Johannes studirte daher auf eigene Hand. Alle Bücher, welche ihm zugänglich waren, wurden verschlungen, namentlich war Geschichte sein Lieblingsfach. „Ich erinnere mich noch des Jubels," theilte er mir 1869 mit, „als ich Annegarus „Geschichte für die katholische Jugend" in die Hand bekam und der kindlichen Gewissenhaftigkeit, mit welcher ich Zumpts lateinische Grammatik vollständig auswendig lernte und die 31 Bände der entsetzlich langweiligen „Geschichte der Teutschen" von Schmidt zweimal durchlas. So machte ich zum Erstaunen meiner Umgebung solche Fortschritte, daß ich beim Eintritt in das Gymnasium zu Bingen, 15 Jahre alt, ein halber Autodidakt, gleich nach Prima gesetzt wurde." Auch hier erlahmte die Lernbegierde so wenig, daß der um des neuen Primaners Gesundheit besorgte und ihm sein besonderes Interesse zuwendende Rektor jenen stets ermahnte, weniger zu arbeiten. Griechische Sprache trieb der junge Primaner mit solchem Eifer, daß er bei der Lektüre der Antigone von Sophokles und anderer Klassiker mehrere, nach dem Urtheil der Lehrer glückliche Konjekturen für bessere Lesarten machte. Daneben blieben Geschichte, Mathematik und später auch Alt- und Mittelhochdeutsch seine Lieblingsstudien.

Nach zwei Jahren verließ er mit dem besten Reifezeugniß („Nr. 1") das Gymnasium und begab sich zum Studium der Rechte nach Göttingen, „noch so sehr Kind" — wie er selbst mir mittheilte — „daß ich Anfangs des Morgens mit dem Butterbrode in der Hand die Institutionen besuchte." Im folgenden Semester, Sommer 1847, ging er nach Heidelberg, um Vangerows berühmte Vorlesungen zu hören. Hier fand Miquel einen Kreis strebsamer Freunde, welcher sich eifrig mit den Wissenschaften, aber auch mit den Tagesfragen jener in Baden schon sehr bewegten Zeit beschäftigte. Dieser Freundeskreis einschließlich Miquels trat an die Spitze des Turnvereins, schwärmte für die Führer der damaligen badischen Opposition, die Welcker, Itzstein, Hecker u. s. w., hielt in den Studentenversammlungen politische Reden und erwartete — als echtes Kind jener Tage — das baldige Herannahen des goldenen Zeitalters der deutschen

Freiheit und Einheit. Philosophie, Geschichte, Nationalökonomie verdrängten in Heidelberg bei Miquel fast das Studium der Jurisprudenz. Rau, Häusser, Henle (der Anthropologe, der später in Göttingen eine klassische Anatomie herausgab), Schlosser wurden mit innerer Lust, v. Vangerow und Morstadt nur aus Pflichtgefühl gehört. Kant, Hegel, Fichte brachten den jungen Kopf oft zum Verzweifeln an sich selbst, Fourniers „Quatre mouvements" und Proudhons „contradictions" verwirrten ihn.

So brachen die Stürme des Jahres 1848 herein und brachten den jugendlichen Enthusiasten vollends außer Fassung. Er und seine Freunde wurden die eifrigsten Redner in den Volks- und Studentenversammlungen, gründeten Vereine, schrieben Flugschriften und donnerten gegen das reaktionäre badische Ministerium Bekk und für die Oppositionsführer Itzstein, Mathy, Welcker u. s. w. Den Gipfelpunkt erreichte diese Aufregung beim Zusammentritt des Vorparlaments in Frankfurt am Main. Nachdem aber diese, bekanntlich gänzlich mandatlose, nur vom öffentlichen Vertrauen getragene Versammlung, zur großen Verwunderung der jungen Heidelberger Himmelsstürmer, das goldene Zeitalter der deutschen Freiheit und Einheit nicht heraufgeführt hatte, traten sie der langsamen Arbeit des Frankfurter Parlaments mit doppelt argwöhnischer Beobachtung gegenüber, zumal da dieses Parlament sich doch selbst ein „Verfassunggebendes" nannte und sich „einzig und allein", ohne Widerspruch der deutschen Höfe die endgültige Gestaltung der deutschen Reichsverfassung vorbehielt und zum Ziel setzte. Nur reaktionäre Niedertracht konnte dieses höchst einfache Verfassungswerk Tag um Tag, Woche um Woche verzögern. In Heidelberg verlor der, nach eigener Meinung, maßgebendste und einsichtigste Kreis der Studentenschaft die Geduld, und ihn ergriff dieselbe edle Unruhe, die aus dem Munde einer „Volksversammlung von über viertausend Bürgern des Sächsischen Vogtlandes" dem Abgeordneten Robert Blum in Leipzig einige Wochen zuvor befohlen hatte: „binnen 14 Tagen von Frankfurt die Republik mitzubringen."*)

Außerordentliche Zeiten erfordern außerordentliche Mittel, und

---

*) Das Folgende aus meinem Werke „Die deutsche Revolution 1848/49." Leipzig, E. Diederichs. 4. Aufl. 1898, S. 296.

so bestieg denn ein nicht unerheblicher Bruchtheil der in Heidelberg sich Studirens halber aufhaltenden Jugend an einem heißen Sommertage des heißen Jahres 1848, mit Schlägern und andern die Weltgeschichte beschleunigenden Waffen versehen, den Bahnzug nach Frankfurt, um in der Paulskirche reine Wirthschaft zu machen und in dem dort versammelten deutschen Parlament dem souveränen Volkswillen zum endlichen Durchbruch zu verhelfen. Der größte Tag der deutschen Geschichte, nach hinten und vorne besehen, war angebrochen und sollte heute sich vollenden. Leider war er unerträglich heiß. In Darmstadt wurden die Wagen, in denen die thatendurstigen — aber auch sonst sehr durstigen — Heidelberger Musensöhne ihrer weltgeschichtlichen Bestimmung entgegenfuhren, auf ein todtes Gleis geschoben und fest verschlossen. Durch die damals elend kleinen Fenster hätte kein Kind entrinnen können. Der Frankfurter Zug fuhr ab, ohne die festgefahrene und eingeschlossene weltgeschichtliche Jugend einen Zoll näher an ihr Ziel zu bringen.

Eine Batterie gefüllter Bierfässer wurde vor den Durstigen aufgefahren und aufgeschichtet, aber nicht ein einziges Glas verzapft. Heißer und heißer brannte die Sonne und der Durst, namentlich Angesichts der gewaltig aufgespeicherten unerreichbaren Labung. Unterdessen hatten sich auf beiden Seiten der Wagen auf dem todten Strang auch ansehnliche Schaaren der volksfeindlichen Soldateska von Hessen-Darmstadt eingefunden, die sich offenbar an den Jammer- und Zornesrufen der Musensöhne weidlich ergötzten. Schließlich trat ein Offizier oder Diplomat Darmhessens vor, eröffnete den Gefangenen kaltsinnig, ihr herrliches Vorhaben sei verrathen und schlug ihnen eine ehrenvolle Kapitulation vor. Die aufgefahrenen Bierfässer sollten ihnen auf Gnade und Ungnade preisgegeben, das deutsche Parlament und die deutsche Einheit dagegen für heute noch sich selbst überlassen werden und der Studio von Heidelberg, nach Stillung seines Durstes, männiglich zur Alma mater am Neckar zurückkehren. Der im Innern der Wagen abgehaltene Kriegsrath war kurz und einmüthig. Die Thüren wurden geöffnet, die Fässer ausgetrunken und die Heimfahrt auf Kosten des um die Ruhe Deutschlands hochverdienten Darmhessens angetreten.

Daß Miquel an dieser durch die Ungunst der heißen Witterung

nicht zu ihrer vollen weltgeschichtlichen Bedeutung gediehenen Fahrt theilgenommen, ist im höchsten Maße wahrscheinlich. Jedenfalls äußerte er im Sommer 1869 gegen mich: „Glücklicher Weise machte im Sommer 1848 ein kategorischer Befehl meines strengen und konservativen Vaters, nach Göttingen zu gehen, diesen politischen Stürmen ein Ende. Auch dort fuhr ich zwar fort, an politischen Vereinen mich zu betheiligen und stand an der Spitze der allgemeinen Studentenschaft, aber das verhältnißmäßige Stillleben dieser Hofraths- und Gelehrtenstadt führte mit dem allmählichen Verlaufe der Revolution die Ruhe des Geistes zurück.“ Das Studium der Jurisprudenz, der Geschichte und Philosophie wie der Volkswirthschaft wurde von Miquel hier wieder eifrig aufgenommen und durch fleißiges Turnen, Fechten und Reiten die geschwächte Gesundheit wieder hergestellt. Auch hier gelang ihm, einen Kreis gleichgesinnter Studenten zu bilden, ein wissenschaftliches Kränzchen zu gründen, das er leitete. Mit den Professoren, dem Volkswirth Hanssen, den Historikern Waitz und Schaumann, dem Juristen Wartmann unterhielt er eifrig persönlichen Verkehr, und so ausgerüstet ging er dann 1850 in das erste juristische Examen, das er mit „Auszeichnung“ bestand.

In der Absicht weiterer wissenschaftlicher Ausbildung, namentlich in der Volkswirthschaft, kehrte er jedoch als „Auditor“ nach Göttingen zurück. Hier wurde er der Reihe nach einem tüchtigen Anwalt, dann dem Obergericht und der Staatsanwaltschaft als Hilfsarbeiter zugewiesen, plaidirte auch bereits gelegentlich als Vertheidiger vor dem Schwurgericht*) und verwandte alle Mußestunden auf das Studium der Nationalökonomie und Geschichte. Von Adam Smith bis zur Gegenwart wurden da alle volkswirthschaftlich hervorragenden Schriftsteller eifrig ergründet. Miquel beschäftigte sich damals mit dem großen Plane, ein umfassendes Werk über den Zusammenhang der Geschichte des Rechts und des wirthschaftlichen Lebens zu schreiben — ein Stoff, der noch heute oder gerade heute, gegenüber den markt-

*) Die äußerst spannende und ergreifende Erzählung „Auf falscher Fährte“, die ich, natürlich mit dichterischer Freiheit gestaltet, zuerst namenlos 1870 im „Daheim“ und dann 1875 in meinen „Dunklen Geschichten“ (Berlin, Gebr. Paetel) veröffentlichte, danke ich Miquels Mittheilung auf einer Soiree unseres gemeinsamen Freundes Karl Braun (Wiesbaden) im Frühjahr 1870.

schreierischen Verhetzungen des Antisemitismus, dringend wissenschaftlicher Erörterung bedürfte. Leider aber ist Miquels Arbeit und Vorhaben in Folge des Dranges der kommenden Ereignisse unvollendet liegen geblieben, und der heutige preußische Finanzminister wird dazu noch weniger Zeit finden, als der damalige Göttinger „Auditor". Diese Nichtvollendung des verdienstvollen Vorhabens ist um so bedauerlicher, als mir Miquel darüber 1869 mittheilte: „Die historisch-kritische Behandlung der volkswirthschaftlichen Fragen, die Negation der ‚ewigen Wahrheiten' — d. h. der von der damaligen herrschenden Doktrin als „ewige Wahrheiten" verkündeten Grundsätze — wurde die Grundlage meiner Untersuchungen."

Nach dem Ende seiner vierjährigen Prüfungszeit als Auditor und Ablegung seines zweiten Staatsexamens im Jahre 1854, besuchte Miquel längere Zeit Paris, um das französische Gerichtsverfahren kennen zu lernen und um dort die nationalökonomischen Studien fortzusetzen. Hier hörte er Wolowski und hatte Gelegenheit, mit vielen liberalen Größen des damaligen Frankreich zu verkehren. Die französischen Zustände unter dem zweiten Kaiserreich und die kulturgeschichtlichen Vergleiche mit der heimathlichen Sitte und Bildung, die geringe Achtung, die ihm die Franzosen einflößten — er nannte sie im Scherze „die Chinesen des europäischen Kontinents" — alles das trug wesentlich dazu bei, sein Nationalgefühl zu heben und den Entschluß in ihm zu verstärken, seine ganze Kraft der Wiedergeburt Deutschlands zu widmen.

Mit solchen Gesinnungen und Vorhaben durfte Miquel nicht hoffen, im Welfenreiche als Beamter Karrière zu machen. Er lehnte daher den Eintritt in den Staatsdienst ab, ließ sich dagegen, nach Göttingen zurückgekehrt, in dieser Stadt als Anwalt nieder. Vorerst war diese Thätigkeit für Miquels Gesundheitsverfassung vollauf genügend anstrengend. Denn ein Choleraanfall in Paris hatte ihn während der furchtbaren Seuche des Jahres 1854 an den Rand des Grabes gebracht — stundenlang hatte er in einem dortigen Hotel zuerst hülflos und dann scheintodt gelegen. Dieser Anfall hat in seinen Folgen Miquels Gesundheit auch dauernd geschwächt. Gleichwohl hätte er wohl die langgehegte Lieblingsabsicht, in Göttingen Privatdozent der Volkswirthschaft zu werden, gleichzeitig mit seiner Nieder-

lassung als Anwalt ausgeführt, wenn diese Absicht nicht durch die unter dem „rettenden" Ministerium v. Borries in Hannover hereinbrechende Reaktion vereitelt worden wäre.

Im Laufe weniger Jahre hatte der junge Göttinger Anwalt sich eine ausgedehnte, über das ganze Fürstenthum Göttingen und den Harz sich erstreckende Praxis erworben und wurde dadurch nach allen Seiten in das praktische Leben hineingezogen. Mit Rudolf von Bennigsen, der als Richter beim Königl. Obergericht angestellt war, und mit Planck, dessen Mutter in Göttingen wohnte, unterhielt er täglichen freundschaftlichen Verkehr. Eine große Anzahl jüngerer Gelehrter sammelte sich um diesen Dreibund.

Im Jahre 1856 — zehn Jahre vor Erfüllung seines Schicksals — stürzte der König Georg von Hannover die beschworene Verfassung um, lediglich, um sich in den Besitz der Domänen zu setzen und jeden Einfluß der Stände zu brechen. Eine gewaltthätige Reaktion drückte jeden Widerstand und jede freiheitliche Regung. Als auf Grund des oktroyirten Wahlgesetzes 1857 Kammerwahlen ausgeschrieben wurden, entschlossen sich v. Bennigsen und Miquel, den von den Altliberalen aufgegebenen Kampf aufzunehmen, und Bennigsen legte sein Amt nieder*), um wenigstens in der zweiten Kammer die nun kommenden Reaktionsmaßregeln, wenn nicht zu verhindern, so doch zu brandmarken und dem Lande zu denunziren. Um Bennigsens vom Ministerium auf das Aeußerste bekämpfte Wahl durchzusetzen, ließ sich Miquel in Göttingen als Bürger-(Stadtverordneten-)Vorsteher wählen und setzte durch seinen großen Einfluß auf die Bürgerschaft Bennigsens Wahl mit einer Stimme Mehrheit durch.

Da Miquel noch zu jung war, um selbst in die Kammer einzutreten, suchte er die Freunde durch die Presse zu unterstützen und gab 1858 seine Schrift „Ueber die Ausscheidung des hannoverschen Domanialgutes" gegen das Ministerium v. Borries heraus. Sie deckte die rechtswidrige Habsucht der welfischen Dynastie und das ganze System ihrer reaktionären Mißregierung so schonungslos auf, daß kein hannoverscher Verleger sie zu drucken wagte und sie deshalb in Leipzig bei O. Wigand herauskommen mußte. Sie erregte das

*) Vgl. unten die Biographie Bennigsens.

größte Aufsehen. Die erste Auflage war in wenigen Tagen vergriffen. Der Geheime Rath v. Bar wurde von der hannoverschen Regierung mit ihrer Widerlegung beauftragt, war aber dabei genöthigt, die kompromittirendsten Zugeständnisse zu machen und gab Miquel damit Gelegenheit zu einer noch schärferen zweiten Schrift: „Die Replik".

Als 1859 die schmachvolle Stellung des deutschen Bundes während des italienisch-französisch-österreichischen Krieges in Oberitalien die Sehnsucht nach Einheit und nationaler Ehre aufs Neue erweckte, benutzten Bennigsen und Miquel die gleichzeitige Anwesenheit einer großen Anzahl zum Anwaltstage und Städtetage in Hannover versammelten Männer, verfaßten gemeinsam die deutsche Erklärung vom 19. Juli 1859 und leiteten dadurch, gleichzeitig mit den ohne Zusammenhang mit ihnen handelnden, in Eisenach versammelten Patrioten, die deutsche Bewegung ein. Miquel betheiligte sich aufs Lebhafteste bei der Gründung des Nationalvereins in Frankfurt a. M. und trat auf dessen erster Generalversammlung in Koburg, nachdem er hier zum Schrecken Vieler, und namentlich von Rochau und Riesser lebhaft bekämpft, die Nothwendigkeit eines Zusammengehens von Preußen und Italien schon damals vertreten hatte, in den Ausschuß des Vereins ein. Bis zur Auflösung des Vereins blieb Miquel in diesem Ausschusse, verfaßte mehrere der „politischen Jahresberichte" des Vereins und hielt allein oder mit anderen Ausschußmitgliedern, namentlich mit Brater und Metz*), viele große politische Versammlungen in ganz Deutschland ab. In allen Generalversammlungen des Vereins war Miquel Berichterstatter. Im Jahre 1861 besuchte er Oesterreich und Ungarn und vertheidigte auf der Generalversammlung in Heidelberg die Vereinbarkeit der österreichischen Zentralisation unter Schmerling mit der Herstellung „Kleindeutschlands" unter Preußens Führung, die Miquel fortwährend und überall als die einzige und ausschließlich mögliche Lösung der deutschen Frage bezeichnete.

Als 1863 endlich das „lange Parlament" des Ministers v. Borries aufgelöst wurde, trat Miquel, in drei Wahlbezirken gewählt, in die hannoversche (zweite) Kammer ein und wurde hier sogleich in den

---

*) Z. vgl. oben S. 110 fg. dieses Werkes.

Finanzausschuß gewählt, der nach hannoverschem System die Kammer beherrschte.

Beim Beginne der schleswig-holsteinischen Bewegung 1864, als der Nationalverein beschlossen hatte, die Initiative zu ergreifen und sich zum Mittelpunkte der Bewegung zu machen, wurde Miquel zum „Geschäftsführer ad hoc" ernannt, bildete in Göttingen mit Brater gemeinsam ein großes Bureau und leitete von dort aus die Agitation von ganz Deutschland, sammelte die Gelder und regte überall durch Druckschriften und eine kolossale Korrespondenz die patriotische Thätigkeit an.

Vor dem Ausbruch des Krieges von 1866 war die hannoversche zweite Kammer versammelt. Die von Bennigsen und Miquel geführte nationale Partei der Kammer bemühte sich mit allen Mitteln, den verblendeten König zu einem Bündniß mit Preußen, wenigstens zu unbewaffneter Neutralität zu bewegen. Einige Tage vor der entscheidenden Abstimmung in Frankfurt (am 14. Juni 1866) forderten Miquel und Bennigsen die Entlassung des Ministeriums und Einigung mit Preußen, überzeugt, daß jede andere Politik das Welfenreich zu Grunde richten werde. Am Schlusse seiner Rede rief Miquel der österreichisch gesinnten Hofpartei die prophetischen Worte zu: „Heute ist es noch Zeit, es schlägt die elfte Stunde, morgen ist es auf immer zu spät!" Aber der König, durch die österreichischen Prahlereien getäuscht und von der baldigen Niederlage Preußens überzeugt, schlug diese Warnungen in den Wind. Die Hofpartei erklärte die Führer der nationalen Partei im Landtage, Bennigsen und Miquel, für Landesverräther und hetzte die unteren Volksklassen gegen sie, so daß sie kaum des Lebens sicher waren. Am 14. Juni stimmte Hannover im Bunde mit Oesterreich für die Kriegserklärung an Preußen. Wenige Tage später rückten die Preußen in Hannover ein, und brach das Welfenreich für immer zusammen, zum Heile Preußens und Deutschlands.

So sehr nun Miquel gleichfalls in der Vernichtung der Dynastie Hannovers einen Segen für ganz Deutschland und die gerechte Vergeltung für ein vollgerüttelt Maß von Sünde erkannte, so war doch sein nächstes Streben nach der Einverleibung Hannovers in Preußen darauf gerichtet, seiner Heimathprovinz in dem neuen großen Staatswesen sowohl die reichen eigenen Fonds für innerhannoversche Angelegenheiten wie auch eine thunlichst ausgedehnte Selbstverwaltung

zu erhalten. Namentlich galt es, die vorgeschrittene und später für ganz Deutschland vorbildliche hannoversche Justiz- und Verwaltungs-organisation und die sonstigen Eigenthümlichkeiten des Landes gegen die plumpen Zugriffe der Anhänger unbedingter Zentralisation und Gleichmacherei zu vertheidigen und zu bewahren. Das war der Zweck der ersten Reise, die Miquel nach dem Kriege, als „Vertrauensmann" seiner Landsleute, nach Berlin unternahm. Glücklicherweise war Bismarck ganz derselben Meinung und Willens, der neuen preußischen Provinz Hannover sowohl ihren „Provinzialfonds" als ihre „Provinzialverwaltung" zu erhalten. Bei ihm, dem mächtigsten Manne, fand also Miquel vollstes Entgegenkommen, an ihm aber auch im preußischen Landtag, in den Miquel schon 1867 eintrat, die wirksamste Unterstützung gegen die Altliberalen vom Schlage v. Vinckes, gegen die Junker und die Fortschrittspartei, die sämmtlich von solchen „Vorrechten" Hannovers nichts wissen wollten. Miquel entwarf selbst, als Referent des Abgeordneten-Hauses, die Organisation der bis jetzt so trefflich bewährten hannoverschen Provinzialverwaltung und brachte sie auch, trotz des heftigen Widerstandes der welfischen Ritterschaft, zur Annahme. Eine in der Provinzialverwaltung ihm angebotene Stelle lehnte Miquel ab, trat aber in den Verwaltungs-Ausschuß des hannoverschen Provinzial-Landtages ein.

Im Jahre 1865 schon hatte Miquel, als er in Osnabrück als Bürgermeister an die Stelle des früheren Ministers Stüve gewählt wurde, aus eigener Neigung und auf den Wunsch seiner Freunde, dieses Amt angenommen. Bis dahin war er zehn Jahre lang Vorsitzender der Stadtverordneten in Göttingen gewesen, und als er nun von Göttingen nach Osnabrück abging, schenkte ihm die Bürgerschaft einen prachtvollen silbernen Becher „aus Dankbarkeit". Im nämlichen Jahre verheirathete er sich mit der Tochter des früheren Konsuls Wedekind in Palermo. Miquels hervorragende volkswirthschaftliche Begabung und Einsicht hatte sich während seines Göttinger Aufenthaltes namentlich auch der Landwirtschaft im Göttingschen zugewandt und in einigen gediegenen Schriften über die dortigen Agrarverhältnisse bethätigt. Dafür ernannte ihn die landwirthschaftliche Gesellschaft der Provinz Hannover zum Ehrenmitgliede.

Miquels Wirken im preußischen Landtag, im norddeutschen Reichs-

tag und deutschen Zollparlament (von 1867 bis 1870), im deutschen Reichstag von 1871 bis 1876 und dann wieder von 1887 bis 1890 gehört der deutschen Geschichte an. Seine hinreißende Beredsamkeit, seine unermüdliche Arbeitskraft, sein vielseitiges gründliches Wissen, seine reiche Erfahrung machten ihn von Anfang an zu einem der bedeutendsten und einflußreichsten Abgeordneten. In treuer Freundschaft und Gesinnungsgemeinschaft mit Bennigsen, war er der Führer der nationalliberalen Partei bis zu seinem Eintritt in die preußische Regierung. Seiner unermüdlichen Thätigkeit und nationalen Begeisterung dankt die nationalliberale Partei in erster Linie ihre Wiedererhebung im Jahre 1884. Miquel ist der Verfasser des neuen Parteiprogramms, der berühmten „Heidelberger Erklärung" vom 23. März 1884. Von seinen großen parlamentarischen Verdiensten mögen hier nur zwei erwähnt werden: die gewaltige Adresse an den König, mit welcher der norddeutsche Reichstag am 20. Juli 1870 die herrliche Thronrede vom 19. Juli beantwortete, und die unsterblichen Verdienste, die Miquel als Vorsitzender der großen Justizkommission des Reichstages und als Referent im Reichstage für das Zustandekommen der trefflichen Reichsjustizgesetze in den Jahren von 1874 bis Ende 1876 sich erworben hat. Als diese Gesetze am 21. Dezember 1876 im Reichstag endlich angenommen waren, ernannte die Universität Berlin den Vorsitzenden und Referenten der Reichsjustizkommission, Miquel, wegen seiner Verdienste für das deutsche Rechtswesen, gebührendermaßen zum Ehrendoktor.

Schon 1869 hatte ihm König Wilhelm bei seiner Anwesenheit in Osnabrück den Titel „Oberbürgermeister" verliehen. 1870 siedelte Miquel nach Berlin über und trat als juristischer Beirath in die Direktion der Diskontogesellschaft ein, gab diese Stelle aber schon im November 1873 wieder auf und nahm im Herbst 1876 von Neuem die Wahl zum Oberbürgermeister von Osnabrück an. 1879 wählte ihn Frankfurt a. M. zum Oberbürgermeister, und hier wirkte er mit ausgezeichnetem Erfolg und hochgeehrt und -erfreut durch Verleihung des Ehrenbürgerrechts, bis ihn die Gnade und das Vertrauen seines Kaisers und Königs Wilhelm II. im Juni 1890 zum preußischen Finanzminister berief.

Da Miquel erfreulicher Weise noch heute in diesem hohen Amte thätig ist, so ist ein abschließendes Urtheil über seine Leistungen in dieser höchsten Stelle natürlich unmöglich. Aber schon die erste große

That seines Wirkens als Minister, die bedeutsame Reform der preußischen Einkommensteuer, sichert ihm bleibende Anerkennung. Sodann aber darf ihm mit Recht — die bezüglichen Nachrichten blieben unwidersprochen — ein Hauptverdienst an jener heilvollen Krise des 17. März 1892 beigemessen werden, welche im preußischen Kronrath durch scharfes Eingreifen des Kaisers das feudal-ultramontane Volksschulgesetz des Kultusministers Grafen Zedlitz und diesen selbst zu Fall brachte. Miquel hatte während des „Kulturkampfes“ der siebziger Jahre — in seiner kirchlichen Richtung konservativer als die meisten seiner Parteigenossen — bei den Verhandlungen über die Maigesetze Falks sich sehr zurückhaltend gezeigt. Um so überzeugender und wirkungsvoller mögen auf den Kaiser Miquels Mahnungen gewesen sein, daß ein preußisches Volksschulgesetz nimmermehr aus feudal-ultramontaner Mache, unter Ausschluß und höhnender Verletzung aller Mittelparteien, hervorgehen dürfe. „Sie haben mir da einen netten Salat eingerührt“, soll der mit Recht ergrimmte Monarch in dem Kronrath vom 17. März 1892, nach Miquels Vorstellungen, zum Grafen Zedlitz gesagt haben. Und der „nette Salat“ wie sein „Einrührer“ Graf Zedlitz, waren damit für immer abgethan. Wir erkennen in dieser Haltung Miquels zwei Charakterzüge seines Wesens, die uns mit freudigem Vertrauen auch auf sein ferneres amtliches Wirken blicken lassen: den unbeugsamen Muth, der nach oben und unten seiner Ueberzeugung rückhaltlos das freie Wort verstattet. Und die reife Mäßigung des Staatsmannes, die unbeirrt durch den lauten Lärm der Tagesleidenschaften die hohen Ziele setzt zum Heile des ganzen Volkes und Vaterlandes und ihnen mit tüchtigen, geeigneten Mitteln zustrebt.

Seither ist Miquel vom Kaiser 1896 durch Verleihung des Schwarzen Adlerordens in den erblichen Adelsstand erhoben worden und hat 1898 unter den allgemeinsten Kundgebungen der Verehrung und Dankbarkeit für sein bedeutsames vaterländisches Wirken den siebzigsten Geburtstag gefeiert. Von ihm vornehmlich ist zu den deutschen Reichstagswahlen des Jahres 1898 der mahnende „Ruf der Sammlung“ an alle staatserhaltenden und wirthschaftlich produktiven Parteien ausgegeben worden.



Ludwig Bamberger.

Ludwig Bamberger.

(Jugend- und Mannesjahre, bis 1879.)

Im Jahre 1862 gab Ludwig Simon, der bekannte feurige Redner der einstigen äußersten Linken der Paulskirche, während er zu Paris in der Verbannung lebte, eine Broschüre heraus unter dem Titel: „Meine Desertion, ein Zeitbild im Rahmen des preußischen Gottesgnadenthums“. Diese Flugschrift war veranlaßt durch die Ludwig Simon aufs Schmerzlichste erregende Thatsache, daß die Krönungsamnestie von 1861 ihm nicht zu Gute kam, weil er nicht wegen politischer Vergehen, sondern wegen Desertion 1850 zum Tode verurtheilt worden war. Die Kernsätze dieser Flugschrift, in denen Simon die höchste Weisheit seiner Erfahrungen auszusprechen meinte, sind die folgenden:

„Und abermals wendet der deutsche Patriotismus sich an die Hohenzollern, welche schon einmal bewiesen haben, daß sie die vertrockneten Pergamente eigener und fremder Legitimität höher schätzen, als den fruchtbaren Lebensdrang der Nation; welche schon einmal das deutsche Volk im entscheidenden Augenblicke zurückwiesen und in seine alte Zersplitterung zurücksinken ließen.*) Der Werth dieser Bestrebungen**) besteht jedoch offenbar mehr darin, daß manches wahre und freie Wort mit unterläuft, als in einer wirklichen Aussicht auf irgend welchen praktischen Erfolg. Ja, wenn Ihr irgendwo einen

---

*) Gemeint ist die Ablehnung der deutschen Kaiserkrone durch König Friedrich Wilhelm IV., Anfang April 1849, vergl. oben S. 48 und S. 72 dieses Werkes.

**) Simon meint namentlich diejenigen des Deutschen Nationalvereins, s. oben Metz S. 110 fg, Miquel S. 186 fg. und unten Bennigsen.

Altar ausfindig machen könntet, wo man die deutsche Kaiserkrone mühelos hinwegnehmen könnte — ja, das wäre etwas Anderes. Denn wohl darf man festlich begehen, was Andere in grauer Vorzeit mit etwas mehr oder weniger Rechtsanstand tapfer erworben und ihren Enkeln hinterlassen haben; aber selbst erwerben darf man nichts, und stünde auch der Zeiger urewigen Entwickelungsrechtes der geschichtlichen und politischen Nothwendigkeit mitten auf Mittag! Was vor Jahrhunderten geschehen, ist heilig; aber heute darf nichts mehr geschehen, es sei denn in dem unglücklichen Italien oder Frankreich, wo die Lorbeeren noch grünen und wachsen, während wir auf den abgeschnittenen Zweigen vergangener Jahrhunderte ruhen, in denen der Saft längst seine gottlose Triebkraft verloren hat." Dann, einige Seiten später, sagt Simon: „Könnt Ihr Eure Reform von Oben durchsetzen, gut! so sind wir damit entwaffnet."

So schrieb 1862, ein halbes Jahr vor dem Eintritte Bismarcks in das preußische Ministerium, einer der ehrlichsten und begabtesten deutschen Radikalen, über seinen heimathlichen Staat, auf den nach einem Jahrzehnt der tiefsten Erniedrigung die Hoffnungen der besten Deutschen wiederum sich richteten. Zweifellos wurden Ludwig Simons Ansichten damals von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Radikalismus getheilt, und selbst von einem guten Theile des deutschen Liberalismus. Vom Standpunkte eines Verbannten aus, eines der radikalsten Geister der Frankfurter Linken, schrieb Simon sogar recht verständig und — namentlich in dem angeführten letzten Satze — realpolitisch. Ja, man durfte nach dieser Broschüre von ihm erwarten, daß er der neuerwachten nationalen deutschen Bewegung rückhaltlos sich anschließen werde, sobald die deutsche Vormacht von den legitimen Schwächen sich frei zeigen werde, die Ludwig Simon bei ihr voraussetzte, und sobald sie das deutsche Einigungswerk ernstlich in Angriff nähme.

Vier Jahre später hatte Preußen dann in der That die „vertrockneten Pergamente" eigener und fremder Legitimität zerrissen — allerdings auch die Legitimität des österreichischen Vorpostens am Main, der sich die „Freie Stadt Frankfurt" nannte. Das Vaterland Ludwig Simons war geeint bis zum Main. Daß es zur Zeit noch nicht darüber hinausging, war nicht die Schuld der „Hohenzollern",

sondern anderer Leute, die an der Mainlinie festhielten, obwohl „der Zeiger des urewigen Entwickelungsrechtes der geschichtlichen und politischen Nothwendigkeit mitten auf Mittag“ stand. Nichts hätte nun Ludwig Simon gehindert, in der preußischen Stadt Frankfurt a. M. einen Nachtrag zu der oben erwähnten Broschüre herauszugeben, in welchem er freudig die erhebende Verjüngung und Kräftigung Deutschlands begrüßt und eingeräumt hätte, er sei nun „entwaffnet“, die „Reform von Oben durchgesetzt“ und „der Saft“ habe „die gottlose Triebkraft“ wiedergewonnen.

Wir zweifeln nicht daran, daß ein einziges solches Wort, nicht etwa an den König gerichtet, sondern an alle Landsleute daheim im Vaterlande, auch über die „Desertion“ des Flüchtlings den Schleier der Vergessenheit geworfen, und ihm die Rückkehr ins Vaterland ermöglicht hätte. Und er sehnte sich in der That zurück. Denn schon 1862 hatte er sein Heimweh in den schönen Worten ausgesprochen: „Wer sehnte sich nicht darnach, seine Heimath nach so langer Trennung einmal wiederzusehen? Wenn es Einem auch gelungen ist, sich im Auslande einen redlichen Erwerb zu gründen, so bleiben doch viele seelische Bedürfnisse unbefriedigt. Steht auch die Wurzel in fremdem Boden, so wendet sich die Blüthe doch stets nach dem Vaterlande. Die Sehnsucht verlernen kann man nicht ohne Herzensverarmung und sich ewig sehnen nicht ohne innere Aufregung.“

Gleichwohl hat Ludwig Simon jenes versöhnende Wort nie gesprochen. Er hat auch dann noch nicht von seiner tiefen Verbitterung gelassen, als in Deutschland höhere „Lorbeeren“ wuchsen und gepflückt wurden, als in Frankreich und Italien, als die Schwäche und Hohlheit des von Simon gefeierten französischen Staates sich enthüllte und die reine Größe des deutschen Reiches sich erhob. Er hat sie noch erlebt die größten Tage, die seinem Volke beschieden waren, so lange es besteht, und gerade diese Tage hielt er, wie sein Gesinnungs- und Kampfsgenosse aus der Paulskirche Karl Vogt, für Tage größter Unfreiheit und Entwürdigung. In dieser trübseligen Anschauung deutscher Verhältnisse befangen, ist er im Frühling 1872 zu Montreux verschieden.

Ueber seinem Grabe hat die „reine Demokratie“ natürlich das herkömmliche Mausoleum für die eigene überlebende republikanische

Mannestugend errichtet in Reden, Zeitungsartikeln und sonstigen frommen Werken. Zur größeren Ehre des Todten sind auch ihm die bei solchen Trauerfeiern höchst brauchbaren „Apostaten“ über dem Grabhügel rhetorisch geopfert worden, jene schlechten Demokraten, welche das Jahr 1866 und den Fürsten Bismarck, den Krieg gegen die arme französische Republik und die Annexion von Elsaß-Lothringen, das deutsche Kaiserthum und die deutsche Reichsverfassung von 1871 anerkannt und sogar bejubelt hatten, obwohl auch sie dereinst das harte Brod der Verbannung gegessen. Und diesmal brauchte der traurige Witz dieser Grabredner und Leidartikelschreiber nicht lange zu suchen, um das abschreckende Gegenbild des Todten von Montreux zu finden in — Ludwig Bamberger.

Ludwig Bamberger hatte, gleich Ludwig Simon, an den vorwiegend französischen Sympathien und Ueberlieferungen des Rheinlandes in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts die Ideale seiner Jugend gewonnen. Beide waren zur juristischen Laufbahn herangebildet und in diese eingetreten, als die Bewegung des Jahres 1848 sie ergriff. Beide wurden durch ihre Betheiligung an der Revolution aus der Heimath entwurzelt, in die Verbannung geschleudert und, nach mannigfachen abenteuerlichen Plänen, aus der vorgezeichneten Laufbahn in die ihrem Jugendleben völlig fremde Welt des Kaufmannes, der Börse und Banken hineingetrieben. Beide errangen sich in Paris eine hervorragende Stellung an der Spitze deutscher Bankfirmen. Beide zusammen waren Jahre hindurch den besten Bestrebungen der Deutschen in Paris ein geistiges Ferment.

Aber seit dem Jahre 1866 scheiden sich von Grund aus ihre Wege. Ludwig Simons Anschauungen wurden oben in Kürze dargelegt. Ludwig Bamberger aber trat noch von Paris aus in den Wahlkampf, der Norddeutschland in den Vortagen des konstituirenden Reichstages (Frühjahr 1867) bewegte. „Eine Stimme aus der Fremde“ lautete die Ueberschrift des Mahnwortes, das Bamberger, gewissermaßen im Namen der wiederversöhnten Mehrheit der deutschen Flüchtlingschaft, in den häuslichen Streit der Parteien hineinrief. Diese „Stimme aus der Fremde“ war fürs Erste ein treffliches Zeugniß für die politische Reife, Unbefangenheit und Klarheit ihres Urhebers, und hat sicherlich Viele, die unter dem peinlichen und

widerstreitenden Eindrucke der blutigen Wirren des Vorjahres noch betrübt und rathlos hin- und herschwankten, in das nationale Lager geführt.

Dann aber ließ Bamberger dem Worte die That folgen, indem er von 1867 an bis etwa Ende 1878 als Schriftsteller und Redner, von 1868 an auch als Abgeordneter des Zollparlaments und deutschen Reichstages ein unablässiges und höchst erfolgreiches Wirken in streng nationalem Sinne entfaltete. Er ward mit Recht zu den besten Parlamentsrednern, zu den geistvollsten politischen und volkswirthschaftlichen Schriftstellern Deutschlands gezählt.

Schon das ungewöhnlich bewegte und interessante Leben und die lange Betheiligung Bambergers an den wichtigsten Aufgaben der nationalen Entwickelung nnd Gesetzgebung Deutschlands rechtfertigt ein näheres Eingehen auf den Werdegang dieses Mannes. Aber das Hauptinteresse an seinen Jugend- und rüstigsten Mannesjahren besteht für uns in seiner Durchbildung vom südwestdeutschen Revolutionär des Jahres 1848 bis zu derjenigen des Nationalliberalen von 1868 und des folgenden Jahrzehnts. Sein Leben und Wirken kann als vorbildliches Beispiel gelten für den nämlichen Entwickelungsprozeß desjenigen Theils der radikalen Achtundvierziger, der überhaupt entwickelungsfähig war. Sein Beispiel legte namentlich die ganze Jämmerlichkeit der Logik bloß, zu der in seiner unheilbaren Verbitterung selbst ein Gervinus zu greifen wagte, nämlich als letzten Trumpf gegen die „gottlose Triebkraft" des deutsch-nationalen Gedankens seit 1864, 1866 und 1870 auszuspielen das Zeugniß der Todten von 1848/49 gegen die Lebenden; die Anschauungen der Männer, deren Herz stillstand und deren Auge brach, als die erste große deutsche Bewegung gescheitert war, und die Grabesruhe des reaktivirten Bundestages wieder auf Deutschland lastete!

Wenn irgend wer von Haus aus Anlagen und Gelegenheit hatte, sich mit der auflösenden Eigenrichtigkeit des französischen Radikalismus zu erfüllen — zu reden und zu leben wie Ludwig Simon — so war es Ludwig Bamberger. Er wurde geboren zu Mainz am 22. Juli 1823. Die Stadt Mainz aber huldigte damals erst seit ungefähr zehn Jahren dem Großherzoge von Hessen als „angestammtem" Landesherrn. Indessen auch jetzt noch bildete weniger die Chronik des

Darmstädter Hofes, als das unendliche Kapitel der landsmannschaftlichen Raufereien der „patriotischen“ Garnison der „Bundesfestung“ Mainz (Oesterreicher, Preußen, Hessen) das Hauptstagesinteresse der Stadtbewohner. Seit 1819 war in den Mauern von Mainz, zur angenehmen Abwechselung in der öffentlichen Unterhaltung, Dank der Munifizenz der zu den Karlsbader Beschlüssen zusammengetretenen deutschen Potentaten, auch die hohe, aber gänzlich geräuschlose „Zentral-Untersuchungs-Kommission“ für einige Jahrzehnte abgestiegen, die hier, unter des durchlauchtigsten deutschen Bundes Privilegio, ihren stillen Kerkerkrieg gegen deutsche Studenten führte. Alle irgend wichtigen Interessen der Stadt und Bürgerschaft wurden dagegen nach wie vor lautlos, aber sicher und unwiderstehlich beherrscht durch den Krummstab des Erzbischofs.

So war das goldene Mainz beschaffen zu der Zeit, als Ludwig Bamberger hier geboren ward und heranwuchs. Was Wunder, daß die gebildeten Kreise der Stadt wie der gesammten Rheinlande aus diesem politischen Elend in die Erinnerungen der französischen Klubisten- und Kaiserzeit zurückschauten wie in ein verlorenes Paradies. Die Schmach und Härte der Rheinbundstage war ja ohnehin an der Pfaffengasse des heiligen römischen Reiches weit weniger schmerzlich empfunden worden, als im übrigen Deutschland. Das milde, üppige, vaterlandslose Regiment des Krummstabes hatte in dem leichtlebigen Völkchen schon vor der Revolution einen materialistischen Kosmopolitismus groß gezogen, der den Phrasen und dem Flitter der französischen Republik und Kaiserzeit besonders zugänglich war. Nun war mit das Beste, was jene Zeit überhaupt hinterlassen hat, die gesetzgeberische Gestaltung des französischen bürgerlichen Rechtes, Handelsrechtes und Strafrechtes, des Zivil- und Strafprozesses — „les cinq codes (Napoléon)“ — gerade den Rheinlanden zu Gute gekommen und erhalten geblieben. Die besten Juristen und angesehensten politischen Schriftsteller des Großherzogthums Hessen, wie z. B. Heinrich von Gagern, Glaubrech u. A.*), feierten das ursprünglich von dem fremden Eroberer aufgedrungene Recht als das höchste Gut Rheinhessens.

*) Z. vgl. Robert v. Mohl, Geschichte und Litteratur der Staatswissenschaften, Bd. 2 S. 383.

In seiner trefflichen Abhandlung „Der erste preußische Verfassungskampf in Preußen (1815—1828)“ hat Heinrich von Treitschke*) eine lebendige Schilderung von den Stimmungen in den preußischen Rheinlanden im ersten Jahrzehnt der preußischen Regierung entworfen. Wenn wir da lesen, daß der wackere Landwirth Schwarz im Jahre 1816 von Koblenz aus meldete: „Kein Mensch ist mehr hier, der nicht Gott auf den Knieen danken würde, wenn das Land wieder unter französischer Botmäßigkeit stände“, so können wir uns leicht vorstellen, welche politische Stimmung und Staatsgesinnung in Rheinhessen damals vorherrschte und Bambergers Knaben- und Lernjahre umgab.

„Die alten Leute“ schreibt er mir selbst — „nährten mit den Erzählungen von 1793—1815 die überall noch sehr rege Bewunderung für die Großthaten der französischen Republik und des Empire. Und die bekannten Historien der kurfürstlichen Vertheidigung von Mainz und der Kosaken von 1814 repräsentirten damals den Durchschnitt der Sympathie für die deutsche Nationalität. Ich erinnere mich noch deutlich der Revolution von 1830, wie die Veteranen des Empire ins Haus kamen und frohlockend die Rückkehr der großen Nation verkündeten. Las Cases' Memoiren wurden mit Rührung gelesen, nicht bezweifelt, daß Napoleon bei Waterloo verrathen und schließlich von dem Ungeheuer Hudson Lowe vergiftet worden. Noch lebhaft erinnere ich mich, wie ich 1831, als achtjähriger Junge, mich freute, daß der General Diebitsch, der Feind der Polen, an der Cholera starb, was mir von meiner Mutter eine Ohrfeige eintrug, „weil man über keines Menschen Tod sich freuen solle“, und wie empört ich gegen die Preußen war, welche die für die Polen gezupfte Charpie an der Grenze konfiszirt hatten. Die Marseillaise und das Polenlied waren unsere Volkshymnen, denen das Hambacher Fest als dritte und vierte noch die Lieder beifügte:

Bayerland, ins Gewehr,
Ludwig, der gilt nicht mehr.

und:

Fürsten zum Land hinaus,
Jetzt gehts zum Völkerschmaus!“

---

*) Preuß. Jahrbücher, März 1872, S. 313 fg. Später abgedruckt in Treitschkes „Politischen Aufsätzen“, Leipzig, Hirzel.

So sah es in dem Kopfe eines begabten deutschen rheinhessischen Knaben aus um das Jahr 1830. Ja, man darf sagen: in dem Kopfe sehr vieler damaligen Deutschen, die sich für die Gebildetsten und Fortgeschrittensten hielten und es theilweise auch wirklich waren. Die große Mehrheit hing mit bewunderndem Beifall an den heimathlosen Schmähungen Börnes und Heines wider Deutschland und die Deutschen. Die Zeit und Männer der deutschen Freiheitskriege zu verhöhnen, galt für das Zeichen gereifter politischer Weisheit. Und der Hessen-Darmstädter und Rheinhesse theilte nicht einmal die naive Glückseligkeit, welche damals fast allen „Staaten" Südwestdeutschlands erblühte: den „Verfassungskampf" und die großen Verhandlungen der beiden Kammern des engeren Vaterlandes für die anbrechende Morgenröthe einer schöneren Zukunft halten zu dürfen. Denn in Darmstadt wurde keineswegs um unveräußerliche Menschenrechte und andere höchste Ideale des Erdkreises gestritten, sondern nur um „lumpige" zwei Millionen Gulden, welche der 1830 Großherzog gewordene Ludwig II. als Kronprinz an Schulden aufgeborgt hatte, und welche die getreuen Stände mit nichten zahlen wollten. Dieser Beschluß und ein Protest gegen die reaktionären Bundesbeschlüsse von 1832 bildeten übrigens die äußerste Kraftanstrengung der hessischen Opposition. Denn schon 1834, nach einer zweimaligen Kammerauflösung, erlangte die Regierung eine unterwürfige Mehrheit.

Ludwig Bamberger bezog 1842, also in dem für die damalige Zeit ungewöhnlich reifen Alter von fast 19 Jahren, die Landesuniversität Gießen. Seine Kinder- und Schuljahre hatten bei ihm keine besonderen Talente verrathen. Dagegen lenkte er in den mittleren Klassen des Gymnasiums, als er 14 bis 15 Jahre zählte, zuerst die Aufmerksamkeit und das Lob der Lehrer auf sich durch die Eigenthümlichkeit und Fruchtbarkeit seiner halb kindlichen, halb ernsthaften Schriftstellerei, welche Gelegenheitsstücke, Knittelverse und Schulaufsätze nach Lust und Laune mit Leichtigkeit schuf. Gleichzeitig erwachte in ihm — ich folge auch hier seinen eigenen, mir übergebenen Aufzeichnungen — der Sinn zu beschaulichem Eingehen in das innere Denkleben; immer mächtiger erwuchs ihm das Bedürfniß nach religiöser und philosophischer Erkenntniß, das er als einen sehr ausgesprochenen Wissensdrang zur Universität brachte, zugleich mit leb-

haftem Interesse für die Politik, im alltäglichen und wissenschaftlichen Sinne des Wortes. Während Philosophie und Politik solchergestalt auf der Universität neben der fachmäßig betriebenen Rechtswissenschaft ihm Zeit und Kräfte mit Beschlag belegten, zog ihn der Ernst seiner Studien und sein Sonderwesen ab vom Verbindungsleben der Studenten, dessen unphilosophische und noch viel mehr unpolitische Richtung an der damals etwas rohen Universität Gießen ihn mit Abscheu gegen das Korpsleben erfüllte.

An den deutschen Hochschulen stand damals die nachhegelische Richtung auf ihrer Höhe, und Bamberger wurde sofort in sie hineingezogen. Weit mehr Nahrung für seinen Geist und seine philosophische politische Richtung, namentlich unter den Studiengenossen, fand er indessen, als er 1843 nach Heidelberg sich wandte. Unter seiner Mitwirkung that sich hier eine freie studentische Vereinigung „Walhalla“ auf, welcher eine große Anzahl Jünglinge angehörte, denen Bamberger später auf seinen politischen Wegen wieder häufig begegnete, und deren Namen auch allgemein bekannt wurden. Ich nenne nur: Karl Aegidi, Lent, Friedrich Kapp, den badischen Revolutionär Florian Mördes, Wilhelm Genast und den späteren Hamburger Senator Versmann. Selbstverständlich ward allmählich die französische Tradition abgelegt und das deutsche wissenschaftliche Leben Mittelpunkt der Anschauungen und Bestrebungen Bambergers und seiner Freunde. Doch in der Politik und was dazu gehörte, galt ihm die Inspiration des Pariser „National“ immer noch als Vorbild. Ein letztes Semester in Göttingen (1845) ward strengen pandektistischen Studien und der ersten Bekanntschaft mit Spinozas Werken gewidmet, die Bamberger bis dahin nur aus geschichtlichen Darstellungen der Philosophie gekannt hatte. Göttingen war ihm die eigentliche Schule des Fleißes und Studirens, und das daselbst eingeleitete Leben wurde auch fortgesetzt, als er, nachdem er im Frühjahr 1845 Doktor beider Rechte geworden war, als Hilfsarbeiter auf der Kanzlei des Appellhofes in Mainz und dann zur „Stage“ bei einem Advokaten in Mainz mit der Vorbereitung zu seiner praktischen Ausbildung beschäftigt war. Denn neben französischem Recht und rheinischem Verfahren wurden noch ungelesene Philosophen, namentlich wieder Spinoza, eifrig durchforscht; und zu alledem gesellte sich jetzt noch eine ihm ganz neue Wissenschaft, die Volkswirthschaft.

Die letztere fesselte nun für mehrere Jahre seine Interesse und seinen Fleiß am meisten. „Alle englischen und französischen Stifter der volkswirthschaftlichen Schulen" — schreibt er mir selbst „wurden vorgenommen und daneben die eben in Schwung kommenden sozialen Theorien mit Eifer und Andacht aufgenommen. In diese drei beschaulichen Jahre von 1845 bis 1848, während deren auch das praktische Staatsexamen im französischen Recht bestanden wurde, fällt die enge Bekanntschaft mit Spinoza, Hobbes, Hume, Locke, Ad. Smith, Ricardo, Say, Aug. Blanqin, Fr. Bastiat; nicht minder wurden St. Simon, Proudhon, Fourrier exzerpirt."

Wie es möglich wurde, dem argwöhnischen darmhessischen Staatsdienste so viel Zeit für die Volkswirthschaft abzumüßigen, dafür gab mir Bamberger folgende glaubhafte Erklärung: „Jedesmal, wenn ich auf ein neues Amt kommandirt wurde, entfaltete ich einen kannibalischen Fleiß und Eifer. Ich war früh der Erste und spät der Letzte auf dem Posten, übernahm die meistverwickelten Nachforschungen und verrichtete dabei noch alle Handlangerarbeit, welche den Anderen zu niedrig war, mit mönchischer Demuth. Während solcher Maßen der Grund zu einem guten Vorurtheil gelegt wurde, kam man in vertraulichere Berührung mit den Vorgesetzten u. s. w. „Aber mitten in dies Studienleben der Zurückgezogenheit, welches dem Sonderbundskrieg in der Schweiz nur von ferne eine stille Theilnahme widmen konnte, fiel die Bombe der Februarrevolution."

Wie sie einschlug und zündete, hat Bamberger an einer anderen Stelle*) unter dem Titel: „Aus grünen Tagen" geschildert. Er trägt dort zwar die eigenen Erlebnisse als die Erzählung „eines jüngst verstorbenen Freundes, des Kreisrichters B. aus M., während seiner letzten Krankheit" vor. Allein da dieser selige Kreisrichter schon auf der zweiten Seite zu der Anschauung gelangt: daß man „bei einer Rückkehr ins Vaterland nach zwanzigjähriger Trennung nichts fühlt, als daß man in der Zwischenzeit drei Mal oder mehr gestorben ist — und die Anderen erst!" so ist, ganz abgesehen von anderen Gründen, wie z. B. persönlichen Aeußerungen Bambergers, wohl gestattet, diese Wahrnehmung einem Manne zuzuschreiben, der eine

---

*) In dem 1869 von Jul. Rodenberg herausgegebenen „Salon", S. 163 fg.

günstigere Gelegenheit hatte, Studien über die Wirkungen einer zwanzigjährigen Abwesenheit von der Heimath zu machen, als dies den ehemaligen deutschen Kreisrichtern in der Regel beschieden war.

Die Kunde von der Pariser Februarrevolution also erreichte unsern Pseudo-Kreisrichter in Heidelberg, wo er nach dreijährigem Philisterium — auch das stimmt genau mit Bambergers Lebensgang — wieder einmal den beiden intimsten Freunden der Hochschule die Hand drückte, und an ihrer Seite „aus dem Revier der konzeptgrauen Praxis hinaufstieg in die hohe Sphäre der grünen Theorie, um über der Dinge letzte Gründe mit ihnen zu reden.“ Er sitzt einsam in Heidelberg bei der Lampe, in der Fensternische, und liest im Cabanis, Rapport sur le Physique et le moral. Da rufts von unten: „Wissen Sie schon?“ — „Was?“ — „In Paris Republik. Kein Scherz. Es steht im Journal.“ Den Cabanis hat Bamberger erst im Jahre 1852 in Genf zu Ende gelesen, das Journal dagegen sofort. Ihm, „der als stiller Verehrer der Gottheit Revolution herangewachsen, war zu Muthe wie dem Kinde, dem die gütige Fee des Märchens leibhaftig vor die Augen träte, im lichtblauen Gewande, im goldenen Haar, und beglückend mit allen erdenklichen Gaben. Daran hatten wir nie gedacht, daß die Republik in Frankreich je wieder erstehen würde, denn es wäre zu schön gewesen. Der Abstand gar zwischen unserem Ideenkreise und dem festgewurzelten Regiment der kleinen deutschen Potentaten schien so unmeßbar, daß wir noch viel weniger daran dachten, diese Kluft zu Hause zu überspringen.“

Die erste That Bambergers — wir lassen den todten Kreisrichter nun ganz bei Seite — nach der großen Kunde bestand darin, daß er auf die Straße hinunterstürzte. „Sie war still und einsam. Neun Uhr war vorüber, und die Katzen glitten zu einem Rinnsteinloche heraus und zum anderen hinein, als wenn Ludwig Philipp noch in den Tuilerien säße.“ Bamberger fühlt sich von einer unbändigen Lust erfaßt, „Jemanden zu umarmen. Aber wen? Die Freunde waren nicht aufzutreiben.“ Er eilt auf das „Museum“. Hier „erbittertster politischer Wortwechsel mit dem alten Professor Z.“ (wahrscheinlich ist Zöpfl gemeint) „über die Februarrevolution, Franzosen, Louis Philipp, George Sand, Lord Byron und noch vieles Andere“, welchen „Disput“ Bamberger „bei steigender Ereiferung in heiserem

Diskant und fackelfeuerroth im Gesicht“ führt, bis Professor Z., „erschreckt von meinem Wortschwall, und beflissen mich zu verachten, einen breitrandrigen Hut vom Haken nimmt und kopfschüttelnd zur Thür hinausschreitet; und zwei Korpsburschen von den Westphalen, während sie Billard spielten, mit verwunderten Blicken durch ihre Brillen quer auf mich herüberschauten, mit Blicken, die fragten, was der Mensch denn noch an Freiheit begehren könne, seitdem es erlaubt sei, grün-weiß-schwarze Bänder auf offener Straße über der Brust zu tragen?“

Endlich blieb ihm „niederträchtiger Weise nichts übrig, als sich ins Bett zu legen, wie in anderen Nächten. Der eine der Freunde lag schon im Bett, der andere exzerpirte Schnauberts Erläuterungen des Lehnrechts bei einer klimperkleinen Studirlampe.“ Da platzt Bamberger unter sie hinein mit den Worten: „Kinder, wir müssen die Republik umarmen, wir müssen nach Paris, Ihr müßt mit.“ Das war nun allerdings schon aus schnöden finanziellen Rücksichten und Gründen ein Ding der Unmöglichkeit. Aber der Vermittelungsvorschlag Bambergers, nach Straßburg zu reisen, wird von den arglosen norddeutschen Freunden, die noch wenig vertraut waren mit der Sprache, Geschichte und Gegenwart Frankreichs, als das geringere Uebel, angenommen, und vermittelst einer Anleihe bei einem väterlichen Freunde Bambergers auch ausgeführt. Man reist also nach Straßburg.

Das Kleeblatt wird nun in dem Studentenviertel von Straßburg, im Café Suisse, mit Hilfe der allzeit bereiten französischen Einbildungskraft, als „Deputation der Universität Heidelberg, ja der deutschen Hochschulen insgesammt betrachtet, welche abgesandt worden sei, um die Studenten der Universität Straßburg zur Herstellung der Republik zu beglückwünschen.“ Diese „Deputation“ wird an dem nämlichen Abend noch von dem Offizierkorps der Nationalgarde empfangen und gefeiert. Bamberger redet rothe Reden, und die beklagenswerthen Pommern tragen bei alledem ein höchst trübseliges Gesicht zur Schau. Endlich entrinnen die Drei bei Nacht und Nebel, um nicht am nächsten Tage als „Vertreter der deutschen Nation“ in der großen Freiheitsbaumsprozession mit einherziehen zu müssen und so, kurz vor dem Examen der Norddeutschen, eine unerwünschte Popularität zu erlangen.

Nun, auf der Heimreise in Rastatt gar die beglückende Kunde, in Karlsruhe sei Revolution ausgebrochen. Also nach Karlsruhe! – Hier aber empfängt sie, zu Bambergers großem Verdruß, der übliche tiefste Landesfriede, und eine am folgenden Tage anberaumte Volksversammlung geht sogar mit thatsächlichen Beweisen rührendster Loyalität auseinander, und zwar obwohl der Kellner des Hotels versichert hatte, daß „viel frembes Volk in der Stadt sei, Handwerksburschen aus der Schweiz, gefährliche Menschen, die keinen ganzen Schuh am Fuß haben; einige sollen sich sogar mit Barrikaden versehen haben." Derselbe zuverlässige Zeitgenosse wußte freilich auch zu erzählen, in Straßburg seien sämmtliche Läden ausgeplündert worden und Alles schwimme im Blute.

Bei der Rückkehr des Kleeblattes nach Heidelberg offenbart sich der revolutionäre Ansteckungsstoff in dem gerüchtweise erzählten Vorhaben, am folgenden Abend alle Juden und namentlich die Kleiderhändler todt zu schlagen, weil sie unberechtigter Weise den Schneidern das Brod vom Munde wegstählen. Bamberger bewaffnet sich demgemäß zum Schutze der bedrohten Trödler mit einer erborgten Pistole, Pulver und Blei — wird aber nun sofort vor den Amtmann geladen und angewiesen, Heidelberg mit dem nächsten Zuge nordwärts zu verlassen. Alles Protestiren, aller Unwille Bambergers über die verkehrte Auffassung seiner Volksbewaffnung ist vergeblich, und er beschließt feierlich, wie auch Hecker später: „daß dies Geschlecht diesseits und jenseits der Revolution verloren sei". Als er heimkam, sahen ihn die Seinen befremdlich an; denn ein Brief aus Frankfurt hatte ihnen vor zwei Stunden gemeldet: ihr Sohn stehe in Baden an der Spitze derer, die da „theilen" wollten!

Da Menschen und Zeiten am besten aus solchen „Augenblicksbildern" erkannt werden, so sind wir eingehender dieser Schilderung gefolgt. Nach Mainz zurückgekehrt, suchte Bamberger übrigens durch nichts den ungünstigen Leumund zu zerstören, welchen der Frankfurter Brief über seine politischen Ansichten verbreitet hatte. Im Gegentheil, er ward ständiger Besucher der stürmischen Volksversammlungen im „Wolfseck", wo die deutsche Republik — nach dem Muster der französischen von 1792 — längst als das einzig erstrebenswerthe Ziel jedes anständigen Deutschen anerkannt war. Hier hielt Bamberger seine

Jungfernrede, ein rhetorisches Verdammungsurtheil gegen Robert Blum und Franz Raveaux und deren „viel zu gemäßigte“ Haltung. Zum Vorparlament ging Bamberger nach Frankfurt, um den Verhandlungen als Hörer beizuwohnen. In gewissem Sinne hatte er von seinem damaligen Standpunkte aus das zutreffende Vorgefühl, daß der deutschen Revolution die Thaten fehlen würden. Und mit ganz richtigem Blick „gab er die Bewegung innerlich auf“, als nach dem 18. März von Berlin die Kunde kam: der König habe sich mit dem Volke versöhnt; der Thron sei also stehen geblieben.

In den ersten Märztagen hatte auch das „hessische Volk“ seine „Siege errungen“, hatte der Landesvater „Alles bewilligt“. In einer großen Volksversammlung im Hofe des ehemals kurfürstlichen Schlosses — welche in der Erinnerung des Volkes von Mainz noch lange fortlebte — betrat Bamberger, völlig unbekannt, die Rednerbühne, und sein urwüchsiger und kecker Radikalismus pflückte in dieser altjakobinischen Bevölkerung die Lorbeeren des Tages. Von jener Stunde an erfreute er sich allgemeiner Volksthümlichkeit. Freilich hatte ihm die Natur wenig zum Volksredner verliehen. Seine — auch in späteren Jahren noch — schmalbrüstige, etwas vorgebeugte Gestalt, seine damals noch nicht genügend ausgeweitete und bei erregtem Pathos in höheren Diskant umschlagende Stimme, deren Ueberanstrengung seine Lungen wiederholt bis zum Blutauswurf reizte, war zur Bewältigung von Massenversammlungen wenig geeignet. Aber der feurige Geist der Revolution, der unmittelbare Funke des Gedankens, der als Kind des Augenblicks in lustigen oder ergreifenden Redeformen ihm über die Lippen sprang zum Ohr der Hörer, die Gluth der Begeisterung und Ueberzeugung, welche allmählich den merkwürdig durchsichtig-feinen Teint des Redners mit einem Feuerschein überflog, der noch viel röther zu nennen war, als sein Haupt- und Barthaar, das in Jugendtagen unleugbar in diese demokratische Farbe gesinnungstüchtig hineinschimmerte — kurz, der zum Herzen dringende Klang des Naturlautes, der seinen Reden anhaftete, verschaffte ihm auch bei den Jakobinern des souveränen Volkes von Mainz wunderbares Ansehen und andächtiges Gehör.

Da diese Klubthätigkeit und Klubbeliebtheit sich indessen mit den Pflichten und der Strebsamkeit eines großherzoglich hessischen Richters

noch weit weniger vertrug, als das zeitraubende Studium in Spinoza und sämmtlichen Nationalökonomen, so griff Bamberger nun auch berufsmäßig zur Feder des Journalisten, übernahm neben Karl Bölsche die Führung der Mainzer Zeitung und leitartikelte Tag für Tag aus voller Brust. Einen Theil des Jahres 1848 verbrachte er als Berichterstatter im Frankfurter Parlament, wo er die Bekanntschaft der bedeutendsten Männer der Linken machte. Er wohnte mit Zitz, dem Abgeordneten für Mainz, im nämlichen Hause. Am engsten aber schloß sich Bamberger an die Abgeordneten Arnold Ruge und Julius Fröbel an, deren philosophische Richtung ihn besonders anzog. Seine enge Freundschaft mit Ruge hat sich von da ab bis zu Ruges Tod auch ungetrübt erhalten, zumal da Ruge bekanntlich den Segen der großen Umwandlung in Deutschland nach 1866 gleichfalls rückhaltlos anerkannte.

Als während der Wiener Oktoberrevolution der deutsch-demokratische Kongreß in Berlin tagte, wurde Bamberger, nach G. Feins Rücktritt, zum Präsidenten desselben gewählt. Natürlich war er während der Jubelmonate der Revolution ein sehr geübter und beliebter Volksredner geworden und hatte namentlich im Organisiren von Vereinen und im Beleben des politischen Sinns in der ganzen Mainzer Gegend redlich das Seinige gethan. Wirklich stammt aus jener Zeit und von Bambergers Agitation her der rege Geist für politisches Leben in der Landbevölkerung Rheinhessens.

Solche Verdienste durften Seitens des „Volkes" nicht unbelohnt bleiben. Der Mainzer Abgeordnete Zitz hatte sein Mandat schon niedergelegt, ehe der Rumpf des deutschen Parlaments von Frankfurt nach Stuttgart übersiedelte. Die hessische Regierung rührte sich nicht im Geringsten, eine Nachwahl für den ausgeschiedenen Abg. Zitz vornehmen zu lassen, und das Parlament war bereits „gesperrt", als das souveräne Volk von Mainz Bamberger an Stelle von Zitz wählte. Die Akten dieser rechtlich sehr zweifelhaften Wahl, zu deren Prüfung es in Folge der Ungunst der Verhältnisse glücklicher Weise nie kam, lagen mit in dem „Archiv", das der letzte Präsident des Rumpfparlaments, Dr. Löwe-Calbe, als Reichskleinod mit sich in partibus infidelium herumführte. Indessen waren es weniger rechtliche Bedenken, welche den neuen Abgeordneten für Mainz abhielten, seinen

Sitz in Stuttgart einzunehmen. Vielmehr war er bereits mit Zitz unter die Häuptlinge des pfälzischen Aufstandes gegangen, dem er eine organisirte Hilfsstreitmacht zuführte. Er setzte keine Hoffnung auf diese Erhebung und nahm an ihr nur Theil, um zu thun, was ihm damals als Schuldigkeit bei einem letzten Versuch erschien. Diesen Posten im Felde mit dem gefahrlosen Sitze zu Stuttgart zu vertauschen, erschien ihm wenig muthvoll, und so harrte er denn aus bis zuletzt.

Der Verlauf des pfälzischen und badischen Aufstandes vom Frühjahr und Sommer 1849 ist bekannt; wir besitzen von allen Seiten interessante Schilderungen darüber. Diejenigen der Führer der Aufständischen sind natürlich mit den herkömmlichen Ausfällen gegen alle übrigen Führer und „Generale" der Revolutionsarmee gewürzt, gerade so, wie die verschiedenen „Kriegsgeschichten" der französischen Generale der Republik von 1870/71. Am Ende aller dieser Darstellungen wird dann dem staunenden Leser der Kriegsplan enthüllt, welcher die Republik unfehlbar zum Siege geführt haben würde, wenn nicht der Neid oder die Thorheit der Zeitgenossen so verblendet gewesen wäre, der Weltgeschichte einen anderen Gang zu geben. Auch Ludwig Bamberger hat seine kurze kriegerische Laufbahn geschildert unter dem Titel: „Erlebnisse aus der Pfälzer Erhebung" (Literarische Anstalt, Frankfurt, Sommer 1849). Aber diese Aufzeichnungen unterscheiden sich sehr vortheilhaft von den übrigen gleichartigen Veröffentlichungen. Sie sind schonungslos offen. Sie enthüllen ohne allen Rückhalt und ohne jede Schönfärberei die schwache und die starke Seite dieser Erhebung und ihres Verlaufes*) und haben in Folge dessen Bamberger manchen Vorwurf der Kampfgenossen von ehedem zugezogen. Er hat aber diese Veröffentlichung nie bereut.

Der Betheiligung Bambergers am Aufstande in der Pfalz folgte übrigens die Strafe auf dem Fuße — wenigstens auf dem so geduldigen Papiere. Der Assisenhof in dem bayerisch-pfälzischen Zweibrücken verurtheilte ihn in contumaciam zum Tode. Das heimathliche Hessen begnügte sich damit, sechs bis acht Jahre Zuchthaus hinter

---

*) In meinem Werke „Die deutsche Revolution 1848/49" habe ich eine Anzahl sehr interessanter Bekenntnisse Bambergers aus dieser Schrift wörtlich mitgetheilt, S. 416 fg.

dem Flüchtling drein zu erkennen, und außerdem zwei Jahre Gefängniß wegen einer bei der Todtenfeier Robert Blums in Mainz im November 1848 von ihm gehaltenen Rede, bezüglich welcher Bamberger die Möglichkeit, den Kaiser von Oesterreich beleidigt zu haben, später nicht mehr in Abrede stellte. „Da ich mich mit diesen beiden befreundeten Regierungen niemals darüber einigen konnte, welche dieser Strafen und wann sie vollstreckt werden sollten, erzählte Bamberger zwanzig Jahre später uns, seinen Kollegen vom Zollparlament bei einem Berliner Fraktionsdiner, „so wählte ich eine Mittelstrafe und verurtheilte mich selbst zu 14 Jahren — Bankhaus".

Aber so weit war er jetzt noch lange nicht. Vom Juli bis Oktober 1849 führte er vielmehr ein unstetes Flüchtlingswanderleben in Zürich, Bern und Genf. In Wabern bei Bern, im Gladbachschen Erziehungsinstitute, in dem ich vom Mai 1849 bis Herbst 1856 aufwuchs und lernte, machte ich Bambergers erste Bekanntschaft. Von Genf reiste er im Oktober 1849 nach London, um dort den entscheidenden Entschluß über seine Zukunft zu fassen. Fast heroisch war dieser Entschluß zu nennen, aber entscheidend sollte er dennoch nicht sein. Bamberger ging nämlich jetzt allen Ernstes daran, sich zum Eintritt in die englische Rechtspraxis vorzubereiten, studirte zu dem Ende einige Monate lang auf der Juristenbibliothek des inner temple englische Rechtswissenschaft und besuchte die Gerichtshöfe. Allein auch auf dieser Bahn kehrte er bald wieder um; weniger deshalb, weil lange Jahre mühseliger und verdienst- wie genußloser Arbeit zu durchlaufen waren, ehe er ans Ziel gelangen konnte, als vielmehr in der richtigen Ueberzeugung, daß ihm die Möglichkeit, zu einer unabhängigen Lebensstellung zu gelangen, auf diesem Wege immer unsicher und im weiten Felde bleiben werde.

„Nach manchen schweren Tagen und Bedenken" — schreibt er mir — „entschloß ich mich, ein rascher zum Ziele führendes Handwerk zu erlernen, schnitt eines Morgens meinen Flüchtlingsbart ab und ging auf ein Bankkomptoir der City, wo mir verwandtschaftliche Verhältnisse das Anfangs und lange noch recht harte Lehrlingsleben leichter zu machen geeignet waren. Es ist schwer, mit 25 Jahren noch einmal von vorn anzufangen, namentlich wenn man den Stolz des deutschen Studierten gegenüber dem Handlungsdiener hat. Wenn

etwas gut war an der Schule des Lebens, die ich durchgemacht, so war es die Erfahrung, daß in einem wohlorganisirten Kaufmannsgehirn nicht unedlere Thätigkeiten vor sich gehen und nicht unbedeutenderes Wissen gesammelt wird, als in dem Gehirn eines Gelehrten. Handwerker giebt es in den vier Fakultäten auch genug."

In London blieb Bamberger bis 1850 und siedelte dann nach Antwerpen über, wo er seine Lehrzeit fortsetzte und nach einem Jahre beendet hatte. Zu Ende des Sommers 1851 begab er sich nach Amsterdam, um sich mit der Sprache und den Handelsgebräuchen Hollands bekannt zu machen, und im Herbst desselben Jahres etablirte er sich selbständig in Rotterdam unter seiner eigenen Firma. Dieses Geschäft betrieb er zwei Jahre lang, bis im Oktober 1853 ihm Gelegenheit geboten wurde, in das Pariser Bankhaus seiner Verwandten einzutreten. Seine Kenntniß des französischen Rechts und der französischen Sprache machten ihm leicht, sich in die neuen Verhältnisse zu finden, und so hat er denn in der That vierzehn Jahre lang dieses Geschäft theils allein, theils in Gesellschaft mit Anderen geleitet.

„Die Schilderung dieser vierzehn Jahre" — schreibt er mir — „würde einen Band Memoiren machen. Auf der einen Seite in einem großen Weltgeschäft, das an allen großen Finanz- und Industrieunternehmen betheiligt war, auf der anderen in der literarisch-politischen Welt beider Nationen verkehrend, die Studien im französischen Recht praktisch und theoretisch fortsetzend, hatte ich natürlich Gelegenheit genug, Menschen und Dinge kennen zu lernen. Der Geschmack an den guten Seiten des französischen Wesens im Leben und Schreiben ward ausgebildet und Quelle vielfachen Genusses. Ich bekenne das noch heute immer gern und verdanke diesem Sinne wohl die Entwickelung eigener Formfähigkeit."

Seine Hauptthätigkeit als Kaufmann widmete Bamberger übrigens Eisenbahn-, Hütten- und Bergwerksunternehmen in Spanien, Italien und am Niederrhein.

Die Hoffnung und die Sehnsucht der Rückkehr nach Deutschland aber ging nie in ihm unter, obwohl er in der Fremde nun Alles gefunden hatte, was einem strebenden Manne begehrenswerth sein kann: eine glückliche Ehe, Reichthum und regen geistigen Verkehr mit

bedeutenden Männern Deutschlands und Frankreichs. Die erste politische Handlung, mit der er wieder das alte Band zum Vaterlande anzuknüpfen suchte, war seine berühmte Flugschrift: „Juchhe nach Italien!“, welche bei Beginn des französisch-italienischen Krieges gegen Oesterreich die lieben Landsleute davor warnte, dem Schmerzens- und Hilferufe der Großdeutschen Glauben zu schenken: daß die Grenzen Deutschlands am Po und Mincio bedroht seien und dort vertheidigt werden müßten. Mit klarem, durchdringenden Blick weissagte die Flugschrift, daß aus Italiens Befreiung auch die deutsche Einheit entstehen werde. Daran knüpfte sich ein offener Brief an Julius Fröbel, der sonderbarer — seiner Entwickelung jedoch entsprechender - Weise Partei für dasselbe Oesterreich ergriffen, das ihn im November 1848 zum Tode durch den Strang verurtheilt hatte!

Von da an kam die politische Schriftstellerei Bambergers wieder in Fluß. Im Jahre 1860 begründete er mit Ludwig Walesrode und H. B. Oppenheim die „Demokratischen Studien“, in deren zweitem Bande er namentlich die „Geschichte der Französelei am Rhein“ schrieb. Ueberhaupt zeigen diese Arbeiten Bambergers die schrittweise Erstarkung der nationalen Gesinnung und Erkenntniß, im Gegensatze zu den revolutionären Ueberlieferungen und demokratischen Velleitäten seiner Vergangenheit. Als die „Demokratischen Studien“ untergingen, gründete H. B. Oppenheim die „Deutschen Jahrbücher“, an denen Bamberger gleichfalls fleißig mitarbeitete. Namentlich schrieb er für deren erstes Heft von 1862 einen Artikel über die Gold- und Silberfrage, in welchem er schon damals für Einführung der Goldwährung eintrat.

Bereits vor Ausbruch der großen Krise von 1866 hatte Bamberger den Entschluß gefaßt, mit dem 1. Januar 1867 sich von seinem Pariser Geschäfte zurückzuziehen. Die Ereignisse kamen daher auch seinen persönlichen Wünschen wie gerufen entgegen. Sobald der Krieg sich nicht mehr vermeiden ließ, war ihm kein Schwanken und Zaudern denkbar, daß man zu Preußen stehen müsse. Und sofort nach den Präliminarien von Nikolsburg trat er in der Presse wider das großdeutsche Demokratenthum auf, das die Augen gegen den Schritt und den Weg der Geschichte verschloß. Er that das hauptsächlich, um in seiner engeren Heimath Rheinhessen den alten Preußenhaß bekämpfen zu helfen.

„Wenn ich mir etwas zum Verdienste anrechnen kann" — schreibt er mir — „ist es, durch meine alte und nie ganz vergessene Popularität und sachverständige Behandlung der mittelrheinischen Bevölkerung einen Theil dieses Gebietes davor bewahrt zu haben, daß es die Beute des Stuttgarter „Beobachters" *) wurde und dadurch den Pfaffen in die Hände arbeitet. Es wird mir aber auch in beiden orthodoxen Kirchen nie verziehen, daß ich meinen demokratischen Kredit dazu gebrauchte, das große Werk deutscher Nation zu fördern, statt mich im Eichhornskäfig der abgestandenen Phraseologie herumzudrehen. Julius Frese, „die Geißel der Apostaten", wie Karl Mayer ihn nannte, hat viele blutige Thränen auf mein abtrünniges Haupt geweint."

Bambergers alte Heimath gab ihm bald den Beweis, daß sie mit seinem Wirken von Herzen einverstanden sei. Trotz aller Wahlkünste der Ultramontanen und Dalwigkianer **) nämlich, und obwohl die Herren Liebknecht und Bebel in Rheinhessen landauf und landab reisten und redeten für die rothen Kandidaten der schwarzen Internationale und des Herrn Ministers von Dalwigk, und gegen die bösen Nationalen, wurde Ludwig Bamberger im Frühjahr 1868 doch zum Zollparlament gewählt. Ja, 97 Prozent der Wahlberechtigten stimmten in den ländlichen Ortschaften um Mainz ab und gaben damit den Ausschlag für Bamberger.

Sein öffentliches Wirken im Zollparlament wie im deutschen Reichstag seit 1871 darf im Wesentlichen als bekannt gelten. Ich berühre daher von dieser hervorragenden parlamentarischen Thätigkeit nur das Folgende.

Vom ersten Tage seiner Abgeordnetenlaufbahn an trat Bamberger der nationalliberalen Fraktion (zunächst des Zollparlaments) förmlich bei, während z. B. die bayerischen Zöllner, selbst Völk, für sich blieben.***) Wesentlich auf Bambergers Anregung wurde im Zollparlament im Jahre 1868 die Adresse an den König Wilhelm eingebracht, die an

*) Das Organ der württembergischen, republikanisch-deutschfeindlichen Volkspartei unter Karl Mayers Leitung.

**) S. o. S. 115 fg. dieses Werkes.

***) S. o. S. 162 fg. dieses Werkes.

der unnatürlichen Koalition der Konservativen, Partikularisten und Fortschrittspartei scheiterte. Bambergers Antrag über die hessische Weinbesteuerung war es, der am 18. Mai desselben Jahres zu dem größten Tag des Zollparlaments führte, der früher, bei Darstellung des Lebens Völks, eingehend geschildert wurde.*) Bamberger lockte nämlich an jenem Tage durch seine, mit einer Fülle politischer Ausfälle gegen das System Dalwigk**) gewürzte Rede den hessischen Bundesrath Hofmann zur Vertheidigung und Abwehr heraus, und dann weiter den „Rechtskonsulenten der Süddeutschen", den ultramontanen schwäbischen Republikaner Probst, und entfesselte damit abermals alle nationalen Geister im Hause wie am Ministertisch.

Ueberhaupt gehörte Bamberger in der deutschen Frage und allen sonstigen Einheitsfragen zu den Nationalsten der Nationalen, in der Zoll- und Handelspolitik zu den vorgeschrittensten Freihändlern, in allen Freiheitsfragen endlich zu dem linken Flügel der Nationalliberalen. Von diesem dreifachen Gesichtspunkte aus will sein Wirken im Parlament beurtheilt sein.

Dem nationalen Streben Bambergers entsprang, außer den obigen Anträgen, im Frühjahr 1870 sein Antrag auf Vornahme einer gesammtdeutschen Enquête zur Herstellung der deutschen Münzeinheit. Diesen Antrag griff der einstige „Reichsregent" Abg. Becher aus Württemberg so ungeschickt an, daß Bamberger die willkommenste Gelegenheit fand, die Verwirrung der süddeutschen Währungsverhältnisse zu schildern. Er sagte damals: „Ich fürchtete, die Richtigkeit meines Antrags sei so überzeugend, daß er ohne Sang und Klang votirt werden würde. Ja, ich glaubte einen Augenblick lang, daß ich mich gegen den Verdacht werde wehren müssen, als sei dieser Gegner aus Gefälligkeit und aus einer Verabredung mit mir aufgetreten (Heiterkeit), um dem Antrage einiges Relief zu geben . . . . In Wahrheit haben wir die bunteste Münzkonfusion im Süden, die nur je in einem barbarischen Lande existirt hat (Widerspruch). Ja, m. H., Sie mögen murren; ich, der ich die Dinge aus eigener Anschauung kenne, stehe nicht an, Ihnen zu sagen: das Münzwesen des deutschen

*) S. o. S. 162 fg. dieses Werkes.
**) S. oben S. 117 fg. dieses Werkes.

Südens ist so verworren, so mit fremden Elementen versetzt, daß ich nicht anstehe, wenn Sie mir den Ausdruck erlauben wollen, es skrophulös zu nennen (Große Heiterkeit)." Die eingehende Schilderung dieses skrophulösen Zustandes, die nun folgte, war äußerst erheiternd und belehrend.

Demselben Drange nach Einheit entsprang 1871 Bambergers Antrag, das Bildniß der Landesherren von den Reichsmünzen zu entfernen, und alle übrigen „unitarischen" Anträge, die unter seiner Anregung und Mitwirkung von der nationalliberalen Partei im Reichstag eingebracht wurden. Auch hat er 1870 seinen nationalen Sinn dadurch bekundet, daß er sich dem deutschen Kanzler bedingungslos zur Verfügung stellte und seine guten Dienste dem deutschen Generalgouvernement des Elsaß durchaus uneigennützig und aufopfernd leistete.

Bambergers freihändlerische parlamentarische Thätigkeit ist dagegen bezeichnet durch seine zahlreichen Reden im Zollparlament gegen die schutzzöllnerischen Utopien eines Moritz Mohl und gegen die brutalfiskalischen Tarifvorlagen des Ministers v. d. Heydt; nicht minder aber durch sein lebhaftes Eintreten in Rede, Schrift und That für das Zustandekommen der durch den Minister Camphausen vorgelegten freihändlerischen Tarifreform*).

Die freiheitliche Richtung Bambergers endlich ist diejenige, die noch die zahlreichsten Spuren vom „Wolfseck" zurückgelassen hat. In dieser Hinsicht war Bamberger auch in den Jahren von 1868 bis 1878 etwas unberechenbar. Wenn er plötzlich einmal die gemeine Freiheit, die germanische Libertät bedroht glaubte, — dann regte sich in ihm wieder der geborene Jakobiner, dann lief ihm das Antlitz auf der Tribüne des Parlaments wieder „fackelfeuerroth" an — dann schlug ihm die sonst ruhige, gleichmäßige und ausgiebige Stimme wieder in den alten heiseren Diskant des Heidelberger „Museums" um. Unter den vielen ausgezeichneten Reden Bambergers aus jenen Jahren findet sich plötzlich einmal eine, die ganz seltsame demokratische Velleitäten aufweist. Doch selbst Ludwig Bamberger betrachtete sich eine Zeitlang vom Schilderhause der deutschen Freiheit abgelöst, nach-

*) S. o. S. 143 fg.

dem der preußische Kultusminister v. Mühler gefallen, das Schulaufsichtsgesetz durchgedrungen, der Trotz des Herrenhauses gebrochen, und das große Kesseltreiben auf die Internationalen der schwarzen und rothen Farbe von Reichswegen eröffnet war.

Wir möchten indessen die schriftstellerischen Leistungen Bambergers, welche seine parlamentarische Thätigkeit in jenen Jahren erzeugte, ebenso hoch schätzen, wie diese Thätigkeit selbst. Namentlich waren seine „Vertraulichen Briefe aus dem Zollparlament" von 1868—1870*), welche damals ganz frisch und unmittelbar die erste starke Regung des nationalen Gefühls Bambergers bei den wichtigsten Fragen nnd Ereignissen in einem Dutzend rüstiger Blätter von Posen bis Nürnberg auf einmal ausströmen ließen, ein ganz eigenartiges schrifstellerisches Unternehmen, und sehr begreiflich ist, daß und warum sie, namentlich in Süddeutschland, eine zauberische Wirkung auf die Leser zu Gunsten der nationalen Sache übten. Denn auch die „aufgespießten Eintagsfliegen" — wie Bamberger diese Sammlung in deren Widmung an Arnold Ruge bescheiden nennt — empfangen ihren goldenen Schimmer von den ewigen Ideen und dem weltumfassenden Blick, welche „wir Journalisten" zu eigen haben.

„Auf dem Blatt, das uns zum Frühstück vorgelegt wird", sagt Bamberger da, „schwingen wir uns empor zur Sonnenhöhe, von der herab der ganze Erdball wie das Tischtuch vor uns ausgebreitet liegt; und in geringerer Zeit als der Zucker braucht, um in der Theetasse zu schmelzen, schweift unser Blick von dem Palast des Taikun über den stillen Ozean und das Felsengebirge hinüber zu dem weißen Hause von Washington. Jetzt begrüßen wir das Universum bis zu den Antipoden und fühlen uns gestärkt in der Gemeinschaft des Denkens und Wissens mit Hunderttausenden unseres Gleichen, empfinden das erhaltende Band, schauen die waltende Ordnung, hören den hallenden Tritt des großen Weltgeschickes, senden unsere innerste Herzensansicht hinaus und empfangen sie zurück von Unzähligen unserer Mitlebenden". — Wer die ernsten und humoristischen Seiten der nationalen Entwickelung vor 1870 studiren, und daneben die feinsten Beobachtungen über Frankreich und die Franzosen — wie

*) 1870 gesammelt erschienen bei Ernst Günther, Breslau.

spielend eingeflochten — lesen will, dem kann die kleine Sammlung aufs Wärmste empfohlen werden.

Vollständig von französischem Esprit getragen, und darum bei den Franzosen auch besonders wirksam, war die von Bamberger französisch geschriebene, im Jahre 1868 in der „Révue Moderne“ veröffentlichte und später bei Mich. Lévy auch in Buchform erschienene Studie über Bismarck. Den Geist dieser Studie zeichnen die — wenn auch erst aus dem Jahre 1872 stammenden Worte Bambergers in einem Briefe an mich aus Rom: „Die Vorgänge im Landtag machen hier natürlich Sensation; mir machen sie ordentlich Heimweh, und ich verliere den Sinn für das Forum und die Kampagna, wenn ich lese, wie große Dinge bei uns vorgehen, und wie der große Mann zu Hause die größten Erwartungen übertrifft.“ — Den Franzosen war Bamberger übrigens schon vor der Studie über Bismarck durch seine französisch geschriebenen Artikel über Adam Lux in der „Révue Moderne“, und durch seine Schilderung der deutschen Kolonie in Paris in dem „Paris Guide“ ein geschätzter und beliebter Schriftsteller geworden.

Zu den einzelnen vorstehend angeführten Schriften Bambergers kommen zahlreiche sehr verdienstvolle deutsche Abhandlungen aus demselben Zeitraum in Fauchers Vierteljahrsschrift, den Preußischen Jahrbüchern u. s. w.

Am Ende der Schilderung dieses reichen, vielbewegten Manneslebens kehren wir zurück zu dem Gedanken, von dem wir ausgingen. Im Grunde ist es nichts als das Ueberwuchern französischer Staatsanschauung, d. h. jenes tiefsten Mißtrauens gegen alle Organe der Staatsgewalt, sowie gegen jedes dieser Organe und Glieder untereinander, welche das Auge eines so begabten Mannes wie Ludwig Simon auf die Dauer staarblind machte gegen die Fortschritte der deutschen Entwicklung, und welche Ludwig Bamberger erst auf den weiten Umwegen über das „Wolfseck“ und den pfälzischen Aufstand, die Schweiz, England, die Niederlande und Frankreich in das Lager der deutschen Nationalen gelangen ließ. Französische Ideen und Vorurtheile waren es, welche das aufstrebende deutsche Geschlecht von 1830 und theilweise auch noch das Geschlecht von 1848 rückhaltlos und frohgläubig als die seinen anerkannte. Französische Anschauungen

nicht minder — wenn auch des blendenden Effektes halber für eigenartig deutsche ausgegeben — beherrschen unsere parlamentarische Opposition im Anfang der sechsziger Jahre so gut, wie heute noch deren Nachfolger. Die neue Zeit und das Beispiel der besten unseres Volkes aber begann unsere Jugend zu einer neuen Lehre zu erziehen: zur Lehre von der Pflicht gegen den deutschen Staat!

Ludwig Bambergers Leben hier weiter zu verfolgen, erscheint nicht gerathen. Denn bekanntlich hat Bamberger etwa von Ende 1878 an eine Rückwandlung in seine demokratisch-oppositionelle Vergangenheit begonnen und vollzogen. Bei Erlaß des Sozialistengesetzes im Oktober 1878 gehörte er noch zu den besten rednerischen Stützen der Regierungsvorlage. Aber Bismarcks Zoll- und Wirthschaftsreform machte Ludwig Bamberger dauernd zum unversöhnlichen Widersacher des großen deutschen Staatsmannes. Er bekämpfte dann später ebenso leidenschaftlich, wie 1879 die Zoll- und Steuerreform, den Anschluß der Hansestädte an den Zollverein, die gesammte Kolonialpolitik des Reiches, die sozialpolitische Aera u. s. w. Seit dem Jahre 1893 ist er auch aus dem parlamentarischen Leben Deutschlands überhaupt ausgeschieden.



Julius von Hölder.

Julius von Hölder.

Julius Hölder war am 24. März 1819 in Stuttgart geboren als Sohn des etwa 1862 verstorbenen Direktors im Württembergischen Kriegsministerium, Eberhard Ludwig Hölder. Bis zum Herbst 1835 besuchte Julius Hölder die Lehranstalten seiner Vaterstadt und bestand im Herbste dieses Jahres das Maturitätsexamen, womit ihm der Besuch der Universität offen stand. Ueber diese Jugendjahre schrieb mir Hölder im Jahre 1869 wörtlich:

„Zur Zeit meiner Schuljahre bestand unter den Schülern des Gymnasiums unter der Leitung des jetzt verstorbenen Professors, nachherigen Ober-Studienraths Klumpp, ein Turnverein, welcher sich durch seine älteren Mitglieder selbst regierte. In demselben wurde neben den körperlichen Uebungen durch den Einfluß Klumpps eine vaterländische, an's deutschthümelnde streifende Gesinnung gepflegt. Der Einfluß der deutschen Freiheitskriege war hier noch deutlich zu erkennen. Ich war von meinem 8. bis zu meinem 17. Jahre Mitglied dieses Vereins, verdanke ihm schöne Stunden meines Jugendlebens und den Anstoß zu meiner späteren politischen Richtung. Denn die Freiheit und Einheit Deutschlands war die belebende Idee jenes Vereins, die zugleich die Pflanzschule für die damals auf den Universitäten blühende Burschenschaft bildete." *) –

Hölder war von seinem Vater für das Verwaltungsfach bestimmt worden und hatte zu diesem Zwecke vom Herbst 1835 bis Herbst 1837 auf dem „Kameralamt" zu Heilbronn unter der Leitung des äußerst

*) Seine werthvollen biographischen Mittheilungen an mich sind auch im Folgenden thunlichst wörtlich benützt.

tüchtigen Kameralverwalters Schmoller einen praktischen Kurs, verbunden mit theoretischen kameralistischen Studien durchzumachen. Im Herbst 1837 aber bezog er die Universität Tübingen und studirte daselbst bis Ostern 1841, anfänglich die Kameralwissenschaft, vom zweiten Jahre an Jurisprudenz.

Während seiner ganzen Universitätszeit war er Mitglied der damals verbotenen Burschenschaft. Diese Verbindung war, nach den zu Anfang der dreißiger Jahre gemachten Erfahrungen, von dem Gedanken einer unmittelbaren praktischen Einwirkung auf die politische Entwickelung Deutschlands zurückgekommen. Um so fester aber stand ihr der Satz, daß die Mitglieder künftig als Männer mit ihrer ganzen Kraft für die Erringung eines freien und einigen deutschen Vaterlandes einzustehen hätten. In dem Kreise der Burschenschaft hat Hölder mit Manchen die freundschaftlichsten Beziehungen angeknüpft, welche im späteren politischen Leben unter sich und mit Hölder treu verbunden blieben, zum Theil aber freilich auch in Folge der politischen Entwickelungen seit 1865 Hölders heftigste Gegner wurden. Zu den Ersteren zählen Schober und Adolf Seeger, zu den Letzteren Karl Mayer.

Im Herbst 1841 und im Frühjahr 1843 bestand Hölder die beiden juridischen Examina mit gutem Erfolg. Die Vorbereitungszeit brachte er meist im elterlichen Hause in Stuttgart zu und schloß sich mit anderen Freunden sofort an die Stuttgarter Kreise der freisinnigen Partei an. Die bewährten Häupter der letzteren, Römer, Schott, Rödinger, Tafel, nahmen mit freundlichem Wohlwollen den jungen Zuwachs auf, welchen die Tübinger Burschenschaft ihrer Partei lieferte.

Da Hölders Neigung ihn mehr zur unparteiischen Thätigkeit des Richteramtes hinzog, als zur einseitigen Behandlung der Rechtsfragen, wie die Advokatur sie mit sich bringt, so wählte er von den beiden Berufen den Eintritt in den Staatsdienst. Damals suchte die Regierung eifrig tüchtige Kräfte an sich zu ziehen, und sie mußte in Verfolgung dieses Zwecks auch gegenüber der freisinnigen Gesinnung des Betreffenden ein Auge zudrücken. Hölder wurde daher rasch zum Aktuar bei dem Stadtgerichte Stuttgart und (im Sommer 1845) erst zum Hilfsarbeiter, dann zum Assessor bei dem Gerichtshofe in Ellwangen befördert. Mehrere ehrenvolle Anträge: den einen, in den

Dienst des Ministeriums des Innern; einen andern, in den des Fürsten von Thurn und Taxis überzutreten, lehnte er ab, weil er nur als Richter die Unabhängigkeit seiner politischen Ueberzeugung wahren zu können glaubte. Die Zeit seiner Anstellung bei dem Gerichtshofe zu Ellwangen benutzte er zu einer achtmonatlichen Bildungsreise nach London und Paris; insbesondere hielt er sich in der französischen Hauptstadt beinahe ein halbes Jahr auf und suchte sich durch Studien und Anschauung mit dem öffentlichen Gerichtsverfahren vertraut zu machen. Daneben nahm die in den Jahren 1846/47 sich vorbereitende politische Bewegung, insbesondere auch die ersten sozialistischen Anläufe seine volle Aufmerksamkeit in Anspruch.

Nach Ellwangen zurückgekehrt, nahm Hölder an verschiedenen freisinnigen Bestrebungen, z. B. an der Gründung eines Turnvereins und am dortigen Bürgerverein, theils als Vorstand, theils durch politische Vorträge lebhaften Antheil, was dem jungen Assessor eine Rüge seitens des Justiz-Ministeriums zuzog. Schon früher war der Gerichtshof aus Veranlassung eines in standesherrlichen Angelegenheiten gefaßten Beschlusses, den Hölder als Berichterstatter beantragt hatte, mit dem Justiz-Ministerium in Konflikt gekommen, weil jener Beschluß eine mit dem Gesetze im Widerspruche stehende Königliche Verordnung und eine auf letztere Bezug nehmende Verfügung des Geheimen Raths für unverbindlich erklärt hatte. Eine von Hölder freilich zurückgewiesene Rüge, „daß ein durch die Gnade Sr. Königl. Majestät so rasch avancirter junger Mann eine solche Illoyalität begehen könne", blieb ihm diesmal nicht erspart. Ebenso erhielt er vom Justiz-Ministerium einen Verweis dafür: „daß er sich an einem, dem bekannten Oppositions-Abgeordneten Römer*) gebrachten Fackelzuge in hervorragender Weise betheiligt habe." Aus diesen Vorgängen konnte Hölder entnehmen, daß auch im Richteramte einem freisinnigen Manne Kollisionen mit der Staatsgewalt damals nicht erspart blieben.

Die Nachricht von der Februar-Revolution im Jahre 1848 rief den Gemaßregelten aber schon wieder zu neuer Thätigkeit im Sinne der politischen Bewegung auf, und nach wenigen Wochen trat das

*) Dem späteren württembergischen Minister.

freisinnige Ministerium ins Amt, in welchem die damaligen politischen Führer der Opposition, Römer, Goppelt und Duvernoy, die hervorragendste Stelle einnahmen. Duvernoy, der neue Chef des Ministeriums des Innern, berief Hölder als Regierungsrath an seine Seite, und in der Hoffnung, an diesem Platze der Sache der Freiheit und des politischen Fortschritts mit Erfolg dienen zu können, setzte der Berufene sich über seine früheren Bedenken gegen die Annahme eines Verwaltungs-Amtes hinweg. Hier traf er auch mit seinen alten Freunden Schoder und Seeger, welche ähnliche Stellungen bekleideten, wieder zusammen. Die drei jungen Räthe versuchten nach Kräften, das sogenannte März-Ministerium zu fördern und die günstige Zeit für die Durchführung möglichst umfassender Reformen in freisinnigem Geiste auszunützen. Allein sie stießen hierbei auf mancherlei Hindernisse. Es war nicht möglich, mit der erforderlichen Entschiedenheit und Raschheit vorwärts zu gehen, und die drei Freunde hatten in dieser Beziehung selbst gegen die Märzminister auch mannigfache Beschwerden. Als sich daher im Verlaufe der politischen Ereignisse jener Jahre der Gegensatz zwischen der demokratischen und altliberalen Partei entwickelte, traten Hölders nähere Freunde und er selbst, unter dem Eindruck jener Wahrnehmungen, auf Seite der ersteren, bildeten jedoch im Gegensatz zu den damals vielfach hervortretenden extrem demokratischen Bestrebungen den rechten Flügel der demokratischen Partei.

Bei den im Frühjahre 1848 vorgenommenen Neuwahlen zur Abgeordnetenkammer war Hölder wegen unzureichenden Alters noch nicht wählbar und konnte daher an den Verhandlungen des im Herbst 1848 zusammentretenden Landtags zunächst keinen Antheil nehmen. Dagegen benützten seine Freunde eine im Amtsbezirk Stuttgart eintretende Zwischenwahl, um Hölder im Frühjahr 1849, wenige Tage nach Erreichung seines 30. Lebensjahres, in die Kammer zu bringen. Er kam hier gerade recht, um an den Schritten der Kammer wegen Anerkennung der Reichsverfassung seitens des Königs Theil zu nehmen. In dieser Frage war auch die Einigkeit zwischen der altliberalen und demokratischen Partei wieder hergestellt. Ministerium, Kammer und Volk verlangten von dem Könige mit seltener Einmüthigkeit die Anerkennung die Reichsverfassung, einschließlich des Kaiserthums der

Hohenzollern, und die hartnäckige Weigerung desselben wurde endlich durch umfassende Volksbewegungen und durch Drohung mit den verschiedensten Schritten gebrochen. Hölder war Mitglied des damals von der Kammer zur Vorbereitung der nöthigen Anträge und Beschlüsse niedergesetzten Fünfzehner-Ausschlusses, und die von letzterem in Aussicht genommenen äußersten Maßregeln, mit welchen sich die Minister in vertraulichen Besprechungen einverstanden erklärt hatten, konnte der König keinem Mitgliede jenes Ausschusses je vergessen*). Dem Ministerialrath Hölder wurde aber persönlich noch eine in jenen entscheidenden Tagen vor einer Riesenvolksversammlung vom Stuttgarter Rathhaus-Balkon herab gehaltene Rede zu Gunsten der Reichsverfassung schwer zur Last gelegt. Dieser sogenannte Aprilsturm (von 1849) war bekanntlich von augenblicklichem Erfolg begleitet. Als aber der König von Preußen die Kaiserkrone zurückwies, die Aufstände in Baden und in der Pfalz ausbrachen, und die extrem demokratische Partei den Anschluß Württembergs an dieselben und dessen Theilnahme am Kampf gegen die heranziehenden preußischen Truppen zu erzwingen suchte, da mußte sich der rechte Flügel der Demokratie, überzeugt von der Unmöglichkeit eines Erfolgs, abermals von dem linken trennen, und es trat zum ersten Male der Gegensatz hervor, welcher dann seit dem Jahre 1865 das Parteileben in Württemberg beherrschte.

Nach dem Vorangegangenen war vorauszusehen, daß bei eintretender Reaktion Hölders Stellung im Staatsdienste nicht haltbar sein werde. Gleichwohl ging es mit dem Austritt nicht so rasch, als man etwa hätte denken können. Das im Oktober 1849 ins Amt getretene Ministerium Schlayer wollte von den Errungenschaften der Bewegungsjahre Manches retten. Ja, Schlayer selbst ersuchte Hölder mit aller Offenheit, sich um die in einem gelegentlichen Kabinetsschreiben unumwunden ihm ausgesprochene Allerhöchste Ungnade nichts zu bekümmern, da der junge Rath das vollste Vertrauen des Ministers besäße, und dieser der Unterstützung freisinniger Männer bedürfe. Schlayer ging in seiner Duldsamkeit soweit, daß Hölder, ohne Beeinträchtigung seines amtlichen Verhältnisses zum Minister, an der

*) Man drohte dem König nämlich geradezu mit Absetzung.

zweiten zur Berathung einer Verfassung berufenen Landesversammlung Theil nehmen, wie bisher auf demokratischer Seite stehen und an der damals beschlossenen Staatsanklage gegen den Minister v. Wächter-Spittler wegen Anerkennung und Beschickung des wiedererstandenen Bundestags den regsten Antheil nehmen konnte.

Durch Uebertragung der Berichterstattung in Postsachen eröffnete Minister Schlayer dem von ihm hochgeschätzten Hölder ein willkommenes neutrales Feld der Thätigkeit. Auf des Letzteren Antrieb wurde das zwar verabschiedete, aber schon halb zurückgelegte Postgesetz doch noch verkündigt, kraft dessen das dem Fürsten von Thurn und Taxis erblich verliehene Postregal gegen eine gerichtlich zu ermittelnde Entschädigung wieder für den Staat zurückgenommen werden sollte. Als aber der Vollziehung dieses Gesetzes ein Inhibitorium der Bundeszentralgewalt hindernd in den Weg trat, gelang es Hölder, als Königl. Kommissär bei den unter Vermittlung des österreichischen Gesandten zu Stuttgart mit dem Fürsten von Thurn und Taxis eingeleiteten Verhandlungen, ein billiges Uebereinkommen herbeizuführen, wodurch die volkswirthschaftlich und pekuniär höchst vortheilhafte Erwerbung der Post für den Staat erzielt wurde.

Der endliche Abschluß dieses Postvertrags fällt indessen bereits unter das Ministerium Linden, welches im Juli 1850 ins Amt getreten war. Gerade um diese Zeit, Juli 1850, verheirathete sich Hölder mit Marie, Tochter des Pfarrers Georgii in Gaisburg. In der gleichen Audienz, in welcher er sich dem neuen Minister von Linden vorstellte, bat er um Urlaub zur Hochzeitsreise. Dabei fand eine eingehende Erörterung seiner politischen Stellung statt. Zwar versicherte auch Linden dem demokratischen Rath, daß er Hölders persönlicher politischen Ueberzeugung keinerlei Zwang auferlegen wolle, daß er die Fortdauer seiner amtlichen Thätigkeit wünsche und nur ein öffentliches Auftreten gegen die Regierung einem Rathe seines Ministeriums nicht gestatten könne. Da dieser jedoch reaktionäre Maßregeln kommen sah, bei deren Ausführung er nicht mitwirken wollte, so bat er bald darauf um Versetzung zu der Königl. Ablösungskommission, welche die Durchführung der im Jahre 1848 und 1849 gesetzlich ausgesprochenen Entlastung des Grund und Bodens von Grundabgaben jeder Art zur Aufgabe hatte. Diese Bitte wurde ihm

gewährt, und so befand er sich während der Hochfluth der Reaktionsperiode auf einem nahezu mit richterlicher Unabhängigkeit versehenen Posten, welchem eine wichtige Errungenschaft der Neuzeit anvertraut war.

Im November 1852 starb Hölders Freund Schoder, der Abgeordnete des Amtsbezirks Besigheim. Die Wähler richteten ihre Augen nun auf Hölder, und dieser hielt es für seine Pflicht, in dieser schweren Zeit der Reaktion dem Lande seine Dienste nicht zu versagen, obgleich Minister v. Linden ihm wiederholt erklärt hatte, daß bei der Stimmung des Hofes gegen Hölder jedes erneuerte öffentliche Hervortreten Disziplinar-Maßregeln zur nothwendigen Folge haben müßte. Bei der Wahl selbst unterlag der vergeblich Verwarnte zwar dem Regierungskandidaten, gleichwohl aber erfolgte unmittelbar darauf seine Versetzung an die Regierung nach Ellwangen, eine Maßregelung, welche er mit dem Gesuche um Entlassung aus dem Staatsdienste beantwortete. Hölder trat nun in Stuttgart in die Reihe der Advokaten ein, und bald darauf eröffneten ihm seine Mitbürger durch die Wahl in den Bürger-Ausschuß*) ein willkommenes Feld der öffentlichen Thätigkeit. Seither wurde er wiederholt, einmal als Obmann, in den Bürger-Ausschuß, im Herbst 1863 in den Gemeinderath**) gewählt und widmete sich, soweit seine sonstigen Berufs- und politischen Geschäfte es gestatteten, mit besonderer Vorliebe dem städtischen Dienste. Denn hier konnten seiner Ansicht nach, wenn auch in beschränkterem Kreise, unmittelbare praktische Erfolge erreicht werden, welche der sonstigen politischen Thätigkeit häufig versagt sind und namentlich zu jener Zeit versagt waren.

Neben der Advokatur ward für Hölder die ihm von den Aktionären der Allgemeinen Renten-Anstalt bei dieser übertragene Thätigkeit eine dankenswerthe Aufgabe. Die ersten Gründer der Anstalt hatten dieselbe lediglich als eine Privatspekulation aufgefaßt und in ihrem Interesse diese Anstalt ausgebeutet, welche außerdem als Versicherungsunternehmen ganz verkehrt und verfehlt aufgebaut war. Im Laufe einiger Jahre gelang es aber nun Hölder, die Spekulanten,

*) Das Stadtverordnetenkollegium der nord- und mitteldeutschen Gemeindeverfassungen.

**) Stadtrath (oder Magistrat) im Sinne derselben Gemeindeverfassungen.

welche die Anstalt in Händen hatten, zu beseitigen, das Institut selbst auf Gegenseitigkeit neu zu begründen und nach richtigen mathematischen Grundsätzen der wahrscheinlichen Sterblichkeit umzugestalten. Von da ab erweiterte dieselbe unter Leitung eines tüchtigen, aus Veranlassung der Neugestaltung neu gewählten Direktors und unter Hölders Mitwirkung als Justitiar ihre Thätigkeit nach allen Seiten hin, führte eine Reihe neuer Betheiligungs- und Versicherungsformen ein und nahm überhaupt einen höchst erfreulichen Aufschwung.

Im Sommer 1855 wurde der Landtag aufgelöst und bei der wenige Monate nachher stattfindenden Neuwahl Hölder im Oberamtsbezirk Besigheim zum Abgeordneten gewählt. Diesen Kreis vertrat er dann 12 Jahre lang, bis zum Ende des Jahres 1867. Bei Eröffnung dieses Landtags von 1855 befand sich die Reaktion unter dem Ministerium Linden auf ihrem Höhepunkte. Die freisinnige Partei war geschwächt und unter den Nachwirkungen des Jahres 1849 immer noch in die Altliberalen und Demokraten gespalten. Nachdem die Regierung auf dem vorhergehenden Landtage eine Reihe reaktionärer Maßregeln durchgesetzt hatte, legte sie nun durch Verkündigung der Bundesbeschlüsse gegen die Vereine und gegen die Presse der freien Bewegung der Staatsbürger neue Fesseln an; das Konkordat mit dem römischen Stuhle wurde abgeschlossen, und zu Alledem versuchte das Ministerium mit Hülfe des Bundes auch noch die in den Jahren 1848/49 abgeschafften Adelsvorrechte wiederherzustellen, sowie dem Adel für die damals vorgenommene Ablösung der bäuerlichen Grundlasten eine weitere nachträgliche Entschädigung von vielen Millionen zuzuwenden. Diesen Tendenzen gegenüber war die Aufgabe der Oppooisitn klar vorgezeichnet: es galt die Zurückweisung aller dieser Angriffe auf die Volksfreiheit und auf die Landesgesetze. Um aber den Kampf siegreich durchzuführen, war vor Allem die Sammlung und Vereinigung aller gesunden freisinnigen Elemente zu einer großen Partei nothwendig. Hölder gab sich schon vor dem Zusammentritt des Landtags alle Mühe, um diese Vereinigung durchzusetzen, und sie gelang auch wirklich unter dem Namen „Fortschrittspartei". Der Klub der vereinigten Opposition, der sich damals bildete, dauerte als „Reinsburgklub" fort bis zum Herbst 1866, zu welcher Zeit dann zuerst die nationale Partei sich von ihm trennte. Auf dem zu Ende

des Jahres 1868 zusammengetretenen Landtage theilte sich sodann dieser Klub noch einmal in die Fraktion der Volkspartei und die Fraktion der sogenannten großdeutschen (österreichischen) Richtung.

Wie in der Kammer, so mußte aber auch im Volke selbst die freisinnige Partei zu Anfang des Jahres 1856 reorganisirt, die abgerissene Verbindung der Parteigenossen unter sich wieder angeknüpft und durch regelmäßige Parteiversammlungen des ganzen Landes (Landesversammlungen) ein Organ für die Partei geschaffen werden. Auch dies gelang unter Hölders mitwirkender Thätigkeit, und selbst die extrem demokratischen Elemente, soweit sie nicht gänzlich vom politischen Schauplatz abgetreten waren, schlossen sich von dieser Organisation nicht aus. Die Entstehungsgeschichte der Fortschrittspartei ist aber die beste Widerlegung der Vorwürfe, welche seit 1865 die Volkspartei erhoben hat, als ob die Nationalen ihre frühere Partei verlassen hätten. Denn nicht die radikalen Elemente, welche von da ab die Volkspartei bildeten, sondern die Altliberalen und der rechte Flügel der demokratischen Partei des Jahres 1868 waren die Träger derjenigen politischen Vereinigung, welche sich im Jahre 1856 zum Kampfe gegen die Reaktion als Fortschrittspartei zusammengeschlossen hatte.

Dieser Partei war es möglich, den Kampf gegen das Ministerium siegreich zu bestehen. Insbesondere wurde das Konkordat mit Rom von der Kammer für ungesetzlich erklärt, sofort der Kultusminister gewechselt und das Verhältniß der katholischen Kirche zum Staat durch ein Landesgesetz geregelt, in welchem die Unverbindlichkeit des Konkordats ausdrücklich ausgesprochen ward.

Ebenso wurde die Vereinbarung der Regierung mit dem Adel von der Kammer verworfen und der Regierung die ausdrückliche Zusicherung abgezwungen, daß sie die Zuständigkeit des Bundestags zu einer Einmischung im Sinne der Ansprüche des Adels nicht anerkennen und einen in dieser Sache etwa ergehenden Bundesbeschluß nicht vollziehen werde. Die heftigen und stets wiederholten Angriffe gegen die oben erwähnten Bundesordonnanzen über Vereine und Presse aber hatten die Folge, daß die drückenderen Bestimmungen derselben schon von dem Ministerium Linden thatsächlich nicht mehr gehandhabt und daß nach dem im Jahre 1864 eingetretenen Thronwechsel diese Ordonnanzen auch formell außer Kraft gesetzt wurden.

Die eigenmächtigen Besoldungserhöhungen, welche sich die Minister zu Ende der 50er Jahre erlaubt hatten, wurden heftig bekämpft, und wenn auch für die Vergangenheit die ministerielle Partei nothdürftig siegte, indem sie den Uebergang zur Tagesordnung durchsetzte, erkannten die Minister doch für die Zukunft thatsächlich das Recht der Kammer an, die eine, wenn auch mäßige Minderung dieser Gehalte beschloß und durchsetzte.

Wir unterlassen es, auf weitere Einzelheiten einzugehen und fügen nur noch die allgemeine Bemerkung hinzu, daß der Uebermuth und die Brutalität, mit welchen das Ministerium Linden in der ersten Hälfte der 50er Jahre der Kammer entgegenzutreten liebte, in den 60er Jahren einem achtungsvollen Benehmen Platz machte und daß von da ab in kleinen, wie in großen Dingen die Regierung auf die Wünsche der Kammer vielfach eine in früheren Jahren unbekannte Rücksicht nahm. Die Behauptung darf daher mit Zuversicht aufgestellt werden, daß die Stellung der Kammer — wenn auch das parlamentarische System mit seinen Konsequenzen nicht erreicht ward — doch jedenfalls bis zu der von 1866 ab erfolgenden Zersplitterung der freisinnigen Partei an Bedeutung und Einfluß ungemein gewonnen hatte.

Was Hölders eigene Betheiligung an allen diesen politischen Bestrebungen betrifft, so unterlassen wir auch, sie im Einzelnen zu verfolgen. So viel aber muß gesagt werden, daß Hölder an allen diesen Kämpfen einen erheblichen Antheil genommen hat und daß er insbesondere in der Adelsfrage zu einer glücklichen Erledigung im Sinne gänzlicher Zurückweisung der hier versuchten Reaktion als vieljähriger Berichterstatter der Kammer das Seinige beitragen konnte. Ein kunstvoll gearbeiteter Pokal mit den Emblemen der überwundenen Adelsherrschaft wurde ihm im Namen seiner Mitbürger als freundliche Anerkennung dieser Thätigkeit im Frühjahre 1865 übergeben.

Schon vorher, im Sommer 1864, war, wie bemerkt, der Thronwechsel eingetreten, und es eröffneten sich damit für die freisinnige Partei neue Aufgaben. Nachdem das Land den Kampf gegen die Reaktion glücklich bestanden, galt es nun, in der Entwickelung der öffentlichen Zustände Württembergs im Sinne der Freiheit und des demokratischen Prinzips fortzuschreiten. Die in vielen Punkten ver-

altete Verfassung war der Reform bedürftig, im Justizwesen die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens durchzuführen, in der Verwaltung die Selbstständigkeit der Gemeinde zu erweitern und das Prinzip der Selbstverwaltung des Volkes bei der Verwaltung der Bezirke zur Anwendung zu bringen. Alle diese und noch andere Reformen sind ihren Grundzügen nach in der nach dem Regierungsantritt von der Kammer an den neuen König erlassenen Adresse vorgezeichnet, welche Hölder als Berichterstatter zu verfassen hatte und welche von der Abgeordnetenkammer mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde. Einiges, insbesondere die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des gerichtlichen Verfahrens, ist schon bald darauf erreicht worden. Die meisten der übrigen Forderungen aber waren bis zur Zeit der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches noch nicht erfüllt und deren Durchsetzung durch die seit 1866 eingetretene Spaltung der freisinnigen Partei ungemein erschwert. Denn während einerseits bei der Regierung kein besonders guter Wille für diese Reformen vorhanden war, glaubte andererseits die Volkspartei über die in jener Adresse entwickelten Forderungen weit hinausgehen zu sollen. Ihre Organe griffen daher schon im Sommer 1864 jene Adresse und Hölder insbesondere als Berichterstatter, aufs Heftigste an, so daß der Beginn ernstlicherer Differenzen in der liberalen Oppositionspartei des Landtags ungefähr von da an gerechnet werden kann. Allein die eigentliche Entwickelung dieser Gegensätze knüpft sich an die deutsche Frage.

Die Bestrebungen nach einer Umgestaltung der deutschen Verfassung im Sinne der Einheit und Freiheit unseres Vaterlandes hatten Hölder seit dem Jahre 1859 öfter mit Abgeordneten anderer deutscher Länder zusammengeführt, und die Gründung des Deutschen Nationalvereins gab zu vielfachen Verhandlungen innerhalb der württembergischen Fortschrittspartei Veranlassung. Radikale und katholisch-ultramontane Elemente ließen es zu keinem einmüthigen Entschlusse kommen, und als nach langen Kämpfen innerhalb der Partei eine in Eßlingen gehaltene Landesversammlung sich mit großer Mehrheit für den Eintritt in den Nationalverein aussprach, stellte sich eine Minderzahl innerhalb der Partei grollend zur Seite. Die Einsicht und die Nothwendigkeit aber, für innere Fragen fest zusammenzuhalten, sodann die Ungewißheit, ob Preußen die ihm durch das Programm des

Nationalvereins zugewiesene Aufgabe in nächster Zeit auf sich nehmen werde, hielten Hölder und seine näheren politischen Freunde noch ab, wegen dieser Differenzen eine Spaltung der Partei herbeizuführen.

Sie hofften, die Anderen zu einer Theilnahme an den deutschen Einigungsbestrebungen in der Form des deutschen Abgeordnetentages gewinnen zu können, welcher in Weimar im Herbst 1862 gegründet wurde. Hölder nahm an dessen Gründung, wie an der Entwerfung des Programms eifrigen Antheil und war von Anfang an Mitglied des Ausschusses dieser Vereinigung. Im Programm wurde ein deutsches Parlament und eine kräftige Zentralgewalt für ganz Deutschland einschließlich Deutsch-Oesterreichs oder aber, „wenn der Theilnahme des letzteren unüberwindliche Hindernisse entgegentreten sollten“, ohne Oesterreich verlangt. Allein, obgleich die Großdeutschen der württembergischen Fortschrittspartei wenigstens theilweise in Weimar erschienen waren, konnten sie sich doch mit der Programmstelle „ohne Oesterreich“ nicht einverstanden erklären, und der Zweck einer Verständigung in der deutschen Frage wurde daher nicht erreicht.

Gleichzeitig gab der französische Handelsvertrag Anlaß zu Differenzen. Hölder nahm für die Aufrechthaltung des Zollvereins mit Preußen, dem in Folge des deutsch-französischen Handelsvertrags die Auflösung zu drohen schien, entschieden Partei, führte auch im Sommer 1864 in einer Versammlung Industrieller des ganzen Landes zu Gunsten des Handelsvertrags den Vorsitz, während mehrere von Hölders bisherigen politischen Freunden als die heftigsten Gegner jenes Vertrages auftraten.

Gleichwohl blieb die Fortschrittspartei im großen Ganzen immer noch beieinander. Der gleichzeitig mit dem Fürstentag im August 1863 in Frankfurt abgehaltene Abgeordnetentag gab einer Verständigung mit den Großdeutschen Raum, und Besprechungen auf dem unmittelbar sich anschließenden Juristentag in Mainz zwischen Oesterreichern und Mitgliedern der kleindeutschen (preußischen) Richtung führten auf den Gedanken, eine Besprechung der Führer beider Parteien im engeren Kreise unter Theilnahme von Oesterreichern zu veranstalten. Da in Württemberg die Gegensätze innerhalb der Fortschrittspartei noch zu keinem Bruche geführt hatten, wurde die Einladung zu dieser Zusammenkunft den Württembergern überlassen, und die Besprechung

wurde auf den 6. Dezember 1863 nach Nürnberg anberaumt. Es fanden sich hier etwa 50 Männer beider Parteien, unter Anderen Bennigsen und Graf Lerchenfeld, von den Oesterreichern Rechbauer u. s. f. zusammen. Unterdessen war jedoch durch den Tod des Königs von Dänemark die schleswig-holsteinsche Frage in den Vordergrund getreten; die Versammlung, in welcher Hölder der Vorsitz übertragen wurde, beschäftigte sich ausschließlich mit dieser letzteren Frage und beschloß, auf den 21. Dezember 1863 eine Versammlung aller deutschen Abgeordneten ohne Rücksicht auf deren Parteistellung nach Frankfurt a. M. einzuberufen.

Der Verlauf dieser Versammlung und der schleswig-holsteinschen Frage braucht hier nicht näher dargelegt zu werden. Die Agitation war auch in Württemberg stark, und die Kammer der Abgeordneten bot auf dem Landtag im Winter 1863/64 ihren ganzen Einfluß auf, um die württembergische Regierung zu einer entschiedenen Parteinahme zu Gunsten der Herzogthümer zu bestimmen. Mehrere erhebliche Beschlüsse wurden auf Hölders Antrag in dieser Richtung mit großer Stimmenmehrheit gefaßt.

Während aber die schleswig-holsteinsche Sache des gemeinsamen Interesses wegen die verschiedenen Richtungen innerhalb der Fortschrittspartei einander hätte näher bringen sollen, bahnte dieselbe im Gegentheil den endlichen Bruch an. Hier traten nämlich zum ersten Male die alten radikal-revolutionären Elemente der Demokratie, welche sich seit dem Jahre 1849 kaum am politischen Leben betheiligt hatten, in den Vordergrund. Sie bemächtigten sich der Agitation und erlangten auf einer Landesversammlung der Partei im Mai 1864 unter dem Einflusse der damaligen Aufregung die Mehrheit. In Folge dessen lehnten die Anhänger der nationalen Richtung (insbesondere Hölder, A. Seeger und Fetzer) den Wiedereintritt in das neugewählte Landeskomité der Partei ab, die extreme Richtung bemächtigte sich der Parteiorganisation, sowie des „Beobachters“ und begann auch sofort mit heftigen, nicht bloß sachlichen, sondern auch persönlichen Angriffen. Diese leidenschaftlich-gehässige Form hatten die bisherigen Differenzen nie angenommen, und so war es denn bald klar, daß jetzt eine Parteigemeinschaft nicht mehr möglich war.

Die Großdeutschen in der bisherigen Fortschrittspartei wollten

allerdings ebensowenig mit jenen Extremen weiter gehen. Auch sie traten mit vereinzelten Ausnahmen nicht in jenes Landkomité ein, und es hatte eine Zeitlang den Anschein, als ob sie sich an Hölder und dessen nähere Freunde — gegen jene demagogischen Extreme — anschließen wollten. Allein Jedermann ahnte, daß die schleswig-holsteinische Frage die deutsche in sich trage, und da über die letztere mit den Großdeutschen auch jetzt noch keine Verständigung möglich war, so konnte es zu einer Parteibildung in Gemeinschaft mit ihnen nicht kommen. Hölders Anhänger mußten sich darauf beschränken, in einzelnen Erklärungen und Versammlungen, an welchen die Großdeutschen mehr oder weniger Theil nahmen, jene Extreme zu bekämpfen und ihre Angriffe zurückzuweisen, im Uebrigen aber abzuwarten, bis die Zeit und Möglichkeit einer neuen Parteibildung gekommen sein würde.

Vor Allem aber erschien die Gründung eines Organs in der Presse geboten, da Hölders Partei ohne ein solches schutzlos den Angriffen der Gegner ausgesetzt war. In Gemeinschaft mit A. Seeger, Fetzer und Gustav Müller rief Hölder daher mit Beginn des Jahres 1865 die „Schwäbische Zeitung" ins Leben, an deren Stelle am 1. September 1865 die „Schwäbische Volkszeitung" trat. An Mühe, Widerwärtigkeiten und Opfern fehlte es da freilich nicht, bis dieses Blatt einigermaßen in die richtige Ordnung gebracht werden konnte. Von der Gründung und Förderung des Blattes hielten sich die Großdeutschen von Anfang an zurück.

In der Kammer hielt der alte Reinsburgklub noch leidlich zusammen. Da aber in Folge der neueren politischen Entwickelungen die widerstrebendsten Elemente in demselben vereinigt waren, so konnte er begreiflicher Weise auf die inneren Fragen und Forderungen nicht denjenigen Einfluß ausüben, der ihm seiner die Mehrheit nahezu erreichenden Zahl nach gebührt und im anderen Falle auch nicht gefehlt hätte. Doch gelang es Hölder als Berichterstatter auf dem Landtage von 1864/65, das Gesetz über die Ablösung von Leistungen für öffentliche Zwecke (insbesondere Pfarr- und Schullehrerbesoldungen, Kirchen- und Schulhausbaulasten u. s. f.) zu einem allerseits befriedigenden Abschlusse zu bringen. Dieses Gesetz war eine nothwendige Ergänzung der Gült- und Zehntablösungen; allein seit dem Jahre 1843 waren

wohl 6—7 Entwürfe von der Regierung vorgelegt worden, ohne daß es gelungen wäre, eine Verständigung der gesetzgebenden Faktoren resp. in der Hauptfrage auch nur einen Mehrheitsbeschluß der Abgeordnetenkammer und in Folge dessen die Verabschiedung des Gesetzes zu erzielen. Durch billige Berücksichtigung der verschiedenen Interessen gelang es endlich, nach völliger Sicherung jener früheren Ablösungs-Gesetze gegen reaktionäre Eingriffe, eine allseitige Verständigung herbeizuführen.

Außerdem wurde von Hölder die Verfassungsreform betrieben, und es gelang ihm, wiederholte theilweise eingehendere Anträge durchzusetzen, mittelst welcher die Regierung ernstlich an die Nothwendigkeit einer Verfassungsreform gemahnt wurde. Erst nach der Krisis von 1866, in den letzten Wochen des seinem verfassungsmäßigen Ende zugehenden Landtags, legte die Regierung den Entwurf eines Verfassungs-Gesetzes über die Bildung der Ständeversammlung nebst Wahlgesetz vor. In demselben war für die zweite Kammer das direkte allgemeine Wahlrecht vorgeschlagen, während die Kammer in ihren von Hölder beantragten Adressen stets nur Ausdehnung des Wahlrechts auf alle direkt Steuerpflichtigen und für diese gleiches Wahlrecht verlangt, sich mithin über direktes oder indirektes Wahlrecht nicht ausgesprochen hatte. Nachdem aber für den norddeutschen Reichstag und das Zollparlament direktes allgemeines Wahlrecht eingeführt, und dieses für die Württembergische Kammer von der Regierung selbst beantragt war, schien es Hölder geboten, dasselbe anzunehmen.

Die übrige Zeit war jedoch nicht hinreichend, die ganze Vorlage über die privilegirten Bestandtheile der zweiten Kammer, über die erste Kammer, über die Rechte der Ständeversammlung u. s. f. zur Berathung oder gar zur Verabschiedung zu bringen. Die Schwierigkeiten waren zu groß, die Zeit viel zu kurz. Hölder entschloß sich daher als Berichterstatter, die Aenderung des Wahlsystems nach dem Regierungsantrag herauszugreifen und zur Durchführung zu bringen, im vollen Bewußtsein, daß dieses System zunächst der nationalen Richtung bei den Wahlen zum Nachtheil gereichen werde, im Vertrauen aber auf die im allgemeinen Wahlrecht selbst liegende heilende Kraft. Demgemäß machte Hölder aus den Regierungsvorlagen neue Entwürfe in diesem beschränkten Umfange, und es gelang ihm durch Privatbesprechungen

und -Verhandlungen mit den Führern der verschiedenen Parteien, mit Ministern und dem Berichterstatter der ersten Kammer, durch dringendste Beschleunigung, am letzten Tage des Landtags diese hochwichtige Aenderung des württembergischen Wahlsystems zur Verabschiedung zu bringen und damit einmal einen Anfang der Verfassungsreform zu machen.

Auch für das Wahlgesetz zum Zollparlament war Hölder als Berichterstatter bestellt.

Wir mußten diese Punkte voranschicken, um im Zusammenhang Hölders fernere Thätigkeit in der deutschen Frage seit dem Frühjahr 1866 darstellen zu können. Obwohl die Anhänger der nationalen Sache seit dem ersten gehässigen und gewaltthätigen Auftreten der radikalen Demokratie im Sommer 1864 an den großdeutschen Bestandtheilen der bisherigen Fortschrittspartei eine gewisse, wenn auch laue Unterstützung fanden, so scheuten sich die Letzteren doch, offen Partei gegen den „Beobachter“ und dessen Hintermänner zu ergreifen. Und nach den seit dem Jahre 1859 gemachten Erfahrungen, sowie im Hinblick auf die katholischen Bestandtheile der Großdeutschen (Probst u. s. w.) war es für Hölder klar, daß er und seine Freunde in der nationalen Sache hier wie dort auf gleich heftigen Widerstand stoßen würden. Die Haltung Preußens in der schleswig-holsteinschen Frage, der Konflikt zwischen dem preußischen Ministerium und dem preußischen Abgeordnetenhause, wurden von allen Seiten aufs Aeußerste ausgebeutet, um gegen Preußen zu hetzen. Als Maßstab für diese Stimmung in Württemberg, insbesondere auch in den Abgeordnetenkreisen, mag es dienen, daß auf dem zu Pfingsten 1866 bei herannahendem Kriege nach Frankfurt berufenen Abgeordnetentage außer Hölder sich Niemand oder nahezu Niemand aus Württemberg einfand. Die von dieser Versammlung beschlossene Neutralität Südwest-Deutschlands fand in Württemberg außer in den kleinen Kreisen der Nationalen nirgends Anklang, sobald der „Beobachter“ nach anfänglichem Schwanken sich für den Krieg mit Aufgebot aller Kräfte*) erklärt hatte.

---

*) Der Preußenhaß dieses Blattes wurde bis zu dem Rath an seine Leser gesteigert: „Die nächtliche Mordaxt“ gegen schlafende preußische Krieger zu schwingen, falls diese in den Bereich der tapferen Freunde des „Beobachter“ kämen.

Bei dieser Stimmung war es nicht zu verwundern, daß auf dem vor Ausbruch des Krieges zur Bewilligung der erforderlichen Mittel berufenen Landtage außer Hölder und Römer nur einige Wenige gegen diese Verwilligung stimmten, unter letzteren nur einige Radikale, welche immer und überall, also auch hier, gegen Verwilligungen stimmen zu müssen glaubten.

Der Verlauf des Krieges führte endlich diejenige Krisis herbei, welche mit Nothwendigkeit zur Bildung einer nationalen Partei drängte. Das geschah in der Zeit nach der Schlacht bei Königgrätz und vor dem Gefechte bei Tauberbischofsheim. Damals bestand eine Zeit lang die Möglichkeit einer Einmischung Frankreichs und einer gemeinschaftlichen Kriegführung mit dieser fremden Macht gegen Preußen. Diese höchste nationale Gefahr neben der Starrköpfigkeit, mit welcher die radikale, ultramontane und Regierungspartei auf Fortsetzung eines — abgesehen von der Hülfe des Auslandes — hoffnungslosen Krieges drangen, bestimmten Hölder und eine Anzahl gleichgesinnter Freunde, eine Gegendemonstration zu versuchen. Sie beriefen durch mit Namensunterschrift versehene Plakate eine Versammlung in die Stuttgarter Liederhalle. Die von Hölder begründeten Resolutionen verlangten schleunigen Friedensschluß, festes Zusammenhalten aller deutschen Staaten, die Zurückweisung jeder Einmischung Frankreichs, Verhandlungen über eine neue deutsche Verfassung auf Grund der Bismarckschen Vorschläge. Hölder machte den Tag vorher persönlich einen Versuch bei seinem früheren Freunde und Genossen in der Burschenschaft, Karl Mayer — dem Führer der radikalen Demokraten und Chefredakteur des „Beobachters" —, um ihn unter Hinweisung auf die der Existenz Deutschlands von Frankreich her drohende Gefahr zum Anschluß der Volkspartei an jene Resolution der Nationalen zu bestimmen, und Hölder erbot sich für diesen Fall sogar, seine Anträge auf die beiden ersten Punkte der oben mitgetheilten Resolution zu beschränken. Mayer aber erhob die Gegenforderung, daß Hölder und seine Freunde sich für den Bund der Mittel- und Kleinstaaten aussprechen sollten, und erklärte Hölder dann, nachdem dieser Mayers Gegenforderung als „unzulässig" abgelehnt hatte, daß er mit seinen Anhängern Hölder in der Versammlung den äußersten Widerstand leisten werde. Dieser Versöhnungs- und Einigungs-Versuch war mithin fruchtlos.

Der Hof hatte am Morgen des Versammlungstages zuerst an ein gesetzwidriges Verbot der Versammlung gedacht. Da aber die Ausführung dieses Gedankens bei den Behörden Schwierigkeiten fand, so beschränkte er sich darauf, seine Anhänger in die Versammlung gleichfalls behufs der Opposition gegen Hölders Anträge zu schicken. So stand denn dieser mit seinen Anhängern in jener mehrere Tausende zählenden Versammlung zum ersten Male den vereinigten Gegnern gegenüber. Der Kampf schwankte mehrere Stunden lang hin und her und endigte mit einem von dritter Seite vorgeschlagenen Kompromiß, wonach die beiden ersten Punkte ohne Widerspruch angenommen, der dritte von der Partei Hölders zurückgezogen wurde.

Mit dieser Versammlung hatten die national Gesinnten Stuttgarts offen ihre Stellung genommen, und es galt nun, die Sache weiter zu verfolgen, was zunächst durch Flugblätter, Petitionen u. s. w. geschah. Aus dem Lande kamen ihnen allerdings vereinzelte Zustimmungs-Erklärungen zu, allein es zeigte sich bald, daß die antinationalen Parteien längst das Terrain besetzt hatten, und letztere unterließen ihrerseits nichts, mit den bekannten populären Phrasen und Klagen über die Geldlasten auf die Massen zu wirken.

Die Partei Hölders mußte vorwärts oder rückwärts, und so enschloß sie sich denn, trotz dieser ungünstigen Umstände unter dem Namen „Deutsche Partei" die Nationalgesinnten zu einigen. Im August 1866 wurde eine Landesversammlung Nationalgesinnter in Plochingen gehalten, zu welcher sich auf dic von Stuttgart ergangene Einladung ungefähr 120 Personen aus allen Landestheilen einfanden. Es war damit zwar der Beweis geliefert, daß der nationale Gedanke beinahe im ganzen Lande Anhänger zählte; allein die Berichte der Erschienenen gingen fast übereinstimmend dahin, daß sie in ihrer Heimath ziemlich vereinzelt ständen und daß nur eine kleine Zahl sich zu dieser Richtung bekenne. Um so dringender war eine Organisation der Partei geboten. Es wurde demgemäß ein Programm aufgestellt und zur Leitung der Partei-Obliegenheiten ein Landeskomitee gewählt. Letzteres berief Hölder zu seinem Vorsitzenden, und er bekleidete diese Stelle bis lange nach der Wiederaufrichtung von Kaiser und Reich. Sie legte ihm die Pflicht auf, für die äußere und innere Organisation der Partei eine fortwährende Thätigkeit zu entwickeln; er durfte daher auch, wenn er nach

seiner politischen Thätigkeit gefragt wurde, von da an der Hauptsache nach auf die Entwickelung der deutschen Partei in Württemberg verweisen.

Die Partei mußte durchaus neu geschaffen werden; denn die früher unter Hölders Mitwirkung hergestellte Organisation der Fortschrittspartei war von der Volkspartei in die Hand genommen worden, und nur vereinzelt fanden sich Anhänger derselben bei der deutschen Partei ein. Dem Landeskomitee der letzteren gelang es indessen, schon bis 1869 nahezu in allen Bezirken des Landes Geschäftsführer und Vertrauensmänner zu bestellen und in einer Reihe von Städten und Ortschaften Vereine der Partei ins Leben zu rufen. Es wurde eine Landeskasse gegründet, mit deren Mitteln Flugschriften verbreitet wurden, und durch eine Reihe von Versammlungen in verschiedenen Landestheilen ward der Eifer für die nationale Sache wachgerufen. Solche öffentliche Versammlungen fanden insbesondere im Frühjahr 1867 in Ulm, Heilbronn, Biberach und Tübingen statt, und dieselben wurden namentlich dazu benutzt, Angesichts der wegen Luxemburg drohenden Kriegsgefahr auf eine nationale Haltung Württembergs für den Kriegsfall hinzuwirken. Ende September 1867 fand eine allgemeine Landesversammlung der Partei in Stuttgart statt, auf welcher das Programm der Partei in der deutschen Frage und für die inneren Landesangelegenheiten seine weitere Entwickelung fand. Auf eine von Stuttgart ausgegangene Veranlassung traten im Herbst 1866 und ebenso im Herbst 1867 Vertrauensmänner der nationalen Partei aus den vier süddeutschen Staaten zu vertraulichen Berathungen in Stuttgart zusammen. Bei der letzteren Zusammenkunft wurde insbesondere auch im Hinblick auf die neu abgeschlossenen Zollverträge sammt Zollparlament die politische Stellung der Partei in gemeinschaftlichen Resolutionen formulirt. Diese Resolutionen fanden in ganz Württemberg zahlreiche Unterschriften, welche veröffentlicht wurden und den Beweis lieferten, daß die deutsche Partei auch in Württemberg festen Boden sich errungen hatte.

Das Frühjahr 1868 brachte die Zollparlaments- und bald darauf die Landtagswahlen. Bei den ersteren nahm die deutsche Partei im ganzen Lande den Wahlkampf auf, und wenn sie auch dabei unterlag, so zeigte doch die Zusammenrechnung der Stimmen, daß nahezu ein Viertheil der Wähler sich für die nationalen Kandidaten und damit für die Bestrebungen der deutschen Partei ausgesprochen hatte.

Bei den Landtagswahlen gelang es, in einer, wenn auch kleineren Anzahl von Bezirken die Kandidaten der deutschen Partei durchzusetzen; in anderen legten die nationalgesinnten Wähler für denjenigen der sich gegenüberstehenden Kandidaten, welcher den nationalen Bestrebungen relativ näher stand, als sein Gegner, ein erhebliches Gewicht in die Wagschale. Bei diesen Landtagswahlen stellte die nationale Partei ihren Hölder in Göppingen als Kandidaten auf, und trotz des heftigsten und leidenschaftlichsten Widerstandes der Volkspartei und der Ultramontanen gelang es ihm endlich, bei der engeren Wahl den Sieg zu erringen. Die deutsche Partei entwickelte insbesondere in Göppingen, aber auch in vielen anderen Bezirken einen hingebenden und energischen Eifer, und da die Wahlen die erwünschte Gelegenheit boten, die nationalen Bestrebungen im ganzen Lande öffentlich darzulegen und diejenigen der Gegner zu bekämpfen, so drangen die nationalen Ideen tief in das Volk ein und fanden seitdem auch in ländlichen Kreisen zahlreiche Anhänger. Ueberhaupt kann man mit Recht sagen, daß die Nationalen vor diesen Wahlen nur eine Anzahl gleichgesinnter Männer gewesen und erst durch die Wahlkämpfe zu einer Partei geworden sind. Erst durch den Kampf haben sich dieselben bewährt, und erst hierdurch haben sie ihre Stellung den Feinden gegenüber öffentlich eingenommen.

Die Zwischenzeit zwischen den Zollparlaments- und Landtagswahlen wurde benutzt, um durch eine Reihe von Vertrauensmänner-Versammlungen in verschiedenen Landtheilen die Organisation der Partei weiter zu fördern. Die Organisation fand an der Hand des praktischen Bedürfnisses auf der im Februar 1869 in Geislingen abgehaltenen Landesversammlung ihren vorläufigen Abschluß, indem die von Hölder entworfenen Satzungen der Partei einstimmige Annahme fanden. Diese Landesversammlung, welche von etwa 1500 Männern aus dem ganzen Lande besucht war, lieferte zugleich den Beweis, daß die Partei nunmehr auch im Volke eine breite Grundlage gefunden hatte.

Entsprechend der Parteibildung im Lande mußte nun auch im Landtage die deutsche Partei organisirt werden, denn von einem Zusammengehen mit dem alten Reinsburgklub konnte nicht mehr die Rede sein. Als der Landtag im Herbst 1866 zusammentrat, wurde daher der Klub der deutschen Partei gebildet. Derselbe zählte zwar

nur 12 Mitglieder, wagte aber gleichwohl, sofort bei der Adreßdebatte, dem gegen Nord-Deutschland feindseligen Entwurf der Mehrheit zum Trotze, seinen eigenen nationalen Bestrebungen durch einen Minderheits-Antrag Ausdruck zu geben.

Auf dem in den letzten Monaten des Jahres 1867 abgehaltenen Landtage wäre es der Regierung nicht möglich gewesen, ohne das energische Vorgehen der kleinen deutschen Partei den Allianzvertrag, den Zollvereinsvertrag und die neue Militärorganisation durchzusetzen. Es kostete der deutschen Partei große Ueberwindung, dem im Uebrigen der nationalen Sache und den Männern der deutschen Partei insbesondere feindlichen Ministerium diese Hülfe zu gewähren. Allein es konnte kein Zweifel sein, daß hier die großen nationalen Interessen den Ausschlag geben mußten. Andererseits unterließen Hölder und seine Freunde nicht, das Ministerium offen und kräftig anzugreifen, wo sie ein sachliches Recht dazu hatten.

Auf dem neu gewählten Landtage, der im Dezember 1868 zu einer kurzen Sitzung zusammentrat, hatte sich die Zahl der zur deutschen Partei gehörigen Abgeordneten nur um wenige vermehrt. Wenn der Klub auch jetzt noch nur etwa 14 Mitglieder zählte, so hatte doch diese Zahl deswegen eine höhere Bedeutung, als der Klub in dem vorangangenen Landtag, weil diese Männer mittels des allgemeinen Stimmrechts und mit dem vollen Bewußtsein der Wähler von ihrer politischen Richtung gewählt waren, während sich die Mitglieder der Partei auf dem vorhergehenden Landtage vielfach mit der Ansicht ihrer Wahlkollegien im Widerspruche befanden.

Die Stellung der deutschen Partei auf dem Landtage wurde jetzt aber auch insofern eine günstigere, als eine Anzahl Mitglieder der Ritterschaft und der Prälaten offen sich zu ihren Anschauungen in der deutschen Frage bekannte, ohne dem Klub selbst beizutreten. Das stellte sich bei der Adreßdebatte im Dezember 1868 deutlich heraus, bei welcher der von Hölder verfaßte Entwurf der deutschen Partei auch die Stimmen dieser Mitglieder auf sich vereinigte. Nach diesem Abstimmungsergebniß aber konnte darauf gerechnet werden, daß zu Gunsten entscheidender nationaler Fragen, nöthigenfalls auch im Widerspruch mit der Regierung, immerhin eine Anzahl von 25 Stimmen unter den 93 Mitgliedern der Kammer zur Verfügung stehen würde.

In andern Fragen war das Stimmenverhältniß so, daß die Anhänger der Regierung in Gemeinschaft mit den Nationalgesinnten den vereinigten Großdeutschen, Ultramontanen und Volksparteilern ungefähr die Wage hielten, und daß die Mehrheit im Einzelfalle nahezu vom Zufall abhing.

Bei dieser Sachlage konnte die deutsche Partei, in Gemeinschaft mit der Regierungspartei, die Wahl des ultramontanen Großdeutschen Probst zum Kammerpräsidenten nur mit Mühe hindern und mit noch größerer Mühe fast für die deutsche Partei in den zahlreichen Kommissionen eine Vertretung gewinnen, für welche die aus Großdeutschen, Ultramontanen und der Volkspartei gebildete andere Hälfte grundsätzlich niemals einem Mitgliede der deutschen Partei eine Stimme gab. Diese nothgedrungene Verbindung mit der Regierungspartei für die im Schooße des Landtages vorzunehmenden Wahlen hatte auch Hölders Wahl in den weiteren ständischen Ausschuß zur Folge.

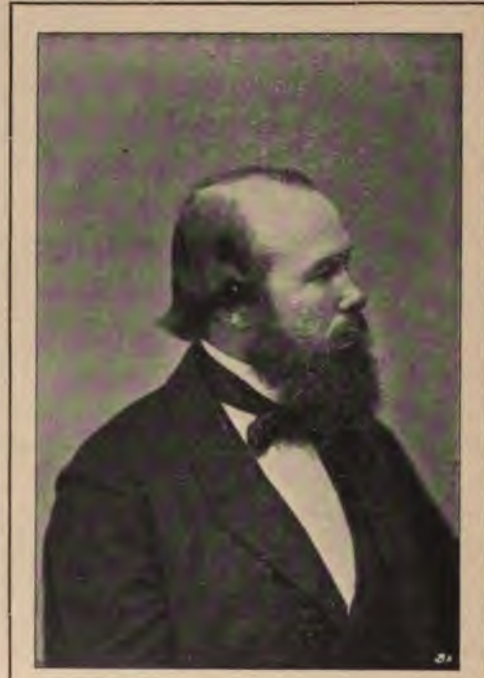
So gelang es denn Hölder und seinen Freunden, inmitten zahlreicher, heftiger und rücksichtsloser Gegner binnen wenigen Jahren in Württemberg eine nationale Partei zu schaffen. Diese Partei besaß schon 1869 eine nationale Presse, eine stramme Organisation über das ganze Land mit Vereinen, Landeskomité und Geschäftsführern, durch die Landeskasse die nöthigen Geldmittel und eine, wenn auch kleine, doch festgeschlossene Fraktion in der Kammer. Die Gegner selbst konnten die Bedeutung der deutschen Partei nicht mehr ableugnen, und die Anhänger dieser Partei lebten fortan der festen Hoffnung, daß es ihnen gelingen werde, im gegebenen Augenblicke die nationale Sache in Württemberg durchzuführen.

Das Jahr 1870 erfüllte die heiße vaterländische Sehnsucht des glühenden Patrioten Hölder. Nach seinen eigenen Mittheilungen berichtete ich oben, daß auf der ersten Landesversammlung der deutschen Partei Württembergs im August 1866 nur 120 bedrückte Männer sich einzufinden wagten. Blos vier Jahre waren seither verflossen, und nun, als die freche französische Kriegserklärung über den Rhein und Neckar schallte, da gab es in ganz Schwaben nicht 120 Männer, die mit den Schmachgesellen des „Beobachters“ riefen: „Lieber französisch, als preußisch!“ Jetzt sproßte Hölders langjährige, mühsame deutsche Staat zur herrlichsten Ernte auf. Des Reiches Sturmfahne gegen den

Feind zu tragen, wie ehedem zur alten Kaiserzeit, erhob sich jubelnd und kampfbegierig ganz Württemberg, König, Regierung und Volk. Die „deutsche Partei" hatte alle anderen überwunden, hinweggefegt. Im Sinne und Geiste der großen nationalen Erhebung hat Hölder darauf an der Spitze einer gewaltigen Mehrheit dafür gewirkt, daß der württembergische Landtag die Versailler Verträge genehmigte, welche den höchsten Siegespreis unseres Krieges, die Erneuerung und Wiederaufrichtung von Kaiser und Reich uns brachten und sicherten.

Wir sehen dann Hölder schon im Frühjahr 1870 in den ersten deutschen Reichstag gewählt, dem er bis 1881 als Vertreter für Göppingen angehörte. Er trat im Reichstag von Anfang an der nationalliberalen Partei bei, von der er sich jedoch 1879 trennte, weil er die Opposition des terroristischen linken Flügels gegen Bismarcks große Wirthschafts- und Zollreform nicht billigen konnte. Von da an gehörte er der den großen deutschen Staatsmann unbedingt unterstützenden süddeutschen Gruppe Schauß-Völk an, welche der traurige Kalauer ihrer Gegner die „schaußliche Völkergruppe" nannte. Hölders reger und bedeutsamer Antheil an unserer deutschen politischen Arbeit während des Jahrzehnts seiner Zugehörigkeit zum Reichstag von 1871 bis 1881 ist am besten erkennbar aus seinem „Tagebuche", das Heinrich v. Poschinger zu seinem trefflichen Werke „Bismarck und die Parlamentarier" mit benutzen konnte.

Im Jahre 1875 war Hölder, nach Webers Tod, auch zum Präsidenten der württembergischen zweiten Kammer erwählt worden. Im Oktober 1881 wurde er zum Minister des Innern ernannt und dann geadelt. Das deutsche Volk zählte ihn schon längst zu den Edelsten der Nation. Sechs Jahre lang wirkte er noch als württembergischer Minister in umfassender und Bedeutendes schaffender Thätigkeit, deren Frucht theilweise erst seine Nachfolger ernten sollten, in treuem Zusammenwirken mit dem Ministerpräsidenten v. Mittnacht, der Hölder und die deutsche Partei 1868 noch leidenschaftlich bekämpft hatte — ein gutes und versöhnendes Zeichen der Zeit, dieses redliche Zusammenwirken einstiger Widersacher im neuen Reiche! Am 30. August 1887 endigte der Tod das unvergeßliche Lebenswirken des trefflichen deutschen Mannes Julius Hölder.



Rudolf von Bennigsen.

Rudolf von Bennigsen.

Rudolf von Bennigsen wurde am 10. Juli 1824 zu Lüneburg geboren. Sein Vater stand in dieser Stadt als Offizier und wurde später als Militär-Bevollmächtigter Hannovers am Bundestage nach Frankfurt a. M. versetzt. Das gab seinem ältesten Sohne Rudolf Gelegenheit, im Jahre 1848 als Besucher der Galerien der Paulskirche und stiller Hörer die mächtigen politischen Eindrücke der Verhandlungen und Reden des ersten deutschen Parlamentes in sich aufzunehmen.

Der junge Bennigsen hatte damals seine Studienzeit schon hinter sich. Die ersten Jahre derselben soll er als Bursche und späterer Senior des Korps der Vandalen ziemlich ausgelassen verlebt haben, sehr im Gegensatze zu der fast tiefsinnigen Stimmung, die ihn auf dem Gymnasium zu Hannover bedrückt haben soll, in solchem Maße, daß man ihm damals Selbstmordgedanken nachsagte.

Ueber seinen Aufenthalt in Frankfurt 1848 und über seine Beurtheilung der damaligen Bewegung schrieb er mir am 31. Januar 1898: „Sehr geehrter Herr! Nachdem ich das mir freundlichst übersendete neueste Werk Ihrer Feder über die deutsche Revolution von 1848/49 vollständig durchgelesen habe, drängt es mich, Ihnen meinen besten Dank auszusprechen, nicht aber allein für die Zusendung, sondern für das Werk selbst. Sie haben es in der That in einer sehr glücklichen Weise verstanden, die große nationale Bewegung und ihr Scheitern unbefangen, gerecht und dazu höchst anschaulich und lebendig zu schildern, so daß Vernunft und Aberwitz, Edeles und Unsauberes in diesem ersten gewaltigen Ringen um unseren Nationalstaat voll zur

Geltung kommen. — Mein Vater war damals hannoverscher Militär-Bevollmächtigter am Bundestage und ich in Folge davon als junger richterlicher Beamter zwei Monate — August bis Oktober 1848 — auf Urlaub in Frankfurt. Ich habe aus diesen kritischen Wochen noch lebhafte Erinnerungen bewahrt, welche mir durch Ihr Buch mit der ganzen Zeit 1848/49 vorher und nachher frisch in das Gedächtniß zurückgerufen sind. Darunter vor Allem auch das so schmerzliche Schicksal Ihres Vaters, welcher durch persönliche Begabung und Tüchtigkeit, sowie durch seine patriotische Gesinnung unter den damaligen Demokraten weit hervorragte und in der That ein besseres Geschick verdient hätte. — Ich bleibe, in Erinnerung an unsere gemeinsame Thätigkeit im Reichstage, Ihr aufrichtig ergebener R. v. Bennigsen."

In diesem Briefe ist bereits erwähnt, daß Bennigsen, wie die meisten jungen hannoverschen Edelleute damaliger Zeit, die Rechtswissenschaft zu seinem Studium erkoren hatte. Nach Beendigung dieser Studien aber hatte er sich den Staatsdienst zur Laufbahn gewählt. Dieser führte ihn nach einander nach Lüchow, Osnabrück, Aurich und Göttingen. In Hannover ward er 1852 zum Stellvertreter des Staatsanwalts ernannt; in Göttingen aber wurde er schon 1854 Richter beim Obergericht. In Osnabrück schloß er Freundschaft mit Planck dem hannoverschen Abgeordneten, der später auch Mitglied des Reichstages, Professor und Haupturheber und Förderer des großen gesammtdeutschen Bürgerlichen Gesetzbuches wurde, das mit dem neuen Jahrhundert in Kraft tritt. In Hannover befreundete sich Bennigsen mit Albrecht, dem späteren Stadtsyndikus und langjährigen Abgeordneten von Hannover im Reichstage, in Göttingen mit Miquel.

Diese vier neuen Freunde waren alle hervorragende junge Juristen, die anfänglich unter den Liberalen ihres Heimathlandes eine besondere Gruppe bildeten. Sie waren auch alle scharfe Köpfe, allesammt beredt und durch diese Eigenschaften und Gaben dazu bestimmt, in der liberalen Partei des Landes der tonangebende Kreis zu werden. Einige besaßen auch ausgedehntes und gründliches Wissen, und zwar nicht blos auf dem Gebiete der Rechts- und Staatswissenschaften und der Politik im engeren Sinne. Namentlich hatten Bennigsen und Miquel schon früh philosophische und volkswirthschaftliche Studien getrieben.

Ihre gemeinsame politische Grundfarbe war die demokratische in der gemäßigt niedersächsischen Form.*)

Nicht zuerst unter den vier Freunden trat Bennigsen an die große Oeffentlichkeit. Denn bereits zu Anfang der fünfziger Jahre des Jahrhunderts hatte Freund Planck als einer der Führer der hannoverschen Verfassungspartei sich einen berühmten Namen erworben, bevor irgend wer nur daran dachte, Bennigsen in die Ständeversammlung zu wählen. Diese Wahl erfolgte erst 1856. Aber da Bennigsen damals noch Staatsdiener und seine Gesinnung der Regierung natürlich bekannt war, so versagte sie ihm den Urlaub. Da faßte Bennigsen einen Entschluß, der über seine ganze Zukunft entschied und ihm, dem Liberalen, durch das hochherzige Entgegenkommen seines streng konservativen Vaters möglich gemacht wurde. In wahrhaft adeliger und treuer väterlicher Gesinnung trat dieser nämlich dem Sohne das Familiengut Bennigsen am Deistergebirge ab. Darauf entsagte Bennigsen dem Staatsdienste und zog als völlig unabhängiger Vertreter der Stadt Göttingen in die im Jahre 1857 zusammentretende zweite Kammer ein.

In fast verzweifelter Lage befand sich damals der hannoversche Liberalismus, in dessen Vorderreihen Bennigsen nun als parlamentarischer Kämpe erschien. Denn im Sommer 1855 waren die Verfassungs-Oktroyirungen des Königs Georg erschienen und von der im Jahre 1856 versammelten Volksvertretung nicht rückgängig zu machen gewesen. Ermuthigt durch diesen Erfolg beging dann der König einen zweiten Rechtsbruch, indem er aus dem Domanium ein selbständiges Krongut ausschied, d. h. sich persönlich auf Kosten des Landes bereicherte. Auch löste er die Ständeversammlung abermals auf, damit sein bedenkenfreier, eifriger Minister (des Innern), Herr von Borries, durch Wahlkünste und Quälereien aller Art ihm endlich eine völlig gefügige zweite Kammer zusammentreibe. Inmitten der Hochfluth der deutsch-europäischen Reaktion und in dem ermüdeten und verzagenden Lande gelang das auch. Auf eine Mehrheit von zwei Dritteln der

*) Z. vgl. auch Miquels Lebensgang oben S. 179 fg. dieses Werkes. Zu der Darstellung von Bennigsens Thätigkeit im Hanoverschen Landtag und im Nationalverein hat der Verfasser, außer persönlichen Mittheilungen Bennigsens und anderen Quellen, auch einen Aufsatz von A. Lammers über Bennigsen benutzt.

neu gewählten Abgeordneten konnte die Regierung zählen, die zudem durch ein oktroyirtes Sondergesetz dafür gesorgt hatte, daß die ihr unliebsamen Vorgänger der jetzigen Minister, die Stüve, v. Münchhausen, Windthorst u. s. w. ohne Genehmigung der Regierung ebenso wenig wählbar waren, wie irgend ein aktiver Staatsdiener. Ja, durch eine unerhört willkürliche Gesetzesauslegung hielt die Regierung selbst den letzten alten Führer der Verfassungspartei, der unter den Gewählten sich befand, von der Horst, aus der Kammer fern.

Durch diese schwere Noth des schmählich mißhandelten Landes sah sich Bennigsen also schon in dem Augenblicke zur Führerschaft des liberalen Häufleins der Kammer berufen, als er zum ersten Mal den parlamentarischen Boden betrat. Wohl gab es noch ein paar ältere Kämpfer neben ihm: so den Advokaten Buddenberg aus dem Osnabrückschen, den alten Freund Stüves, auch den Oberbürgermeister von Lüneburg, Barckhausen, einen hochsinnigen, aber sehr gemäßigten Mann, den erst die letzten Rechtsbrüche des Königs und seiner Minister in die Opposition gedrängt hatten. Beide aber machten Bennigsen die Führerschaft nicht streitig, und Barckhausen starb bald darauf.

Nun begann ein merkwürdiger Geisteskampf, sagt A. Lammers, der diese parlamentarischen Kämpfe als Hannoveraner aus eigener Erinnerung schildert. Auf der einen Seite der durchaus plebejisch erscheinende Minister von Borries an der Spitze seiner Getreuen im Ständesaal, des Präsidenten wie der Mehrheit unbedingt sicher, dazu im Besitze aller staatlichen Macht und von dem hinter ihm stehenden verblendeten Fürsten eher vorwärts gestachelt als zurückgehalten; auf der anderen Seite mit dem schmalen Häuflein seiner Freunde, meist biederen Bauern aus den nördlichsten Landestheilen, der junge volksfreundliche Edelmann, eine schlanke, vornehme, aristokratische Gestalt, ebenso straff zusammengefaßt, wie sein Gegner schlotterig, diesem an Bildung, Geist und weltmännischem Wesen unendlich überlegen, den äußeren Machtmitteln desselben das Bewußtsein seiner ohne Vergleich edleren und reineren Sache zuversichtlich entgegensetzend.

Bennigsen war bald die Bewunderung nicht blos seiner Parteigenossen, sondern des ganzen Landes, durch die meisterhafte Art, wie er seine Waffen handhabte. Tag für Tag beinahe griff er den zähen kleinen Mann an der anderen Seite des Ganges an, stets mindestens

so gründlich vorbereitet durch seine eigene Umsicht und Thätigkeit, wie dieser mit Hilfe seines Generalstabes erfahrener alter Ministerialräthe und ehrgeiziger jüngerer Streber. Und dabei traf Bennigsen stets so scharf, als er treffen konnte, doch ohne sich jemals gegen den wachsam lauernden Präsidenten, den dienstfertigen Untergebenen des Ministers, eine Blöße zu geben. Wer Bennigsen damals reden hörte, mußte denken, seine eigentliche Stärke sei der schneidige Angriff, die zerschmetternde Anklage. Nicht umsonst in der That schien Bennigsen Staatsanwalt gewesen zu sein. Die Ministerbank wurde für Herrn v. Borries zu einer wahren Anklagebank.

Freilich konnten die praktischen Erfolge unter den vorstehend geschilderten öffentlichen Zuständen des Landes nur sehr bescheidene sein. Immerhin zeigten sie sich darin, daß eine so einschneidende und immer schlagfertige, allen Regierungsrednern und -Maßregeln geistig überlegene Kritik, wie die Bennigsens, die bei der Oeffentlichkeit der Ständeverhandlungen bis in die entlegensten Hütten drang, selbst auf einen so unerschrockenen und selbstherrlichen Hof, wie den dieses blinden Welfen einigermaßen zügelnd wirkte. Daher machte die Regierung nothgedrungen einige kleine Zugeständnisse. Bei den unbeschämtesten Welfenforderungen gerieth sogar die liebedienerische Mehrheit des Herrn v. Borries mehr als einmal in tugendhaftes Schwanken.

Weit größer aber war die moralische Wirkung. An Bennigsens gelassener Zuversicht und Tapferkeit rankte der gesunkene Muth des hannoverschen Liberalismus sich wieder in die Höhe. Herrn v. Bennigsen hauptsächlich gebührt das Verdienst, daß schon mit dem Umschwung in Preußen — der Einsetzung der Regentschaft des späteren Königs und Kaisers Wilhelms I. im Herbst 1858 und der von ihm heraufgeführten „neuen liberalen Aera“ — die liberalen Aktien in Hannover von Neuem zu steigen anfingen und in Folge dessen dieses Land beim Wiederbeginn der nationalen deutschen Bewegung eine so stattliche Streitmacht namentlich zum Nationalverein und zum volkswirthschaftlichen Kongreß stellte.

Vor Allem stellte Hannover freilich in Bennigsen den Führer selbst. Zunächst traten die jährlichen Wanderversammlungen deutscher Volkswirthe und Politiker, die sich „volkswirthschaftliche Kongresse“ nannten, als Träger der neuen deutschen Einheitsbewegung auf. So

schon der erste dieser Kongresse in Gotha, welcher der Zeit nach etwa mit der Einsetzung der Regentschaft und des liberalen Ministeriums in Preußen zusammenfiel. Bennigsen war nicht eigentlich Volkswirth, namentlich nicht agitirender, wie Karl Braun aus Wiesbaden, Karl Mathy aus Baden und der Holsteiner Francke. Aber gleich anderen liberalen Führern nahm er schon an diesem ersten Kongreß Theil und half dann auch den nordwestdeutschen Zweigkongreß stiften, der sich noch im nämlichen Herbst unter der Theilnahme von Böhmert, Gildemeister, H. H. Meier, A. Lammers u. A. in Bremen zum ersten Mal versammelte. Doch schon 1859 wurde Bennigsen von dieser volkswirthschaftlichen nationalen Seitenströmung abgezogen, da jetzt, nach den Niederlagen Oesterreichs auf den lombardischen Schlachtfeldern, der Hauptstrom der wieder emporsteigenden nationalen Fluth durchaus auf politischen Bahnen einherzog.

Bennigsen war einer der ersten deutschen Kammerredner, welche den durch die in Norditalien offenbarte Ohnmacht Oesterreichs neuerweckten deutschen Hoffnungen und Wünschen auf der Rednertribüne Ausdruck gaben. Dabei aber neigte er noch viel mehr zu der damaligen Auffassung der süddeutschen Vaterlandsfreunde hin, als zu derjenigen der preußischen Altliberalen. Denn er gab etwa die Losung aus: „Verbündet mit Oesterreich, die drohende Ueberhebung Frankreichs zurückzuweisen.“ Das schien ihm dringender, als das Beispiel des vom österreichischen Joche befreiten Italiens durch die preußische Vorhand und Vormacht nachahmen zu lassen. Anders dachte Miquel. Seine Thatkraft und Beredsamkeit überzeugte mit den andern hannoverschen Liberalen auch Bennigsen, daß die kleine aber hochgeschätzte Partei in einer von ihr ausgehenden öffentlichen Erklärung weit mehr die dringende Reformbedürftigkeit der elenden deutschen Bundesverhältnisse, als die Bereitwilligkeit, an der Seite Oesterreichs gegen Frankreich loszuschlagen, betonen müsse. Und so geschah es denn auch schon im Juli 1859. Diese Erklärung der hannoverschen Liberalen fiel daher viel weniger großdeutsch aus, als die gleichzeitig in Frankfurt und Stuttgart aufgestellten neuen nationalen Programme, näherte sich vielmehr der Fassung, welche thüringische und fränkische Demokraten unter Führung des preußischen Abgeordneten Schulze-Delitzsch auf einer damaligen Versammlung in Eisenach ihrem Programm gaben.

Schon die Mehrzahl und Verschiedenheit dieser Programme drängte zu dem Versuche, eine einheitliche Losung und Organisation für die sich von Neuem lebhaft regenden deutschen Nationalbestrebungen zu finden. Zu diesem Zwecke wurde noch 1859 eine zweite Versammlung nach Eisenach ausgeschrieben, an der vorwiegend Thüringer und Süddeutsche, aber auch Bennigsen mit einigen seiner Landsleute Theil nahmen. Hier wurde dann das berühmte Eisenacher Programm festgestellt, das — wie Lammers sagt — „gleich Fahne und Trommel für die entstehende freisinnige Nationalpartei warb", und zwar noch ehe das rechte Gebiet realpolitischer Wirksamkeit für diese Bestrebungen sich finden ließ. In Eisenach wurde Bennigsen schon ziemlich einmüthig als Führer und Leiter der neuen nationalen Bewegung anerkannt, da dessen Takt und zusammenhaltende Thatkraft sich hier überaus wohlthätig bemerklich machte, zumal als Metz aus Darmstadt*) durch einen ganzen Katalog von grundrechtlichen Forderungen einen garstigen Zankapfel in diese unter sich selbst noch so fremde und in ihren Ansichten noch ganz unausgeglichene Versammlung warf. Bald nach dieser sehr wichtigen und erfolgreichen Zusammenkunft in Eisenach reisten Bennigsen und Schulze-Delitzsch auf Einladung des Herzogs Ernst von Koburg-Gotha zu diesem nach Koburg, um mit ihm über die Form zu berathen, welche der nun in ganz Deutschland wieder zu eröffnenden nationalen Agitation gegeben werden könnte.

Wir haben guten Grund zu der Vermuthung, daß Bennigsen, mindestens für den Anfang dieser anregenden Thätigkeit, eine etwas weniger demokratische Form als die des Nationalvereins gewünscht hätte. Dieser war vielmehr die Idee von Schulze-Delitzsch und wurde auf der nächsten Versammlung in Frankfurt durchgesetzt — die sich an den hier tagenden zweiten volkswirthschaftlichen Kongreß angliederte. An dieser Versammlung nahmen nun schon zahlreichere süddeutsche Vaterlandsfreunde, namentlich aus Bayern und Württemberg Theil, während die Mehrheit der von Georg von Vincke geführten preußischen Altliberalen, die Demokraten von der Richtung Waldecks und die Masse der liberalen süddeutschen Großdeutschen der Vereinigung fern blieben. Alle diese Elemente würden wahrscheinlich durch eine mehr

---

*) S. o. dessen Lebensskizze, S. 103 fg. dieses Werkes.

in Bennigsens Sinn gestaltete Form des neuen Vereins, welche die Mitgliedschaft mehr auf Auserwählte beschränkt hätte, leichter gewonnen worden sein. Namentlich aber hätte eine solche mehr aristokratische Form der Organisation auch vertrauenerweckender auf die damalige preußische Regierung der „liberalen Aera“ gewirkt, die im Nationalverein nur eine zweite Auflage jener buntgemischten Mehrheit erblicken mochte, welche in der Paulskirche zu Frankfurt einst die Annahme der Reichsverfassung entschieden hatte. Natürlich aber konnte diese Herrn v. Bennigsen wenig sympathische, rein demokratische Form der neuen Vereinsbildung dem hannoverschen Führer nicht als ausreichender Grund gelten, sich von einer vaterländischen Unternehmung zurück zu ziehen, die so ernsthaft und hoffnungsvoll, und so sehr aus dem Gefühl unwiderstehlicher geschichtlicher Nothwendigkeit begonnen worden war. Bennigsens ausgezeichnete persönliche Tüchtigkeit aber wurde in Frankfurt dadurch anerkennend geehrt, daß man ihn zum Präsidenten des Nationalvereins wählte.

Während dieses Ehrenamt die Augen ganz Deutschlands auf den hannoverschen Führer richtete, benahm es ihm in Hannover selbst vollends alle Aussichten, jemals als amtlicher Berather der Krone in der Politik seines Heimathlandes thätig zu sein. Denn der verblendete Welfenkönig verdammte den Nationalverein und dessen Führer so scharf und vollständig als möglich. In den Augen dieses Monarchen verwandelte sich nun der bisher blos ungehorsame Unterthan Herr v. Bennigsen in einen „Hochverräther an der Souveränetät der Welfenkrone“, dessen Verhalten um so abscheulicher war, als er dem Könige nicht einmal den Gefallen that, sich nach dem Buchstaben des Gesetzes straffällig oder auch nur anklagbar zu machen. Hätte sich Bennigsen auf seine Aufgabe in der hannoverschen Kammer beschränkt, so würde der allgemeine Unmuth über die Mißwirthschaft des Ministeriums Borries und die fortwährende Finanznoth des Landes den König schließlich wohl doch zu dem Entschluß gezwungen haben, Bennigsen in seinen Rath zu berufen und von den partikularistisch-dynastischen Welfen-Velleitäten dem nationalen Einheitsdrang gutwillig das zu opfern, was sich nicht mehr erhalten ließ. Alle diese heimathlichen Zukunftsaussichten aber schnitt Bennigsen selbst sich ab, indem er sich an die Spitze des nach welfischen Begriffen „revolutionären“ Vereins

stellte, der die Kaiserkrone wieder erhöhen wollte über alle deutschen Kronen und Krönlein. Bennigsen kämpfte und wirkte also für das deutsche Reich, lange bevor es wirklich wieder hergestellt war. Und für viele schwankende Herzen und Geister war dieses hochsinnige Beispiel bestimmend, um auf der neuen von ihm beschrittenen Bahn ihm zur Seite zu treten.

Niemand hat Herrn v. Bennigsen den Vorsitz und die Leitung im Ausschusse des Nationalvereins und im Plenum des Vereins jemals auch nur im Gedanken streitig gemacht. Denn wohl mochte es unter den Wortführern des Vereins feurigere Redner geben, als ihn; Metz, Schulze-Delitzsch, Gabriel Riesser, Adolf Seeger und namentlich Miquel mochten glänzender und ungestüm hinreißender sprechen, als Bennigsen. Bennigsens Wort aber war dennoch das am höchsten geschätzte und darum bei allen wichtigen, bedeutsamen Verhandlungen und Abstimmungen das entscheidende. Denn dieser anscheinend kalt und ruhig über den Versammlungen thronende Präsident bestieg nur selten die Rednertribüne, dann aber verkörperte sich auch jedesmal in seiner Rede die Idee des Vereins, d. h. der nationalen deutschen Bewegung überhaupt. Immer suchte er die Freunde zusammenzufassen, nie zu trennen, und dabei kam ihm zu Statten die seltene Vereinigung hervorragender Gaben in seinem Wesen: schneidige Denkkraft und hohe Gesinnung, kühne Entschlossenheit und weise Mäßigung.

Diese Eigenschaften des Nationalvereins-Präsidenten zeigten sich aber fast noch werthvoller in den fortlaufenden Sitzungen des leitenden Vereinsausschusses, als in den großen öffentlichen Jahresversammlungen. Denn auch hier gelang ihm meisterhaft, die oftmals lebhaft auseinander strebenden Geister zusammenzuhalten. Freilich zog die demokratische Form der Bewegung und Agitation und in deren Folge das bereits erwähnte Fernbleiben der vornehmen Gesinnungsgenossen in Nord und Süd den Führer Bennigsen allmählich unfreiwillig weiter nach links, als ihm lieb war. Der Hauptgrund hierfür war aber die andauernde Zurückhaltung Preußens gegenüber dem halblauten Anerbieten des Nationalvereins, die Führung des Vereins und die Erreichung seiner Ziele selbst zu übernehmen. Die altliberalen Minister der neuen Aera waren ja, wie der spätere preußische Minister v. Bernstorff, in dem holden Wahn befangen, die deutsche Einheit unter

preußischer Vormacht lasse sich auf dem ganz sanften und unblutigen Wege der „moralischen Eroberungen“ erringen, während der Prinzregent und spätere König Wilhelm als einziges Rüstzeug zu diesem hohen Ziele die gründliche Reformirung des preußischen Heeres vorbereitend ins Auge faßte.

Je mehr aber Preußen säumte, die dargebotene Hand des Nationalvereins zu ergreifen, um so mehr verschleierte er seinerseits die „preußische Spitze“, um so mehr kehrte er freiheitliche Forderungen heraus. Diese letzteren erschienen zur Zeit schon in allen deutschen Einzelstaaten erfüllbar, und ein gleiches Maß von Freiheitsrechten der einzelnen deutschen Stämme diente mittelbar auch der nationalen Idee, dem Einheitsbewußtsein. Die Verhandlung der praktisch lösbaren Tagesfragen des inneren Freiheitskampfes war daher in der That, ehe mit der schleswig-holsteinischen Frage eine nationale Frage von großer Bedeutung in den Vordergrund des Interesses trat, ein gutes, wenn nicht das einzige Mittel, den Nationalverein vor Versumpfung oder gar vor Auflösung zu bewahren, die leitenden Politiker und beweglichen Volksmassen aus allen Theileu Deutschlands einander näherzuführen. Daraus war also bis zum plötzlichen Auftauchen des Konfliktes mit Dänemark weder dem Nationalverein noch dessen Führer Bennigsen ein begründeter Vorwurf zu machen.

Seltsamer Weise aber traten der Nationalverein, wie sein Präsident, gerade an die schleswig-holsteinische Frage mit einer gewissen Ermattung heran. Was Bennigsen anlangt, so ist es erklärlich, daß er die Anfänge des deutsch-dänischen Konfliktes mit Zurückhaltung beobachtete. Denn er war damals mit anderen wichtigen Angelegenheiten vorwiegend beschäftigt. Im Herbst 1863 hatte er nämlich einer Vorversammlung in Frankfurt beigewohnt, aus welcher der deutsche Protestantenverein hervorging. Dann hatte er eine sehr bedeutende, auf umfassenden Studien beruhende Arbeit für die hannoversche Vorsynode verfaßt, die dem aufregenden Katechismussturm des Landes folgte und auf den Grundlagen der Arbeit Bennigsens eine Synodalverfassung für die lutherische Kirche schuf. Die Betheiligung an dieser für sein Heimathland ernsten und wichtigen Reform verhinderte ihn, bei Eintritt der schleswig-holsteinischen Verwickelung seine gewohnte Frische und Kraft für diese einzusetzen, und während eines ganzen

Jahres (1863 auf 1864) ist in der Sache der Elbherzogthümer kaum ein Wunsch oder Rathschlag Bennigsens nach Frankfurt a. M. gelangt, wo der treffliche bayerische Abgeordnete Brater als Geschäftsführer des sogenannten Sechsunddreißiger-Ausschusses des deutschen Abgeordnetentages von Weihnachten 1863 an die Agitation für die Befreiung Schleswig-Holsteins vom Dänenjoche leitete. Die weitere Haltung des Nationalvereins in dieser wichtigsten nationalen Frage zeigte Herrn von Bennigsen freilich dann die Folgen seiner Zurückhaltung während des kritischen Jahres von 1863/64 in so trübem Lichte, daß er fortan den kirchlichen Angelegenheiten, die ihn während dieses Jahres abgezogen hatten, gar keine öffentliche Thätigkeit mehr zuwandte, auch nicht dem Protestantenverein.

Mit tiefem Schmerz mochte Bennigsen nun verfolgen, was er, mit der kirchlichen Nothdurft seines Landes beschäftigt, auf nationalem Boden versäumt hatte. Wohl war er noch Präsident des Nationalvereins, aber die Leitung des Vereins in der brennenden schleswig-holsteinischen Frage war inzwischen in andere Hände gerathen, die Bennigsen wohl für sachkundiger und geschickter halten mochte, als sie waren und darum leider gewähren ließ, ohne seinen Vorsitz niederzulegen, so daß die sich steigernden Mißgriffe des Vereins sogar von Lammers auf Bennigsens Mitverantwortung geschoben werden.

Nachdem nämlich die Waffen Preußens und Oesterreichs, Sachsens und Hannovers Holstein befreit hatten, Preußen auch ganz Schleswig gesäubert hatte und Bismarck die ersten erkennbaren Anzeichen seiner kräftigen nationalen Politik hervortreten ließ, wäre es sicherlich an der Zeit gewesen, den Nationalverein wieder mindestens eine halbe Wendung nach Preußen zurück machen zu lassen. Viel mehr als diese halbe Wendung ließ freilich der sehr aufregende preußische Verfassungskonflikt zur Zeit noch nicht zu, und die noch ziemlich verhüllten Pläne Bismarcks forderten vorläufig auch nicht mehr. Das aber hätte dem wesentlichsten Inhalte des Vereinsprogramms unbedingt zugestanden werden müssen. Statt dessen tobten im Nationalverein — leider unter Bennigsens Duldung — die preußischen Demokraten aus Haß gegen die triumphirende „Junkerpartei“ und die süd- und mitteldeutsche Demokratie aus Mißtrauen gegen Preußen — nur weil es Preußen war — in traulicher Vereinigung gegen die deutsche Vormacht, und

der Nationalverein erklärte noch im Herbst 1864: daß Preußen in den mit preußischem Blute befreiten Elbherzogthümern nur die maritime Führung mit Recht verlangen könne. Der wahrlich mindestens ebenso begründete Anspruch Preußens auf die militärische und diplomatische Leitung in Schleswig-Holstein wurde vom Nationalverein aus Aerger und Haß gegen Bismarck und Roon abgelehnt. Damit hatte der Nationalverein im Grunde selbst das Urtheil seiner Vernichtung gesprochen, mindestens seiner Unfähigkeit, in die vaterländischen Geschicke irgendwie bestimmend einzugreifen. Und die bittere Kritik, mit welcher Heinrich von Treitschke und Andere dem Verein nachsagten, er habe eigentlich mehr geschadet als genützt, stammt in der Hauptsache aus dieser Zeit.

Unter solcher Artung und Gestaltung fand der Nationalverein dann natürlich auch in der noch bedeutsameren Verwickelung von 1866 keine Gelegenheit, sich förderlich geltend zu machen. Sein Präsident von Bennigsen dagegen war unmittelbar vor Ausbruch des Krieges, als der Vereinsausschuß eben in Berlin versammelt war, von Bismarck zu einer vertraulichen Besprechung eingeladen worden und hatte auf eigene Gefahr diese unter der damaligen öffentlichen Stimmung gewiß nicht unbedenkliche Einladung angenommen. Denn wären Bismarcks großartig kühne politisch-militärische Pläne gescheitert, so wären der Ruf und das Vertrauen des Volksführers, der sich mit dem preußischen Ministerpräsidenten auch nur auf persönliche Verhandlungen einließ, unfehlbar aufs Schwerste erschüttert worden. Wenn diese großen Pläne scheiterten, so blieb auch freilich von der nationalen deutschen Bewegung nichts und damit auch für Bennigsen kein Wirkungskreis mehr übrig. Die radikale Presse und Vereinsmeierei ließ es denn auch — noch ehe die eisernen Würfel des Krieges fielen und der Schlachtendonner von Königgrätz sie zum behutsamen Stillschweigen verwies — nach dem Spruche „carpe diem“ an bösartigen Schmähungen gegen Bennigsen nicht fehlen, während dessen mannhafter Schritt andererseits für unbefangenere, treu deutsch gesinnte Kreise als eine werthvolle Bürgschaft für Bismarcks noch unenthüllte Absichten in der deutschen Frage betrachtet und geschätzt wurde.

Besonders kennzeichnend für Bennigsens Wesen ist die Empfindung und Gesinnung, mit der er die dem Kriege alsbald nachfolgende Er-

löschung der Selbständigkeit seines Heimathstaates Hannover, die Einverleibung des Landes in Preußen aufnahm. Man könnte denken, diese Wendung sei ihm erwünscht gekommen. Denn sie eröffnete seinem politischen Ehrgeiz, statt der bisher kleinen und ihm obendrein halbversperrten Bühne, eine weite, völlig freie, die größte in Deutschland. Er hatte auch die ewige Opposition offenbar längst satt. In Hannover aber wäre er durch den unversöhnlichen Haß seines Königs wahrscheinlich für immer auf die Opposition beschränkt geblieben. Gleichwohl hielt er auch jetzt noch fest an seinem bundesstaatlichen Programm und Ideal, auch für den heimathlichen Staat, und die Auslöschung desselben aus der Reihe der deutschen Bundesstaaten, namentlich aber der Untergang der ruhmreichen hannoverschen Armee, welcher sein Vater mit Ehren und Hingebung angehört hatte, ging ihm tief zu Herzen. Daher mußte einige Zeit verstreichen, ehe die hannoverschen Liberalen in den neuen Verhältnissen unter Bennigsen derselben festen Führung sich erfreuen konnten wie zuvor. Wie Bennigsen empfanden und dachten über die große Katastrophe ihres Heimathstaates übrigens fast alle seine auswärts bekannten Landsleute.

Fast gleichzeitig mit der alten Stellung in Hannover erlosch für Bennigsen auch die bisher bestandene Führerschaft der nationalen Bewegung, denn der Nationalverein wurde 1867 aufgelöst. Seinem Wesen und seiner Person war die durch die Ereignisse erzwungene Beseitigung seiner beiden alten Stellungen durchaus willkommen. Denn zum wirksamen Agitator fehlten ihm sowohl die Gaben als die Neigungen. Nur mit Selbstüberwinduug hatte er als Volksführer den zutraulich-gemüthlichen Verkehr mit Jedermann sich abgerungen und gänzlich fehlte ihm der Sinn für die kleinen Einzelheiten agitatorischer Politik. Ihm konnte daher nur höchst erwünscht sein, ausschließlich auf parlamentarischem Boden fortan seinen Wirkungskreis sich angewiesen zu sehen. Ebenso verhielt es sich mit dem größten Schauplatz für diese Thätigkeit, den er mit seiner Hingebung an die nationale Agitation ja nur hatte erringen wollen. Im preußischen Abgeordnetenhause, im norddeutschen Reichstage, deutschen Zollparlament und deutschen Reichstag war diese groß angelegte politische Natur erst recht an ihrem Platze.

Auch Bennigsens richtige Stellung in diesen parlamentarischen

Körperschaften hatten die großen geschichtlichen Ereignisse ermöglicht. Denn inzwischen hatten sich auch die zwei Seelen, die in der Brust des Nationalvereins gewohnt hatten, geschieden, die vorwiegend demokratische und die vorwiegend nationale Richtung — und die Anhänger der letzteren hatten die nationalliberale Partei gegründet. Bennigsens alte demokratische Kollegen vom Nationalvereins-Ausschuß: Schulze-Delitzsch, Löwe-Calbe, Hoverbeck, Duncker u. s. w. scheinen ganz ernstlich erwartet zu haben, Bennigsen werde sich ihnen zugesellen und nicht jener Richtung beitreten, welche Forckenbeck*) und Unruh, Hennig und Lasker vom Jahre 1866 an einschlugen. Bennigsens frühere Zugeständnisse an die volksthümlichen Strömungen, von denen er damals selbst noch ganz abhängig war, als er noch gar keinen Boden für seine Bestrebungen in den Regierungskreisen sah, hatten sie über die wahre Natur dieses Politikers getäuscht und auch bei ihm — wie bei allen Gliedern der neuen Partei — den mächtigen positiven Zug übersehen lassen, der ihnen jene Scheidung von den alten, auch jetzt noch blos verneinenden Kampfgenossen zur Pflicht machte. Bald darauf sind ja auch Völk, Hölder und August Metz denselben Weg gegangen und gleichzeitig mit Bennigsen sein Landsmann Miquel und der Führer der nassauischen Liberalen, Karl Braun. Aber am schmerzlichsten für die alte unzufriedene Fortschrittspartei war eben doch die Entscheidung Bennigsens, des bisherigen Führers des Nationalvereins, der unter den Allerersten die neue nationalliberale Partei begründete. Und da er gleichzeitig ein Edelmann war, so nannte die demokratische Einsicht diesen Schritt, den sein wahrhaft staatsmännisches Wesen vollziehen mußte, bei ihm einen bedauerlichen Rückfall in seine konservativ-aristokratischen Ueberlieferungen und verfolgte ihn nicht blos damals, sondern Jahrzehnte lang mit zorniger Schmähung.

Bennigsens Rolle in den parlamentarischen Körperschaften der Hauptstadt des norddeutschen Bundes und deutschen Reiches sollte eine ganz eigenthümliche werden und den kleinlichen boshaften Haß der getäuschten alten Freunde vollends zu Schanden machen. Daß die neue nationalliberale Partei dem bewährten Präsidenten des National-

*) S. am Schlusse dieses Werkes seinen Lebenslauf.

vereins die erste Führerrolle übertrug, war ganz selbstverständlich und auch kein Wunder, daß Bennigsen sie länger als drei Jahrzehnte hindurch unbestritten behauptet und dann freiwillig niedergelegt hat. Aber wie seine Person und seine Rede einst im Nationalverein als die Verkörperung des Vereinsprogramms und der nationalen Idee und Bewegung überhaupt galt, so auch im preußischen Abgeordnetenhause und im norddeutschen und deutschen Reichstag.

Niemals drängte er sich in den Vordergrund. Aber bei gewissen Aufgaben besonders feierlicher Natur, gleichsam bei den großen Staatsaktionen der Parlamente, drängte ihn der erwartungsvolle Blick aller Parteien in die erste Rolle, auf die Rednertribüne, um die großen Angelegenheiten der Nation im großen Stil des Staatsmannes zu behandeln. Dahin gehörte z. B. die Berichterstattung über Adressen zur Beantwortung von Thronreden, die Einbringung wichtiger politischer Anträge in brennenden Zeitfragen und solcher Interpellationen, über welche sich mehrere Fraktionen geeinigt hatten, welche die Mehrheit des Parlaments darstellten — kurz das Auftreten in großen Hauptfragen, bei deren Behandlung und Erledigung es sich vorzugsweise um staatsmännisches Urtheil, reiche politische Erfahrung, zuverlässigen Takt und würdevolle Beredsamkeit handelte.

Nachdem das preußische Abgeordnetenhaus Bennigsen schon bald nach seinem Eintritt in dasselbe 1867 für den hannoverschen Wahlkreis Otterndorf-Neuhaus wiederholt zum Vizepräsidenten gewählt, berief es ihn von 1873 bis 1879 zu der Würde des ersten Präsidenten. Auch im deutschen Reichstag würde er — namentlich nach dem Abgang Simsons — in gleicher Weise ausgezeichnet worden sein, wenn die nationalliberale Partei auf seine unvergleichlich tüchtige Führung hätte verzichten können. Diese leitende Stellung hatte aber keineswegs blos für seine eigene Partei die größte Bedeutung. Denn ihm vornehmlich ist das treue stetige Zusammenwirken aller reichstreuen Parteien und Männer des Reichstages mit der Regierung und der Politik des Fürsten Bismarck zu danken, welche die parlamentarische Arbeit des Reichstages in den Jahren von 1867 bis Ende 1878 so unvergleichlich fruchtbar und segensreich gemacht hat.

Die Kompromisse, welche im Frühjahr 1867 zu der so dringend nöthigen raschen Annahme der norddeutschen Bundesverfassung, dann

1874 zur Verständigung über den Militäretat (Septennat) und 1876 zum glücklichen Zustandekommen der großen Justizgesetze führten, sind ganz wesentlich Bennigsens Werk. Und in demselben Sinne der Sammlung aller nationalen Elemente des Volkes und des Reichstages im Dienste der nationalen Sache ist Bennigsen bis in die jüngste Vergangenheit im Reichstage thätig gewesen, so namentlich auch für das Gelingen des Flottengesetzes im Frühjahr 1898.

Fürst Bismarck hätte den hochverdienten, von echt staatsmännischem Geiste erfüllten Führer der Nationalliberalen schon 1877 gern als seinen Mitarbeiter und Stellvertreter (Vizekanzler) in die Regierung gezogen, in welcher Bennigsen die Finanzen des Reiches und Preußens leiten sollte. Diese Verhandlungen währten vom Sommer 1877 bis zum Frühjahr 1878 und wurden im Dezember 1877 (in Varzin) und im Februar 1878 (in Berlin) besonders lebhaft geführt. Sie scheiterten jedoch daran, daß Bennigsen dabei in seiner vornehmen Denkweise auch die Wünsche des — ihm weder besonders sympathischen noch treuen — „linken Flügels" der Nationalliberalen bei Bismarck durchzusetzen suchte. Er verlangte nämlich, auf Drängen dieses „linken Flügels": den gleichzeitigen Eintritt der Führer dieses „linken Flügels", Forckenbeck und Stauffenberg, in die Regierung neben Bennigsen; ferner Herstellung „konstitutioneller Garantien" in Preußen dafür, daß etwaige Ueberschüsse aus der Finanzreform zu Steuerherabsetzungen verwendet würden; endlich den Verzicht des Fürsten Bismarck auf das Tabaksmonopol. Schon die Belastung dieser Verhandlungen mit der Kandidatur Forckenbeck*) brachte dieselben zum Scheitern. Denn dazu war die Zustimmung des Kaisers Wilhelm I. keinesfalls zu erlangen. Außerdem aber erklärte Fürst Bismarck am 26. Februar 1878 im Reichstage plötzlich das Tabaksmonopol als „sein Ideal", und darauf konnte Bennigsen, bei der damaligen Stimmung der großen Mehrheit seiner Partei, nicht eingehen.

Noch ungünstiger gestaltete sich dann das Verhältniß der beiden Staatsmänner zu einander, nachdem die nationalliberale Partei am 24. Mai 1878 die erste Vorlage des Sozialistengesetzes abgelehnt hatte und die in Folge dessen angeordneten Neuwahlen des Sommers 1878

---

*) Z. vgl. unten Forckenbecks Lebensgang.

zum ersten Mal eine konservativ-klerikale Mehrheit im Reichstage ergaben. Denn nun suchte Fürst Bismarck bekanntlich seine große Wirthschafts-, Zoll- und Finanzreform mit Hilfe dieser Mehrheit — namentlich leider durch Konzessionen an das Zentrum — durchzusetzen und wies die Vermittelungsvorschläge des ehrlichen Bennigsen zurück.*) Gerade Bismarck sollte die von ihm selbst ausgehende Stärkung des Zentrums aufs Schwerste bereuen. Für Bennigsen aber begannen von 1879 an im deutschen Reichstag trübe Tage, deren unleidlicher Druck sich von Jahr zu Jahr so steigerte daß Bennigsen am Schlusse der Frühjahrstagung von 1883 seine Mandate zum Reichstag und preußischen Abgeordnetenhause plötzlich gleichzeitig niederlegte, weil er in beiden Häusern den Fraktionsgeist auf der Linken überwuchern sah und für seine vermittelnde Thätigkeit zwischen Volksvertretung und Regierung — in welcher Thätigkeit er sich so unvergleichliche Verdienste erworben hatte — keinen Raum mehr gegeben meinte.

Als dann aber die nationalliberale Partei mit der berühmten Heidelberger Erklärung vom 23. März 1884 ihre Wiedererhebung beging und befestigte, trat auch Bennigsen wieder als Führer an ihre Spitze und ließ sich 1887 auch wieder in den „Kartellreichstag" wählen Dieses durchaus im Sinne Bismarcks zwischen allen staatserhaltenden Parteien geschlossene Kartell selbst war wiederum nicht zum Geringsten Bennigsens Verdienst, der, wie bereits bemerkt, auch seither bis zum heutigen Tage das Beste und Wirksamste für diese Politik der Sammlung im Reichstage und außerhalb desselben gethan hat.

Seine unvergänglichen Verdienste um die nationale deutsche Sache fanden allgemeinste und herzbewegende Anerkennung, namentlich als er am 10. Juli 1894 seinen siebzigsten Geburtstag feierte. Denn außer den ehrendsten Gaben und Aussprachen der Parteigenossen durch Abordnungen, Adressen u. s. w. und außer Glückwunschtelegrammen des Großherzogs von Baden, des Herzogs von Coburg, des damaligen Reichskanzlers v. Caprivi, des Generalpostmeisters v. Stephan u. s. w., lief vom Fürsten Bismarck folgendes Schreiben ein: „Im Rückblick auf unsere langjährige Arbeit an der nationalen Wiedergeburt unseres

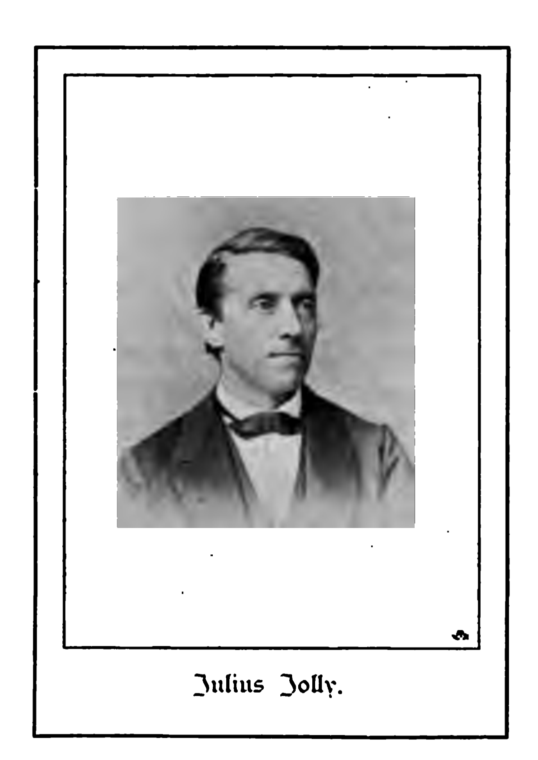
*) Das Nähere in meinem Werke „Fürst Bismarck und seine Zeit", Bd. V S. 300—343.

gemeinsamen Vaterlandes bitte ich Sie, zum heutigen Tage meinen herzlichen Glückwunsch entgegenzunehmen. Wir sind nicht immer in demselben Geleise gefahren, aber unser Ziel war das gleiche. Daß wir die annähernde Erreichung desselben noch Beide erlebt haben und ich Ihnen heute meinen Glückwunsch und Dank für Ihre Arbeit noch lebend übermitteln kann, gereicht mir zur besonderen Freude. Ich bitte Sie, mir auch in Zukunft, die jedenfalls kürzer sein wird, als die 70 Jahre, die wir gleichzeitig lebten, das Wohlwollen zu bewahren, welches gemeinsame Arbeit uns als Ergebniß des Vorlebens gegenseitig geschaffen hat".

Seit dem im Jahre 1866 vollzogenen Umschwunge der Dinge in Hannover hatte sich für Bennigsen neben der parlamentarischen Thätigkeit übrigens noch eine andere eröffnet, die er zum Segen seines Heimathlandes ausfüllen konnte. Nachdem es nämlich zunächst hauptsächlich seinen Bemühungen gelungen war, der Provinz Hannover einen sehr beträchtlichen Provinzialfonds mit selbständiger Verwaltung zu verschaffen, berief das Vertrauen seiner Landsleute ihn selbst als Landesdirektor an die Spitze dieser Verwaltung. In dieser Stellung verschaffte er dem dünnbevölkerten ehemaligen Welfenreiche vor Allem die Straßen und Wege, deren es zu jeder Art von Fortschritt am dringendsten bedurfte. Auch die Ergänzung und Verdichtung des Eisenbahnnetzes, die namentlich in den siebziger Jahren sehr schnell vor sich ging, ist zum Theil Bennigsens eifrigem Bemühen in Berlin zu danken.

Am 29. August 1888 aber wurde Bennigsen aus der eigensten Entschließung Kaiser Wilhelms II. zum höchsten Beamten der Provinz Hannover, zum Oberpräsidenten, mit dem Titel „Excellenz" ernannt. Graf Wilhelm v. Bismarck, der zweite Sohn des Altreichskanzlers, stand bis 1895 unter ihm als Regierungspräsident in Hannover. Auch in dieser neuen hohen Stellung hat sich Bennigsen die dankbare Liebe und Verehrung seines ganzen Heimathlandes und die höchste Anerkennung der preußischen Staatsregierung erworben. Im Herbst 1897 schied er jedoch — unter unzähligen dankbaren Kundgebungen der Behörden und Landsleute — von diesem Amte, um den Rest seiner Tage in der friedlichen ländlichen Ruhe seiner Güter zu verbringen.

Leider hat er, von der Bürde des Alters bedrückt und in der Sehnsucht nach stillem Frieden, nun auch den Entschluß gefaßt, eine Wiederwahl in den Reichstag und das Abgeordnetenhaus nicht mehr anzunehmen. In feierlichster und erhebendster Weise verabschiedeten sich am Schlusse des Reichstages im April 1898 die Fraktionsgenossen von dem unvergleichlichen Führer. Jedenfalls aber dürfen wir vertrauen, daß Rudolf v. Bennigsen auch in seiner Zurückgezogenheit vom öffentlichen politischen Leben, gleich dem Altreichskanzler im Sachsenwalde, bis zu seinem letzten Athemzuge immer des deutschen Volkes treuer Eckart und Berather sein und bleiben wird, in Freud' und Leid!



Julius Jolly.

Julius Jolly.

Als Julius Jolly am 21. Februar 1823 zu Mannheim geboren wurde, stand sein Heimathland Baden an der Spitze der politischen Bewegung in Deutschland. Diese rühmliche Führerschaft Badens hat sich erhalten, bis der junge Mannheimer Bürger zum Manne herangewachsen war. Ja, wenn Jolly sich schon im Jugendalter vorgenommen hätte, Minister zu werden, so hätte er keine günstigere Schule dafür finden können, als sein badisches Land, seine Vaterstadt, selbst das Haus seiner Eltern. Denn in diesem behäbigen Heimwesen des vermögenden Mannheimer Kaufmanns ging aus und ein, was Baden an berühmten Namen zählte; hier verband sich ein Kreis von Männern, die ganz Deutschland kannte und schätzte. Neben den greisen parlamentarischen Kämpfern Winter und Itzstein, die schon im Mannesalter standen, als die badische Verfassung gegeben wurde, verkehrten im Hause Jolly die Mittermaier, Rotteck und Welcker. Neben diesen Aelteren ein großer Kreis jüngerer Männer, welche — jeder an seinem Theile und in selbstständiger Arbeit — das Bewegungsjahr 1848 heraufführten, theilweise aber auch noch bis in unsere Tage hinein kräftig wirkten: Karl Mathy, Bassermann, v. Soiron u. A. Auch Friedrich Hecker war damals häufig im Hause Jolly zu sehen; denn noch ungeschieden ging in jenen Tagen der Radikalismus mit dem Liberalismus zusammen, der republikanische Phantast mit dem monarchischen Vaterlandsfreund. Zur Opposition gehörten sie ja Alle. Denn man gerieth damals in die Opposition durch Gesinnungen, welche heute vollkommen regierungsfähig geworden sind.

Karlsruhe ist nebst Dresden eine der wenigen Residenzstädte der

Erde, welche nicht oppositionell gesinnt sind, aus innerster Naturnothwendigkeit nicht opponiren können, — auch wenn dort heute einmal bei einer Reichstagswahl ein Sozialdemokrat gewählt wird. Um so lebhafter machte Mannheim damals sich durch Opposition bemerklich. Und Jollys Vater war in der langen und politisch bewegten Zeit von 1836 bis 1849 der erste Bürgermeister dieser Stadt. Hier, in Mannheim, wurde namentlich die badische Bewegung des Jahres 1848 und damit auch das deutsche Vorparlament geboren. Denn hier fand am 27. Februar 1848 jene gewaltige Volksversammlung statt, welche in Verbindung mit dem Massenzug nach Karlsruhe die badische Regierung veranlaßte, Preßfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung und das Versprechen ihrer Mitwirkung zur Berufung eines deutschen Parlamentes zu gewähren! *)

Der junge Julius Jolly, der im Jahre 1840, nachdem er an dem Lyceum seiner Vaterstadt seine Jugendbildung genossen, aus diesem interessanten Hause auf die Universität Heidelberg zog, dachte jedoch vorläufig durchaus nicht daran, Minister zu werden, oder auch nur „Diplomatie zu studiren“, wie Bismarck etwa zehn Jahre früher von sich gesagt haben soll, als er die Universität Göttingen bezog. Jolly studirte vielmehr blos Jurisprudenz, aber mit dem Fleiß und der Gründlichkeit, die zu dem akademischen Wirken gehören, das er sich zum Beruf seines Lebens gesetzt hatte. In Heidelberg wirkte namentlich Vangerow, in Berlin (bis 1844) vornehmlich Homeyer anregend auf ihn ein. Homeyers Vorträge insonderheit entschieden die Wahl seines Spezialfaches: das deutsche Recht. Die Absicht, als Lehrer zur Universität zurückzukehren, gab Jolly auch nicht auf, als er von 1844 an eine Zeit lang beim Stadtamt in Mannheim als Volontär arbeitete, um das Rechtsleben auch von der praktischen Seite kennen zu lernen. Als dieser Zweck erfüllt war, besuchte er auf einer längeren wissenschaftlichen Reise verschiedene deutsche Universitäten und machte sich hier mit den namhaftesten Forschern und Lehrern seines Faches und ihrer Vortragsweise bekannt. Im Herbst 1847 habilitirte er sich an der juristischen Fakultät der Universität Heidelberg als Privatdozent und hielt in dieser Eigenschaft, und nicht

---

*) Das Nähere in meinem Werke „die deutsche Revolution 1848/49“ S. 97 fg.

lange nachher als außerordentlicher Professor, Vorlesungen über deutsche Reichs-, Staats- und Rechtsgeschichte, deutsches Privatrecht und über französisches und badisches Zivilrecht.

In diese Zeit fällt auch Jollys sehr bedeutende und noch in unsern Tagen der juristischen Wissenschaft und Praxis in vorzüglicher Weise förderliche literarische Thätigkeit. Was seinen Schriften auf lange Zeit hinaus stete Beachtung, auch außerhalb des engen Kreises der Zunft, sicherte, das war ihre — bei aller Strenge der wissenschaftlichen Forschung — doch entschieden und im besten Sinne moderne Richtung. Denn mit einziger Ausnahme seiner Doktordissertation, die, wie die meisten Arbeiten dieser Art, ein wahrhaft verblüffend gelehrtes Thema, den Beweis nach dem Rechte des Sachsenspiegels behandelte, waren die übrigen Schriften Jollys durchaus modernen Stoffen gewidmet. Seine Monographien und Abhandlungen über Aktiengesellschaften, über verschiedene Fragen des Wechselrechts, über literarisches Urheberrecht und Nachdruck, über Inhaberpapiere u. s. w. wurden daher auch häufig in den einschlagenden Urtheilen der höchsten deutschen Gerichtshöfe der Einzelstaaten, des Reichsoberhandelsgerichtes und des Reichsgerichts als maßgebende wissenschaftliche Ansichten angeführt. Und wie der Sinn des jungen Professors vornehmlich darauf gerichtet war, die großartigsten und eigenthümlichsten Erscheinungen des modernen Verkehrslebens mit der Kritik und der systematischen Konstruktionskunst seiner Wissenschaft zu erhellen, so waren auch seine Vorlesungen von einem durchaus frischen, bewegten und anregenden Vortrage belebt.

Aber auch mitten im fruchtbarsten politischen Gedankenaustausch stand Jolly, während er scheinbar ganz unpolitische Studien in Wort und Schrift verwerthete. Denn wie die Männer, die um 1848/49 zu Wortführern der deutschen Partei im Frankfurter Parlament emporgestiegen waren, die Mathy, Soiron, Bassermann u. s. w. dereinst in Mannheim mit Jolly als vertraute Freunde seines Vaters fast täglich verkehrt hatten, so ward ihm nun hier in Heidelberg vergönnt, in die innigste Verbindung und theilweise in herzliche Freundschaft zu treten mit Schlosser, Gervinus, Häusser, Lamey und Anderen. Man kann sich denken, wie ein jeder dieser Männer dem jungen Professor eine besondere Welt bot von Erfahrungen, Anschauungen,

Studien nnd Gedanken. Trat auch bei Schlosser und vornehmlich bei Gervinus damals schon die Abkehr von der lebendigen Welt zu Tage, und mochte auch Beseler in den Tagen der schwersten Reaktion bitter den Niedergang aller nationalen Hoffnungen empfinden, so bot dagegen der nahe Umgang mit Häusser und Lamey um so größere Erfrischung und Erhebung.

Lamey wirkte damals, wie Jolly, als juristischer Professor in Heidelberg, später in Freiburg. Aber seine Natur hatte ihn längst auch schon in das praktische, politische Leben getrieben. Er war bereits ein berühmter Redner der zweiten badischen Kammer, als Jolly noch ruhig in Heidelberg lehrte und schrieb.

Am bedeutsamsten für Jolly war aber jedenfalls der Umgang mit Häusser, jenem wunderbaren Manne, dessen Lehrkanzel in Heidelberg in jenen Tagen mächtiger für die Ausbreitung des nationalen Gedankens in Deutschland wirkte, als die größte Zeitung und die rührigste Parteiagitation vermocht hätte. Nach Häussers Rathschlägen und Reden in und außerhalb der zweiten badischen Kammer richtete sich auch meist die Haltung und Entschließung beider badischen Kammern. Nun sollte dasselbe politische Ereigniß die drei befreundeten Männer zum ersten Male zusammen in das öffentliche politische Leben hinausrufen und Jolly überhaupt zum ersten Male Gelegenheit zu praktisch-politischer Thätigkeit bieten.

Am 28. Juni 1859 hatte nämlich die damalige badische Regierung ein Konkordat mit Rom geschlossen. Es war das Ergebniß jahrelanger vergeblicher Verhandlungen mit der Kurie. Freilich lag ein besseres Einvernehmen mit der Kirche und dem päpstlichen Stuhl auch im Interesse des badischen Staates. Denn seit 1849 hatte die katholische Hierarchie das berufene Wort von der „freien Kirche im freien“ — d. h. in Wahrheit unfreien — „Staate“ auf ihr Banner geschrieben. Der Erzbischof von Freiburg verlangte daher für sich das Recht der Besetzung kirchlicher Pfründen, die freie Verwaltung des Kirchenvermögens und die Aufhebung des vom Staate eingesetzten Oberkirchenrathes. Der Erzbischof handelte auch danach. Er besetzte eigenmächtig erledigte Pfarrstellen, sprach über den ihm Widerstand leistenden Oberkirchenrath die große Exkommunikation aus und verwies die Stiftungsvorstände in Betreff der Verwaltung des Kirchen-

vermögens lediglich an seine eigenen Befehle. Kurz, die damaligen Verhältnisse in Baden hatten eine sprechende Aehnlichkeit mit dem großen Kirchenstreite — dem sogen. „Kulturkampf" —, in den das deutsche Reich und hauptsächlich Preußen von 1871 an einzutreten genöthigt wurden. Und der Verlauf dieser Dinge in Baden, welches in diese Kämpfe länger als ein Jahrzehnt vor uns übrigen Deutschen verwickelt wurde und sie aufs Ruhmvollste durchkämpfte, läßt einen Rückblick in jene Tage auch jetzt noch lohnend und lehrreich für die Gegenwart erscheinen.

Die badische Regierung hatte das geradezu hochverrätherische Treiben des Erzbischofs geraume Zeit langmüthig ertragen, zuletzt aber sich kräftig zur Wehr gesetzt. Die vom Bischof ernannten Geistlichen wies sie auf bloße Tagegelder an, erhob gegen diesen selbst den Prozeß und gab ihm Hausarrest. Ein friedliches Abkommen mit der Kurie allein schien geeignet, diesen unleidlichen Zuständen ein Ende zu bereiten. Aus dieser Erwägung hatte die Regierung selbst die demüthigenden Vorbedingungen der Verhandlung mit Rom: die Freilassung des Erzbischofs, die Niederschlagung seines Prozesses, die vorläufige Anerkennung des uti possidetis (augenblicklichen Besitzstandes) im Verhältniß zwischen Staat und Kirche bewilligt und, trotz der zähesten Verschleppung der Sache seitens des päpstlichen Stuhles, das Konkordat doch endlich zum Abschluß gebracht.

Aber es war in der That auch des Jesuitenzöglings würdig, der insgeheim dem damaligen auswärtigen Minister Badens, dem Freiherrn v. Meysenbug, an unsichtbaren Drähten Hand und Schritte lenkte, des ränkesüchtigen Legationsrathes von Uriah-Sarachaga. Denn dieses Konkordat enthielt wohl das Aeußerste, was die Kurie jemals in Deutschland erreicht hatte. Der Erzbischof sollte im Einvernehmen mit der Regierung religiöse Orden und Kongregationen beiderlei Geschlechts einführen können. Da keine seiner Verordnungen oder Veröffentlichungen der Genehmigung, ja auch nur der Kenntnißnahme der Regierung bedurfte, so war die Regierung ihm bei Einführung neuer Orden, sowie bei jeder anderen Verfügung willenlos überantwortet. Zudem sollte die religiöse Erziehung und Unterweisung der katholischen Jugend ausschließlich von seinen Geboten abhängen. Er allein sollte bestimmen über die etwaige Gründung eines Priester-

seminars oder über die Unterbringung der (katholischen) theologischen Kandidaten in einem Konvikt, über die Leitung und Einrichtung dieser Anstalten, über die Ertheilung der venia legendi an die Professoren der katholischen Fakultät zu Freiburg, wie auch über die Entziehung dieser Erlaubniß. Er durfte in allen Dingen, wie ein Souverän mit dem andern, ohne alle Zwischeninstanzen mit der Regierung verkehren!

Als die Kurie dem kleinen Baden diese hochmüthigen Bedingungen vorschrieb, war der Krieg Oesterreichs mit Italien und Frankreich ausgebrochen, und mit derselben Inbrunst begleiteten die päpstlichen Segenswünsche die Fahnen Franz Josephs, wie elf Jahre später die Adler des „ältesten Sohnes der Kirche" in den Krieg gegen Deutschland. Aber als Baden das Konkordat unterzeichnete, war die Schlacht von Solferino bereits für Oesterreich verloren und damit ganz Deutschland von einem bangen Drucke befreit. Am meisten aber kam der Sieg dem Lande Baden zu Statten. Denn schon ehe das Konkordat am 5. Dezember 1859 im Regierungsblatte verkündet wurde, hatte im badischen Lande Alles, was freisinnig und deutsch dachte, in rühmlicher Eintracht zur Abwehr des ungeheuren Verhängnisses sich erhoben.

Auch Jolly trat aus seinem stillen Studirzimmer sammt seinen Freunden vor das Land hinaus. Der Menge war er, nach seiner Art, weniger bemerkbar, als mancher Andere; aber um so trefflicher wirkte er unter den Führern durch seine unbeugsame Willensstärke in dem einmal für richtig erkannten Vorsatz. Und in diesen Fragen namentlich war sein Wirken höchst bedeutend durch die Klarheit seines Denkens, die Tiefe seines Wissens. So war z. B. auch die Durlacher Konferenz vom 28. November 1859 mit sein Werk, die von Häusser, Schenkel, Zittel u. A. berufen wurde und die Opposition des Landes gegen das Konkordat auf den richtigen Weg wies. Die Palme des Tages gebührt unzweifelhaft Häusser, dessen wichtige Worte noch in unsere Gegenwart passen: „Ich weiß wohl", rief er u. A., „‚Kirchenfreiheit' heißt die verlockende Parole, unter welcher heutzutage der denkwürdige Versuch gemacht wird, den Staat zur alten Knechtschaft zurückzuführen. Täuschen wir uns aber nicht, was diese angebliche Kirchenfreiheit bedeutet. Wenn wir Protestanten Kirchenfreiheit fordern, so verstehen wir darunter, daß sich alle kirchlichen Gemeinschaften in

freier und selbstständiger Entwickelung innerhalb der Staatsgesetze bewegen. Wir wollen damit weder einen Kirchenstaat noch eine Staatskirche schaffen; wir fordern nur Freiheit in religiösen Dingen, Freiheit für Alle, aber innerhalb der ewigen Ordnungen, wie der Gesetze des Staates. Die ultramontane Kirchenfreiheit ist etwas Anderes; sie will nicht die Freiheit im Staate, sie will so viel als möglich die Befreiung vom Staate. Sie strebt die römisch-katholische Kirche loszumachen von den Ordnungen und Gesetzen des staatlichen Lebens, um den Staat zu der Dienerrolle zurückzuführen, in der er vordem gebunden lag. Nicht um Freiheit handelt es sich hier, sondern lediglich um Herrschaft. Freiheit für uns und Knechtschaft für alle Anderen, das ist der Sinn jener Kirchenfreiheit in der Theorie wie in der Praxis."

Wir verdanken die Erhaltung dieser goldenen Worte der Denkschrift über die Verhandlungen auf jener Durlacher Konferenz, die auf Beschluß der Versammlung gedruckt herausgegeben wurden. Diese Denkschrift hatte ungeheuren Erfolg, gegen welchen der Federkrieg der Ultramontanen nutzlos blieb. Nun bestürmten Adressen, Petitionen, Broschüren, Denkschriften — darunter die wichtigste diejenige der Universität Freiburg — den Großherzog, das Konkordat zu zerreißen. Den entscheidendsten Einfluß aber übten die Kammern. Ebenso fest wie die Minister — die sich durch die Unterschrift ihrer Unterhändler an das Konkordat gebunden glaubten — bei ihrem non possumus, beharrten beide Kammern bei ihrem Verwerfungsantrage. Nach einer glänzenden Rede Lameys in der zweiten Kammer wurde am 30. März 1860 mit 45 gegen 15 Stimmen dem Konkordate die Genehmigung versagt. Die erste Kammer folgte dem Beschlusse mit 13 gegen 8 Stimmen.

Darauf berief der Großherzog schon am 2. April Lamey und den Oberhofrichter Stabel, der sich durch eine vorzügliche Flugschrift in dem Streit hervorgethan hatte, und beauftragte sie mit der Bildung eines neuen Ministeriums. Am Spätnachmittage desselben Tages wurde die frohe Botschaft der Kammer verkündet, die sie mit einem stürmischen Hoch auf den Großherzog begrüßte. Am folgenden Tage schon wurden die bisherigen Minister entlassen, die neuen förmlich ernannt. Die neue Aera Badens war angebrochen. Das Konkordat lag der Kurie zerrissen vor den Füßen.

Nach dieser betrübenden Wendung rettete sich der Erzbischof hinter die Fiktion eines Zivilvertrages. Der eine Kontrahent, der Staat, könne nicht willkürlich von dem einmal geschlossenen Vertrage einseitig zurücktreten, schrieb er am 21. April an die Geistlichkeit seines Sprengels. Aber lag denn vor der Genehmigung durch die Stände überhaupt ein den Staat und das Land Baden bindender Vertrag vor? „Nein, durchaus nicht!" hatten das Volk, die Landesvertretung, der Herrscher durch ihre Entschlüsse und Thaten im Voraus geantwortet — und dennoch wagte der Satrap des Papstes von Vertragsbruch zu reden! Solche Vorgänge gaben zu denken. Sie waren vom Ministerrath zu Karlsruhe übrigens schon erwartet worden. Bereits am 7. April, in seinen edeln königlichen „Friedensworten an mein theures Volk" hatte der Großherzog angedeutet, in welcher Weise er den einmal heraufbeschworenen Konflikt mit der Kirche zu lösen gedenke, nämlich auf dem Wege des Gesetzes. Es hieß da u. A.: „Ein Gesetz, unter dem Schutze der Verfassung stehend, wird der Rechtsstellung der Kirche eine sichere Grundlage verbürgen. In diesem Gesetze und den darauf zu bauenden weiteren Anordnungen wird der Inhalt der Uebereinkunft seinen berechtigten Ausdruck finden."

Dieser Weg wurde jetzt von der badischen Regierung entschlossen weiter verfolgt. Am 22. Mai 1860 gingen der zweiten Kammer sechs Gesetzentwürfe zu, welche das Verhältniß des Staates zur Kirche regeln sollten. Der Staat bot der Kirche darin größtmögliche Freiheit, überließ ihr die inneren kirchlichen Angelegenheiten vollständig, verzichtete sogar auf das Placet, unterstellte dagegen die Einführung kirchlicher Orden seiner Genehmigung und sämmtliche Unterrichtsanstalten seiner Aufsicht, gab den Verhältnissen bei gemischten Ehen gesetzliche Regelung und belegte jede Ueberschreitung der Befugnisse der Geistlichen mit den Strafen des Amtsmißbrauches. Diese Entwürfe wurden im Juli und August 1860 von den Kammern genehmigt. Nur der wichtigste derselben „über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate" scheiterte an der Beschlußunfähigkeit der ersten Kammer. Die übrigen fünf wurden am 9. Oktober verkündet.

Bereits im Juni hatte die Regierung durch ein Schreiben an den Kardinal-Staatssekretär Antonelli ihren Frieden auch mit der Kurie gesucht. Nach einigem Notenwechsel machte der Papst von dem

unter Pius IX. beliebtesten Mittel Gebrauch, um mißliebigen Souveränen gegenüber Recht zu behalten. In seiner Allokution vom 17. Dezember 1860 sprach er nämlich vom „Vertragsbruch" Badens. Damit war die Brücke mit Rom abgebrochen. Es blieb nun blos noch die Verhandlung mit dem Unterthan übrig, welcher Erzbischof von Freiburg hieß. Auch diese Verhandlung führte erst ein Jahr später zu einem Ergebnisse. Die Kirche gewann dadurch wohlwollende, der Staat feste Bestimmungen über die Besetzung der Kirchenpfründen und die Verwaltung des Kirchenvermögens, die am 20. November 1861 im Verordnungswege verkündigt wurden. Der Erzbischof seinerseits verkündete das Abkommen unter dem advokatorisch-jesuitischen Vorbehalt aller weiteren Rechte für die Kirche. Wiederum ein Jahr später, am 13. Oktober 1862, setzte der Großherzog einen katholischen Oberstiftungsrath ein und forderte von allen inländischen Geistlichen beider Konfessionen, den bereits im Amte befindlichen wie den neu anzustellenden, neben dem Huldigungseide auch den Eid auf die Verfassung und auf die Landesgesetze. Damit hatte der große Kirchenstreit in Baden vorläufig einen Abschluß gewonnen, welcher dem Staate eine sichere Grundlage für seine künftige Stellung der Kirche gegenüber gewährte. Baden war auf der ganzen Linie gegen die Kurie Sieger geblieben. Das zu zwei Drittheilen katholische Volk hatte fest und treu zur Regierung gehalten.

Nicht blos weil Jolly so lebhaft an dem Beginne des Streites Theil genommen und in dessen Weiterentwickelung ihn eifrig und mitthätig verfolgt hatte, mußten wir ihn eingehender schildern. Denn an den letzten Phasen dieses Streites, an den Unterhandlungen mit dem Bischof vom Jahre 1861 an, hatte Jolly auch bereits als Mitglied der badischen Regierung den bedeutendsten Antheil. Sein Freund Lamey hatte ihn nämlich, den erprobten Mitkämpfer, im Frühjahr 1861 in das Ministerium des Innern als Rath berufen. Von da ab siedelte Jolly mit seiner jungen Häuslichkeit — er hatte sich in Heidelberg mit einer Tochter des dort im Ruhestande lebenden preußischen Geh. Finanzrathes Follenstein, eines alten Lützowers, verheirathet — dauernd nach Karlsruhe über. Die eingehendere Darstellung des badischen Kirchenkonfliktes war hier aber um deswillen erforderlich, weil seine Ergebnisse die Grundlagen zeigen, auf denen diejenigen

Kämpfe mit der Kurie sich abspielen, die Jolly als Mitglied des badischen Ministeriums in der Zukunft auszufechten hatte.

Die ehrenvolle Stellung eines vertrauten Gehilfen und den wirksamsten Antheil an der gesammten Thätigkeit des damaligen badischen Ministeriums, gewann Jolly hauptsächlich dadurch, daß mit dem 1. Mai 1860 ein Mann an die Spitze der auswärtigen Angelegenheiten Badens getreten war, mit dem ihn seit früher Jugend innige Freundschaft und Gesinnungsverwandtschaft verband, der Freiherr Franz von Roggenbach. Unter dessen Führung begannen jene stolzen Jahre für Baden, da es vom Fürsten bis zum Bürger allen anderen deutschen Staaten voranleuchtete an Opferwilligkeit für die deutsche Sache, und in allen Fragen, welche die Verwirklichung der deutschen Einheit fördern konnten, den denkbar richtigsten Standpunkt inne hielt: auf dem Fürstentage zu Baden-Baden 1860, in der kurhessischen Verfassungsfrage, gegenüber den Bestrebungen des Nationalvereins, bei Erneuerung des Zollvereins und beim Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages, endlich auch durch Anerkennung des Königreichs Italien, vor Allem aber durch den mannhaften Widerstand gegen den österreichischen Handstreich mit dem Fürstentage in Frankfurt a. M. im August 1863.

Dagegen bleibt immer denkwürdig, daß auch dieser Leiter der badischen Politik, der sonst in dem Maße und der Kraft seiner Verachtung des bundestäglichen Jammers unter den damaligen Staatsmännern Deutschlands wohl nur noch von Bismarck übertroffen wurde, sich in denselben Fragen verrannte, welche die große Mehrzahl der Liberalen Deutschlands, darunter auch Häusser, verwirrten: in dem preußischen Verfassungskonflikt und in der schleswig-holsteinischen Sache. Die Erbitterung über den preußischen Verfassungsstreit war in Baden gerade aufs Höchste gestiegen, als Ende 1863 mit dem Tode König Friedrichs VII. von Dänemark die schleswig-holsteinische Frage in den Vordergrund trat. Als das preußische Abgeordnetenhaus die Heeresorganisation am 23. September 1863 endgiltig verworfen hatte und Bismarck in der Landtagsschlußrede am 13. Oktober erklärte, daß die Regierung den Staatshaushalt ohne die Genehmigung der Landesvertretung weiter führen werde, da war in der beinahe amtlichen Karlsruher Zeitung vom 22. Oktober zu lesen: „Die nationale Be-

wegung habe Preußen seit 1859 die Führung anvertraut, heute aber müsse nicht blos der Liberalismus, sondern ebenso der unbedingte Anhänger der deutschen Einheit die Fähigkeit der preußischen Regierung zu jener Führerschaft in Abrede stellen.“ Fast einmüthig hatte sich die badische Kammer schon am 13. Februar 1863 von ihren Sitzen erhoben, als Häusser eine bewegte Rede über die Folgen der preußischen Reaktion mit den Worten geschlossen hattte: „Ganz Süddeutschland ist einig darüber, daß die preußischen Volksvertreter ihre Pflicht gethan haben. Ich bitte die Kammer, daß sie dies öffentlich ausspreche.“

Am interessantesten an diesen Vorgängen erscheint uns die Thatsache, daß Bismarck und sein König die hohen geheimen Ziele der preußischen Heeresreorganisation auch diesen treuesten Freunden und Verwandten im Südwesten Deutschlands anscheinend nicht anvertraut haben. Man kann sich denken, wie auf diese erregte Stimmung nun vollends die scheinbar „separatistische“ und „volksfeindliche“ Haltung Preußens in der schleswig-holsteinischen Sache wirkte. Von Anfang an konnten sich der Augustenburger und das Dogma vom schleswig-holsteinischen Selbstbestimmungsrechte keine eifrigeren Vertheidiger wünschen, als den Freiherrn v. Roggenbach und das badische Land. Immer tiefer trieb Bismarcks Staatskunst die Gegner in das Lager des Bundestages hinein. Gerade darum begann es freilich in den hellsten Köpfen bereits zu tagen. Denn auf dem Bundespalais an der Eschenheimer Gasse zu Frankfurt konnten doch unmöglich die Hoffnungen Deutschlands beruhen. Und vor Allem: mochten die Personen stehen wo sie wollten und reden wie sie wollten, die Thatsachen sprachen doch unleugbar für Preußen, für die preußische Politik. Seine Waffen befreiten die Herzogthümer; seine Diplomatie riß sie im Wiener Frieden von 1864 los von Dänemark und vereinigte sie auf immer wieder mit Deutschland. Ein Jahr später schloß Bismarck mit Oesterreich den Vertrag von Gastein, der alle Feinde der deutschen Einheit aufs Aeußerste erbitterte, den gesinnungstüchtigen deutschen Liberalismus aber vor neue Räthsel stellte. Nun begann es auch Herrn v. Roggenbach unheimlich zu werden in seiner Verbrüderung und Verbindung mit Triaspolitikern und Bundestagsenthusiasten. Am 19. Oktober 1865 verkündete ein großherzogliches

Dekret plötzlich seine auf sein Ansuchen erfolgte Entlassung. Eine geringe Meinungsverschiedenheit mit dem Landtag über die Schulfrage mußte als Vorwand dienen. In Wahrheit hatte Roggenbachs Augustenburgerei ihn, auch in seinen eigenen Augen, in Baden fernerhin unmöglich gemacht.

Jolly hatte keine Veranlassung, mit ihm zu gehen. Denn Jolly hatte schon bei dem ersten thatkräftigen Anlaufe Preußens gegen Dänemark das Streben Bismarcks nicht ohne Sympathie verfolgt. Er hatte auch an dem, seit dem 23. September 1862 in das badische Ministerium wieder eingetretenen Karl Mathy und an dem Rath im Justizministerium v. Freydorf mächtige Stützen seiner eigenen Anschauungen gefunden. Das Wort Mathys nach dem Abschlusse des Wiener Friedens mit Dänemark, das heute fast wie ein Gemeinplatz klingt, damals aber die sträflichste Ketzerei gegen die herrschende Tagesmeinung enthielt: „Herr von Bismarck gefällt mir immer besser", dieses Wort war auch Jolly aus der Seele gesprochen. Ueberhaupt fanden die drei Männer, Jolly, Mathy und Freydorf, trotz der Verschiedenheit ihrer Ressorts — Mathy war seit dem 30. Januar 1864 Handelsminister geworden — von nun an doch die größte und festeste Stütze aneinander in der Hauptsache: d. h. in ihren Anschauungen und Bestrebungen in der deutschen Frage.

Dieses treue kräftige Aneinanderschließen war ihnen um so nothwendiger in den schweren Monaten, die Baden nach Roggenbachs Rücktritt bis zum Ausbruche des Krieges von 1866 zu durchleben hatte, — leider unter der Leitung eines geheimen Freundes Oesterreichs und der Kurie, des Freiherrn v. Edelsheim. Die Schwüle, unter der damals ganz Deutschland seufzte, die bange Ruhe vor dem schweren Gewitter, war namentlich in Karlsruhe beinahe unerträglich. Denn auf wessen Seite man auch neigte in dem blutigen Waffengang: Feinde ringsum sah das kleine Land bedrohlich am Werke. Weitab lag die Hoffnung, daß Preußen den Großherzog und die Preußenfreunde in Baden bei dem Ausbruche des Krieges schützen könne, wenn diese auf Preußens Seite traten. In München regte sich der Appetit nach der badischen Pfalz. Ueber die unfreundliche Gesinnung in Stuttgart ließ das ungeschickte Poltern der schwäbischen Staatslenker keinen Zweifel. Zudem hielten außer Jolly, Mathy,

und Freydorf, alle Mitglieder des badischen Ministeriums, namentlich Stabel und Lamey fest zu Edelsheim und seiner österreichisch-bundestäglichen Triaspolitik. Der Bundesrechtsschwindel hatte ihnen eben die Köpfe verwirrt und machte sie auch dann noch befangen, als Preußen am 9. April 1866 dem Bundestag seine Reformpläne und den Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlaments vorlegte.

Es ist kaum glaublich, wie wenig Klarheit damals in den sonst erleuchtetsten Köpfen herrschte. Roggenbach empfahl in offener Landtagsrede, daß die Mittelstaaten, da nöthig auch mit den Waffen in der Hand, als Friedensvermittler zwischen die beiden deutschen Großmächte sich stellen sollten. Der Berichterstatter der zweiten Kammer, Kirsner, forderte von der badischen Regierung zwar unbedingtes Eingehen auf den Parlamentsgedanken Bismarcks, aber außer Pagenstecher wagte Niemand in der zweiten Kammer den Vorschlag, die Bewilligung der Kriegsbedürfnisse und die Kriegsbereitschaft von der Annahme der nationalen preußischen Reformvorschläge Seitens der Regierung abhängig zu machen. Im Gegentheil bezeichnete Lamey wiederholt jedes Zaudern der Kammer gegenüber den Forderungen der Regierung als ein Mißtrauensvotum gegen die letztere. Und in dem wilden Strome, in dem man trieb, konnte man doch füglich nicht das Pferd wechseln, die Sache zur Ministerkrisis treiben. Es war das Verhängniß Aller, der Kammermehrheit, wie der Regierung, daß sie sich in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit zu tief festgefahren hatten! Nur die Hauptgegner in dem großen Streit, Edelsheim, der Freund Oesterreichs, und Mathy mit seinen Freunden Jolly und Freydorf, die den mächtigsten Bundesgenossen in dem erlauchten Monarchen des Landes selbst hatten, und außer ihnen in den beiden Kammern Bluntschli und Pagenstecher, gingen mit vollster Klarheit der Entscheidung entgegen. Edelsheim mit der festen, wenn auch bis zur letzten Stunde verschleierten Absicht, die badische Landeskraft in das Heerlager der Satrapen Oesterreichs zu führen. Mathy und seine Freunde mit dem unbeugsamen Vorsatze, Baden auch bei Ausbruch des Krieges die Neutralität zu erhalten.

In diesem Sinne sprach sich Jolly schon am 14. Mai in der ersten Kammer aus, der er seit 1861 als Abgeordneter der Universität Heidelberg angehörte. An diesem Tage lag eine Interpellation

Bluntschlis an die Regierung vor, welche tadelte, daß Baden in der Bundestagssitzung vom 9. Mai für den Antrag Sachsens auf Fortsetzung der Rüstungen gestimmt hatte. Daran knüpfte Jolly den Antrag auf absolute Neutralität Badens und Heranziehung der übrigen süddeutschen Staaten zu dieser neutralen Haltung, ferner auf Unterlassung aller Kriegsrüstungen im Lande und auf nachdrückliche Unterstützung des preußischen Parlamentsvorschlages. Jolly befürwortete diesen Antrag durch die Erklärung, daß, wenn der Krieg zwischen Preußen und Oesterreich ausbreche, das Bundesverhältniß nicht mehr bestehe und Baden den Vortheil freier Entschließung und freier Bündnisse genieße, ohne ferner den hinfälligen Bundespflichten Opfer an Geld und Blut bringen zu müssen. Auch hier trat Lamey dazwischen, und ihm gelang, die Annahme des Antrages zu hintertreiben, indem er dessen Vertagung durchsetzte, weil zur Zeit Edelsheim auf den Bamberger Triaskonferenzen abwesend sei.

Dieselben Szenen nahezu spielten sich am 7. Juni ab. Inzwischen hatte die zweite Kammer durch Kirsner ihren Bericht erstattet. Bluntschli als Referent betonte in der ersten Kammer abermals nachdrücklich die Nothwendigkeit der Neutralität Badens, auch auf die Gefahr seiner Isolirung hin. Jolly erklärte geradezu, daß er nur dann überhaupt dem Regierungsprogramme beipflichten könne, wenn dieses die Neutralität Badens zur Richtschnur nehme. Die Regierung aber verlangte abermals carte blanche für ihre Maßregeln, namentlich für die Bundesgenossenschaft mit den süddeutschen Staaten. Noch in der letzten Stunde setzten Mathy und seine Freunde beim Großherzog durch, daß Baden am 14. Juni in Frankfurt nicht für den österreichischen Antrag auf Mobilisirung sämmtlicher Bundeskontingente gegen Preußen, sondern nur für Vertagung stimmen dürfe. Aber damit war nur ein Aufschub für Stunden gewonnen. Als Sachsen am 15. Juni, durch das preußische Ultimatum erschreckt, die Bundeshülfe anrief, griff auch Baden zu den Waffen gegen Preußen.

Für Jolly gab es nach dieser Entscheidung kein Bleiben mehr im Ministerium. Was war auch das Amt, das bis dahin die ganze Thatkraft des geistvollen Mannes Jahre lang aufs Aeußerste angespannt hatte, ihm in Tagen, da Alles in Deutschland dem Verderben oder der Verjüngung entgegenging und das Geschick des Vaterlandes auf

der Schneide des Schwertes stand? Er erbat und erhielt am 26. Juni seine Versetzung in eine an der Politik unbetheiligte Stelle, in den Verwaltungsgerichtshof. Zugleich mit ihm wurde auch Freydorf seiner Stellung im Ministerium enthoben. Seinen gefährlichsten Gegner, Mathy, wagte Edelsheim dagegen erst zu beseitigen, als die falschen österreichischen Siegesnachrichten ihm die letzte Rücksicht und Zurückhaltung unnöthig erscheinen ließen. In geradezu brutaler Weise verweigerte er dem Handelsminister Mathy alle Ausgaben für sein Ressort. Nunmehr erbat und erhielt auch Mathy am 30. Juni die Entlassung. Bewegt nahm er am 1. Juli Abschied vom Großherzog. Unermüdlich, wie in den ersten Jahren seines politischen Wirkens dreißig Jahre zuvor, schrieb er in der Badischen Presse Artikel für den Anschluß an Preußen, die Edelsheim konfiszìren ließ. Aber das Schicksal verwandelte schnell die Lage.

Am 3. Juli schon fiel der entscheidende Schlag bei Königgrätz. Ueberraschend schnell folgten die Friedenspräliminarien von Nikolsburg, mit Oesterreich allein. Die Nothwendigkeit, den Frieden für Baden von dem Sieger zu erbitten, war für Edelsheim zu sauer. Am 23. Juli reichte er seine Entlassung ein und erhielt sie Tags darauf. Am 26. folgten ihm Lamey und Stabel. Am 27. Juli beauftragte der Großherzog den tapfersten Freund Preußens, Karl Mathy, mit der Neubildung des Ministeriums. Es konnte nur ein Ministerium Mathy-Jolly-Freydorf sein. Freudig genehmigte der Großherzog die Liste, die am 28. verkündet wurde. Mathy wurde Staatsminister (Ministerpräsident), Handels- und (vorläufig auch) Finanzminister; Freydorf übernahm die auswärtigen Angelegenheiten; Jolly das Innere und einstweilen auch die Justiz. Die wichtigsten Rathsstellen wurden mit erprobten Anhängern der nationalen Sache besetzt. So war das neue Ministerium aus einem Guffe. Schnell wurde der Frieden mit Preußen geschlossen. Noch in der Nacht vom 27. zum 28. Juli war ein Unterhändler zum General Manteuffel gesandt worden, um Waffenruhe für die badischen Truppen zu erwirken. Am 29. erfolgte die Abberufung der badischen Streitmacht aus dem Bundesheer, am 31. die Erklärung, daß der deutsche Bund nicht mehr bestehe.

Wenn wir den Männern steten Dank schulden, die unter so außerordentlich schwierigen Verhältnissen treu festhielten an der

nationalen Fahne, so wird diese Dankespflicht wesentlich erhöht durch die Lasten und Leistungen, die sie von nun ab als Minister des badischen Staates auf sich zu nehmen und zu erfüllen sich verpflichteten. Ja, die schwerere Aufgabe stand ihnen noch bevor. Daß der Großherzog, daß Jolly und seine Freunde, die Kammern, das Land Baden überhaupt in den vier Jahren von 1866 bis 1870 alle Opfer für die deutsche Sache gebracht haben, ohne dessen Vortheile mit genießen zu können — und daß sie diese Opfer brachten gegen die feindselige Agitation aller antinationalen Elemente im Lande; daß die leitenden Männer Badens taub blieben gegen die Lockungen, die in allen Tonarten, unter österreichischer Leitung, von München, Stuttgart und Darmstadt her für die Gründung eines Südbundes ausgingen, und daß sie auch unbekümmert um das Waffenklirren jenseits des Rheines bei jeder Gelegenheit die nationale Zusammengehörigkeit mit Norddeutschland, ja das heiße Verlangen Badens, dem Nordbunde beizutreten kund gaben: das Alles soll ihnen nimmer ein deutscher Mann vergessen. Erst vom Standpunkt des geeinten Deutschlands aus, vermögen wir diesen stillgefaßten Heldenmuth voll zu würdigen.

Jolly war nächst Mathy der Erste im neuen badischen Ministerium, welcher schon in der ersten Sitzung der Kammern nach dem Kriege, am 9. Oktober 1866, das Wort ergriff. Er hatte in Folge des Krieges, den Andere verschuldet, nichts zu bieten, als die Forderung einer Erhöhung der direkten Steuern und die Vertröstung auf die Zukunft; nicht einmal die wichtigen Gesetze über Schule und Presse, die das Land forderte. Aber mit gutem Gewissen konnte er der Kammer versichern: der Personenwechsel im Ministerium bedeute nicht einen Wechsel in der inneren Politik. Schließlich erbat er schon in dieser Tagung die Erhöhung der Lehrergehalte auf mindestens 350 Gulden. Das waren einige von den neuen Anforderungen welche die — vorerst leider nur geistige — Staatsgemeinschaft mit Norddeutschland an Baden stellte. Und willig thaten die Kammern und das Land ihre Pflicht. Nur Eines war ihnen ungelegen: daß man nicht mehr von ihnen verlangte, nicht auch den Anschluß an den Norddeutschen Bund.

In kaum mehr als einem Jahre, bis Anfang 1868 hat Baden dann jene tiefgreifenden Veränderungen in seiner Gesetzgebung und

seinen Staatsausgaben vollzogen, welche die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht erheischte, und gleichzeitig in so musterhafter Weise sein Heerwesen dem norddeutschen nachgebildet, daß schon 1869 ein militärischer Freizügigkeitsvertrag zwischen Norddeutschland und Baden in Betreff der Diensterfüllung abgeschlossen werden konnte. Daneben aber wurden in demselben Jahre auch jene gesetzgeberischen Arbeiten fast alle zu befriedigendem Abschlusse gebracht, deren Vollendung der Krieg unterbrochen hatte: die Gesetze über den Elementarunterricht, über die Presse, über Vereine, über Ministerverantwortlichkeit. Alle diese Gesetze hatte Jolly vor den Kammern zu vertreten, da sie in sein Ressort gehörten. Außerdem aber oblag ihm im Winter 1867/68 auch die Vertretung der Politik der Regierung vor den Kammern und vor der öffentlichen Meinung, seitdem Mathy, schon länger leidend, im Dezember bedenklich erkrankt war. Die Krankheit war gekommen, von welcher dieser gute deutsche Mann nicht wieder genesen sollte. Schon ein Jahr zuvor, am 14. März 1867, hatte der Tod Häusser ereilt, und seine Lücke war schwer zu ersetzen in der Kammer. Nun, in der Nacht des 3. Februar 1868, starb auch Mathy, das Haupt der badischen Regierung, am Vorabende der Zollparlamentswahlen, Allen zu früh.

Sein Nachfolger konnte nur Jolly sein. Er hatte Arbeit und Erholung, Freud und Leid mit dem Geschiedenen getheilt, in vollster geistiger und politischer Uebereinstimmung. Er hatte die nöthige Thatkraft und Selbstüberwindung bewiesen, um nun an das Steuer zu treten, welches Mathy sterbend aus der Hand gab, und dessen Führung wahrlich kein Freudenposten war. Jolly besaß jene durch geistige und wissenschaftliche Beherrschung des Stoffes wie durch Formgewandtheit hinreißende Rednergabe, die ein Minister unserer Tage nicht entbehren kann, der in seiner heimathlichen Kammer mit allezeit kampfbereiten Gegnern zu rechnen hat. In diesem Sinne schrieb am 12. Februar 1868 auch der Großherzog an Jolly, indem er ihm, wenige Tage vor dem Schlusse des Landtages, die Neubildung seines Ministeriums übertrug. Das von Jolly gebildete Ministerium war in nationalem Sinne noch einheitlicher, als das im Drange der Zeit und Stunde von Mathy gebildete. Jolly wurde Staatsminister (d. h. Präsident) und behielt das Innere; das Aus-

wärtige übernahm Freydorf; Elstätter wurde Finanzminister, das Handelsministerium erhielt von Dusch; im Herbst 1868 übernahm der treffliche Obkircher die Justiz; und schon am 23. Februar desselben Jahres wurde — zur höchsten Bestürzung aller undeutsch Gesinnten in Deutschland — der preußische Generallieutenant von Beyer badischer Kriegsminister. Die rasche Einlebung des badischen Heerkörpers in den norddeutschen Heerverband ist sein unvergängliches Verdienst.

Das Ministerium Jolly bedurfte aber auch seiner ganzen Geschlossenheit und der Unterstützung aller Nationalgesinnten, um den Angriffen zu widerstehen, die nun gegen dasselbe unternommen wurden. Die Zollparlamentswahlen schon, am 18. Februar 1868, verschafften zur höchsten Ueberraschung der Regierung und der nationalen Partei in sechs von vierzehn Wahlkreisen Badens den Ultramontanen den Sieg, ja das Gesammtstimmenverhältniß stand sogar wie 89 797 zu 100 607. Diese Thatsache war um so peinlicher für die Regierung, als sie in öffentlichen Erlassen — zum Theil in bitterer Fehde mit dem württembergischen Staatsanzeiger — die Wahl nationaler Abgeordneter in Baden zugleich als ein Vertrauensvotum für ihre eigene politische Auffassung bezeichnet und erwartet hatte. Dem gegenüber hatte die ultramontane Partei sich scheinbar ganz theilnahmlos und gleichgültig verhalten. Nun aber zeigten die sechs ultramontanen Siege, in welchem Maße und mit welchen Mitteln die jesuitische Partei in die Herzen der Bewohner sich einzunisten verstanden hatte. Die kräftigsten Agitationsmittel bot ihr ja die Zeit selbst: Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der dreijährigen Dienstzeit, — die sogar Mathy in seinem bekannten Schreiben an Bismarck in Baden für undurchführbar erklärt hatte, — dann die erhebliche Steuererhöhung, die Vermehrung der Staatsschulden durch die Kriegsbuße von 1866, und vor Allem — das badische Schulaufsichtsgesetz, das freilich schon vor dem Kriege erlassen war, und wie das preußische von 1872 die Handhabung der Schulaufsicht durchaus als einen Zweig und eine Pflicht der Staatsgewalt hinstellte, nun aber doch ein höchst bequemes und wirksames Mittel bot, um die fanatisirten, blindgläubigen Volksmassen des Oberlandes und der Taubergegend mit der Gewissensangst zu erfüllen: die Ketzer in Karlsruhe

hätten es, außer auf Geld und Blut, auch auf das ewige Seelenheil der armen Katholiken abgesehen.

Zudem waren die Folgen des badischen Schulaufsichts- und Elementarschulgesetzes der Kurie gerade kurz vor den Zollparlamentswahlen am fühlbarsten geworden. Als das Schulaufsichtsgesetz erlassen war, hatte der römische Stuhl nämlich seinen Anhängern in Baden die Losung der völligen Enthaltung von allen Wahlen zu den Ortsschulräthen ausgegeben. Die Folge war, daß die Ortsschulräthe durchweg mit Nichtultramontanen besetzt wurden, und daß die Emanzipation der Schulen von der Geistlichkeit um so rascher sich vollzog, als der Aufschwung der Schulen unter der vorwiegend weltlichen Schulaufsicht unverkennbar war. Als mit Ende 1867 der bisherige Konviktsdirektor Kübel in Freiburg vom Erzbischof zum Domdekan, zum Generalvikar und zum Vorsitzenden des Ordinariats ernannt worden war, hatte eine Versammlung der Dekane darüber berathen, ob die Kurie nicht aus ihrem passiven Widerstande heraustreten solle. Es war aber bei der Losung der Wahlenthaltung geblieben. Gleichwohl ließ das erzbischöfliche Ordinariat, als die Regierung den Ortsschulräthen ein bestimmtes Lehrbuch zur Einführung in den mittleren Klassen der Volksschule empfohlen hatte, von allen katholischen Kanzeln des Landes vor diesem Lehrbuch warnen, weil es konfessionslos und unkatholisch sei. Das Vorbild der alten Märtyrer wurde angerufen und die Behauptung gewagt: ohne Genehmigung der Kirche dürfe kein Lehrbuch in den Volksschulen eingeführt werden, denn die Schule sei keine Staatsanstalt, sondern ein Privatinstitut der Kirche.

Alles das trug gräuliche Verwirrung in die Gewissen und in die Gemeinden. Viele Mütter untersagten ihren Kindern schlechthin den Gebrauch des vom Ortsschulrath eingeführten Lehrbuches. Die Autorität der Ortsschulräthe, und damit die des Staates selbst, stand auf dem Spiele. Am 30. Januar 1868 erwiederte Jolly auf die Interpellation in Betreff der Lehrbuchfrage in der Kammer: Die Einführung des Lehrbuchs sei von ihm nicht befohlen, sondern nur empfohlen worden; aber wo der Ortsschulrath es einmal eingeführt habe, halte er es für obligatorisch. Die Behauptung der Kurie, daß ohne ihre Genehmigung ein Lehrbuch nicht eingeführt werden dürfe,

sei eine Ueberschreitung des Kirchenregimentes, gegen die er überall die Strafuntersuchung habe einleiten lassen, wo sie zu thatsächlichem Widerstand geführt habe. Die Kammer unterstützte in diesem Kampfe die Regierung in erfreulichster Weise, indem sie dieselbe zur obligatorischen Einführung eines geeigneten Lehrbuches in der Volksschule ermächtigte. Nun folgte, wir bereits oben erwähnt, im Februar auch noch die fast einstimmige Genehmigung des Elementarschulgesetzes durch beide Kammern. Die Verkündung dieses Gesetzes beantwortete der Erzbischof schon am 18. März mit einem geharnischten Protest, in welchem er die geistliche Erziehung der Jugend für beeinträchtigt erklärte, weil der Kirche das Recht genommen sei, kirchliche Schulen zu errichten und zu leiten, außer nach ertheilter staatlicher Erlaubniß. Jolly antwortete sehr bündig: Die Behauptungen des Protestes seien unwahr, der Religionsunterricht sei der Kirche nach wie vor ausschließlich überlassen, der Ortspfarrer sogar gesetzliches Mitglied der lokalen Schulbehörde. „Im Uebrigen", schloß der Minister, „kann dem Protest gegen ein verfassungsmäßig erlassenes Gesetz eine rechtliche Wirkung nicht beigelegt werden."

Schon im Jahre 1867 war Jolly mit ähnlicher Energie über die Proteste des Erzbischofs hinweggegangen, als dieser sich der Verordnung der Regierung widersetzte, welche in Gemäßheit der Kirchengesetze von 1860 den jungen Theologen beider Konfessionen nach Beendigung der Universitätsstudien eine staatliche Prüfung über ihre allgemeine wissenschaftliche Vorbildung vorschrieb. Jolly hatte, trotz des Protestes, seine Verordnung vom 6. September 1867 einfach erlassen und seine Prüfungsvorschriften aufrecht erhalten. Und als der Erzbischof am 18. September den jungen katholischen Theologen verbot, sich dieser Prüfung zu unterziehen, erklärte Jolly am 3. Oktober dieses Verbot für ungesetzlich und verweigerte allen Theologen, welche sich der Prüfung nicht unterwerfen würden, Anstellung und Gehalt.

Diese Proteste waren offenkundig weniger das Werk des 95jährigen Erzbischofs Vicari, als dasjenige des Herrn Kübel und der Rathschläge des Mainzer Bischofs von Ketteler. Als nun der Erzbischof am 25. März 1868 starb, rüstete sich der badische Ultramontanismus, vertrauend auf seine großen Erfolge bei den Zollparlamentswahlen, zum offenen Kriege gegen das verhaßte Ministerium Jolly. Das

Freiburger Domkapitel ernannte zunächst Herrn Kübel zum Erzbisthumsverweser. Dann wurden der Regierung die Kandidaten für den erledigten erzbischöflichen Stuhl angezeigt. Es waren Jesuitenfreunde von unzweideutigster Farbe und Gesinnung. Denn man schlug der Regierung zur Ernennung vor: zuerst den Bischof v. Ketteler, dann den Bischof von Trier, dann Martin von Paderborn, dann den Weihbischof Baudri von Köln, dann Kübel, dann noch einige Andere dieses Zeichens. Einzig und allein der Domkapitular Orbin war wenigstens nicht unbedingt kriegerisch gesinnt. Die Regierung erklärte durch Jolly ganz einfach, daß Orbin allein ihr genehm sei. Die drei ausländischen Bischöfe weise sie rundweg zurück, da sie nicht zum Diözesanklerus gehörten, und ihre Gesinnung sehr übel bekannt sei. Die Inländer seien ihr nicht genehm, personae minus gratae, die sie nach dem päpstlichen Breve vom 28. Mai 1827 ohne Weiteres zurückweisen dürfe. Da so nur der einzige Orbin übrig bleibe, so ersuchte Jolly das Domkapitel um eine Neuwahl. Die Kurie aber berief sich auf eine ältere Bulle (vom April 1827) und verbot dem Domkapitel die Neuwahl, zuerst im Juli 1868, dann wiederholt im März 1869. So blieb der erzbischöfliche Stuhl in Freiburg lange Zeit unbesetzt.

Damit aber ließ die Kurie sich nicht genügen. Vielmehr versuchte sie, auf Umwegen der unbequemen Mitwirkung des Staates bei der Verwaltung der Stiftungen sich zu entledigen, indem sie gegen den Bürgermeister Stromeyer in Konstanz, den Schwiegersohn Mathys, die Exkommunikation verhängte, ihm demgemäß die Fähigkeit absprach, ferner Mitglied der katholischen Stiftungskommission zu bleiben, und seinen Schlüssel zu der Stiftungskiste an einen Geistlichen verabfolgte. Auch in diesem Streite unterlag die Kurie, Dank der Energie Jollys. Denn nachdem der Versuch der Regierung, die Freiburger Geistlichkeit wegen dieser Gesetzwidrigkeit strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, an den — wir wollen sagen — eigenthümlichen rechtlichen Anschauungen des Mannheimer Oberhofgerichtes gescheitert war, erkannte die Regierung den Bürgermeister Stromeyer einfach als gesetzliches Mitglied der katholischen Stiftungskommission an und verbot dem Rechner der geistlichen Stiftungen in Konstanz, Zahlungen ohne Zahlungsbefehl Stromeyers zu leisten. Als die Vorstände der drei Konstanzer Pfar-

reien trotzdem Stromeyer nicht zu den Sitzungen zuzogen, ließ das Ministerium die Herren durch das Bezirksamt auffordern, sofort eine Sitzung unter Zuziehung Stromeyers anzuberaumen. Und als diese bis zum 7. September nicht stattfand, übernahm einfach der Vorsteher des Bezirksamtes als landesherrlicher Kommissar den einstweiligen Vorsitz in der Stiftungskommission, ließ den geistlichen Herren die Stiftungskisten abnehmen und im Amtshaus verwahren, erließ auch an die Post die nöthigen Befehle wegen der an die Stiftungen einlaufenden Gelder und Sendungen und verbot den Stiftungsbeamten den Verkehr mit den geistlichen Vorständen.

Daß in Freiburg und Mainz die Stimmung über diese schneidige Thatkraft, bei unanfechtbarer Gesetzlichkeit des Verhaltens der Regierung, keine sehr liebevolle für Jolly war, ließ sich erwarten. Aber daß ihm in solcher Lage plötzlich aus dem eigenen Lager der Krieg erklärt wurde, erscheint uns heute noch fast unglaublich. Am 8. November 1868 kamen die namhaftesten Mitglieder der ersten und zweiten Kammer — die Namen können ungenannt bleiben, da der Riß bald nachher wieder geschlossen wurde — in Offenburg zusammen und erließen ein Rundschreiben und Programm, welches einer Lossage vom Ministerium Jolly gleichkam. Indessen diese Gefahr des Zwiespaltes im eigenen Lager ging bald vorüber. Bei dem Offenburger Sonderbunde war viel verletzte persönliche Eitelkeit im Spiele. In manchen sachlichen Beschwerden mochten die Offenburger auch recht haben. Namentlich hätte man bei Neubildung des Ministeriums Jolly zu Anfang des Jahres die nächsten Freunde in der Kammer immerhin etwas rücksichtsvoller behandeln, sie wenigstens hören können, ehe man ihnen die vollendete Thatsache der vollzogenen Neubildung mittheilte. Ebenso sicher aber ist, daß die größte Schwierigkeit für die Offenburger darin bestand, wirklich nennenswerthe trennende politische Meinungsverschiedenheiten zwischen sich und dem Ministerium ausfindig zu machen. Und zum unvergessenen Verdienst gereicht ihnen, daß sie sofort den inneren Parteihader begruben, als die ultramontane Partei sich anschickte, aus diesem Streit im nationalen Lager ihre Vortheile bei den am 1. Juli 1869 bevorstehenden Neuwahlen von einem Drittel der Landtagsabgeordneten zu fischen.

Angesichts dieser Gefahr wurde rasch die Versöhnung geschlossen.

zu der Heinrich von Treitschke, der Nachfolger Häussers in Heidelberg, durch die Macht seiner Rede sehr erfolgreich mitwirkte. Auch die Regierung that ihr Bestes, um die Kluft zu schließen. Der hochherzige Fürst selbst schrieb am 29. Mai 1869, in Beantwortung der nationalen Interessen aus dem Lande, er stütze auf die Eintracht der freisinnigen und nationalen Kräfte des Landes das Vertrauen, das höchste Ziel seiner Regentenaufgabe zu erreichen: „ein freies Staatsleben im Innern, ruhend auf der sicheren Grundlage geistiger Bildung und sittlich-religiösen Ernstes, und muthig entschlossener Theilnahme an der Wiedergeburt Deutschlands". Es bedurfte aber auch der gesammten Kraft den ultramontanen Wühlereien gegenüber, welche nun schon seit Monaten durch Massenpetitionen, wandernde Kasinos u. s. w. die tiefsten Schichten der Gesellschaft gegen die Regierung aufregten und aufboten. Dennoch war der Erfolg der geschlossenen nationalen Partei über alles Erwarten bedeutend. Denn achtzehn von den zweiundzwanzig Wahlsitzen fielen ihr zu.

Mit dieser Kammer durfte Jolly die letzten Trumpfe gegen den Ultramontanismus ausspielen: die obligatorische Zivilehe und die bürgerlichen Personenstandsregister. Selten sind diese wichtigen Forderungen von einem kirchlich gesinnten Manne mit glänzenderer Beredsamkeit vertheidigt worden, als von ihm. Mit der Verkündung dieser Gesetze war der Kampf gegen die Kurie natürlich noch nicht abgeschlossen — wie wäre auch der Friede mit Rom anders zu erlangen als durch völlige Unterwerfung! Im Gegentheil forderte Jolly nun — nach dem vatikanischen Konzil von 1870 — durch Ueberlassung einiger Konstanzer Kirchen an die „Neuketzer" (Altkatholiken) sogar die verostete Waffe des Interdikts gegen Baden heraus. Gleichwohl aber war der Sieg des Staates über den Ultramontanismus in Baden schon damals ein vollständiger, so daß Badens Beispiel ganz Deutschland in unseren schweren Kämpfen gegen die Kurie zum kräftigenden Vorbild diente.

Nicht minder aber in nationaler Hinsicht — wie auch nicht anders zu erwarten war von der staatlichen Leitung eines Jolly, der mir schon am 27. Juni 1869 schrieb: „Für den Angehörigen des exponirtesten unter den deutschen Einzelstaaten wird unter dem Druck des täglichen Bedürfnisses die Sehnsucht nach einer staatlichen

Konstituirung Gesammtdeutschlands so natürlich und so stark, daß nur eine gewöhnliche Klarheit des Urtheils über Mittel und Ziele erforderlich ist, um alles politische Streben auf die politische Herstellung Deutschlands unter Preußens Führung zu konzentriren". Baden und sein Ministerium Jolly hat nach diesen Grundsätzen gehandelt, sobald die Gelegenheit gegeben war. Denn Baden zuerst hat die Wacht am Rhein gehalten gegen einen Feind, der mit tigerhafter Mordlust drohte, das Land mit Feuer und Schwert zu verwüsten und „même les femmes" nicht zu schonen. Baden zuerst hat als Preis des Sieges das deutsche Reich verlangt und die Grenze der Vogesen gegen Frankreich. Baden allein unter allen süddeutschen Staaten hat bei den Verhandlungen in Versailles auf jedes Reservatrecht verzichtet und sogar freiwillig seine ruhmbedeckte Streitmacht als integrirenden Bestandtheil des preußischen Heeres in dieses aufgehen lassen und alle seine Gesandtschaften freiwillig eingezogen. Baden hat dann für alle neueren Forderungen des deutschen Reiches, namentlich für die deutsche Rechtseinheit, die größte Bereitwilligkeit bewiesen. Diese unvergleichliche Höhe und Kraft nationaler Pflichterfüllung dankt das Land, außer seinem herrlichen Fürsten und seinem reifen deutschen Bürgersinne, nicht zum geringen Theile seinem Staatsminister Julius Jolly.

Im Jahre 1876 erhielt Jolly plötzlich seine Entlassung, da der Großherzog mit des Ministers schneidiger Kirchen- und Schulpolitik nicht mehr einverstanden war. Das von Jolly, namentlich gegen den Einfluß der sehr strenggläubigen Großherzogin, durchgesetzte wichtige Schulgesetz, das die konfessionell gemischten Schulen zuließ, war das letzte Gesetz, das der Großherzog diesem Minister zwar noch bewilligte, aber mit dessen Entlassung beantwortete. Jolly ward dann am 4. Oktober 1876 zum Präsidenten der Oberrechnungskammer ernannt und ist in dieser Stellung bis zu seinem — am 14. Oktober 1891 erfolgten — Tode geblieben. Seine treue nationale Gesinnung hat er bis an sein Ende, namentlich noch 1880 in seiner Schrift „der Reichstag und die Parteien" bethätigt.



Max von Forckenbeck.

Max von Forckenbeck.

Max von Forckenbeck war am 21. Oktober 1821 in Münster in Westphalen geboren. Ein echter Sohn rother Erde ist er sein Leben lang geblieben: fest und unerschütterlich in Allem, was er für recht hielt. In den Jahren 1839 bis 1842 studirte er in Gießen und Berlin Rechts- und Staatswissenschaften, machte 1847 sein Staatsexamen und wurde im nämlichen Jahre beim Stadtgericht in Glogau angestellt. In dem Bewegungsjahr 1848 finden wir ihn zu Breslau und zwar bereits als Vorsitzenden des dortigen demokratisch-konstitutionellen Vereins. Dieser Verein wirkte etwa im Geiste des berühmten Breslauer Stadtgerichtsrathes a. D. Heinrich Simon, des hervorragenden Abgeordneten zum deutschen Parlament in Frankfurt, wo er eine konstitutionell-monarchische Verfassung für Deutschland und Preußen „auf breitester demokratischer Grundlage“ erstrebte.

Dieses Streben war in vormärzlicher Zeit von der preußischen Regierung bei Heinrich Simon mit seinem Richteramt nicht als vereinbar erachtet worden; ebenso wenig nun bei Forckenbeck nach dem Wiedererstarken der preußischen Reaktion unter dem Ministerium Manteuffel. Und die erstarkte preußische Reaktion gab ihrer Ansicht auch Forckenbeck gegenüber den deutlichsten und fühlbarsten Ausdruck.

Der preußische Justizminister hatte nämlich damals — und noch lange nachher — nicht blos die Macht, ihm unliebsame Richter, sondern auch politisch ihm verdächtige oder unbequeme Rechtsanwälte in irgend eine stille nette Gegend der preußischen Monarchie zu versetzen. Wenn die zwangsweise Versetzten dort überhaupt ihr tägliches Brod fanden, so fanden sie daselbst doch jedenfalls keinen Tummelplatz für dema-

gogische Umtriebe. Als ein besonders geeigneter Aufenthalt für den feurigen „Demokraten“ Forckenbeck erschien dem Minister das friedliche Elbing in Westpreußen. Denn wie die meisten Städte des preußischen Ostens — mit Ausnahme von Königsberg — hatte es sich in den letzten Jahren der Bewegung durch streng loyale Gesinnung ausgezeichnet, nachdem die Elbinger Bürgerschaft zuvor, als sie ihr Wort für ihren von dem Welfenkönige vertriebenen Mitbürger Eduard Albrecht*) eingelegt und um Verleihung einer konstitutionellen Verfassung für Preußen gebeten hatte, durch das harte geflügelte Wort vom „beschränkten Unterthanenverstande“ tief gekränkt und zum ewigen Stillschweigen verwiesen worden war.

In diese überaus friedliche Stadt wurde also im Jahre 1849 der Feuerkopf Max von Forckenbeck als Rechtsanwalt und Notar durch seinen wohlmeinenden Minister zwangsweise versetzt, und das Ministerium Manteuffel glaubte damit den unbequemen Störenfried auch zum ewigen Stillschweigen verwiesen und dessen beschränkten Unterthanenverstand für immer unschädlich gemacht zu haben. Aber es sollte anders kommen.

Zu der Zeit, als ich mit Forckenbeck in der nationalliberalen Fraktion des norddeutschen Reichstages und deutschen Zollparlaments, während der Tagungen dieser Körperschaften in den Jahren 1867 bis Ende 1870, täglich verkehrte, war in seinem Wesen viel Fröhlichkeit, selbst Schalkhaftigkeit. Aber kaum jemals habe ich ihn herzlicher lachen sehen, als da er mir erzählte, wie schwer der Minister in seinen klugen Berechnungen bei der Versetzung Forckenbecks nach Elbing sich getäuscht habe. Allerdings wurde der den Elbinger Gutgesinnten von vornherein gebührend verdächtigte, strafversetzte Rechtsanwalt und Notar von Forckenbeck in diesen gutgesinnten Kreisen Anfangs mit tiefstem Mißtrauen beobachtet und behandelt. Aber er kümmerte sich darum so wenig, wie in seiner ersten Elbinger Zeit um Politik überhaupt. Sein einziges Bestreben richtete er vielmehr mit vollem Rechte zunächst darauf, in seinem Berufe das Vertrauen der neuen Mitbürger sich zu erringen. Und bei seinen Kenntnissen, seiner Redlichkeit und seinem Fleiße glückte ihm das in überraschend kurzer Zeit. Sein

---

*) Zu vergl. oben S. 11 dieses Werkes.

Antlitz strahlte, als er mir erzählte, wie schnell er der Generalbevollmächtigte aller namhaften adeligen Stammesgenossen (d. h. meist der Rittergutsbesitzer der Gegend) und in weiter Umgebung der gesuchteste Anwalt geworden sei. Bald aber übertrugen ihm die neuen Mitbürger nicht blos ihre rechtlichen, sondern auch ihre gemeinsamen städtischen und provinziellen Angelegenheiten, indem sie ihn zum Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung, und die Stadt Elbing ihn zum Mitglied des Kreistages wählten.

Damit aber war von selbst wieder ein neuer fruchtbarer Boden für politische Thätigkeit gewonnen. Der gedankenreiche und begeisterte junge Anwalt sammelte einen Kreis Gleichgesinnter um sich, der sich „Jung-Litauen" nannte, vielleicht in Erinnerung an die kühnen Schaaren freiwilliger Streiter, die einst der eiserne York 1813, ohne seines Königs Gnade und Befehl, in diesen Ostmarken Preußens ausgehoben hatte, als den ersten festen Kern des großen Freiheitsheeres, das den Welteroberer niederwerfen sollte. Auch in den Jahren, da „Jung-Litauen" sich um Forckenbeck zusammenschloß, harrte ganz Preußen und Deutschland sehnsüchtig auf die Befreiung aus dem Jammer und der Schmach der trostlosen Reaktion, die seit 1849 wieder über alles deutsche Land gekommen war und alle freisinnigen und nationalen Hoffnungen und Bestrebungen im Keim erstickte. Sich und die Freunde für die politische Arbeit einer besseren Zukunft vorzubereiten, das stellte Forckenbeck als Ziel „Jung-Litauens" auf. Und auch für diese künftige politische Arbeit schien ihm die feste Richtschnur gegeben. Nicht mehr eine Idealverfassung galt es zu erstreben, wie 1848/49, sondern auf dem Boden der preußischen Verfassung die Rechte der preußischen Volksvertretung der Regierung gegenüber in vollem Maße geltend zu machen. Dann würde und mußte Preußen auch von selbst wieder an die Spitze von Deutschland treten.

Man kann sich leicht vorstellen, wit welchem Jubel in diesen Kreisen die Einsetzung der Regentschaft des Prinzen von Preußen im Jahre 1858 und die damit eingeleitete „liberale Aera" begrüßt wurde. Sofort ließ Forckenbeck sich nun bereit finden, einen Sitz im Abgeordnetenhause anzunehmen. Noch 1858 wählte ihn der Bezirk Mohrungen in die zweite Kammer, in der Forckenbeck bald das gebührende Ansehen gewann. Auch hier hieß die Fraktion, welche sich

um ihn sammelte, „Jung-Litauen". Seine staatswissenschaftlichen Kenntnisse, die unbeugsame Festigkeit seiner Ueberzeugungen, sein unvermeidlicher Pflichteifer und Fleiß und die feine Liebenswürdigkeit und ehrliche Geradheit seines Wesens machten ihn aber bei allen Parteien geachtet. Unschätzbar ward er der liberalen Partei, als diese von 1858 an — theils aus eigener Kurzsichtigkeit und Uebereilung, theils durch das Ungeschick der Minister der neuen Aera, aus Anlaß der Opposition der Liberalen gegen die große Militärreform des Prinz-Regenten und späteren Königs Wilhelm in einen immer schwereren Verfassungskonflikt hineingedrängt wurde.

Hier kann die „preußische Konfliktzeit", die namentlich seit Einsetzung des Ministeriums Bismarck im September 1862 bis zum Ausbruch des Krieges 1866 sich scharf zuspitzte, natürlich nicht eingehend behandelt werden. Es genügt zu sagen, daß Forckenbeck während dieser schweren Jahre von dem Vertrauen der großen Mehrheit des Abgeordnetenhauses die wichtige Aufgabe zugetheilt erhielt: als Berichterstatter der Budgetkommission über das Militärbudget in ausführlichen Denkschriften die Nichtgenehmigung der Armeereorganisation und die Streichung der dafür geforderten Mittel so gut als möglich — d. h. vom starren Buchstaben des Verfassungsrechtes aus — zu rechtfertigen. Alles, was zur rechtlichen Begründung des Standpunktes der fortschrittlichen Mehrheit in jenem Verfassungskonflikte gesagt werden konnte, ist in diesen Berichten mit großer Klarheit, Festigkeit und verhältnißmäßiger Ruhe vorgetragen. Aber freilich fehlt ihnen, wie der gesammten Haltung der Fortschrittspartei in jenen Jahren, die richtige Erkenntniß für die zwingende nationale Nothwendigkeit der großen Heeresreform des Königs Wilhelm und für die gewaltige deutsche Politik Bismarcks, deren letzte Ziele allerdings weder der König noch sein leitender Minister in jenen Jahren schon entschleiern konnten.

Jener schwere Konflikt war gleichsam das letzte große Verhängniß unser alten deutschen Zerrissenheit vor dem noch düstereren Verhängnisse des blutigen Waffenganges im Jahre 1866. Die Kinder eines Volkes — bemerkte damals Bismarck treffend — verstanden sich nicht mehr in ihrer eigenen Sprache.

Jedenfalls gebührt Forckenbeck das Verdienst, daß er an den

leidenschaftlichen Angriffen auf Bismarck, welche die Heißsporne des Fortschritts von der Tribüne des Abgeordnetenhauses täglich schleuderten, kaum jemals Theil nahm. Er war als Berichterstatter der Budgetkommission der aufmerksamste Zeuge jener versöhnlichen und weitausblickenden Worte gewesen, die der neue Ministerpräsident Preußens wenige Tage nach seiner Ernennung, Ende September 1862, bei seinem ersten Erscheinen in der Budgetkommission sprach, als er den aus Avignon mitgebrachten Oelzweig vorzeigte. Und Forckenbeck wie dessen vertrauter Freund, der Abgeordnete von Unruh, mochten wohl früher als Andere Bismarcks nationale Politik und wahre Größe erkennen. Immer klarer erstrahlte diese, als der kühne Staatsmann, ungebeugt durch das jahrelange vergebliche Ringen mit der preußischen Volksvertretung um die Heeresreform, im Dienste seines großen Königs auf eigene Verantwortung das preußische Heer stark genug machte, um 1864 die Elbherzogthümer Schleswig-Holstein vom Dänenjoche zu lösen und 1866 die Fremdherrschaft Oesterreichs über Deutschland und den Widerstand der deutschen Anhänger Oesterreichs gegen die deutsche Einheit unter Preußens Führung zu brechen.

Am glänzendsten aber entfaltete sich die hochherzige Gesinnung Bismarcks, als er im August 1866, im Strahlenkranze seiner Siege und unvergleichlicher Machtfülle, der heimathlichen preußischen Volksvertretung die Hand zur herzlichen Versöhnung bot, indem er Indemnität forderte für die Jahre des budgetlosen Regiments in Preußen.

Da mochten die alten Unversönlichen, wie Waldeck und Virchow, immer noch das alte non possumus rufen — Forckenbeck, Unruh und zahlreiche bisherige Führer der preußischen Fortschrittspartei dagegen und Millionen treuer Preußen und Deutscher mit ihnen jubelten dem sieghaften greisen König zu — so ungestüm und herzlich wie nie zuvor — als dieser am 5. August 1866, von den böhmischen Schlachtfeldern heimgekehrt, in seiner Thronrede feierlich, nach Bismarcks Rath, um Indemnität für die Konfliktsjahre nachsuchte. Mit den alten unversöhnlichen Streitgenossen konnte für Forckenbeck und seine gesinnungsverwandten Freunde keine Gemeinschaft mehr bestehen. Der Bruch war schon äußerlich dadurch besiegelt worden, daß Forckenbeck sich am 10. August 1866, nach Rücktritt des Konfliktspräsidenten Grabow, zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses hatte wählen

lassen; von einer Mehrheit, die nach den Wahlen vom 3. Juli — dem Tage von Königgrätz — durchaus zur Regierung stand. Die neue große Zeit verlangte eine neue große Partei, und Forckenbeck rief sie mit ins Leben: durch ganz Deutschland nannte sie sich die nationalliberale Partei. Forckenbeck war am 3. Juli von Königsberg ins Abgeordnetenhaus gewählt worden.

Die neue Partei stellte neben Bennigsen*) Forckenbeck mit an ihre Spitze bei der Lösung der nächsten schwierigen Aufgaben. Da galt es vor allen Dingen, im Februar 1867 die Norddeutsche Bundesverfassung im konstituirenden Reichstage des Norddeutschen Bundes durchzuberathen und fertig zu machen. Forckenbeck war vom fünften Wahlkreise des Regierungsbezirks Magdeburg: Wolmirstedt-Neuhaldensleben als Abgeordneter in den Reichstag entsendet worden. Auch Elberfeld hatte ihn aufgestellt. Hier war er mit Bismarck in die engere Wahl gekommen, dem Bundeskanzler aber unterlegen. An der glücklichen Lösung jener ersten großen Aufgabe der nationalliberalen Partei, dem Zustandebringen der Norddeutschen Bundesverfassung, hat Forckenbeck wesentlichen Antheil. Namentlich gehörte er zu den sachkundigsten und einsichtigsten Abgeordneten, welche ein annehmbares Kompromiß suchten und fanden in der schwierigsten Frage, die den norddeutschen konstituirenden Reichstag beschäftigte: der Festlegung des „eisernen" Militäretats bis Ende 1871.

Ueberhaupt ist die ganze Arbeit der ordentlichen norddeutschen Reichstage vom Herbst 1867 an und der deutschen Zollparlamente von Frühjahr 1868, bis zu Ende 1870 im Grunde eine einzige Kette glücklicher Kompromisse, die zwischen den in fast steter Eintracht verbundenen Konservativen und Nationalliberalen auf der einen Seite und dem Bundeskanzler Grafen Bismarck auf der anderen Seite geschlossen wurden. Und da in den Parlamenten, namentlich im Reichstage, die Nationalliberalen durch ihre Zahl und ihre Abgeordneten das größte Gewicht hatten, und andererseits Bismarck bei den vorwiegend wirthschaftlichen Gesetzgebungsfragen jenes Trienniums fast ganz den Rathschlägen und Anschauungen des liberalen Präsidenten des Bundeskanzleramtes Delbrück**) folgte, so kann man die deutsche

*) S. o. Leben Bennigsens S. 254 dieses Werkes.
**) S. o. Leben und Wirken Delbrücks S. 141 flg. dieses Werkes.

parlamentarische Gesetzgebung jener Jahre als die Zeit der liberalen wie nationalen Fluthbewegung bezeichnen, in der Forckenbeck selbstverständlich gehobenen Herzens dahin lebte. Sein Ansehen läßt sich an der Thatsache bemessen, daß Simson im Herbst 1867 ihm, dem Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses, das Präsidium des ordentlichen norddeutschen Reichstags gleichfalls überlassen wollte.

Auch zum deutschen Reichstage wurde Forckenbeck im Februar 1871 von Wolmirstedt-Neuhaldensleben gewählt. Und auch hier im deutschen Reichstage erneute sich bekanntlich während der ersten sechs Jahre jene heilbringende Eintracht der beiden konservativen Fraktionen mit den Nationalliberalen in allen bedeutsamen nationalen und gesetzgeberischen Fragen der Zeit und das traute Einvernehmen dieser ganz überwiegenden Reichstagsmehrheit mit dem Leiter der Reichspolitik, dem Fürsten Bismark. Das war auch um so nothwendiger, als die bedeutsamsten Aufgaben damals an den deutschen Reichstag herantraten — es mag nur erinnert werden an das Septennatkompromiß über die deutsche Heeresbudgetfrage im Frühling 1874 und an die große, Ende 1876 durch umfassende Kompromisse glücklich erledigte deutsche Justizgesetzgebung. Zugleich aber waren bekanntlich das deutsche Reich wie die namhaftesten Einzelstaaten desselben schon seit 1871 gezwungen worden, den politischen Kampf gegen die Uebergriffe der Papstherrschaft, den sogenannten Kulturkampf aufzunehmen; und hierdurch, wie durch das fortwährende Anwachsen der sozialdemokratischen Umsturzpartei, waren tiefe Zerwürfnisse in die Volksmassen gedrungen.

Forckenbeck nahm als freisinniger Katholik an dem Kulturkampfe persönlich den regsten Antheil, jedoch ohne sich in den Parlamenten bei den oft sehr gereizten Verhandlungen über diesen Gegenstand in den Vordergrund zu stellen. Das lag ohnehin nicht in seiner Art und verbot sich — auch wenn er Neigung dazu gehabt hätte — von selbst, als er am 9. Februar 1874 — nach Simsons Rücktritt vom parlamentarischen Leben*) — zum ersten Präsidenten des Reichstages gewählt wurde. Zudem war Forckenbeck im Jahre 1873 von der Stadt Breslau, einer vorwiegend katholischen Stadt, zum Oberbürger-

*) S. o. Leben Simsons S. 55 dieses Werkes.

meister gewählt worden, und dieses Amt versagte ihm gleichfalls eine rednerische Theilnahme an den Kulturkampfsdebatten der Parlamente. Dagegen nahm er im obersten kirchlichen Gerichtshofe Preußens den ehrenvollen Sitz ein, den die preußische Regierung ihm anbot. Mit seiner Ernennung zum Oberbürgermeister Breslaus legte er auch das Präsidium und Mandat im preußischen Abgeordnetenhause nieder, da er auf Präsentation der Stadt Breslau 1873 ins preußische Herrenhaus berufen wurde. Sein Amt als Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses und deutschen Reichstages übte er alle Zeit mit mustergiltiger, taktvoller Unparteilichkeit, so namentlich in jener stürmischen Reichstagssitzung vom 4. Dezember 1874, in welcher Bismarck, durch den ultramontanen Abgeordneten Jörg und Andere herausgefordert, den Mörder Kullmann dem Zentrum „an die Rockschöße“ hing.

Schon im Laufe dieser ersten Jahre des neuen Reiches war, zumeist bei Budget- und wirthschaftlichen Fragen, eine Meinungsverschiedenheit, ein rechter und linker Flügel in der nationalliberalen Partei zu Tage getreten, wobei Forckenbeck mit Lasker, Stauffenberg, Bamberger*) u. A. stets auf dem linken Flügel stand. Namentlich war das schon bei der brennenden Militärbudgetfrage im Jahre 1874 geschehen, wenn auch schließlich die ganze Partei einmüthig für das Septennat-Kompromiß, d. h. für die unantastbare Bewilligung der deutschen Heeresbedürfnisse auf sieben Jahre stimmte.

Aber von 1875 an tauchten neue Bewegungen und Parteibildungen auf, die der Deutschkonservativen, der Agrarier, der Kathedersozialisten, der Handwerkerpartei, der Schutzzöllner u. s. w., die von Bismarck mehr oder minder offen begünstigt wurden, während der linke Flügel der Nationalliberalen sie heftig bekämpfte. Der Umschwung, der sich in Bismarcks Wirthschaftspolitik vorbereitete, fand im Rücktritt Delbrücks,**) Februar 1876, seinen deutlichsten Ausdruck. In Folge dieser Ereignisse vertiefte sich die Meinungsverschiedenheit unter den Anhängern des rechten und linken Flügels der Nationalliberalen.

Fürst Bismarck aber glaubte diese weitaus stärkste Partei des Reichstages, die nach den Wahlen von 1874 auf 152 Mitglieder

*) S. o. Bambergers Mannesjahre S. 211 fg. dieses Werkes.

**) Leben und Wirken Delbrücks, s. o. S. 148 fg. dieses Werkes.

gestiegen war, auch für seine wirthschaftlichen Pläne gewinnen zu können, wenn er ihren hochverdienten Führer von Bennigsen zum preußischen Minister des Innern machte. Zu diesem Ende verhandelte der Fürst gegen Ende Dezember 1877 mehrere Tage lang mit Bennigsen in Varzin.*) Dieser aber glaubte das ihm dargebotene Amt für seine Person nicht annehmen zu können, sondern gab anheim, ihm ein anderes zu verleihen, gleichzeitig aber Herrn v. Forckenbeck als Minister des Innern und den Freiherrn v. Stauffenberg als Sekretär des Reichsschatzamtes zu berufen. Namentlich ohne Forckenbeck wollte Bennigsen nicht in das Ministerium eintreten. Die leitende Rolle aber, welche Forckenbeck seiner Zeit im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses bei Verweigerung der dem Könige so überaus wichtigen Militärreform gespielt hatte, war auch dem Kaiser Wilhelm noch unvergessen und schon deshalb lag es weder in der Absicht, noch in der Macht des Fürsten Bismarck, Herrn von Forckenbeck ein Portefeuille zu verschaffen. So scheiterten denn diese Varziner Verhandlungen vollständig und ebenso die später bis Mitte Februar 1878 in Berlin fortgesetzten.

Schon von dieser Zeit an trat Forckenbeck in eine reine Oppositionsstellung zu Bismarcks innerer Politik; nicht etwa aus kleinlicher persönlicher Verstimmung über das Fehlschlagen seiner Ministerkandidatur, sondern weil er und seine nächsten Freunde von Bismarck politische und wirthschaftliche „Reaktionspläne“ erwarteten, die ihnen eine fernere Unterstützung des Reichskanzlers unmöglich erscheinen ließen. Forckenbeck tadelte deshalb auch, daß sein nationalliberaler Parteigenosse Hobrecht 1878 das Amt des preußischen Finanzministers annahm. Forckenbeck und seine Freunde waren aber außer Stande, das Berechtigte, ja Nothwendige der großen Wirthschafts- und Sozialpolitik des Reichskanzlers zu begreifen und anzuerkennen. So standen sie denn auch dem ersten Sozialistengesetze, das Bismarck nach dem fluchwürdigen Attentate Hödels auf den Kaiser (am 11. Mai 1878) schon am 12. Mai dem Reichstage vorlegen ließ, unbedingt ablehnend gegenüber. Dieser Entwurf hatte ja, wie die Regierung durch die wesentlich bessere Fassung des zweiten später selbst

*) Zu vergl. oben Leben Bennigsens S. 256 fg. dieses Werkes.

anerkannte, gewiß große Mängel. Aber es war ein verhängnißvoller Fehler der nationalliberalen Partei, daß sie sich damals durch ihren linken Flügel unter Forckenbecks Führung dahin drängen ließ, der Regierung die von dieser verlangten außerordentlichen Vollmachten und Waffen gegen die Sozialdemokratie aus politischen Gründen zu verweigern.

Die Folgen zeigten sich sofort und unmittelbar. Denn nach dem zweiten ruchlosen Attentate vom 2. Juni 1878, bei welchem Nobiling durch meuchlerische Schüsse den Kaiser schwer verwundete, verfügte der Kronprinz in Stellvertretung seines Vaters schon am 11. Juni die Auflösung des Reichstages, und die Neuwahlen vom 30. Juli kosteten den Nationalliberalen 32, der Fortschrittspartei 10 Sitze, und ergaben zum ersten Male eine klerikal-konservative Reichstagsmehrheit. Unter solchen Umständen und nach der überaus leidenschaftlichen Wahlbewegung war es gewiß als die höchste Anerkennung der bisherigen unparteiischen und geschickten Leitung der Präsidialgeschäfte des Reichstages durch Forckenbeck zu betrachten, daß dieser auch im Oktober 1878 wieder zum Präsidenten des Reichtags gewählt wurde. Und auch er und seine Freunde thaten nun das Nothwendigste, indem sie einmüthig mit der gesammten nationalliberalen und mit den beiden konservativen Parteien für das neue Sozialistengesetz stimmten. Dabei mag bei Forckenbeck allerdings auch die Rücksicht auf den Kronprinzen mitgewirkt haben, bei dem er in hoher Gunst stand, so daß dieser Mitte Oktober 1878 zu ihm sagte: „Auf Sie verlasse ich mich vor Allem in diesen schweren Zeiten.“

Der Kaiser war damals noch sehr schwach, so daß vielfach gezweifelt wurde, ob er die Regierung wieder werde übernehmen können.*) Und dieser Vorgang giebt uns wohl auch eine Erklärung für die weitere politische Haltung Forckenbecks überhaupt, die er mehr in Uebereinstimmung mit den vermeintlichen oder wirklichen Anschauungen des von ihm hochverehrten Kronprinzen, des künftigen Kaisers, als mit denen des regierenden Herrn, und vollends mit denen des, Herrn von Forckenbeck immer weniger sympathischen Reichskanzlers Fürsten

*) Nach den Briefen des württembergischen Abgeordneten und späteren Ministers Hölder, bei Poschinger, Bismarck u. die Parlamentarier, Bd. III, S. 298. — Vergl. auch oben Hölders Leben, S. 217 fg. dieses Werkes.

Bismarck zu setzen suchte. Von nicht minder großem Einflusse auf die fortan durchweg oppositionelle Haltung Forckenbecks im Reichstag ist aber sicherlich auch seine stete enge Fühlung mit den die städtische Verwaltung von Berlin beherrschenden fortschrittlichen Elementen gewesen, mit denen er in dauernde innige Berührung kam, seitdem er am 21. November 1878 zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt wurde und mit Antritt dieses Amtes seinen Wohnsitz dauernd nach Berlin verlegte. Er siedelte nach Berlin über als Wittwer, denn die Gattin war ihm schon im Februar 1876 gestorben, und dabei hatte auch Fürst Bismarck brieflich sein herzliches Beileid ihm ausgesprochen.

Besonders bemerkenswerth, ja fast geflissentlich zur Schau getragen wurde Forckenbecks Oppositionsstellung, als die große Zoll- und Wirthschaftsreform des Reichskanzlers in der Frühjahrssession des Reichstages 1879 die Gestalt gesetzgeberischer Vorlagen gewonnen hatte, und Bismarck seine ganze Thatkraft und Macht einsetzte, um diese Reform zu verwirklichen. Kein Geringerer als Kaiser Wilhelm sprach sich damals schon am 3. April 1879 gegen den Fürsten Hohenlohe-Langenburg sehr ungehalten über Forckenbeck aus, weil dieser die Berathungen des Reichstags vom 3. bis 28. April durch „lange Ferien" unterbrochen habe, offenbar um inzwischen seine freihändlerischen Anhänger zu sammeln, zu stärken und die Wirthschaftsreform thunlichst zum Scheitern zu bringen*). Aber fast noch überraschender und unziemlicher erschien, daß der Oberbürgermeister von Berlin, der obendrein zugleich Präsident des Reichstags war, zwei Tage vor dem Wiederzusammentritt des letzteren, am 26. April, an der Spitze des Magistrats von Berlin eine Kundgebung erließ, welche den bedeutendsten aller Proteste gegen die in Bismarcks Vorlage geplanten Schutzzölle darstellen sollte: die Berufung eines deutschen Städtetages nach Berlin.

Dieser Städtetag trat dann am 17. Mai — an demselben Tage, da im Reichstag die Eisenzölle schon angenommen worden waren — in der That auch zusammen und erhob den von den Veranstaltern gewünschten „feierlichen Protest" gegen alle Zölle auf „die nothwen-

---

*) Brief Hölders vom 8. April 1879 bei Poschinger a. a. O. S. 341.

digsten Lebensbedürfnisse." Aber damit nicht genug, führte der Berliner Radikalismus bei dem Festessen im Zoologischen Garten am Nachmittag das große Wort in heftigen Reden gegen Bismarcks ganze Politik, mit der Losung: man müsse eine allgemeine Oppositionspartei bilden. Und als Führer dieser Zukunftspartei ließ der Präsident des Reichstags, Forckenbeck, sich bejubeln und betheiligte sich sogar an den heißen Reden der erregten Tafelrunde.

Es hätte nicht des unerhörten Skandals bedurft, den am folgenden Tage der Abgeordnete von Ludwig wegen eben dieser Reden im Reichstag herbeiführte, — so daß dem Tobenden durch Beschluß des Hauses das Wort entzogen werden mußte — um Forckenbeck zur Niederlegung des Präsidiums zu bewegen. Denn Simson*) war als Präsident des Reichstags sogar aus seiner Fraktion ausgeschieden und hatte bei allem öffentlichen Auftreten immer nur den gesammten Reichstag, nie blos eine Partei verkörpert. Von der starken gegnerischen Mehrheit konnte also Forckenbeck — vollends nach den Szenen des Städtetages — nicht die Fortsetzung des alten Vertrauens erwarten und entsagte daher am 20. Mai der Präsidentenwürde — freilich in der Gewißheit, daß diese von seiner nationalliberalen Partei seit 1867 stets behauptete Würde durch sein Verschulden nun der Partei verloren gehe und den Konservativen zufalle. Die Parteileidenschaft, die der jüngere Forckenbeck immer in weisen Schranken gehalten hatte, nahm von dem alternden leider mehr und mehr Besitz.

Das sollten die Vorgänge im Zoologischen Garten zu Berlin vom 17. Mai 1879 nicht zum letzten Male gezeigt haben. Denn schon in der ersten Fraktionssitzung, die seit zwei Monaten jene Alles beherrschende Frage, die Wirthschaftsreform, im eigenen Schooße der Partei wieder zu berühren wagte**), richtete Forckenbeck so gröbliche Angriffe gegen Bennigsen, daß die Sitznng vertagt werden mußte. Durch Forckenbecks und seiner Freunde Ungestüm wurde dann noch am Ende dieser Session die regierungs- und wirthschaftsreformfreundliche Gruppe der wackeren süddeutschen Abgeordneten Völk-Schauß-

*) S. o. Leben Simsons S. 54 fg. dieses Werkes.

**) Diese internen Vorgänge sind nach Fr. Böttchers trefflicher Biographie des Leipziger Bürgermeisters und Reichstagsabg. Eduard Stephani (Leipzig, Brockhaus) dargestellt.

Hölder*) mit dreizehn Gleichgesinnten zum Austritt aus der Fraktion gedrängt, obwohl der „linke Flügel“ um Forckenbeck doch schon selbst auf „Sezession“ sann. Das Schlimmste aber war, daß Forckenbeck 1880, bei Erneuerung des Septennates und des Sozialistengesetzes sich gegen diese Erneuerung erklärte, obwohl er 1874 und 1878 für beide gestimmt hatte, — und die damals für diese Bewilligung maßgebenden Gründe auch jetzt noch in vollem Maße fortbestanden. Ferner, daß er in der Fraktionssitzung vom 29. Februar 1880 einen noch heftigeren persönlichen Angriff gegen Bennigsen unternahm. Denn da zog er selbst Bennigsens Verhandlungen mit Bismarck um Weihnachten 1877 in den Kreis seiner bitteren Kritik. Und als Bennigsen daran erinnerte, wie loyal er damals die von Forckenbeck gestellten Bedingungen zu den seinigen gemacht habe, auch wenn die Verhandlungen daran scheiterten, da überraschte Forckenbeck die lautlos staunende Versammlung durch die Erklärung: er habe jene Bedingungen nur gestellt, um die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Selbst der unerschütterlich ruhige Bennigsen konnte da seine Entrüstung nicht verhehlen.

Im August 1880 vollzog Forckenbeck mit seinen Freunden dann wirklich die „Sezession“ aus der nationalliberalen Partei, gewiß nur in der ehrlichen Absicht und Hoffnung: an das Häuflein „Sezessionisten“ werde sich allmählich die erträumte große allgemeine liberale Partei angliedern. Aber diese Hoffnung trog vollständig. Vielmehr vereinigte sich die kleine Partei Forckenbecks 1883 mit derjenigen Eugen Richters unter dem Namen des „Deutsch-Freisinns“, bis sie dann im Mai 1893 bei dem Streit um die neue Militärvorlage, ihrer nationalen Pflicht eingedenk, ein neue Sezession vollzog und sich fortan „freisinnige Vereinigung“ nannte.

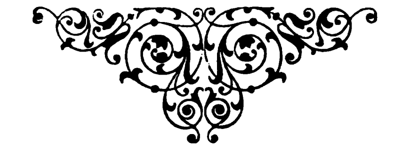
Forckenbeck aber sollte das nicht mehr erleben. Unter den radikalen Genossen verschwand seine immerhin noch maßvollere Natur fast völlig von der parlamentarischen Bildfläche. Dem „Kartellreichstag“ von 1887 bis 1890 gehörte er überhaupt nicht mehr an. Die deutsche Reichshauptstadt bewies ihrem Oberbürgermeister ihre volle

---

*) S. o. Die Lebensschilderungen von Völk und Hölder S. 177 u. S. 239 dieses Werkes.

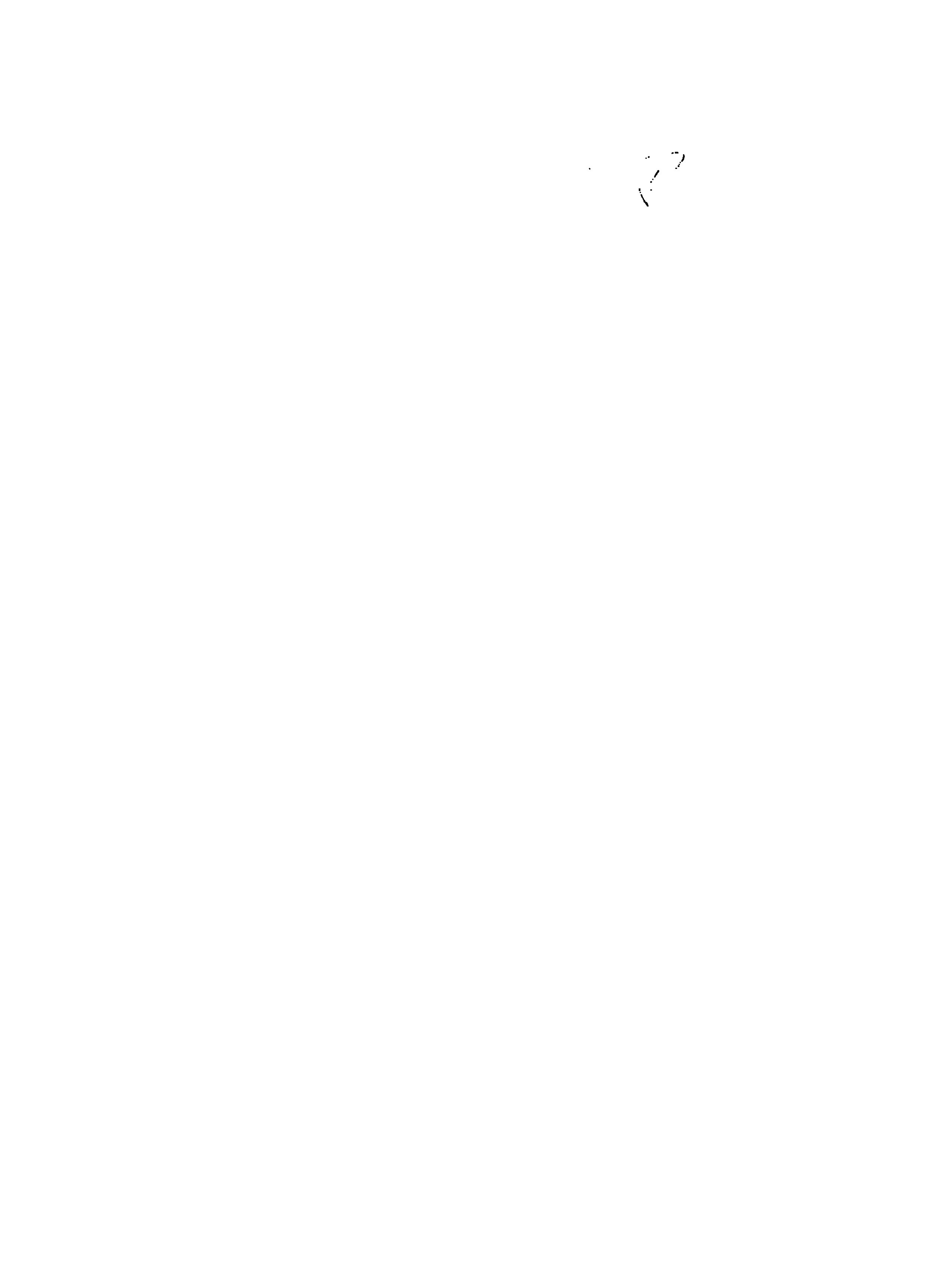
Zufriedenheit mit seinen Leistungen, indem sie seine Wahl 1880 auf zwölf Jahre bestätigte. Er starb aber schon am 26. Mai 1892.

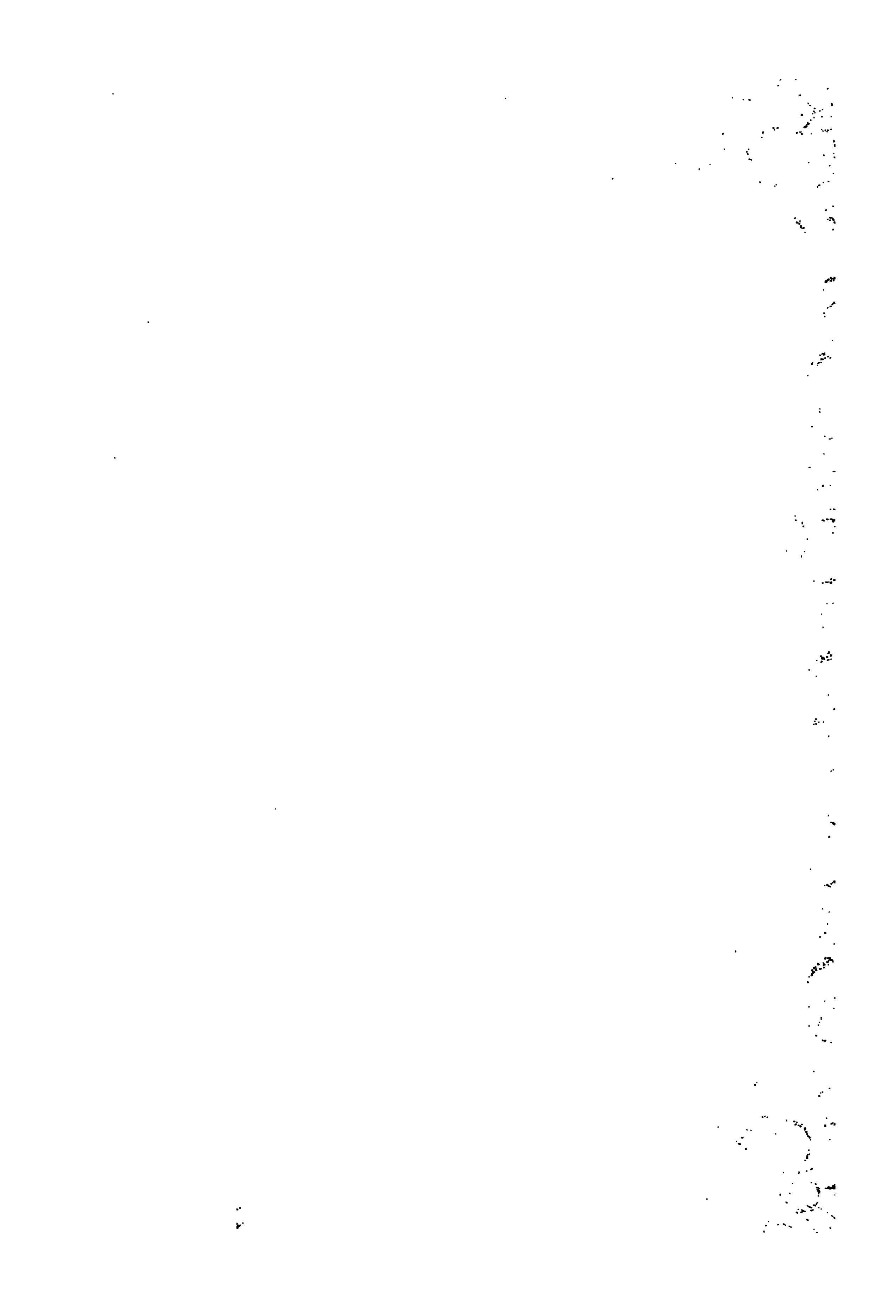
Die katholische Kirche, der er angehörte, und die von ihm ihre Kirchenbeiträge bis zu seinem Tode unbedenklich eingezogen hatte, verweigerte dem einstigen Mitgliede des preußischen obersten kirchlichen Gerichtshofes die kirchlichen Ehren und das kirchliche Geleite beim Begräbniß. In Folge dieser häßlichen und kleinlichen Unduldsamkeit gestaltete sich aber die Leichenfeier für den Verblichenen nur um so allgemeiner und großartiger. Freund und Gegner gedachten jetzt nur des Guten und Tüchtigen in dem Leben und Wesen des Geschiedenen und waren einig in dem Urtheil: daß der treue Sohn der rothen Erde, auch wenn er irrte, nur Gutes und Edeles erstrebt habe!



Druck von J. S. Preuß, Berlin SW., Kommandantenstr. 14.

Inhalt.






DD 205 .A2 .B56 C.1
Vorkampfer der deutschen Einhe
Stanford University Libraries
3 6105 035 779 870
DD
205
.A2.B5
Date Due
STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES
STANFORD, CALIFORNIA
94305

